

titl.
alt
et
rit.
mes.
in.
id.
pna
6
33

Va382
l





1931 P 553

Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Bereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Druckerei Ewald Schellenbeck, Halle (Saale), Röntgenstraße Nr. 71/72

5. Jahrgang	Halle (Saale), den 24. Januar 1932	Nr. 1
-------------	------------------------------------	-------

Schluß mit den Tributzahlungen!

Kurz vor Weihnachten ist im Tributausschuß zu Basel ein Gutachten zustande gekommen in Form eines Kompromisses. Kompromisse sind immer Verlegenheitsprodukte, so auch das Baseler Gutachten. Es gibt in 3 Kapiteln zunächst einen Ueberblick über die gegenwärtige Lage, befaßt sich dann mit den Ursachen, ferner mit den Maßnahmen der deutschen Regierung, um im letzten Kapitel zu folgenden Schlußfolgerungen zu gelangen: „Es steht fest, daß Deutschland den aufschiebbaren Teil der Jahresraten nach Ablauf des Hooverjahres nicht zu transferieren vermag. Der Ausschuß weist indessen auf die beispiellose Schwere der Krise hin, deren Ausmaß unzweifelhaft die „verhältnismäßig kurze Depression“ übersteigt, die der neue Plan ins Auge faßt. Der neue Plan ging von der ständigen Ausdehnung des Welt Handels aus, innerhalb deren die Reparationszahlungen ein Faktor von abnehmender Bedeutung werden würden. Tatsächlich ist das Gegenteil eingetreten. Nicht nur ist der Umfang des Welt Handels zusammengeschrumpft, sondern das außerordentliche Fallen des Goldpreises hat die tatsächlichen Lasten der deutschen Jahresraten, wie alle in Gold festgesetzten Zahlungen um 40 v. H. erhöht.“

Das Deutsche Problem, das im weitem Maße die Ursache für die steigende finanzielle Lähmung der Welt ist, erheischt daher ein gemeinsames Handeln, das nur von den Regierungen ausgehen kann. Das Problem hat weltweite Bedeutung und es muß in viel weiterem Maßstabe als dem durch Deutschlands Lage allein gegebenen behandelt werden.

Der Wiggin Ausschuß hat bereits im August eine außerordentlich ernste Warnung ausgesprochen. Die Ereignisse warten nicht. Die Krise hat gewaltige Dimensionen angenommen. Wenn nichts geschieht, werden die eingetretenen Schwierigkeiten Vorboten weiterer Katastrophen sein. Durch die Rückwirkungen des wirtschaftlichen Lebens auf die politische Lage und umgekehrt wird die allgemeine Lage noch mehr verwirrt. Bei diesem verwickelten Problem müssen von den Regierungen die Tatsachen berücksichtigt werden, die der wirklichen Lage entsprechend nur nach wirtschaftlichen Gesetzen behandelt werden können.

Gewisse Betrachtungen erscheinen dem Ausschuß von größter Wichtigkeit. Transferierungen von einem Land in einem Umfang der die Zahlungsbilanz erschüttert, müssen das augenblickliche Chaos noch verschärfen. Die Befreiung eines Schuldnerlandes von einer unerträglichen Last würde möglicherweise die Last auf ein Gläubigerland abwälzen, das in seiner Eigenschaft als Schuldner seinerseits nicht in der Lage ist, die Last zu tragen.

Der einzige Schritt von Dauer, der das Vertrauen wieder herstellen kann, ist die Anpassung aller zwischenstaatlichen Schulden (Reparationen und andere Kriegsschulden) an die gegenwärtig zerrüttete Lage der Welt. Endlich sind Schritte notwendig, um den energischen Maßnahmen, mit denen die deutsche Regierung die Stabilität ihrer Währung verteidigt, dauernde Wirkung zu sichern. Der Ausschuß richtet an die Regierungen den Apell, ohne Verzug zu Entscheidungen zu kommen und damit neue Hoffnung auf eine Besserung der schweren Krise zu erwecken, die gleichermaßen auf allen lastet.“

Unter dem starken Druck der französischen Gruppe, die sogar mit einer Sprengung der Verhandlungen drohte, hat das Gutachten nicht ausgesprochen, daß die Tribute die Hauptursache des deutschen Problems und damit auch des Weltproblems sind. Er hat ferner nicht, jedenfalls nicht direkt, festgestellt, daß die Weiterleitung auch der ungeschützten Annullitäten eine Unmöglichkeit bedeutet. Festgestellt ist jedenfalls durch das Baseler Gutachten, daß der Young-Plan schwer erschüttert ist. Es ist daher unerfindlich, wie Herr Breitscheid in einer „Berichtigung“ zugeben konnte, daß er für den Fall, daß bei der Lausanner Konferenz die von Deutschland geforderte Endlösung nicht erreicht würde, vor der Zerreißung des Young-Plans gewarnt habe.“ (Vorwärts Br. 25 vom 16. 1. 32.)

Der holländische Wirtschaftsführer und ehemalige Minister Colijn machte in dem Baseler Ausschuß Ausführungen, die besonders hervorgehoben zu werden verdienen. Er führte aus, daß die Reparationen nicht nur für die Schuldner, sondern auch für die Gläubiger mehr Schaden als Nutzen gestiftet haben, und ihre Fortsetzung für die Welt eine Katastrophe bedeuten würde.

Frankreich paßt das natürlich durchaus nicht; es beharrt auf seinem intransigenten Standpunkt, der in den Worten gipfelt: Deutschland muß vernichtet werden. Daher müsse der Young-Plan in Geltung bleiben. Ja es erdreistet sich, uns wieder mit Sanktionsmaßnahmen zu drohen, falls Deutschland sich für unfähig erkläre, den ungeschützten Teil der Tribute zu zahlen.

Deutschland ist in diesem Falle die gebührende Antwort nicht schuldig geblieben. Nachdem schon zur Jahreswende die dem Reichskanzler nahe stehende „Germania“ geschrieben hatte: „Deutschlands Standpunkt für die Konferenz von Lausanne ist denkbar einfach durch die Macht der Tatsachen diktiert: Deutsche Zahlungen in irgend einer Form sind ausgeschlossen und das Verschwin-



den des Reparationsfaktors das einzige Mittel, um unter die Dauerkrise einen Schlußstrich zu setzen. Die Weltmeinung ist durch die Weltkrise aufgerüttelt genug, um diesmal für den deutschen Standpunkt Verständnis zu zeigen“, hat der Reichskanzler kürzlich selbst das Wort ergriffen und in nicht mißzuverstehender Weise erklärt, **Deutschland könne unter den obwaltenden Umständen die auf ihm lastenden Reparationsverpflichtungen neben seinen anderen Verpflichtungen nicht weiter erfüllen und müsse daher auf der Lausanner Konferenz die völlige Streichung der Tribute verlangen.**

Französischen Antrieben ist es gelungen, zunächst die für den 18. Januar in Aussicht genommene Reparationskonferenz auf den 25. Januar zu verschieben. Neuerdings ist Frankreich bemüht, das Zustandekommen der Lausanner Konferenz überhaupt zu vereiteln. Der Erfolg dieser Sabotageversuche hängt von England ab. Und es hat den Anschein, als ob England mit dem französischen

Vorschlag, das Tributmoratorium zu verlängern und die Konferenz zu verschieben, einverstanden sein würde. Für Italien dagegen verkündet Mussolini, daß die Weltkrise den Punkt erreicht habe, wo sie die raschesten und wirksamsten Heilmittel erfordere. Halbe Maßnahmen hätten keinen Zweck mehr, die Entschlüsse müssen rasch gefaßt werden und es dürfe keinerlei Verschiebung mehr zugelassen werden.

Worauf es Frankreich ankommt? Durchaus nicht auf die wirtschaftliche Seite. Es erstickt im Golde. Sein Ziel ist ein politisches, die ewige Niederhaltung und Verflauung Deutschlands. Und demgegenüber gilt es das einmal ausgesprochene Nein unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Diesmal darf es kein Ausweichen vor der Entscheidung geben. Das Nein der deutschen Regierung muß endgültig sein. In dieser Frage ist das deutsche Volk in seiner Gesamtheit einig.

Zur Abrüstungskonferenz.

Am 2. Februar beginnt in Genf die Abrüstungskonferenz d. h. der Kampf um die Frage, ob Deutschland endlich seine Gleichberechtigung erlangen, oder in weiterer Unfreiheit als Staat und Volk leben wird.

Drückt die Forderung und Anerkennung deutscher Kriegsschuld durch das Diktat von Versailles unserem Volke den Stempel moralischer Schande auf, so bedeutet der Zwang zur Annahme des Wehrsystems mit all seinen Beschränkungen die tatsächliche Unmöglichkeit für Deutschland, jemals seine volle Souveränität wieder zu erlangen, bedeutet die Unmöglichkeit, einen Angriff auf seine Grenzen abzuwehren und seine Bevölkerung zu schützen; bedeutet, daß wir wehrlos allen Zugriffen feindlicher Macht- und Rachelust preisgegeben sind.

Man komme uns ja nicht mit dem Einwand, der Völkerbund sei ja noch da, der die Aufgabe habe, uns vor solchen Eventualitäten zu schützen. Wo war der Völkerbund als 1923 eine französische Armee ins wehrlose Ruhrgebiet einrückte? Aber wir brauchen ja gar nicht so weit zurückzugreifen, damals handelte es sich ja auch bloß um Deutsche. Was sagt der Völkerbund zu dem Kriege im fernen Osten, zu den Vormärschen der Japaner in der Mandchurei, die inzwischen vollends in japanischen Händen ist?

Der Völkerbund hat außerordentlich getagt, er hat sich mehrfach „mit der Lage in der Mandchurei befaßt“, ja er hat sogar, man höre und staune, im vergangenen Oktober ein Ultimatum an Japan gerichtet. Dieses aber pfeift auf den Völkerbund und erobert lustig darauf los, schert sich den Teufel um Genfer Ultimatus, schreckt sogar vor der Verhaftung eines amerikanischen Offiziers nicht zurück, und führt eine Sprache, die eben dem Machtstandpunkte dieses Staates entspricht. Und Macht ist noch allemal vor Recht gegangen im Leben der Völker.

Alles andere ist dummes Geschwätz. Das wird die nächste Tagung des Völkerbundes, die wohl am 25. Jan. stattfinden wird, bestätigen müssen und wird ferner feststellen können, daß Japan ziemlich genau das Gegenteil von dem getan hat, was ihm vom Räte der Völker empfohlen worden ist. Eine französische Zeitung, die dem französischen Generalstab sehr nahe steht, schrieb vor einigen Wochen: daß der Völkerbundsrat eine vernichtende Niederlage erlitten habe.

Also mit solchen Märchen komme man uns nicht. In seiner Neujahrsansprache sagte Reichspräsident von

Hindenburg u. a.:

„In der Abrüstungsfrage darf Deutschland sein gutes Recht nicht vorenthalten werden. Unser Anspruch auf gleiche Sicherheit ist so klar, daß er nicht bestritten werden kann.“

Der als Autorität anzusprechende Prof. Dr. Grimm führte auf einer Tagung des Arbeitsausschusses deutscher Verbände zur Vorbereitung der Weltabrüstungskonferenz im Dezember 1931 aus: „Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß, nachdem Deutschland entwaffnet worden ist, es einen Rechtsanspruch auf Abrüstung der anderen hat. Dieser Rechtsanspruch ergibt sich aus Punkt 1 der 14 Wilsonschen Punkte. Er ist aber auch in der Einleitungsformel zu den Entwaffnungsbestimmungen für Deutschland im Versailler Vertrag selbst festgelegt, und der Notenwechsel zwischen Deutschland und den alliierten Regierungen vor Unterzeichnung des Versailler Vertrages zeigt ganz deutlich, daß es sich hier um einen vertraglich festgelegten Rechtsanspruch Deutschlands und eine völkerrechtliche Verpflichtung der alliierten Regierungen handelt. Diese Verpflichtung ist im Protokoll von Locarno nochmals ausdrücklich festgelegt. Die gleiche Zusage wurde auch bei Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wiederholt. Der Vertreter Frankreichs auf der dritten Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission, Paul Boncour, hat ausdrücklich die moralische und juristische Abrüstungsverpflichtung anerkannt. Daß die Abrüstungsverpflichtung also besteht, kann ernstlich nicht bestritten werden und wird auch ernstlich nicht bestritten, was ja schon aus der Tatsache hervorgeht, daß die Abrüstungskonferenz einberufen wird.“

Die Schwierigkeiten liegen lediglich auf dem Gebiet, wie die Abrüstung der anderen sich zu vollziehen hat. Die Bemühungen Wilsons auf dem Friedenskongreß von Paris und in Versailles waren darauf gerichtet, schon damals Klarheit auch über das Ziel der Abrüstung zu schaffen. Die ganze Schwierigkeit der heutigen Lage besteht darin, daß die Bemühungen auch die Einzelfragen zu klären, in Versailles leider gescheitert sind. Dem Völkerbund wurde die Aufgabe übertragen, die Abrüstungsfrage durchzuführen. Der von der Vorbereitenden Abrüstungskommission ausgearbeitete Konventionentwurf erfüllt die Bedingungen nicht, die Deutschland nach dem Sinn und Zweck des ihm gegebenen Versprechens verlangen kann. Wenn auch die Einzelheiten der Abrüstung der anderen nicht vertraglich festgelegt worden

sind, so ergibt es sich doch aus dem ganzen Sinn der Verhandlungen, daß Deutschland jetzt bei der endgültigen Gestaltung der Abrüstungsfrage als souveräner Staat den übrigen Ländern gleichgestellt werden muß. Das ist der Kampf, um den es heute geht. Es ist ein Kampf, den Deutschland mit Waffen des Rechts auszufechten hat und bei dem das Recht auf Seiten Deutschlands steht. Die von Deutschland verlangte gleiche Behandlung ergibt sich aus der auch von den Alliierten anerkannten Souveränität des Deutschen Reiches, sowie aus dem Grundsatz, daß zweifelhafte Bestimmungen des Versailler Vertrages zugunsten Deutschlands auszulegen sind, weil die Redaktion des Versailler Vertrages von den alliierten Regierungen ausgegangen ist. Der jetzt vorliegende Konventionentwurf ist für Deutschland unannehmbar. Er bedeutet keine wirkliche Abrüstung so wie sie Deutschland zugesagt worden ist, sondern nur eine Scheinabrüstung.

Damit ist der deutsche Standpunkt klar gekennzeichnet. Daß Frankreich alle Mittel anwenden wird, um den deutschen Standpunkt zu erschüttern, ist unzweifelhaft. Aber dem hysterischen Sicherheitsgeschrei der Franzosen gegenüber muß deutscherseits immer wieder **Sicherheit vor Frankreich** gefordert werden.

Frankreich ist bis an die Zähne bewaffnet und sein Imperialismus und Militarismus steht ohne Beispiel in der Geschichte. Neuerdings erdreißtet sich Frankreich, der Welt klar zu machen, daß es immer noch das Recht auf Sanktionen hätte und daß daher Deutschland nicht berechtigt sei, die Besetzung der Rheinlande als feindliche Handlung zu betrachten. Will man damit die Weltmeinung auf vielleicht kommende Dinge vorbereiten?

Die Linkspresse in Deutschland hüllt sich, was bei ihrer pazifistischen Denkungsart nicht groß Wunder nimmt, in beredtes Schweigen über die Abrüstungskonferenz. Um so lauter berichtet sie von dem dröhnenden Aufmarsch der **Eisernen Front**. Alles ist jetzt eisern bei ihnen. Die Eisernen Front hat eisern ein Eisernes Jahr begonnen. Täglich versichern sie einem baß erstaunten Publikum, daß sie gerüstet sind.

Bei der Bruderpartei in Oesterreich sind dieser Tage nicht unerhebliche Waffensunde gemacht worden, die als ein nur kleiner Teil ihrer Waffen bezeichnet werden. **Rotfront** ist auch nicht untätig, oder darf auf höheren östlichen Befehl nicht untätig bleiben. So will es der Zentralkrat der Roten Gewerkschaftsinternationale (Profintern) der um die Jahreswende in Moskau getagt hat. Die RGD, die nach Angaben des Generalsekretärs

Dofowski 307000 Mitglieder umfaßt, wird angewiesen, ihre Zeretzungsarbeit innerhalb der freien Gewerkschaften zu verstärken und überall rote Zellen zu bilden. Mit Betrübnis stellt der Zentralkrat fest, daß die Streifbewegung im Jahre 1931 im Vergleich zum Vorjahre abgeflaut ist und verlangt eine Wiederbelebung des Streikampfes, wenn nicht das Zurückbleiben auf der ganzen Linie auch im Jahre 1932 andauern soll.

Und gegen wen richtet sich die Rüstung und das Artzgeschrei des blechernen Reichsbanners mit seiner Eisenaufgabe und der Moskowiter? Gegen die eigenen Volksgenossen. **Bürgerkrieg um jeden Preis**. Die einen müssen und die anderen müssen. Die einen um die Interessen Rußlands wahrzunehmen, das die Augen der Welt von seinen Mißerfolgen ablenken möchte. Die andern um die in Scharen davonlaufenden Mitglieder durch neue Parolen von Rüstung, Kampf und Sieg noch einmal festzuhalten. **Sie wollen der Masse die Tatsache verschleiern, daß sie abgewirtschaftet haben, daß sie es lediglich verstanden haben für eine Führerclique die soziale Frage zu lösen**, sie sind durch die Tolerierungspolitik und den erfolgreichen Vorstoß der nationalen Opposition in die Defensiv gedrängt und versuchen noch einmal eine Offensive mit Worten. Zudem ist ihre Hauptdomäne Preußen in Gefahr. Preußenwahlen sind in Sicht, die, darüber dürfte auch bei den Genossen kein Zweifel bestehen, einen Sieg der nationalen Opposition bringen werden.

Der nationale Arbeiter im Betrieb weiß, daß alles dies eiserne Geschrei und Getöse nichts als Theaterdonner ist. Sollte es mehr sein, so wäre es das größte Verbrechen am deutschen Volke und besonders an der deutschen Arbeitnehmerschaft, die beginnt angesichts der bevorstehenden hochwichtigen Konferenzen und der wachsenden nationalen Welle Hoffnung zu schöpfen, trotz der augenblicklich aufs höchste gestiegenen Not.

Sei dem wie ihm wolle: Dieses Spielen mit Bürgerkrieg ist nicht geeignet, die Position unserer Vertreter in Genf und Lausanne zu stärken. In den nächsten schicksalsschweren, weil das Schicksal von 65 Millionen bestimmenden Verhandlungen ist eine **einmütige Front** notwendig. Eine Front, die gleiches Recht verlangt, die geschlossen dem Vernichtungswillen der Gegner entgegentritt. Gottlob ist der größte Teil des Volkes darin einig, nicht länger unfrei zu bleiben, und bekennt sich in heiligem Ernst zu dem stolzen Wort: **Lieber tot als Sklave**.

„Die Arbeiterinternationale schon immer für Streichung der Reparationen“.

Nachfolgende treffliche Ausführungen entnehmen wir der Deutschen Wacht, Wochenschrift der Deutschen Vereinigung 25. Jahrgang, Nr. 2, vom 16. 1. 1932.

Diese Behauptung Leiparts ist eine Unwahrheit. Die Gewerkschaften sind vor dem Dezember 1931 niemals für Streichung der Reparationen eingetreten, im Gegenteil, sie haben die Reparationspflicht Deutschlands auf Grund seiner Schuld am Weltkrieg stets belont. Ebenso ist es eine grobe Täuschung, wenn Leipart in dem genannten Artikel im „Vorwärts“ behauptet, die „moralische Begründung der Reparationen in der angeblichen Alleinschuld Deutschlands am Kriege ist von der deutschen Arbeiterschaft niemals anerkannt worden“. In Wahrheit haben die

deutschen Marxisten immer nur von der Schuld Deutschlands am Kriege gesprochen, nie von der Schuld der anderen. Es sind bei der Frage „Marxisten, Kriegsschuld und Tribute“ drei Stufen zu unterscheiden:

1. Die Kriegsschuld Deutschlands war für die deutschen Marxisten von jeher nur eine Frage der Parteltaktik bzw. der Demagogie; sie war die moralische Rechtfertigung für den Kampf gegen das alte System. Schon vor dem Kriege waren für die Marxisten „die Kriegstreiber in der Berliner Wilhelmstraße und am Wiener Ballplatz die Schürer des Weltbrandes“, und tatsächlich



sind die Väter der Kriegsschuldfrage nicht auf der Friedenskonferenz von Versailles zu suchen, sondern bei den Führern der Sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften, die nach Leipart daran gänzlich unschuldig sein sollen. Nach dem Kriege war die Schuldfrage für die Marxisten erst recht notwendig als Rechtfertigung der Revolution, denn, so erklärte Eisner in Bern (Januar 1919), „wenn die deutsche Regierung nicht am Kriege verantwortlich war, welches moralische Recht hatte die revolutionäre Bewegung gegen das alte System?“ Außerdem haben die französischen und belgischen Genossen nach dem Kriege die Wiederaufrichtung der Internationalen an die Bedingung geknüpft, daß die deutsche Sozialdemokratie die Schuld Deutschlands am Kriege und seine Pflicht, die Reparationen zu zahlen, anerkennt, welcher Bedingung sich die deutschen Genossen, wie sich das von selbst versteht, freudig unterworfen haben. Damit hat sich die Sozialdemokratie in die Zwangslage gebracht, ein für allemal den Standpunkt der französischen Genossen in der Tributfrage anzuerkennen und durchzusetzen zu helfen, wobei sie die deutsche Arbeiterchaft in der unglaublich einfältigen Vorstellung halten mußte, daß sie selbst von dieser Ausbeutung nichts spüren werde, weil die „Reichen alles bezahlen müssen“. Aufsteigender Widerpruch in den eigenen Reihen, so von Seiten der Eisenbahner auf dem Hamburger ADGC-Kongreß 1928, wurde im Keime erstickt.

2. Erst nach den Septemberwahlen 1930, die den Aufschrei des ausgezogenen deutschen Volkes aller Welt vernehmbar zum Ausdruck und den Marxisten eine empfindliche Niederlage brachten, hat Leipart — während gleichzeitig der Führer der SPD, Breitscheid, immer noch erklärte, die Leiden des deutschen Volkes hätten mit Versailles nichts zu tun — es für richtig gefunden, die Taktik zu ändern und zuzugeben, daß die Reparationen „eine der Ursachen der ungeheuren Arbeitslosigkeit“ sind. Jetzt trat man auch zaghaft für „Erleichterungen“ ein und behauptete, die Internationale sei immer schon für Herabsetzung der Reparationen auf ein erträgliches Maß gewesen. Wie plump dieses Täuschungsmanöver ist, geht schon daraus hervor, daß die SPD den Dawes- und Youngplan mit wahren Indianergeheul als ihren Sieg und den der Internationale über die „nationalistische Demagogie“ gefeiert hat, also Tributpläne, durch die von Deutschland nahezu 120 Milliarden Goldmark gefordert wurden. „Der Youngplan bedeutet den Weg zu Fortschritt und Freiheit“ („Vorwärts“, Februar 1930). Noch auf der Wiener Tagung der Internationale im Juli und auf dem ADGC-Kongreß in Frankfurt im September vorigen Jahres wurde die Pflicht Deutschlands, „Sühne für das begangene Unrecht“ zu leisten, betont. Ueber ein Jahr schwebten so die Marxisten in Zweideutigkeit und Zwicklappigkeit, bald die „Kriegsverbrecher“ des alten Systems anklagend, bald von Erleichterungen der ausländischen Zahlungen“ redend, so noch in den Richtlinien des sozialdemokratischen Parteiaususses vom 1. Dezember 1931, also zu einer Zeit, da alle vernünftigen Menschen schon längst erkannt hatten, daß einzig die gänzliche Streichung aller Kriegstribute die Menschheit zur Ruhe bringen könne.

3. Jetzt erst, als die deutschen Marxisten sich mit ihrer Internationale als einzige Unentwegte hinter den französischen Tributforderungen herlaufen sahen, kamen diese „Führer und Wegweiser“ des Volkes endlich auch zu dem Entschluß, für gänzliche Streichung der Kriegsschulden einzutreten. Das geschah erstmals in einer von sämtlichen Gewerkschaften unterzeichneten Entschlie-

zur Baseler Tributkonferenz im Dezember, in der gesagt wird,

„daß die Deutschland auferlegten Reparationsverpflichtungen eine der wesentlichsten Ursachen für die weltwirtschaftlichen Störungen der Nachkriegszeit geworden sind. Die Reparationslasten haben das Maß der durch den Krieg verursachten Schäden längst überschritten. Damit ist ihnen jede moralische und wirtschaftliche Berechtigung entzogen. Sie sind heute nur noch ein Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt. Ihre Beseitigung ist ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht“.

Zwölf Jahre haben die Gewerkschaften gebraucht, um zu dieser „staatsmännischen Einsicht“ zu kommen. Zwölf Jahre haben sie das Gegenteil davon behauptet und die Ausbeutung des deutschen Volkes in all dieser Zeit mit allen Kräften gefördert. Und auch jetzt kommen sie mit dieser Weisheit nicht aus Sorge um die Not des Volkes, sondern aus Sorge um ihre eigene Macht. Leipart sagt es ja in dem genannten Artikel offen heraus: Als Folge des außenpolitischen Druckes ist der Nationalismus in Deutschland hochgekommen; deshalb muß dieser Druck von uns genommen werden, und der nationale Blutdruck im Innern wird fallen. Deshalb müssen „heute“ — ausgerechnet heute erst „Kurze und Arbeitsgemeinschaften über den Versailler Vertrag und seine Folgen als wichtiges Stück sozialistischer Aufklärungsarbeit“ eingeführt werden, in denen das Verdienst der „Arbeiterbewegung“ dargelegt werden soll.

Man kann sich leicht vorstellen, wie in diesen Kurzen mit der Wahrheit Schindluder getrieben wird. Bei allem ist der Entwicklungsprozeß bei diesen Führern, die so lange die Ehre des deutschen Volkes mit Füßen getreten und seinen Ausbeutern Schergendienste geleistet haben, noch nicht zum Abschluß gekommen. Denn noch fehlt ja der Bekehrung die Zustimmung der Internationale. Und sie konnte bis jetzt nicht erreicht werden. Im Monat Dezember hat bei der Amsterdamer Internationale eine Aussprache stattgefunden über die Reparationsfrage. Hierbei hat sich der französische Gewerkschaftsbund die Stellungnahme der französischen Regierung zu eigen gemacht. Sein Vorsitzender, Souhaug, hat erklärt, daß nach Auffassung der französischen Gewerkschaften die Reparationsverpflichtungen den Vorrang gegenüber den Privatschulden einnehmen. In einem im Pariser „Peuple“ veröffentlichten Artikel fordert Souhaug die Kontrolle der deutschen Guthaben im Auslande als Gegenleistung für etwaige, dem Reich einzuräumende Erleichterungen.

Das Verhalten Souhaug, der bekanntlich 1919 den Frieden von Versailles als einen durchaus gerechten Frieden bezeichnet hat, zeigt aber wieder, was man dem deutschen Arbeiter alles bieten zu können glaubt und wie groteske Formen der Schwindel mit der Internationale annimmt. Auf dem deutschen Gewerkschaftskongreß, der Anfang September 1931 in Frankfurt stattfand, verkündigte nämlich dieser Souhaug unter frenetischem Beifall der verblödeten roten Gewerkschaftler:

„Die französischen Arbeiter sind bereit, ihre ganze Kraft für den Kampf um die Befreiung der Arbeiterschaft der ganzen Welt einzusetzen“.

Dieses Versprechen haben die französischen Genossen den deutschen gegenüber dadurch erfüllt, daß sie in dem heute entscheidenden Punkte, in der Frage des Vorranges der privaten vor den politischen Schulden, wieder — wie immer — in ausgesprochen feindseltiger

Weise gegen die deutsche Wirtschaft und Arbeiterschaft Stellung genommen haben.

Da die französischen Genossen über die Reparationen nicht anders denken als die anderen Franzosen auch, als die Briand, Laval und Poincaré, andererseits den deutschen Marxisten die Internationale über alles in der Welt geht und noch der vorjährige Parteitag in Leipzig die Losung ausgab, die Reparationsfrage nicht etwa mit

der „nationalen Front“, sondern gemeinsam mit der Internationale zu behandeln, so kann man sich noch auf manche Verrenkungen der roten Gehirngymnastiker gefaßt machen. Unsere Aufgabe aber muß es sein, den roten Volksbeglückern überall, wo sie mit ihren unwahren Selbstlobpreisungen daherkommen, ihnen ihre Sünden vorzuhalten und sie öffentlich bloßzustellen als Verräter am deutschen Volke, das sich eine solche „Führung“ endlich verbitten muß.

Zerfall der Sozialdemokratie.

Der Ausfall der Wahlen in den verschiedensten Parlamenten der Länder und Kommunen zeigt einen sich mehr und mehr steigenden Ausfall an Stimmen und beweist einen fortschreitenden Rückgang der Sozialdemokratie. Auf offiziellen Kongressen und Tagungen hat man sich des öfteren mit diesen schmerzlichen Tatsachen befaßt. Mehr oder weniger offen hat man von einer Verbonzung der Partei gesprochen, die die lebendige Verbindung mit den Massen verloren habe. Immer lauter erheben die Ankläger ihre Stimmen und weisen darauf hin, daß die Partei ihre begeisterte Schwungkraft als revolutionäre Bewegung verloren habe. Statt dessen beschränkte sie sich darauf, die errungenen Erfolge, die aber nur einem beschränkten Kreis von Begünstigten zugute kämen, festzuhalten. Diese aber seien gesättigt und hätten keine Ahnung von dem Elend und der Not der Massen. Die Massen haben kein Verständnis für die Tolerierungspolitik gegenüber dem Kabinett Brüning und betrachten sie mit Recht als Saturierungspolitik (Politik der Gesättigten). Alle halsbrecherischen Wendungen und Verdrehungen, in denen die Partei seit je Meister war, können die Massen nicht über diese Tatsachen hinwegtäuschen. Sie stellen Vergleiche an, und diese fallen sehr zu Ungunsten der Verdrehungskünstler aus.

Die Zeit der Verdummung der Massen ist endgültig vorüber. Das Wort: Bildung macht frei! schlägt jetzt, und zwar Gott sei Dank! auf die Prediger des Sozialismus zurück. Die Alten resignieren und stellen betrübt fest, daß sie immer noch die Betrogenen sind, sie erwarten nicht mehr viel und bleiben in alter Treue — ein echt deutsches Verhalten — in der Partei. Sie verstehen die heutige Zeit nicht mehr. Die Jüngeren dagegen und Jungen rebellieren offen. Oft genug ist laut Klage darüber geführt worden, daß der Nachwuchs der Partei fehle. Die Jugend verlangt klare Programme, die sie verstehen kann, die sie begeistern und mitreißen. Aus diesem Grunde wird jetzt gerüstet, von Kampf und Sieg geschrieben und geredet, aus diesem Grunde wird man jetzt Eisern; beging Eiserner Weihnachten und behauptet mit Eiserner Stirn, das es vorwärts ginge. „Statt einer Weihnachtsbetrachtung“ wirbt Oda Olberg am 25. 12. 1931 „um die Jungen“ im Vorwärts (Nr. 603).

Sie wehrt sich in äußerst matten Worten gegen den Vorwurf, der Sozialismus habe als Idee versagt, muß aber zugeben, daß die Weibekraft der Partei nachgelassen habe, ja daß viele ihr den Rücken fehrten. Sie tröstet sich damit, daß die Partei „nur abgebe, was sie ohnehin nicht wahrhaft erfaßt und sich zu eigen gemacht hatte. Unser Problem ist aber gerade die verminderte Fähigkeit wahrhaft zu erfassen und sich zu eigen zu machen“. Dieses Geständnis ist sehr bezeichnend. Wir glauben, daß dieses Problem immer problematischer werden wird.

Mit Erstaunen wird der junge Genosse die folgenden kalfschnäuzigen Zeilen gelesen haben „Über die Verluste der Krise, so schmerzlich sie sind, berühren die Frage unserer Weibekraft als Partei nur oberflächlich, denn erstens wird die Krise vorbeigehen, dann tut es einer Aufgabe, wie sie die Sozialdemokratie verwirklichen will, keinen Abbruch, wenn sie auf größere Hindernisse stößt, als vorausgesehen waren, ja, nicht einmal, wenn nicht immer das richtige Mittel zur Ueberwindung der Hindernisse gewählt würde. Hat doch keine andere Bewegung unserer Zeit, auch die nicht, die sich im Besitz der Staatsgewalt befinden, die Wirtschaftskrise zu meistern vermocht“.

Bei der Suche nach Gründen für den Zerfall der Partei stößt Oda Olberg dann noch auf die „seelische Krisenkonjunktur“. Aber daran liege es auch nicht, sondern: . . . an der Reife der Partei. Und nun kommen wertvolle Geständnisse: „Sie ist keine Knospe mehr, die Wunder verspricht. Sie ist schon Wirklichkeit und Alltag geworden, ein menschliches, allzu menschliches Gebilde erdgebunden, staubbeschwert, der Zeit unterworfen, der nur trogen kann,“ „was sich nun und nimmer hat begeben“. Sie hat keine unentdeckten Inseln mehr, auf die sich Träume und Sehnsucht flüchten könnten. Deshalb ist die Sozialdemokratie der Jugend heute nicht das, was sie sein konnte, als sie selbst jung war“.

Nachdem man so wie die Raze um den heißen Brei herumgegangen ist, enthüllt sich endlich das wahre Gesicht der Partei. Nun wird in den weiteren Ausführungen offen gesagt, was der eigentliche Grund des Versagens der Idee und ihrer Weibekraft ist: Wir sind keine Idee mehr, keine Bewegung, sondern ein Versorgungsapparat. Man läßt die Raze aus dem Sacke und beginnt zu locken, zu ködern mit Anstellung in die Partei, mit Versorgung, mit hohem Gehalt. „Und dadurch, daß sie sich mit Wirklichkeit und Zeitlichkeit tränkte, wurde sie wie ein mächtiger Baum, fest an das Erdreich geklammert und im breiten dichten Astwerk vielen Schutze gewährend“. „Die Zeiten sind längst vorbei, wo die Zugehörigkeit zur Partei Gefahr und Beeinträchtigung bedeutete. Die Partei hat einen eigenen Beamtenstand. Man kann bei ihr sein Fortkommen finden, ja es gibt Leute, die bei ihr untergeschlüpfen. Sie kann etwas bieten und hat Zulauf“.

Wir sind dem „Vorwärts“ außerordentlich dankbar, daß er mit diesen Worten offen zugibt, was die Spazier längst von den Dächern pfeifen. **Damit ist die Idee des Sozialismus begraben, und es bleibt übrig die Versorgungsmaschine, der fetten Bonze.** Die Masse ist Stimmvieh. Nein war Stimmvieh, sie ist aufgewacht und wendet sich von Abscheu und Ekel erfüllt ab und dem wahren Volksinteresse wieder zu. Unsere Aufgabe aber ist es, den wankenden Bau vollends zum Einsturz zu bringen, damit Platz wird für neuen Aufbau.

Jahreshauptversammlung der AMB.

Die diesjährige Jahreshauptversammlung findet

Sonntag, den 21. Februar 1932

vormittags 10 Uhr in Leipzig statt.

Tagesordnung wird durch besonderes Rundschreiben bekannt gegeben.

Der Vorstand.

Aus der Bewegung.

Bezirk Zeitz-Weißenfels. Am 22. Dezember fand unsere Bezirksführung statt, welche von allen Werksgruppenvorständen vertreten wurde, außer Gruppe Köpjen. Als Gast war Herr Barts, Halle-S. anwesend. Nach der Begrüßung der anwesenden Kameraden wurde die Tagesordnung bekanntgegeben. Es wurde dann die Jahreshauptversammlung auf den 31. Januar festgelegt und findet im Gasthof Zur Eiche in Trebnitz nachmittags 2.30 Uhr statt. Weiter verliest Kam. Klingner ein Schreiben des 1. Vorsitzenden Kam. Taubert, in welchem die Bezirksvorsitzenden aufgefordert werden, über die Bewegungen der Gruppen ihres Bezirks Bericht zu geben zwecks Aufstellung des Geschäftsberichts zur Generalversammlung der AMB. Dann wurden die Anträge der Gruppen durchgesprochen und bearbeitet. Die rege verlaufene Bezirksführung wurde 20 Uhr geschlossen. Anschließend fand noch eine Rednerschulung statt.

Werksgruppe Groißschen. Am 20. Dezember fand im Töpischen Gasthaus zu Krehchau unsere Weihnachtsfeier mit Kinderbescherung statt. Als Geschenke kamen der Zeit entsprechend nur praktische Gegenstände zur Verteilung. Außerdem gab es noch Kaffee und Kuchen für die Frauen und Kinder. Mit besonderer Freude wurde die Anwesenheit der Herren Direktor Groß und Dr. Meggemann begrüßt. Als Festredner war Herr Barts, Halle, gewonnen, welcher eine dem Charakter des Festes entsprechende Rede hielt. Seine zu Herzen gehenden Worte wurden von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. Der Gesangsverein Liedertafel Krehchau hatte noch ein erhebliches dazu beigetragen, mit Weihnachtsliedern das Fest zu verschönen, wofür ihm besonders Dank gebührt. Alle Teilnehmer waren von dem Bewußtsein getragen, einmal wieder frohe Stunden in der Gemeinschaft ihrer Kameraden und Kinder erlebt zu haben. Allen denen, welche zu dem Gelingen des Festes beigetragen haben, sei hiermit aufs herzlichste gedankt, besonders der Direktion beider Werke für ihr Wohlwollen und Entgegenkommen.

Werksgruppe Bollert. Die am 13. Dezember stattgefundene Monatsversammlung war gut besucht. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Verlesen der letzten Niederschrift. 2. Bericht von der Bezirksführung am 11. 12. in Lützenau. 3. Beschlußfassung über Ausschluß von Mitgliedern. 4. Weihnachtsfeier. 5. Festlegung der Gruppenjahreshauptversammlung. 6. Verschiedenes. Alle Punkte konnten zur Zufriedenheit der Mitglieder erledigt werden. Zum Schluß las der Vorsitzende aus dem Buch

„Gruppe Hofemüller“ einige Abschnitte vor, die von den Kämpfen um Verdun handeln. Nächste Versammlung am 14. Februar, wozu alle Mitglieder eingeladen werden.

Werksgruppe Jakobsgrube. Am 26. Dezember veranstalteten die Werksgruppen Grube Jacob und Bollert ihre diesjährige Weihnachtsfeier. Am Nachmittag fanden Vorführungen von Deklamationen und zwei Theaterstücken statt. Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden, welche den Saal bis auf den letzten Platz gefüllt hatten, begrüßte, richtete Herr Barts ergreifende Worte über Notweihnachten an Jung und Alt. Den Schluß des glänzenden Nachmittags bildete die Bescherung. Jeder erhielt einige Meter Hemdentuch und weiße Taschentücher. Am Abend fand dann ein gemütliches Tänzchen statt. Allen denen, die am guten Gelingen dieser Veranstaltung mit beigetragen haben, sei hierdurch herzlich gedankt.

Werksgruppe Emma. Sonntag, den 10. ds. Mts. fand die diesjährige Generalversammlung im Gasthof „Glückauf“ statt. Um 3 Uhr nachm. wurde die Versammlung unter Begrüßung vom Kam. Knoblauch eröffnet. Er gedachte der in Schlesien verunglückten Kameraden sowie unseren verstorbenen Kam. Steiger Bledner, zu dessen Ehren sich die Kameraden von ihren Plätzen erhoben. Punkt 1. Die Niederschrift der letzten Versammlung wurde verlesen und von der Versammlung genehmigt. 2. erstattet Kam. Knoblauch Bericht über die am 23. 12. stattgefundene Bezirksführung. Punkt 3. Kam. Fallenstein gibt einen Jahresbericht, welcher die allgemeine Zustimmung der Versammlung findet. Punkt 4. Kam. Fallenstein gibt einen ausführlichen Kassenbericht. Auch dieser wird von der Versammlung zustimmend entgegengenommen. Dem schließt sich der Revisionsbericht der beiden Revisoren an. Die Entlastung des Kassierers erfolgt. Bei Punkt 5 erfolgt nach Bestellung eines Wahlleiters die Vorstandswahl. Es wurden einstimmig wiedergewählt:

1. Vorsitzender: Kam. Otto Knoblauch, Trebnitz, Siedlung 1
 2. Vorsitzender: Kam. Oskar Quarg, Trebnitz, Siedlung 15
- Schriftführer: Otto Ehrhardt, Theißen
Kassierer: Hermann Fallenstein jun., Lützenau
Revisoren: Reinhold Eichler, Albin Bauer
Schiedsmann: Paul Weidner
Büchlerwart: Karl Koch.

Nach erfolgter Wahl forderte Kam. Knoblauch die Mitglieder zur tätigen Mitarbeit auf. Zu Punkt 6 kommen verschiedene interne Angelegenheiten zur Besprechung. Da nach der Generalversammlung das übliche kameradschaftliche Beisammensein stattfinden soll, wird der von Kam. Fallenstein angelegte Vortrag nochmals verschoben. Derselbe soll in der nächsten Monatsversammlung als erster Punkt gesetzt werden.

Werksgruppe Emma. Sonntag, den 20. 12. feierte die Werksgruppe Emma das Weihnachtsfest im Gasthof Voigt, Lützenau. Um 7 Uhr begann die Feier im hellerleuchteten weihnachtlich geschmückten Saale. Eingeleitet wurde die Feier durch einen Weihnachtsmarsch (ausgef. von Mitgl. der Bergkapelle Zeitz). Es folgte das gemeinsam gesungene Lied „Stille Nacht“. Hierauf sprach ein Kind das Gedicht „Willkommen“. Kam. Knoblauch begrüßte die Erschienenen vor allem Herrn Bergassessor Degenhardt und Familie, sowie Herrn Pfarrer Bothe und Frau. Er sprach über den Ernst der heutigen Zeit und ermahnte zum Zusammenschluß. Es folgten weihnachtliche Musikstücke und gemeinsamer Gesang „Du fröhliche“ und „Knecht Ruprecht“. Hierauf sprach Herr Pfarrer Bothe in wahren Worten von der großen Liebe, die vor allem gerade beim lieben Weihnachtsfest immer wieder in den Vordergrund tritt. Nun zog der Weihnachtsmann in den Saal ein und manch freudiges aber auch manch ernstes Gesicht konnte man bemerken. Der gemeinsame Gesang „O Tannenbaum“ folgte. Hierauf schritt man zur Bescherung. Es gab Leinwand für die Mitglieder und Aepfel, Nüsse, Schokolade und Pfefferkuchen für die Kinder. Allen denen, die das Fest vorbereiteten, aber auch den Kindern für ihre Mitwirkung ein besonderer Dank an dieser Stelle.

Bezirk Meuselwitz. Werksgruppe Waltersdorf. Die Monatsversammlung fand am 13. 12. 31. in der Werkstantine statt. Um 3.20 Uhr eröffnete Kam. Kierig die Versammlung, begrüßte die Mitglieder sowie die Gäste insbesondere Kam. Dr. Brectel aufs herzlichste und ging dann in folgende Tagesordnung über.

1. Feststellung der Anwesenheit.
2. Verlesen der letzten Niederschrift.
3. Gruppenfragen.
4. Vortrag des Kam. Schöll.
5. Verschiedenes.

Die reichhaltige Tagesordnung konnte in kurzer Zeit glatt erledigt werden. Im Mittelpunkt unserer Versammlung stand der Vortrag von Kam. Schöll „Die Deutsche Wirtschaftslage“. Hier hörte man, daß Kam. Schöll Kenner auf diesem Gebiete ist. Reicher Beifall lohnte den Redner. Unsere Jahreshauptversammlung findet am 17. 1.-32 im Gasthof Körner Wintersdorf statt. Schluß der Versammlung um 6 Uhr.

Weihnachtsfeier des Werkvereins Kosiß. Am 27. Dezember hielt auch voriges Jahr in erster Notzeit in schlichter Einfachheit mit ihren Familien, deren große Gefolgschaft der schön geschmückte Saal kaum zu fassen vermochte, eine kerndeutsche Weihnachtsfeier ab. Voraus sei erwähnt: Zeugte es doch von echt deutscher Sitte, Treue und Zusammenhalt was auch die Bewegung zum Ziele hat. Nur eine in sich friedliche nationale deutsche Arbeitnehmerschaft kann uns aus aller Not und Krise auch wieder zu einem gesamten, deutschen und einigen Vaterlande empor wachsen lassen. — Zu Häupten der Bühne stand ein prächtiger Tannenbaum; auf den Tischen standen schwarz-weiß-rote Leuchter, in denen Weihnachtskerzen einer besseren Zukunft entgegen leuchteten. Auf der Bühne hatte die Bergkapelle Ausstellung genommen. Vorsitzender Kam. Baumgarten begrüßte die zahlreich Erschienenen und wünschte allen einige Stunden froher Weihnachtsstimmung. Es folgten musikalische Darbietungen, die feinsinnig von Kam. Wüller zu Gehör gebracht wurden. Hieran reihte sich gemeinsamer Gesang froher Weihnachtslieder. Zur Unterhaltung der munteren Kinderchar wurde eine Reihe von Märchen im Lichtbild vorgeführt, die Kam. Winkler erklärte. Inzwischen war auch Knecht Ruprecht erschienen, wobei die Kinder mit großer Begeisterung ihrem Herzen Luft machten. Ruprecht mußte viele Male in seinen großen Sack voll Aepfel und Nüsse hineinlangen, wofür ihm strahlende Kinderaugen dankten. Anschließend folgte die Bescherung, wobei jedes Kind mit nützlichen, brauchbaren Stoffen oder Bekleidungsstücken bedacht wurde. Kam. Scheuffler sorgte dafür, daß jedes zu seinem Recht kam. Es folgten noch ausserlesene musikalische und gesangliche Darbietungen. Kam. Taubert dankte zum Schluß für den zahlreichen Besuch, auch denen, die mit dazu beigetragen haben, das Fest zu verschönen. Auch in diesem Jahr war die Feier wieder ein voller Erfolg.

Werksgruppe Leonhard, Zipsendorf. Mitglieder-Jahreshauptversammlung am 31. 1. 32 nachmittags 3 Uhr. Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.

Bezirk Borna. Werksgruppe Viktoria. Die letzte Monatsversammlung fand am 20. 12. 31 wiederum in Borna im Sägerheim statt, und wurde gegen 17.30 Uhr vom Vor. Kam. Haase eröffnet. Kam. Haase begrüßte die erschienenen Kameraden, sowie die Vertreter der Direktion mit einem herzlichem Glück-Auf.

In Anbetracht des schlechten Wetters waren nur 102 Kameraden erschienen und ist dies wohl auch auf das benötigende Weihnachtsfest zurückzuführen. Die letzte Niederschrift wurde verlesen und abgezeichnet. Alsdann erstattete Vor. Haase Bericht von der am 4. Dezember stattgefundenen Hauptvorstandsitzung, und gab mit bekannt, daß laut Notverordnung vom 8. Dezember 1931 für das Jahr 1932 keine Betriebsstatwahlen stattfinden dürfen, und bedeutet dies gerade für die nationale Bewegung, hauptsächlich aber im mitteldeutschen Bergbau für die M.B. eine große Härte, da dadurch der in diesem Jahre gemachte Fortschritt der Bewegung in den Betrieben nach außen hin nicht zur Geltung kommen kann, wie es die vorjährige Betriebsstatwahl doch der Außenwelt gegenüber klar gezeigt hat.

Es wurde sodann an restliche Ablieferung der Beiträge für das Jahr 1931 erinnert, um dadurch dem Kassierer den Jahresabschluss zu erleichtern.

Eine rege Aussprache schloß sich dann an über die am 19. 12. 31. stattgefundenen Weihnachtseinbescherung, und war daraus zu ersehen, daß diese erste Weihnachtsfeier als gelungen betrachtet werden kann, denn Zufriedenheit und Freude aller Kameraden dankte dem Vorstand.

Eine Einladung der Werksgruppe Dora und Helene wurde noch bekannt gegeben zu einem gemütlichen Beisammensein am 20. 12. 31 im Gasthof Lobstädt.

Alsdann streifte der Vorsitzende Kam. Haase die politische Lage und richtete an alle Kameraden die Bitte, im kommenden Jahre mit demselben Eifer und Pflichtbewußtsein den Gedanken der M.B. zu hegen und treu an deren Grundzügen zu halten.

Nach Abhängen des Deutschlandliedes wurde die Versammlung gegen 19 Uhr geschlossen.

Werksgruppe Wignitz. Die Werksgruppe veranstaltete am Sonntag, den 13. Dezember in Cula und am 20. Dezember in Borna ihre Weihnachtsfeiern. Diese Veranstaltung sind in allen Teilen als wohl gelungen zu bezeichnen; die Kinder wurden durch Kaffee und Kuchen gestärkt und die sich anschließenden Darbietungen erfreut, besonders zu erwähnen ist das finnische Märchenpiel „Aschenbrödel's Weihnachten“. Die Mitglieder erhielten ein sehr preiswertes und praktisches Geschenk und fanden sich am Abend zu einem gemütlichen Tanzchen zusammen. Auch hier herrschte durch die Ausführung eines äußerst heiteren Theaterstückes und einiger Solovorträge bald die gemühtlichste und fröhlichste Stimmung. Dieser Abend war so recht angetan, die Sorgen des Alltags auf einige Stunden zu vergessen und ein jeder denkt gern daran zurück. An dieser Stelle sei nochmals allen, welche zum Gelingen des Festes beigetragen haben, herzlichst gedankt.

Werksgruppe Kraft II, Deutzen. Am Sonnabend, den 2. 1. 32 nachm. 2.30 Uhr fand die Generalversammlung der Werksgruppe statt. Der Tagesordnung lag Bericht des Kassierers, der Geschäftsbericht (den der 1. Vorsitzende gab) sowie Neuwahlen vor. Die Neuwahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl des Vorstandes. Hierzu gewählt wurde der Kam. Ackermann als Schriftführer. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende um 6.30 Uhr die Versammlung.

Werksgruppe Böhlen. Die Werksgruppe Böhlen veranstaltete am 4. 12. in Friedels Gasthof einen Werbeabend mit Filmvorführung zu Gunsten der Winterhilfe. Der Abend muß als glänzend gelungen bezeichnet werden. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Zu dem Film: Entstehung, Gewinnung und Verarbeitung der Braunkohle gab Herr Direktor Claasen, der sich uns in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt hatte, sehr wertvolle Erklärungen. Ein Quartett der Bergkapelle Böhlen trug

ebenfalls dazu bei, den Abend zu verschönern. Der Reingewinn von RM. 133,60 wurde restlos der örtlichen Winterhilfe zugeführt.

Werksgruppe Braunkohlenwerke Borna. Die Monatsversammlung für Dezember fand am 29. November statt. Der Besuch war ein sehr guter. Neuaufgenommen wurden 8 Kameraden. Nach Erledigung der internen Angelegenheiten hielt Kam. Wiehner Werksgruppe Kraft I Träna, einen Vortrag über „Grundgedanken und Aufgaben der Werksgemeinschaft“, welcher sehr beifällig aufgenommen wurde und eine rege Aussprache auf löste. Die Auszahlung der Spargelder erfolgte am 14. und 15. Dezember in der üblichen Geschäftszeit. Zur Winterhilfe wurde beschloffen eine Schicht ohne Bezahlung zu verfahren, deren Betrag an die nationale Winterhilfe abgeführt wird. Die Weihnachtsfeier

findet am 20. Dezember nachm. 3 Uhr im Hotel zum goldenen Stern Borna, statt.

Werksgruppe Kraft III. Unsere Hauptversammlung fand am 6. 12. 1931 in Raupenhain statt.

Die Vorstandsneuwahl zeitigte folgendes Ergebnis:

1. Vorsitzende Kamerad Freitag,
2. Vorsitzende Kamerad Vogt,
- Schriftführer Kamerad Brand,
- Kassierer Kamerad Müller,
- Vertrauensobmann Kamerad Süß,
- Beisitzer Kamerad Gottweiß.

Eine rege Aussprache legt davon Zeugnis ab, daß die Gruppe im Wachen begriffen ist.

„Hotel Börsenhalle“ am Reichstor. Bes.: H. Feyerabend.



Gutgepflegte Biere. Bürgerliche Küche.
Schulungs- und Versammlungslokal
der werksgruppe Witznitz der A.M.B.
Verkehrslokal aller vaterländischen Vereine.

Gasthof zur Post – Bahnhof Kieritzsch Besitzer A. Förster.

Schulungs- und Versammlungslokal der
A. M. B. Ortsgruppe Bahnhof Kieritzsch
Großer staubfreier Garten — Herrlicher großer Ballsaal

Eisenbahnverbindung nach allen Richtungen — Große Tiergehege, Löwe, Dachse usw.
Achtungsvoll D. O.

Gasthof und Tanz-Palast Stadt Altenburg



Lobstädt (Bezirk Leipzig).
Inh.: Elisabeth v. Brühem Fernruf: Amt Borna 519
Verkehrslok. d. A.M.B.-Werks-
gruppe Viktoria, Lobstädt.

Hotel „Wettiner Hof“ Tel. 104 Borna Bez. Leipzig Tel. 104

~ Haus der Bergleute ~
Verkehrs- u. Schulungslokal d. Bez. Borna d. A.M.B.
Versammlungslokal der Werksgruppe Braunkohlenwerke Borna und
aller vaterländischen Verbände.

Erstklassige Küche — Täglich preiswerteste Hausgerichte — Eigene Kühlanlage
Bestgepfl. Biere — Neueingerichtete Fremdenzimmer, Saal, Konferenzzimmer in
verschiedenen Größen — Kegelbahn — Autogaragen

Inhaber: Erich Bohring.



Beste u. billige Bezugsquelle
für den Weihnachtseinkauf.

Bei Sammelbestellungen und für
Weihnachtsbescherungen
Wiederverkaufspreise.

Verlangen Sie Preisliste!

Verantwortlich für den Inhalt: S. V.: Rich. Mally, Wutz b. Zeitz

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Kolonialwaren empfiehlt bestens
Otto Schmidt, Bäckermeister
Lobstädt, Hauptstraße 96

Gasthaus Neue Welt, Lobstädt Bez. Leipzig Besitzer R. Krötel

Versammlungslokal d. Werksgruppe Dora-Helene, Großzossen
Sitz zahlreicher nationaler Verbände

Kurt Wätzig, Lobstädt

Hauptstraße 85 Fernsprecher 303

empfiehlt

Kolonialwaren, Drogen und Farben :: :: :: Sämereien
Tabak :: Zigarren :: Zigaretten :: Weine und Liköre

Radio - Pliono - Kino Anlagen,

sow. Einzelteile zu äußerst günstigen Preisen und Zahlungsbedin-
gungen. Auf Reparaturen wie auf jede von uns gelieferte Anlage
1 Jahr Garantie.

Radiospezialhaus M. Jehnerl
Rötha i. S., Rosental 124

Buchdruckerei Walter Würzberger

Fernruf: Borna 179 Borna Bez. Leipzig Reichsstraße 16

empfiehlt sämtliche vorkommenden

Drucksachen

für Vereine, Private und Behörden
zu kulantem Preisen.

Druck und Verlag: Ewald Schellenbeck, Halle, Königl. 71.

Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Druckerei Ewald Schellenbeck, Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

5. Jahrgang

Halle (Saale), den 27. Februar 1932

Nr. 2

Einladung zur Jahreshauptversammlung

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

am Sonntag, den 20. März 1932 vorm. 10 Uhr

in Leipzig, Kniffhäuserhaus, Turnerstr. 2 (nähe Kopflatz)

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der stimmberechtigten Vertreter.
2. Geschäftsbericht erstattet vom 1. Vorsitzenden Kam. U. Taubert.
3. Kassenbericht erstattet vom Hauptkassierer Kam. Wüstemann.
4. Bericht der Revisoren und Entlastung.
5. Anträge.
6. Neuwahl des Vorstandes.
7. Verschiedenes.

Sondereinladungen an die Werksgruppen ergehen nicht. Die Werksgruppen werden verwiesen auf § 10, Abs. 3 und § 12, Abs. 2 der Satzungen.

Der Vorstand

i. U.: Taubert, 1. Vorsitzender.

Wer wird Reichspräsident?

Das Rätselraten um diese Frage wird bald ein Ende haben. In wenigen Wochen findet der erste Wahlgang statt. Die amtliche Mitteilung lautet, daß am 13. März erster und am 10. April zweiter Wahlgang sein soll, falls er erforderlich sein sollte. Die politischen Leidenschaften werden aufgewühlt wie noch nie zuvor. Der Durchschnittswähler sieht sich in eine Sackgasse geraten und auch die Organisationen, Parteien und Verbände tasteten lange und zum Teil noch im Dunkeln. Auf welchen Kandidaten sollen wir uns einigen, wen sollen wir wählen? Diese Unsicherheit finden wir besonders im nationalen Lager. Geschaffen wurde diese Unsicherheit durch den bekannten Schritt des Reichskanzlers in der Frage der Präsidentenwahl. Ob er Hindenburg damit einen Dienst erwiesen hat, möchten wir bezweifeln. Der gute Wille, der Herrn Dr. Brüning sicherlich leitete, ist zwar Voraussetzung aber noch lange kein Verdienst und sichert nicht den Erfolg. Brüning ist belastet mit der ihn tolerierenden Sozialdemokratie. Daß ein Angebot von solcher Genossenschaft von vornherein bedenk-

lichen Verdacht erwecken mußte, darüber mußte sich der Reichskanzler im Klaren sein. Aber er präsentierte Hindenburg, der vor sieben Jahren von der nationalen Bevölkerung einstimmig gewählt worden war. Hindenburg lebt im Herzen eines jeden guten Deutschen als der Sieger von Tannenberg, als der Retter Ostpreußens, als der siegreiche Lenker unzähliger Schlachten, als der getreue Eckehard des Reiches.

Er war und ist das lebendige Symbol Deutscher Treue und Aufopferung, Verkörperung des Dienstes am Volke. Alle deutschen Herzen schlagen in Dankbarkeit ihm entgegen. Vor sieben Jahren haben die Parteifreunde des jetzigen Kanzlers, ganz abgesehen von der SPD., die Wahl Hindenburgs als ein nationales Unglück hingestellt und mit allen Mitteln zu hintertreiben versucht. Und nun diese Wandlung? Was kann der Grund sein?

Dankbarkeit gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg? Bewahrung des Volkes vor einem alle Leidenschaften aufwühlenden Wahlkampfe? Einigung des



Volk in dieser schweren Notzeit, die so gewaltige Kraft- und Nervenanstrengungen erfordert, die uns vor so wichtige Entscheidungen stellt, wie endgültige Lösung des Reparationsproblems, Ueberwindung der Wirtschaftskrise, Abrüstung? Oder waren es andere Gründe?

Die Antwort hierauf gibt uns der Vorwärts in seiner Nummer 75 vom 14. 2. 1932. In nicht mißzuverstehender Weise wird hier zunächst der Versuch gemacht, die Kommunisten von einer Kandidatur Thälmanns abzubringen, die ja doch bloß dazu diene, den „Faschismus“ zu stärken. „Man kann einwenden, für die KPD. als revolutionäre Partei sei es wichtig, von Zeit zu Zeit bei Wahlen ihre Stärke zu messen. Aber erstens weiß die KPD, auch ohne diese Messung, daß ihr unter den heutigen Verhältnissen die Kraft zu einem wirksamen revolutionären Vorstoß fehlt, und zweitens werden zwei Monate später die Landtagswahlen die ausgiebigste Gelegenheit zu einer Kraftprobe bieten. Für die Zählkandidatur Thälmann fehlt jeder vernünftige Grund.“

Kann die Zählkandidatur Thälmann also überhaupt keine politische Wirkung haben? Oh nein, sie hat eine sehr bedeutende Wirkung: sie nimmt nämlich von dem ernstesten Kandidaten dem weiter links Stehenden Stimmen weg und fördert damit den Sieg des weiter rechts Stehenden.

Man stelle sich einmal vor, die KPD. würde nicht in der Sozialdemokratie, sondern im Faschismus ihren Hauptfeind erblicken und sie würde auf eine aussichtslose Zählkandidatur verzichten, dann wäre eine sozialdemokratische Kandidatur sehr aussichtsvoll. Denn dann wären dem sozialdemokratischen Kandidaten rund 13 Millionen proletarisch-sozialistischer Stimmen sicher und wenn dann noch ein Teil der bürgerlichen Wähler sich gegen den faschistischen Kandidaten für ihn entschiede, wäre sein Sieg wahrscheinlich.

Diesen kommunistischen Unsinn wird die Sozialdemokratie nicht mitmachen, sie wird im Gegenteil auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichten. Diese Parole, die zwar nicht „amtlich“ verkündet ist, versucht der Vorwärts seinen Lesern plausibel zu machen: „sie wird sich nicht ohne sorgfältige Prüfung der Risiken zu einer sozialdemokratischen Kandidatur entschließen. Für eine bloße Zählkandidatur ist sie sich zu gut. Sie hält es auch nicht für „revolutionäre Klassenpolitik“, wenn das Proletariat einige Zählkandidaten aufstellt und die Entscheidung darüber, wer wirklich Reichspräsident werden soll, den bürgerlichen Parteien überläßt.“

Die Sozialdemokratie kann also nicht à la KPD. bloßes Theater machen; sie kann keinen Kandidaten aufstellen, ohne wirklich um den Sieg zu kämpfen. Sie kann darum auch nicht übersehen, daß die kommunistische Taktik die Siegesaussichten eines sozialdemokratischen

Kandidaten aufs schwerste beeinträchtigt. Beeinträchtigung der sozialdemokratischen Siegesaussichten bedeutet faktisch Förderung des Faschismus. Die Sozialdemokratie aber muß im Interesse der Arbeiterklasse alles tun, um wenigstens dem Faschismus den Sieg zu entreißen. Mit anderen Worten: sie muß auf einen eigenen Kandidaten verzichten, wenn sie einen andern sieht, durch dessen Aufstellung ein Keil in die Reihen der Gegner getrieben und eine Niederlage des reaktionärsten Teils der Bourgeoisie, der Harzburger Front, herbeigeführt werden kann.“

In dankenswerter Weise werden hier die wahren Absichten enthüllt. Zertrümmerung der Harzburger Front. Nicht Einigung des Volkes, sondern Beseitigung des gefährlichsten Gegners, dessen große Gefährlichkeit in diesen Zeiten offen zugegeben wird im Gegensatz zu dem sonstigen eisernen Getue. Es ist die Angst vor der Abrechnung, die Sorge um die fetten Pfünden und Pöstchen. Von Volksgemeinschaft keine Rede, sie ist auch nur möglich zwischen solchen, die aufrichtig sich bekennen zum Deutschtum, zur Heimat und Nation; für die, die kein Vaterland kennen, das Deutschland heißt, ist darin kein Platz.

Daß die ehrwürdige Person Hindenburgs in diesen Handel hineingezerrt worden ist, ist aufs tiefste zu bedauern. Der Reichskanzler hat fürwahr Hindenburg keinen Dienst erwiesen mit dem eingangs erwähnten Schritt. Wenn der Berliner Oberbürgermeister den Versuch machte, die von vornherein verpöbelte Angelegenheit wieder in Ordnung zu bringen, so war vorauszusehen, daß dieser Schritt ein Verstoß bleiben würde.

Man versucht uns Hindenburg zu entreißen. Das kann nicht gelingen. Wir lieben und verehren ihn und sind ihm restlos ergeben. Und wir lassen uns in unserer Treue ihm gegenüber nicht wankend machen. Aber wir sind nicht damit einverstanden, daß sein Name und sein hohes Ansehen für parteipolitische Zwecke mißbraucht wird. Dafür steht uns der Generalfeldmarschall zu hoch. Wenn jene glauben, ihre gefährdete Macht mit solchen Mitteln halten zu können, so sollen sie sich getäuscht sehen. Der Kampf muß weiter geführt werden bis zur Entscheidung. Und der Kampf geht gegen die Sozialdemokratie und ihre Trabanten, niemals gegen die Person Hindenburgs.

Als diese Zeilen geschrieben wurden, bestand noch keine Klarheit über die Kandidaten, die zur Wahl gestellt werden. Die endgültige Nominierung wird naturgemäß auch unsere Stellungnahme beeinflussen. Daß die Entscheidung bereits im ersten Wahlgange fällt, wird allgemein bezweifelt. Hoffentlich wird dann beim 2. Wahlgang restlose Klarung geschaffen sein und ein Mann präsentiert werden, auf den sich die Mehrheit des Volkes einigen kann.

Wirtschaftskrise und Reparationen.

Die deutsche Handelsbilanz war im Jahre 1931 mit beinahe 3 Milliarden RM aktiv, d. h. um diesen Betrag überstieg die Ausfuhr die Einfuhr. Nur Kurzsichtigkeit konnte glauben, daß diese Aktivität von langer Dauer sein würde. Herr Dr. Melchior wies in dem Baseler Ausschuß im Dezember vorigen Jahres darauf hin, daß die Steigerung des Aktivsaldo eine vorübergehende Erscheinung sei. (Vergl. Nr. 12/31, des Mittelungsblattes.) Wie recht er gehabt hat, beweisen die Handelsergebnisse im ersten Monat des neuen Jahres. War schon im Dezember eine Wendung zum Schlechte-

ren eingetreten (Ueberschuß betrug immer noch rund 250 Millionen RM.), so zeigen die Januarzahlen einen rapiden Abstieg. Die Ausfuhr ging zurück um 166 Millionen RM., die Einfuhr um 65 Millionen, sodas ein Ausfuhrüberschuß verbleibt von 105 Millionen RM. Allein England ist an der Ausfuhrverminderung mit etwa 50 Millionen RM. beteiligt. Neben der von der handels- und währungspolitischen Seite (Erhöhung der Zollschranken und Aufgabe der Goldwährung) erfolgten Beschränkung der deutschen Ausfuhr wird eine Senkung der Einfuhr mehr und mehr nachlassen. Neben der

mengenmäßigen Minderung der Einfuhr trat gleichzeitig eine Verbilligung durch Preisrückgang ein, sodaß die Einfuhrziffern von 2 Seiten aus (Menge und Preis) einen Rückgang erfuhren. Es ist aber kaum anzunehmen, daß die Welthandelspreise für Agrar- und Rohstoffe noch weiter unter den erreichten Tiefstand sinken werden. Andererseits ist ebensowenig damit zu rechnen, daß die deutsche Ausfuhr ihre Preise verbessern kann. Eher ist schon unter dem ausländischen Druck damit zu rechnen, daß eine noch weitere Preisverschlechterung eintreten wird. Sodaß aus allen diesen Ursachen die Aktivität unserer Handelsbilanz noch weiter zusammenschrumpfen wird. Die Folge wird sein, daß in der Zukunft nicht mehr die hohen Devisenbeträge für Rückzahlungen an das Ausland zur Verfügung stehen werden. Es sei daran erinnert, daß Deutschland innerhalb etwa 18 Monaten nämlich vom Herbst 1930 bis Ende 1931 Rückzahlungen im Betrage von 5 Milliarden gemacht hat.

Eine weitere und weit schwierigere Folge wird weitere Beschäftigungslosigkeit, d. i. Andauer der Arbeitslosigkeit sein, wenn es nicht gelingt, den Binnenmarkt, d. h. in erster Linie die Landwirtschaft aufnahmefähiger zu gestalten. Die Zahl der Erwerbslosen hat die 6. Million überschritten, d. h. es sind etwa 30% der nicht selbständig Erwerbstätigen aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet. Ein großer Teil der noch Beschäftigten arbeitet verkürzt. Die industrielle Produktion hat sich im Jahre 1931 um etwa 12% vermindert, während ihr Wert sich gegenüber 1928 um mehr als die Hälfte verringert hat. Betrug er 1928 noch etwa 80 Milliarden, so 1931 nur noch 40 Milliarden. Die heutige industrielle Produktion entspricht dem Stand von vor etwa 30 Jahren, wobei zu berücksichtigen ist, daß die industrielle Leistungsfähigkeit ganz wesentlich gesteigert worden ist, und die Menschenzahl eine um mehrere Millionen höhere ist. Gerade diese Betrachtungen kennzeichnen den Ernst und die Schwere der Wirtschaftskrise und fordern zu dem Schluß heraus, daß die Beibehaltung der Reparationszahlungen eine Unmöglichkeit bedeutet.

Aber diese wirtschaftlichen Erwägungen werden von der Politik nicht beachtet. Zu wiederholten Malen ist von Sachverständigen und sozusagen amtlichen Gutach-

tern der Zusammenhang zwischen Deutschlands Schwierigkeiten und der Weltkrise bestätigt worden. Der Baseler Bericht weist erneut darauf hin, daß das Deutsche Problem in weitem Maße die Ursache für die wachsende finanzielle Lähmung der Welt ist. Wenn neues Unglück vermieden werden sollte, müsse eine beschleunigte Anpassung aller politischen Schuldenverpflichtungen an die geschwächte Weltlage erfolgen. Die Gläubigerregierungen stehen auf dem Standpunkt, daß es falsch wäre, das Reparationsproblem im augenblicklichen Zustande der deutschen Krise endgültig zu lösen. Sie sagen, jede Krise nimmt einmal, wie die Erfahrung gelehrt, ein Ende, und es wird dann eine Periode der Prosperität, des Aufstiegs für Deutschland folgen. Und es kann dann etwas oder mehr zahlen, als in der Krisenzeit festgelegt wurde. Dieser Argumentation gegenüber ist immer wieder darauf hinzuweisen, daß eine nicht endgültige Lösung niemals in der Lage sein wird, die verloren gegangene Vertrauensgrundlage wiederherzustellen. Es bleibt im Gegenteil die internationale Atmosphäre vergiftet. Es ist unmöglich, normale Kreditbeziehungen zwischen den einzelnen Ländern herzustellen, der internationale Kapital- und Güterausgleich wird unterbunden. Die Goldverteilung bleibt so wie sie zur Zeit ist, d. h. ungesund und wirkt sich verderblich aus auf die Währungssysteme der einzelnen Länder, mit einem Wort: Die Weltkrise hält an. Eine Verlängerung des jetzigen Zustandes, des Moratoriums für die politischen Schuldenzahlungen, bringt keine Erleichterungen weder für uns noch für die anderen. Es liegt deshalb nicht nur im Interesse Deutschlands sondern der Welt, endgültig mit den politischen Zahlungen Schluß zu machen. Die Lausanner Konferenz ist auf Betreiben Frankreichs nicht zustande gekommen. Ob Frankreichs Haltung nach dem Sturze des Kabinetts Laval eine andere sein wird, scheint wenig glaubhaft. Dem Ausland und besonders uns gegenüber stellt Frankreich, wie auch immer seine Regierung aussehen mag, immer eine einmütige Front gegenüber und zeigt sein unveröhnliches Gesicht trotz aller Bemühungen deutscher Franzosenfreunde. Demgegenüber gilt es eine ebenso geschlossene Front aller Deutschen zu schaffen, die auf dem Standpunkt stehen: Die Reparationszahlungen sind zu Ende.

Zur Abrüstungskonferenz.

3 Wochen schon währen die Genfer Verhandlungen um die Rüstungen. Ausgangspunkt der Konferenz ist der Teil des Versailler Vertrages, der festlegt, daß die Deutschland auferlegte Entwaffnung nur die Einleitung zu einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung der Nationen bilden sollte. Etwa 1 Jahr später, 1920 wurde eine Abrüstungskommission in Genf eingesetzt, die sich aber weniger mit Abrüstung als mit Sicherheit für die anderen befaßte. Hierher gehört das Genfer Protokoll von 1924, Locarno und Kelloggpaß, setzten diesem Sicherheitsstaumel die Krone auf. 1926 wurde die vorbereitende Abrüstungskommission eingesetzt, die kein Ergebnis erzielte außer immer wieder das Sicherheitsproblem zu unteruchen. Um die Sicherheit Deutschlands kümmert sich kein Mensch. Immer wieder versteifen sich die anderen Mächte auf die Heiligkeit der Verträge, an deren Bestand nicht gerüttelt und an deren Inhalt nicht gedeutelt werden dürfte. Der Teil V aber des Vertrages blieb ein Blatt Papier. Die vorbereitende Kommission gelangte schließlich zu einem Ergebnis, das seinen Ausbruch fand in dem vor etwa Jahresfrist veröffentlichten Abrüstungskonventionentwurf. Er

schließt sich dermaßen an französische Wünsche und Gedankengänge an, daß er für den deutschen Standpunkt völlig undiskutabel ist, aber die Grundlage der jetzt tagenden Konferenz bildet.

Es haben sich, wie nicht anders zu erwarten war, mehrere Fronten in Genf entwickelt. Zunächst die französische flankiert von Belgien, Polen, der Tschechoslowakei und Japan als stiller Reserve. Japans Stellung auf der Abrüstungskonferenz war nicht einfach. Eine Abrüstungskonferenz ist schließlich ein Friedenskongreß. Und ausgerechnet Japans Kanonaden und Bomben bilden die Begleitmusik zu dem Genfer Friedensgeläut. Aber Japan kennt seine Pappenheimer, kennt sich aus in den Schlichen europäischen Diplomatenkniffe. Japan kennt seine eigene Macht und ist sich nicht im Unklaren über die Ohnmacht der anderen, besonders Englands und Amerikas. Welche Abmachungen es zudem mit Frankreich getroffen hat, ist nicht nachweisbar aber klar erkennbar. Des japanischen Leiligerten Ausführungen klangen daher wie brutaler Hohn und entbehrten nicht eines spöttischen Beigeschmacks. Tardieu ließ gleich die Kasse aus dem Sack und ritt eine

schneidige Attacke gegen alle diejenigen, die am Versailler Vertrag, an Schuldlüge usw. rütteln wollen. 3 mal im Laufe von 100 Jahren sei Frankreich besetzt worden (Schuldlüge!). Daher Sicherheit und nochmal Sicherheit. Er forderte zu Frankreichs eigenem Heer noch eine Völkerbundarmee (unter französischem Befehl) usw. usw., kurz eine Rede, die den Geist Clemenceau's in jeder Silbe atmete.

Dieser von Frankreich und seinen Vasallen gebildeten Front steht die deutsche gegenüber sekundiert von Italien und Rußland. Mit äußerster Spannung wurde vom In- und Ausland die Rede des deutschen Kanzlers erwartet. Wer diese Rede im Rundfunk gehört hat, wird bestätigen, daß das was er sagte, Worte des nationalen Deutschlands waren. Daß er manches nicht sagte, insbesondere Tardieu nicht die gebührende Antwort auf seine unerhörten Herausforderungen erteilte, mag vielen als Schwäche erschienen sein. Es kann auch als kluge Taktik gedeutet werden. Tardiens Attacke mit dem auf Lanzenspitzen vorgetragenen undiskutierbarem Abrüstungsentwurf von vornherein mit einer Gegenattacke zu parieren, wäre sehr schneidig erschienen, hätte aber aller Voraussicht nach die z. T. noch ungeschlossenen anderen Mächte zu keiner klaren Stellungnahme veranlaßt, hätte die Debatte nicht voll sich entwickeln lassen, sondern der deutsche und der französische Standpunkt allein wären diskutiert worden, voraussichtlich zu Deutschlands Ungunsten. So aber ließ Brüning die französische Attacke an sich vorbeijagen, sich tot laufen. Der bisherige Verlauf der Genfer Konferenz hat Brüning recht gegeben. Zunächst sicherte sich Brüning einen psychologischen Erfolg. Für den nationalen Deutschen ist es sicher bitter gewesen, daß Brüning nicht energisch gegen die plumpe Kriegsschuldbeschuldigungen Tardiens Front machte. Was aber der Kanzler sagte, findet unsere volle Billigung. Er forderte. Endlich einmal dies Wort statt des bisherigen knechtlichen Gewinns und Gemammers. Endlich einmal eine deutsche Forderung statt ewigen Bittens und Anheimstellens. „Das war Deutsch geredet!“ Und alle guten Deutschen haben sich gefreut ob dieses kräftigen Worts. „Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk fordern nach der eigenen Entwaffnung die allgemeine Abrüstung. Deutschland hat darauf einen rechtlichen und moralischen Anspruch, der von niemanden in Zweifel gezogen werden kann. Das deutsche Volk erwartet von dieser Konferenz die Lösung des Problems der allgemeinen Abrüstung auf dem Boden der Gleichberechtigung und auf der Grundlage gleicher Sicherheit für alle Völker.“

Ich erkläre hiermit, daß Deutschland als vollberechtigtes und vollverpflichtetes Mitglied des Völkerbundes vor dieser hohen Versammlung mit allem Nachdruck eintreten wird für eine allgemeine Abrüstung, von einer Abrüstung unmißverständlicher Art, wie die im Völkerbundpakt für alle Mitglieder in gleicher Weise vorgesehen ist, eine allgemeine Abrüstung, die für alle Völker nach denselben Grundsätzen durchgeführt wird und für alle Völker ein gleiches Maß von Sicherheit schafft. Deutschland wird im Geiste weitgehender Solidarität und Verständnisbereitschaft, aber auch mit unbeirrbarer Energie diesem Ziele zustreben. Es bietet allen Völkern, die auf dieser hohen Versammlung vertreten sind, ehrlich seine Hand zur gemeinsamen Arbeit an diesem gemeinsamen Werk.“

Daß der Linkspresse, dem „Vorwärts“ an der Spitze diese starken Worte durchaus nicht sympathisch sind, können wir begreifen. Daß es ihr aber noch unsympathischer ist, ihrem Unwillen keinen offenen Ausdruck verleihen zu dürfen in Anbetracht der Tolerierungspflicht, je angesichts der bevorstehenden Ereignisse, des Tolerierungszwangs, können wir auch sehr gut verstehen. Nicht verstehen wir aber die Ungeschicklichkeit der sonst doch so

viel gewandten Vorwärtschreiber, die die Verärgerung über Brünings nationale Rede nicht ganz unterdrücken können und folgenden recht sonderbaren Kommentar bringen: „Herr Brüning hat heute in Genf die Rede gehalten, die an seiner Stelle und in dieser Situation jeder politisch unterrichtete Deutsche ebenso gehalten hätte. Sie war stark pazifistisch, so daß man im Zweifel darüber sein kann, ob Herr Brüning nach ihr noch Aussicht hat, in die Reichswehr aufgenommen zu werden, aber sie war so richtig, und Herr Brüning selbst hätte sie auch nicht anders halten können.“

Daß der Anspruch auf völlige Gleichberechtigung erhoben wurde, war selbstverständlich, selbstverständlich war die Warnung, vor den verhängnisvollen Folgen eines Mißerfolges dieser Konferenz, selbstverständlich war auch eine kleine Verbeugung vor der Sozialistischen Arbeiterinternationale, die vielleicht etwas tiefer geworden wäre, wenn die englische Arbeiterpartei noch in der Regierung säße. Sehr gut war die Bemerkung über die Notwendigkeit der Herstellung des allgemeinen Vertrauens — nur ist hinzuzufügen, daß die deutsche Regierung dazu auch etwas mehr beitragen könnte, wenn sie den Mut hätte, der verbrechlerischen Nationalistenhege klar und fest entgegenzutreten.“

Wir sind natürlich weit davon entfernt, unsere Erwartungen auf Genf zu hoch zu spannen. Eine Genugtuung aber für uns war es, von Seiten des italienischen Vertreters Grandi so tatkräftig unterstützt zu werden. Grandi kritisierte in seiner Aufsehen erregenden Rede mit größter Offenheit und Entschiedenheit äußerst scharf die französischen Vorschläge, holte also das nach, was Brüning nicht gesagt hatte, was für uns von umso größerer Bedeutung und für den weiteren Verlauf der Konferenz richtunggebend war. Auch er forderte die Gleichberechtigung aller Staaten und bestätigte den deutschen Gedanken, daß die deutsche Abrüstung nur der Anfang der allgemeinen Abrüstung sein dürfe. Die Fortsetzung der unfruchtbaren Aussprache über das Verhältnis zwischen Abrüstung und Sicherheit würde bedeuten, daß wir in den Fehler verfallen, den ich die Abrüstungsophistie genannt habe. Die Tatsache zeigt uns, daß es ohne Abrüstung keine Sicherheit geben kann. Jedes militärische Übergewicht sei zwangsläufig dazu bestimmt, auf die Gesamtheit der internationalen Beziehungen seinen Druck fühlbar werden zu lassen, und es wäre müßig zu hoffen, daß es diesen Druck immer im Dienste der Gerechtigkeit ausüben werde. Es handelt sich für die Konferenz jetzt darum, dem Rechte mehr Macht und nicht der Macht mehr Rechte zu geben.

Im Anschluß hieran gab er den organischen Plan der qualitativen Rüstungsbeschränkung bekannt und wies zum Schluß seiner Rede darauf hin, daß die schwersten Opfer in der Abrüstung von den stärksten Staaten verlangt werden müßten, aber das sei nur gerecht. Die am stärksten bewaffneten Staaten hätten am wenigsten zu fürchten. „Die bestehenden internationalen Verpflichtungen haben einen unabweisbaren Rechtscharakter. Für die Mächte gibt es nicht den geringsten Grund mehr, sich diesen Verpflichtungen zu entziehen.“

Der Versailler Vertrag hat die Mächte auf diese Konferenz geführt. Die Bestimmungen dieses Vertrages müssen jetzt durchgeführt werden.

Eine weitere Festigung der deutschen Front erfolgte durch die Rede Litwinows, der die französische Sicherheitshege einer vernichtenden Kritik unterzog. Er forderte die Sicherheit gegen den Krieg und die sofortige vollständige allgemeine Abrüstung und Abschaffung aller Rüstungskategorien als Mittel zur Beseitigung künftiger Kriege. Er führte den Nachweis, daß die bisherigen Sicherheitsverhandlungen des Völkerbundes nur zu einer Verschärfung der internationalen Lage geführt hätten und

den Ausbruch des Krieges im fernen Osten nicht hätten verhindern können.

Vitwinow sprach sodann die ernste Befürchtung aus, daß der Streit im fernen Osten nur der Beginn eines neuen Weltkrieges darstelle, der sich auf andere Erdteile ausdehnen könnte und die Schrecken des Weltkrieges in den Schatten stellen werde. Es gebe heute nur einen einzigen Ausweg: Sicherheit gegen den Krieg durch Abschaffung aller Rüstungen. Die Schaffung einer internationalen Armee beim Völkerbund bedeute, daß diese Arbeit in den Händen neuer Bündnispartner liege und von diesen gegen schwächere Staaten verwandt werden würde. Das ganze System der Vorkriegsbündnisse würde von neuem ausleben. Vitwinow lehnte die französischen Pläne auf das Entschiedenste ab. Er forderte dann mit größter Entschiedenheit eine uneingeschränkte, vollständige und rücksichtslose Abschaffung aller Armeen und Rüstungen jeder Art. Den Abkommensentwurf des Rüstungsausschusses lehnte er als vollständig ungenügend ab. Die

Moskauer Regierung verlange völlige Gleichheit des Rechts für alle Staaten.

Neben diesen beiden Fronten, der französischen, die den Raub sichern und Deutschland auf ewig niederhalten will, und der deutschen, die gleiches Recht und gleiche Sicherheit verlangt, steht eine dritte Gruppe, deren hervorragendste Vertreter England und Amerika sind. Beide Mächte haben Frankreichs unerfüllten Ergeiz und Streben nach einer Vormachstellung in der Welt zur Genüge kennen gelernt und sind ernstlich bemüht, sich den Klauen französischer Kreditansprüche zu entziehen. Sie verfolgen das französisch-japanische Doppelspiel im fernen Osten mit schärfster Aufmerksamkeit und werden sich den deutsch-japanischen Mächtegruppe je eher nähern, als in Deutschland der Wille wächst, sein Recht endgültig zu behaupten und sein ganzes Streben auf nationale Selbständigkeit abzustellen. Nicht nur vor uns selbst, sondern auch vor dem Ausland sind wir nichtswürdig als Nation, wenn sie nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre.

Keine Betriebsrätewahlen 1932.

Amtlich wird mitgeteilt: Durch Verordnung der Reichsregierung vom 14. Dezember 1931 ist die Amtsdauer derjenigen Betriebsvertreter, deren Amt durch Ablauf der Wahlzeit im Kalenderjahr 1932 enden würde, um ein Jahr verlängert werden, um die Kosten und wirtschaftlichen Störungen durch allgemeine Neuwahlen in den nächsten Monaten zu vermeiden. Nach Mitteilungen kommunistischer Zeitungen scheint es, als ob die rote Gewerkschaftsopposition versuchen wollte durch Niederlegung der Ämter ihrer Anhänger in möglichst vielen Betrieben trotzdem Neuwahlen zu erzwingen. Ein solcher Versuch hat keine Aussicht auf Erfolg. Abgesehen davon, daß es zweifelhaft erscheint, ob Maßnahmen rechtswirksam sind, die nur zu dem Zweck erfolgen, eine mit Gesetzeskraft verordnete Regelung der Amtsdauer zu beseitigen, ist es selbstverständlich, daß der Reichsarbeitsminister den für nötig gehaltenen Aufschub der Betriebsrätewahlen durch geeignete Mittel im Bedarfsfalle durch eine ergänzende Rechtsverordnung, sicherstellen wird. Die Amtsniederlegung einzelner Betriebsratsmitglieder könnte nur zum Verlust ihres Einflusses auf die Handhabung der Betriebsratsgeschäfte und zum Wegfall ihres Kündigungsschutzes führen.

Also keine Wahlen, um die Kosten und wirtschaftlichen Störungen zu vermeiden. So die Begründung. Wir sind nicht naiv genug, diese Begründung als solche anzuerkennen. Von wirtschaftlichen Störungen ist uns nichts bekannt. Die Wahlen zum Betriebsrat spielten sich jedenfalls bei uns immer reibungslos ab und von wirtschaftlichen Störungen ist uns nichts bekannt geworden. Und die Kosten? werden doch abgesehen von den Wahlumschlägen, deren genügende Mengen bei den Werken sicherlich vorhanden sind, und dem Arbeitsausfall der auch nicht ins Gewicht fallen dürfte, von den einzelnen Organisationen getragen. Sie setzen sich zusammen aus Druckkosten für Wahlzettel und Flugblätter, durch die im Uebrigen die Druckereien beschäftigt werden und wieder Geld für die Bezahlung von Steuern hereinbekommen und eventuelle Versammlungskosten. Es ist sicherlich sehr anerkennenswert, daß das Reichsarbeitsministerium durch obigen Erlaß um die finanzielle Schonung der einzelnen Organisationen besorgt ist. Sollte es um die Finanzen der Gewerkschaftlichen Organisationen so traurig bestellt sein, daß sie diese Rücksicht beanspruchen müssen? Wir können das nicht beurteilen, wiewohl der anhaltende Mitgliederschwind entsprechende Rückschlüsse zuläßt.

Es wäre also immerhin denkbar, daß der den Gewerkschaften nahestehende R.A.M. sich in dieser Weise für die Gewerkschaften einsetze. Aber ein gelinder Zweifel kommt uns doch dabei und in diesem Zweifel werden wir bestärkt durch einen Antrag, der auf dem Kongreß des ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) in Frankfurt im August 1931 zur Annahme gelangte.

„Die Betriebsrätewahlen haben durch das Eindringen der R.G.D. und der Faschisten einen politischen Charakter angenommen und werden mit besonderer Schärfe geführt. Sie lassen die Betriebsräte nicht zur Ruhe kommen. Man kann auch den Betriebsräten nicht zumuten, aller acht oder zehn Monate die Angriffe der R.G.D. über sich ergehen zu lassen. Deswegen begrüßen wir die Verlängerung der Amtsdauer der Betriebsräte.“

Wir möchten der Meinung sein, als ob dieser Antrag auf die Entschließung des R.A.M. nicht ohne Einfluß gewesen wäre. Es ist zwar darin die Rede von der R.G.D. über deren völlige Bedeutungslosigkeit sonst die Gewerkschaftspresse sich einig ist. Man meint aber die nationalen Betriebsräte, die mehr und mehr an Bedeutung zugenommen haben, wie das ja besonders im mitteldeutschen Bergbau der Fall ist, wo wir den Genossen dicht auf den Fersen waren und uns anstrebten, die Entscheidung zu unseren Gunsten herbeizuführen.

Ohne Zweifel hätten die Neuwahlen 1932 zu einer katastrophalen Niederlage der Gewerkschaften geführt. Und das muß doch vermieden werden. Die heute noch im Amt befindliche Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Gewerkschaften die alleinigen Vertreter der Arbeiter sind. Und dieser Standpunkt muß nach außen solange aufrecht erhalten werden, als es eben geht. Und da man eben für 1932 so merkwürdiges Magendrücken und sonstige Zustände und Abnungen hatte, mußte eben eine Notverordnung herhalten. Kommt ja auf eine mehr oder weniger nicht an. Allerdings kann diese Notverordnung an dem Vormarsch der nationalen Betriebsräte nichts ändern. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Wir werden uns nicht auf die faule Haut legen und warten bis 1933, sondern hämmern es täglich und stündlich in unsere Mitglieder: Wirkt und werbt für unsere Bewegung, auf das die Macht der Bonzokratie gebrochen wird und endlich Platz wird für Freiheit der Arbeit und Wirtschaft.

Aus der Bewegung.

Bezirk Borna. Bezirksführung Borna am 27. Jan. 1932 war gut besucht, da es gleichzeitig die Jahreshauptversammlung war. Kam. Jaculy in seiner Eigenschaft als Bezirksvorsitzender gedachte in schlichten Worten des Geburtstags unseres ehemaligen Kaisers. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung berichteten die Vorsitzenden der einzelnen Gruppen über ihre Gruppenarbeit und über das Ergebnis der einzelnen stattgefundenen Jahreshauptversammlungen im verfloffenen Monat. Kam. Jaculy gab den Jahresbericht von 1931. Kam. Wüstemann als Kassierer den Kassenbericht. Gesamtvorstand und Kassierer wurde Entlastung erteilt. Im letzten Monat sind zwei neue Werksgruppen gegründet worden. Der Bezirksvorstand hat einen Siedlungsausschuß gebildet, in dem Vertreter der einzelnen Werksgruppen mitwirken. Die Bezirksvorstandswahl hatte folgendes Ergebnis:

1. Bezirks-Vorsitzender Kam. Haase, 2. Bezirks-Vorsitzende Kam. Kruse, Bezirks-Schriftführer Kam. Richter, Bezirks-Kassierer Kam. Wüstemann, Bezirks-Schulungsleiter Kam. Jaculy, Bezirks-Pressewart Kam. Schubert, Vertreter im Hauptvorstand Kam. Schröder, Vertreter im Gemeinschaftsausschuß Kam. Obst.

Verammlungsstafelnde für Monat März.

2. 3.	Bezirksauschussführung	1/28 Uhr	Wettiner Hof
10. 3.	Pressenausführung	7 Uhr	" "
14. 3.	Diskussionsabend für Redner	1/28 Uhr	" "
15. 3.	Betriebsrätekursus	7 Uhr	Rieritzsch
17. 3.	"	6 Uhr	Borna
22. 3.	"	6 Uhr	Regis

Werksgruppe Witzniz. Die Generalversammlung fand am 10. Januar nachm. 4 Uhr im Saale der Börsehalle statt. Tagesordnung: 1. Verlesen der letzten Niederschrift. 2. Berichte a) Kassenbericht, b) Jahresbericht. 3. Anträge. 4. Neuwahlen. 5. Vortrag des Kam. A. Wüstemann. 6. Verschiedenes.

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen und insbesondere die Vertreter der Oberbergdirektion und der Direktion der Witznitzer Kohlenwerke.

Die Niederschrift wurde genehmigt, der Kassenbericht zeigte ein erfreuliches Endergebnis und der Tätigkeitsbericht war der Beweis fleißiger Arbeit und Schulung. Die eingegangenen Anträge fanden glatte Erledigung da der Vorstand den Wünschen der Mitglieder weitgehend nachgekommen war. Die Wahlen ergaben einstimmige Wiederwahl, als Kassierer wurde Kam. R. Wagner gewählt, da Kam. Wüstemann die Kassengeschäfte des Bezirks sowie der A.M.B. verwaltet, bittet er ihn innerhalb der Gruppe davon zu entbinden.

Kam. Wüstemann hielt einen äußerst lehrreichen Vortrag unter dem Motto „Feind im Land“. In kurzen aber klaren Ausführungen zeigte der Redner was das deutsche Volk außen wie innenpolitisch in den vergangenen 13 Jahren immer tiefer in den Abgrund gestürzt ist. Reicher Beifall und besonderer Dank lohnten den Redner. In der Aussprache ergänzte Herr Dir. Gebhardt diese Ausführungen nach wirtschaftlicher und geschichtlicher Hinsicht. Unter Verschiedenes wurde berechtigte Klage geführt über das Verhalten der Bergmannswohnschaften welche in ihren Mietnachlaß weder dem Lohnabbau noch der Notverordnung Rechnung trägt. Verschiedenes wurde angelegentlichsten fanden ihre Erledigung. 7.45 Uhr erreichte die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

Werksgruppe Viktoria, Lobstädt. Die Jahreshauptversammlung wurde am 17. Januar 1932 im Gasthof Stadt Altenburg in Lobstädt abgehalten, und eröffnete Vors. Haase gegen 16.30 Uhr die gutbesuchte Versammlung. Nachdem Kam. Haase die erschienenen Kameraden begrüßt hatte, gedachte er zunächst der verstorbenen Kameraden, welche im verfloffenen Jahre durch Tod und Unglücksfall von uns getrennt wurden.

Hierauf ging der Vorsitzende zum Jahresbericht über und dankte allen Kameraden für den regen Versammlungsbesuch im vergangenen Jahre in der Hoffnung, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl unserer Gruppe im neuen Jahre weiter so fortbestehen möge. Trotz heftigen Kampfes der Gegenseite können wir im letzten Jahre auf einen Mitgliederzuwachs von 104 Kameraden zurückblicken und haben bis auf einen Sitz sämtliche Sitze im Betriebsrat sowie Angestelltenrat ertungen. Ferner ist es der A.M.B. gelungen, im Zusammenarbeiten mit dem Gewerbeverband den Kabattsparverein für Lobstädt und Umgegend in die Welt zu rufen. Die sonstigen Veranstaltungen von Seiten unserer Gruppe aus waren alle als gelungen zu betrachten. Am 2. November wurde betreffs der Winterhilfe auf unserem Werk eine Notstandsküche eingerichtet, welche gemeinnützig mit unserer Direktion betrieben wird, zum Wohle des Volksganzen und zur Wilderung der ärmlichen Not.

Der Kassenbericht vom Kassierer Staps war allgemein sehr zufriedenstellend und zeigt sich, daß Kam. Staps auch im Jahre 1931 wiederum sehr sparsam gewirtschaftet hat zum Wohle unserer Gruppe. Kam. Staps wurde hierauf als Kassierer entlastet, nachdem die Kassenrevisoren Kam. Huth und Naumann den musterzüglichen Befund ihrer Prüfung berichtet hatten.

Nachdem der 2. Vorsitzende Kam. Wiedemann dem bisherigen Vorstand für seine rege Arbeit im verfloffenen Jahre gedankt hatte, wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten, und es wurden sämtliche Kameraden einstimmig wieder in ihre Ämter gewählt. Der Vorstand dankte den Kameraden für das entgegengebrachte Vertrauen und alle Vorstandsmitglieder nahmen ihre Ämter wieder an.

Es wurden gewählt als: 1. Vorsitzender Kam. Haase, 2. Vorsitzende Kam. Wiedemann, 1. Kassierer Kam. Staps, 2. Kassierer Kam. Dübener, 1. Schriftführer Kam. Luz, 2. Schriftführer Kam. Geisler, Kassenrevisoren Kam. Teubert und D. Zein. Als zweiter Kassierer wurde an Stelle des Kam. Bötsche Kam. Dübener gewählt, da Kam. Bötsche in der Versammlung nicht anwesend war.

Herr Pfarrer Schwär aus Panitzsch hatte sich für diese Versammlung unserer Gruppe zur Verfügung gestellt, und hielt einen Vortrag über das Thema „Deutsche Not und Treue im Deutschen Osten“ und schilderte recht verständlich die Zeit vom 28. Juni 1919 wo das Schicksal der Grenzmark Posen besiegelt wurde. An Hand von Lichtbildern führte er uns dann in diese Gebiete und sei ihm für seinen Vortrag nochmals an dieser Stelle gedankt. Reicher Beifall dankte dem Redner für seine Ausführungen.

Der Punkt Gruppenangelegenheiten fand glatte Erledigung. Eine Einladung vom Radfahrklub Germania wurde bekannt gegeben. Alle Arb. mit ihren Angehörigen wurden aufs herzlichste eingeladen zu dem am 14. Februar stattfindenden gemütlichen Beisammensein verbunden mit Ball und Ueberraschungen.

Vorsitzender Haase dankte zum Schluß allen Arb. für das dem Vorstand entgegengebrachte Vertrauen und gab jeden Arb. für das Jahr 1932 mit auf den Weg, treue Kämpfer für unsere Bewegung zu bleiben und legte den neu aufgenommenen Arb. ans Herz, den Gedanken der Gemeinschaft zu pflegen, um feste Glieder in der Kette unserer Gruppe zu werden, um dadurch das Ziel der A.M.B. zu erkämpfen. Schluß der Versammlung 19 Uhr.

Werksgruppe Böhlen. Kam. Zäbisch eröffnete 7⁰⁰ Uhr die Versammlung am 15. 1. und heißt alle Kam. herzlich willkommen. Nach Ehrung der vereinglückten Vergleute in Beuthen durch Erhebung von den Plägen, gibt Kam. Zäbisch folgende Tagesordnung bekannt: 1. Kassenbericht. 2. Geschäftsbericht. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes. Nach Entgegennahme der Kassenberichte und zwar 1. Vereinskasse, 2. Gartenkasse und des Revisionsberichts wurde den beiden Kassieren Schmalfuß und Denneberg Entlastung erteilt. Punkt 2, Geschäftsbericht. Nachdem der Vorsitzende Kam. Zäbisch den Geschäftsbericht des verfloffenen Jahres zur Gehör gebracht hatte, und die Tätigkeit des Jahres 1931 erwähnte, führte er folgendes aus: Das Jahr 1931 war ein Schicksalsjahr, trotzdem hat die Arbeitnehmervereinigung Werksgruppe Böhlen ihr möglichstes getan, um wenigstens den Mitgliederstand des Vorjahres zu halten. Leider ist ein Teil unserer Kam. arbeitslos. Wir wollen hoffen, daß die Not dieser Kameraden bald lindert wird. An Veranstaltungen hatten wir im Februar einen Deutschen Abend. Am 23. Juni Gartenfest. Im Dezember einen Filmvortrag zugunsten der Böhleener Winterhilfe. Am 19. Dezember Weihnachtsfeier. Allen Kameraden, welche zu diesen Veranstaltungen beigetragen haben, sei nochmals aufs herzlichste gedankt. 13 Versammlungen wurden abgehalten 11 Monatsversammlungen, 2 Vorstandssitzungen, 1 außerordentliche Vorstandssitzung, 2 Vertrauensmännersitzungen; außerdem mehrere Sitzungen mit der Direktion. Kam. Zäbisch legt nun sein Amt als Vorsitzender nieder und bittet die Kameraden doch junge Kräfte in Vorschlag zu bringen, da doch solche unter uns weilen, welche auch das Amt eines Vorsitzenden versehen könnten. Nachdem Kam. Zäbisch dem Ehrenvorsitzenden Kam. Nickel die Versammlungsleitung übertragen hatte, wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Nach 10 Minuten Pause übernimmt Kam. Nickel die Neuwahl des Gesamtvorstandes.

Der neue Vorstand setzt sich nun folgendermaßen zusammen: 1. Vorsitzender Kam. Obst. 2. Vorsitzender Kam. Linser. 1. Schriftführer Kam. Anton. 2. Schriftführer Kam. Trenkler. 1. Kassierer Kam. Schmalfuß. 2. Kassierer Kam. Denneberg.

Als Kassenrevisoren und Beisitzer wurden durch Zuruf Kam. Zäbisch und Kam. Jacobi einstimmig gewählt. Als Bibliothekar Kam. Maschke. Nach Beendigung der Wahl übernimmt Kam. Obst als erster Vorsitzender die Leitung der Versammlung.

Unter Punkt Verschiedenes erfolgt eine rege Aussprache über Gruppenangelegenheiten. Kam. Linser erbidet sich, in der nächsten Monatsversammlung einen kurzen Vortrag über die „Aufgaben der nationalen Arbeitnehmervereinigung“ zu halten.

Bezirk Meuselwitz. Werksgruppe Tagebau Petsa Sonntag, den 10. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der erste Vorsitzende konnte bei Eröffnung eine zahlreiche Mitgliedschaft, sowie die Herren Obersteiger Giebigenstein, Betriebsführer Döbel und 6 Kameraden der Werksgruppe Herzog Ernst als Gäste herzlich begrüßen. Die Erledigung der reichhaltigen Tagesordnung ging flott von statten zur vollen Zufriedenheit aller Kameraden. Der Vorsitzende gab einen ausführlichen Jahresbericht über die Entwicklung und Arbeit der Gruppe im verfloffenen Geschäftsjahr und dankte allen Kameraden für ihre Mitarbeit und den Kameradenschaftsgeist, welcher dazu beitrug, die Gruppe auf den heutigen Stand zu bringen. Für den erkrankten Kassierer erstattete Kam. Nibel einen ausführlichen Kassenbericht zugleich als Kassenprüfer den Prüfungsbericht. Die Kasse wurde geprüft und für gut und richtig befunden. Den Bericht über die am 10. Januar stattgefundene Generalversammlung des Bezirks erstattete Kam. Hafert. Das reze. Neuaufgenommen und verpflichtet wurden 2 Kameraden. Das festlose Vertrauen zu ihren Führern befunden die Kameraden durch die einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes. Da

die Aemter des 1. und 2. Schriftführer sowie des 2. Kassierers infolge Abwehr unbefugt waren, wurden diese Aemter durch Neuwahl besetzt.

Der Vorstand dankte den Kameraden für das Vertrauen durch Wiederannahme seiner Aemter. Auch wurden sämtliche Vertrauensmänner einstimmig wiedergewählt. Der Vorsitzende erstattete noch den Bericht über die am 20. Dezember stattgefundene Weihnachtsfeier. Herr Obersteiger Giebigenstein richtete herzliche Worte an die Kameraden und forderte dieselben auf in diesem Sinne und Geist eifrig weiter zu streben zum Wohle der deutschen Wirtschaft und des deutschen Vaterlandes. Der Vorsitzende dankte Herrn Obersteiger Giebigenstein für seine kernigen Worte und schloß nach Erledigung einiger interner Gruppenangelegenheiten um 5 Uhr die harmonisch verlaufene Generalversammlung mit einem Glückauf.

Werkgruppe Herzog-Ernst. Die erste Jahreshauptversammlung unserer Gruppe war von 55 Kameraden besucht und nahm einen glänzenden Verlauf. Nachmittags um 3 Uhr wurde die Versammlung vom 1. Vorsitzenden eröffnet und in längerer Ansprache alle Erschienenen aufs herzlichste begrüßt, vor allem die zahlreich erschienenen Gäste; unter ihnen die Vertreter der Werkgruppen Gertrud, Tagebau Pessa und Waltersdorf. Unter anderem wurde vom Schriftführer ein ausführlicher Bericht von der Bezirks-Generalversammlung gegeben. Dann erfolgte die Aufnahme eines und die Anmeldeung zwei neuer Mitglieder. Der Vorsitzende verlas anschließend einige Eingänge und gab dann ausführlichen Geschäftsbericht. Dabei erhielten alle einen Einblick in die umfangreiche Tätigkeit unseres Vorsitzenden während des verflossenen Jahres. Der hiernach ergebene Kassenbericht wurde erstattet und dem Kassierer Entlastung erteilt. Von den Revisoren wurde die Richtigkeit seiner Angaben bestätigt. Auch gab der Vorsitzende die Abrechnung über die unsere glänzend verlaufene Weihnachtsfeier. Die Neuwahl des Vorstandes ergab, daß alle Vorstandsmitglieder wiedergewählt wurden. Nachdem noch einige Anträge zur Berlesung gekommen und begründet worden waren, begann unter Punkt Verschiedenes eine lebhafte Aussprache unter regster Beteiligung der Anwesenden. Großes Interesse aber wurde dem Kam. Escher von der Werkgruppe Waltersdorf für seinen Vortrag: Gedanken über Deutschlands Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft entgegengebracht. Kam. Escher streifte in fast einstündigem Vortrage Deutschlands glorreiche Vergangenheit von 1871 bis 1914, den Weltbrand und die schmachtvolle Erniedrigung. Die Auswirkung des Versäler Vertrages führte der Redner vor Augen und machte Angaben über die von uns bisher abgetragenen Tributlasten. Er wies uns nochmals die Wege zu Deutschlands Rettung und Aufzusteigen. Durch reichen Beifall wurde dem Redner für seine interessanten Ausführungen gedankt.

Werkgruppe Mineralölwerke Rositz. Am 16. Januar fand im Gasthof Rositz unsere Jahreshauptversammlung statt. Der 1. Vorsitzende Kam. Walkowski eröffnete um 19¹⁵ Uhr die gutbesuchte Versammlung und begrüßte alle anwesenden Mitglieder und Gäste. Nachdem der 2. Schriftführer Kam. Leisering die Niederchrift verlesen hatte, erstattete der 1. Vorsitzende einen Jahresbericht über den Mitgliederstand, über abgehaltene Vorträge, Sitzungen, Versammlungen, Kurse und über die Tätigkeit der Frauengruppe. Bücherwart Kam. Haderer berichtet über Ein- und Ausgänge der Bibliothek. In Vertretung des Bildungsausschusses gab der 1. Vorsitzende Bericht über Vergnügen, Ausflug und Kinderfest im vergangenen Jahre. Aus dem Bericht des 1. Kassierers Kam. Hänisch und der Revisoren konnte man entnehmen, daß er die Kassengeschäfte gut geführt hatte. Nach der Entlastung des gesamten Vorstandes und der Bestellung des Wahlausschusses ging man zur Wahl über. Durch Stimmenmehrheit wurden gewählt als:

1. Vorsitzenden Ignaz Walkowski
2. " Paul König
1. Schriftführer Alfred Leisering
2. " Kurt Müller
1. Kassierer Alfred Hänisch
2. " Bruno Klaus
- Kassenrevisoren Herbert Nehring
Kurt Rutschbach

Zum Bücherwart wurde Willy Haderer
Schulungswart Emil Hoch
" Pressewart Johann Volkowski

bestimmt. Die Wahl des Bildungsausschusses wurde vertagt. Nach der Wahl dankten die Vorstandsmitglieder für das entgegengebrachte Vertrauen und versprachen in diesen Jahre mit besonderem Fleiß für das Wohl der Werkgruppe der WVB. für das Wohl jedes Einzelnen und für das Wohl unseres deutschen Vaterlandes zu arbeiten.

Um 22³⁰ Uhr wurde die Versammlung geschlossen. Die Kameraden Kurt Voigt und Johannes Krüger sind wegen Uebertretung des § 10 Abs. 3 der Werkgruppenfassung aus der Werkgruppe ausgehoben.

Werkgruppe Rositz. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 24. Januar unter fast restloser Beteiligung im Gasthof Hannas, vorm. 9 Uhr statt, zu der auch Herr Direktor Strangfeld, von der Hauptverwaltung Herr Bergasseffor Nehring teilgenommen hatten. Nach Begrüßung der zahlreich Erschienenen teilte der Vors. Kam. Baumgarten den Jahresbericht und Kam. Bach den Kassenbericht. Die Mitglieder dankten dem

gesamten Vorstände für ihre aufopfernde Tätigkeit. Nunmehr schritt man zur Neuwahl, wobei der gesamte Vorstand bis auf Kam. Pöblers wegen Ueberlastung als 2. Kam. Schmidt 1. Schriftführer, sonst einstimmig wiedergewählt wurde. Während einer Pause erfolgte Einsichtnahme der Sparbücher. Einem Antrag auf Beibehaltung der Weihnachtsfeier mit Monatsabzug von 20 Pfg. wurde zugestimmt. Betreffs Spargelder wurde trotz mißlicher Lage 50 Pfg. die Woche zwangslos aufrecht erhalten. Anschließend hielt Herr Bergasseffor Nehring einen Vortrag über den Stand der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage, die er kurzer aber eingehender Betrachtung unterzog, er erwähnte zum Schluß eindringlich Angestellte und Arbeiter zu harmonischer fester Zusammenarbeit innerhalb der Werkgemeinschaft. Aufhorchend folgten die Zuhörer seinen Worten und dankten für die aufschlußreichen Ausführungen. Hierauf nahm das Wort Dr. Brechtel über die arbeitsrechtlichen Bestimmungen, indem er sofort auf den Kernpunkt stieß, nämlich die Unterdrückung der diesjährigen Betriebsräteahlen durch die Notverordnung. Er betonte, daß die Gewerkschaften nur aus Furcht vor dem Ansturm der nationalen Bewegung zu dieser Maßnahme gegriffen haben. Mit einer Kassenabrechnung für die Winterhilfe und dem gemeinsamen gesungenen Bergmannslied fand die diesjährige Generalversammlung 1/2 12 Uhr ihren Abschluß.

Bezirk Zeitz-Weißenfels. Am Sonntag, den 31. Januar 1932 fand im Gasthof zur Eiche in Trebnitz die Jahresversammlung unseres Bezirkes statt, welche sehr gut besucht war. Kam. Klingner heißt die Erschienenen besonders die Direktoren und Betriebsführer der umliegenden Werke sowie der Hauptverwaltung der Werken Weißensefelder Braunkohlen A.-G. und Herrn Barts aufs herzlichste willkommen. Dann wird in die Tagesordnung übergegangen, der Geschäftsbericht und der Kassenbericht entgegengenommen. Es wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der Gesamtvorstand wurde ebenfalls einstimmig wiedergewählt. Die Jahresberichte der Gruppenvorsitzenden zeigten, daß trotz der großen Not und Leisillegungen von Betrieben der Werkgemeinschaftsgedanke in der Arbeitnehmerschaft sich nicht durch kommunistische Hege aufhalten läßt. Kam. Klingner dankt allen Gruppenvorsitzenden für die rege Tätigkeit im Bezirk und wünscht zur nächsten Generalversammlung auf weitere solche Erfolge zurückblicken zu können. Es folgt dann ein Vortrag von Herrn Barts, Halle. Der Redner schilderte in trefflichen Worten die Ursachen zu unserer heutigen schweren Wirtschaftslage. Es gibt zwei Weltanschauungen, die materialistische und die idealistische. Mit der Materialistischen ist eng verbunden der Marxismus und Klassenkampf. Deshalb müssen wir uns zur idealistischen Weltanschauung bekennen. Nicht Egoismus, sondern Idealismus soll unsere Lösung sein. Der äußerst interessant verlaufene Vortrag erntete einen reichen Beifall der Zuhörer. Kam. Klingner dankt Herrn Barts im Namen der Versammlung. Mit Absingen des Deutschlandliedes wurde die Versammlung um 17³⁰ Uhr geschlossen. Die nächste Bezirksitzung findet am Dienstag, den 1. März in Lützenau statt.

Werkgruppe Groitzschen. Die Werkgruppe der Schmelerei Groitzschen hielt am 24. Januar ihre diesjährige Generalversammlung ab, welche gut besucht war. Nach der Begrüßung der erschienenen Kameraden durch den Vorsitzenden Kam. Heinrich wurde in die Tagesordnung eingegangen und der Geschäftsbericht und Kassenbericht verlesen. Beiden wurde Entlastung erteilt. In der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Ein Antrag eines Kameraden auf Beitragsenkung wurde ohne weiteres stattgegeben. Daß der werkgemeinschaftliche Gedanke immer mehr Eingang findet, zeigt die Neuaufnahme eines Kameraden. Nach Erledigung der Tagesordnung hielt Kam. Henker einen Vortrag: Unser Sozialkampf, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Die interessant verlaufene Versammlung wurde 17 Uhr geschlossen.

Werkgruppe Jakobsgrohe. Die diesjährige Generalversammlung fand am 17. Januar in der Kantine statt. Der Vorsitzende Kam. Kleininger begrüßte die Erschienenen im neuen Jahr und wies in treffenden Worten auf die verworrene, trostlose politische und wirtschaftliche Lage unseres deutschen Vaterlandes hin. Nur durch Stärkung der nationalen Front kann hier eine Besserung eintreten. Geschäfts- und Kassenbericht gaben zu Bedenken keinen Anlaß. Der Gesamtvorstand wurde bis auf geringe Änderungen einstimmig wiedergewählt. Vier Kameraden wurden einstimmig aufgenommen, bei einigen anderen sind noch Rückfragen zu erledigen. Zu begrüßen ist, daß mehr und mehr junge Kameraden der Gruppe beitreten und damit zur Stärkung der nationalen Front beitragen. An der Bezirks-Hauptversammlung am 31. Januar nimmt die Gruppe geschlossen teil. An der Jahreshauptversammlung der WVB. in Leipzig der Vorsitzende und zwei Kameraden. An Lehrgängen in Klein-Wangen haben vier Kameraden teil genommen, welche kurz Bericht erstatten. Die nächste Versammlung findet am 28. Februar statt. Mit einem herzlichen Glück-Auf auf ein weiteres Blühen und Gedeihen der Gruppe und unser deutsches Vaterland schloß die Versammlung.

Bezirk Geisetal. Jahreshauptversammlung der Werkgruppe Leonhardt in Neumark. Am 23. Januar hielt die Werkgruppe Leonhardt in Neumark ihre Jahreshauptversammlung ab, die von 116 Mitgl. iedern besucht war. Als Gäste konnte der 1. Vorsitzende die Herren Direktor Destreich und Betriebs-Mittler Dipl. Ing. Kleiber begrüßen. Vor Eingang in die Tagesordnung ergriff Herr Direktor Destreich das Wort und schilderte in

knapper Form die augenblickliche Notlage, insbesondere wie sich dieselbe für unser Werk auswirkte.

Die darauf folgende Abwicklung der Tagesordnung begann mit der Verlesung der letzten Versammlungs-Niederchrift durch den 1. Schriftführer. Einwendungen wurden gegen dieselben nicht erhoben. Der Kassenbericht wurde vom Kassenverwalter Herbert Suske vorgetragen. Er gab ein erfreuliches Bild, trotzdem die Werksgruppe erst 2 Jahre besteht. Kam. Haase, der die Kasse mitgeprüft hatte fasste seinen Bericht dahin zusammen, daß gegen die Kassenführung nichts einzuwenden sei und sich dieselbe in bester Ordnung befinde. Die Ueberschüssigen Gelder sind bei der Werksparcasse der Gewerkschaft Leonhardt zinsbringend angelegt. Die von ihm beantragte Entlastung für den Kassenverwalter wurde einstimmig gegeben.

Den Jahresbericht erstattete dann der 1. Vorsitzende, Kam. Schlegel. Die Mitgliederzahl betrug Ende des Jahres 1931 200 darunter 23 Angestellte, was ein Drittel bzw. die Hälfte der Belegschaft ausmacht. Im Laufe des Berichtsjahres fanden 11 gut besuchte Monatsversammlungen statt, denen 11 Vorstandssitzungen vorausgingen. Die abgehaltenen 12 Bezirks-Sitzungen waren von uns ebenfalls besucht und gut besucht. Die Rechtsberatungsstelle trat in 5 Fällen für die Belange von Mitgliedern ein, während die Schlichtungskommission nicht in Anspruch genommen wurde. Betriebsräte- und Rednerkurse wurden ebenfalls besucht und zeitigten gute Erfolg. Der Bericht befaßte sich dann noch mit der Benutzung der Werksparcasse, mit der letzten Kartoffellieferung, mit dem Lohnabbau und mit der neu gebildeten Preislenkungs-kommission. Das Zusammenarbeiten und das gute Einvernehmen mit der Werksdirektion zeuge dafür, daß auch hier die Werksgruppe auf dem richtigen Wege sei. Der Vorsitzende schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß die Werksgruppe Leonhardt sich weiter in aufsteigender Linie entwickle und weiterhin treue Kameradschaft pflegen möge.

Die darauf folgende Wahl des Vorstandes ergab fast durchweg die einstimmige Wiederwahl. Derselbe setzt sich jetzt wie folgt zusammen:

- | | | |
|-------------------|---|----------------|
| 1. Vorsitzender | — | Schlegel Fritz |
| 2. " | — | Schlegel Hans |
| 1. Schriftführer | — | Zippel Edmund |
| 2. " | — | Türke Erich |
| 1. Kassenverwalt. | — | Suske Herbert |
| 2. " | — | Haase Julius |

Unter Punkt Verschiedenes wurde bekannt gegeben, daß die Abhaltung eines „Deutschen Abends“ angeregt sei. Infolge der gegenwärtigen Notzeit soll diese Veranstaltung verschoben werden. Der Bezirk wird entsprechend benachrichtigt. In der nächsten Monatsversammlung soll diese Angelegenheit nochmals besprochen werden. Es wird dringend empfohlen die Volksspeisung, die von der Gewerkschaft Leonhardt eingerichtet wird, rege in Anspruch zu nehmen.

Falls in diesem Jahre wieder eine gemeinsame Kartoffellieferung beabsichtigt wird, soll vorher ein Ausschuß gebildet werden.

Damit sich die Mitglieder über Steuer- und Sozialabzüge besser orientieren können, sind Tabellen angefertigt worden, die dann jederzeit bei den Vertrauensmännern pp. eingesehen werden können.

Nachdem noch über die Preislenkungsfrage Aussprachen stattfanden konnte der 1. Vorsitzende die Versammlung um 22¹/₂ Uhr schließen.

Werksgruppe Pfännerhall. Am 24. Januar fand in der Kantine Bachmann die Generalversammlung statt. Kam. Schid eröffnete 20 Uhr die Versammlung und begrüßte die zahlreich erschienenen Kameraden. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Verlesen der Niederschrift und Jahresbericht. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Kassenbericht. 4. Entlastung des Kassierers. 5. Verschiedenes. 6. Neuwahl des Vorstandes. Die Niederschrift und der Jahresbericht wurde verlesen. Einwendungen wurden nicht erhoben. Ausgenommen wurden 6 Kameraden. Die Kasse war in bester Ordnung. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Im Verschiedenen wurden die Wünsche der Gruppe an das Werk wegen Senkung der Miete, Pacht und Zählermiete durch die Bemühungen des Herrn Direktor Hildebrand erheblich gekürzt. Der Beitrag wurde vorläufig auf 40 Pfg. gekürzt. Alle anderen Punkte kamen zur Erledigung. Die nächste Versammlung findet am 13. März statt, wo Herr Barts zu einem Vortrag anwesend ist. Der neue Vorstand setzt sich aus folgenden Kameraden zusammen:

- | | |
|------------------|----------------------|
| 1. Vorsitzender | Christian Schid |
| 2. " | Robert Deparade |
| Schlichter | Richard Meiß |
| Hauptkassierer | Salzmann |
| Unterkassierer | Krüger und Schulze |
| 1. Schriftführer | Kuhne |
| 2. " | Schmidt |
| Kassenredigoren | Dittmer und Plappert |

„Hotel Börsenhalle“ am Reichstor. Bes.: H. Feyerabend.

Gutgepflegte Biere. Bürgerliche Küche.
Schulungs- und Versammlungslokal
der Werksgruppe Witznitz der A.M.B.

Verkehrslokal aller vaterländischen Vereine.

Gasthof zur Post – Bahnhof Kieritzsch Besitzer A. Förster.

Schulungs- und Versammlungslokal der
A. M. B. Ortsgruppe Bahnhof Kieritzsch
Großer staubfreier Garten — Herrlicher großer Ballsaal

Eisenbahnverbindung nach allen Richtungen — Große Tiergehege, Löwe, Dachse usw
Achtungsvoll D. O.

Gasthof und Tanz-Palast Stadt Altenburg



Lobstädt (Bezirk Leipzig).
Inh.: Elisabeth v. Brühem Fernruf: Amt Borna 519
Verkehrsl. d. A.M.B.-Werks-
gruppe Viktoria, Lobstädt

Hotel „Wettiner Hof“ Tel. 104 Borna Bez. Leipzig Tel. 104

Haus der Bergleute

Verkehrs- u. Schulungslokal d. Bez. Borna d. A.M.B.
Versammlungslokal der Werksgruppe Braunkohlenwerke Borna und
aller vaterländischen Verbände.

Erstklassige Küche — Täglich preiswerteste Hausgerichte — Eigene Kühlanlage
Bestgepf. Biere — Neuingerichtete Fremdenzimmer, Saal, Konferenzzimmer in
verschiedenen Größen — Kegelbahn — Autogaragen

Inhaber: Erich Bohring.

Verantwortlich für den Inhalt: S.W.: Rich. Mally, Wutz b. Jatz

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Kolonialwaren empfiehlt bestens

Otto Schmidt, Bäckermeister
Lobstädt, Hauptstraße 96

Gasthaus Neue Welt, Lobstädt Bez. Leipzig Besitzer R. Krötel

Versammlungslokal d. Werksgruppe Dora-Helene, Großzossen
Sitz zahlreicher nationaler Verbände

Kurt Wätzig, Lobstädt

Hauptstraße 85 Fernsprecher 303

empfiehlt

Kolonialwaren, Drogen und Farben :: :: :: Sämereien
Tabak :: Zigarren :: Zigaretten :: Weine und Liköre



Beste u. billige Bezugsquelle
für Sammelbestellungen

für

Kaffee, Tee, Kakao, Schokoladen,
Kakes, Minorka-Zwiebak

Vereinszimmer!

Druck und Verlag: Ewald Schellenbeck, Halle, Königstr. 71

Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens
aber einmal im Monat und wird
den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten
an die Druckerei Ewald Schellenbeck,
Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

5. Jahrgang

Halle (Saale), den 27. März 1932

Nr. 3

Jahreshauptversammlung der AMB.

Die Jahreshauptversammlung der AMB. fand am 20. März in Leipzig im Riffhäuserhaus statt. In Anbetracht der drückenden Lage war von einer Kundgebung Abstand genommen worden, trotzdem war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. 10.15 Uhr erklärte der 1. Vorsitzende Herr v. Taubert die Jahreshauptversammlung für eröffnet, hieß die Erschienenen herzlich willkommen und sprach ihnen für ihr zahlreiches Erscheinen seinen Dank aus. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte er in bewegten Worten derjenigen Kameraden, die im vergangenen Geschäftsjahr ihre letzte Fahrt angetreten haben. Die Versammlung erhob sich zu ihrem Gedenken von den Plätzen.

Es wurden dann die stimmberechtigten Vertreter festgesetzt, worauf Kamerad Taubert den Geschäftsbericht gab. Einleitend wies er darauf hin, daß das hinter uns liegende Jahr ein außergewöhnlich schweres gewesen sei in jeder Beziehung. Vor allem hat das deutsche Volk es nicht verstanden, sich außenpolitisch durchzusetzen. Grotesk geradezu sei das Vorgehen des Litauens gegen Deutschland. Aber dieses wie Polen und die andern Kleinstaaten suchten und fanden Schutz hinter dem bis aufs äußerste gerüsteten Frankreich und dem Völkerbund, der gänzlich unter französischem Einfluß stehe. Da habe vor allem die Abrüstungskonferenz bewiesen, die nach wochenlangen Verhandlungen und Reden nunmehr in die mehr oder weniger verdienten Ferien gegangen sei. Die größte Blamage für diese Einrichtung sei der Konflikt Japan-China, und immer mehr stelle sich auch für diejenigen, die noch gewisse Hoffnungen gehegt hätten, heraus, daß alles Gerede über den Völkerbund eitles Geschwätz und Phrase sei. Vor allen Dingen habe das deutsche Volk keinen Glauben und kein Vertrauen zu all diesen Konferenzen und gerate immer tiefer ins Elend hinein. Das gelte ganz besonders auch innenpolitisch, wo die Reichspräsidentenwahl die politischen Leidenschaften aufgewühlt hätte wie nie zuvor.

Wir haben uns als wirtschaftliche Vereinigung von jeglicher parteipolitischen Bindung ferngehalten und gedenken auch nicht diese Linie zu verlassen. Andererseits aber sind die Grenzen zwischen Politik und Wirtschaft derart verwischt, daß man kaum weiß, wo das eine beginnt und das andere aufhört. Für uns kommen nur diejenigen Parteien in Frage, die gewillt sind, unsere Wirtschaftsauffassung zu vertreten, keine aber, die sich von ihren gewerkschaftlichen d. h. klassenkämpferischen und marxistischen Bindungen nicht loszulösen vermag, ganz zu schweigen von solchen, die einseitig von diesen Kreisen beeinflusst werden.

Gerade in diesen Bindungen und der daraus folgenden Beeinflussung der Wirtschafts- und Staatspolitik erblicken wir neben dem Versailler Vertrag und seinen Folgen eine der Hauptursachen der nun schon Jahre anhaltenden schweren Krise. Von Anfang an haben wir im Gegensatz zu den Gewerkschaften, besonders den sozialistischen, die Unmöglichkeit betont, Reparationen zu zahlen. Erst nachdem deren Schlagwort „Der Kapitalist zahlt alles“ nicht mehr zieht, nicht mehr ziehen kann, weil die Schloten nicht mehr rauchen, und täglich mehr und mehr Betriebe zum Erliegen kommen, nach 13 Jahren erst spricht unsere Regierung das Wort aus, das vor Jahren gesprochen werden mußte: Wir können nicht mehr zahlen. Jetzt bricht das stolze Gebäude der deutschen Wirtschaft nach und nach zusammen, begleitet von dem Ruin zahlloser Existenzen. Die Not klopft an jedem Hause an. Kurzarbeit, Feierlichkeiten, Stilllegungen. Gerade wir in der Braunkohle sind hart getroffen, und unruhig und unruhig liegt die Zukunft vor uns. Unsere größte Sorge ist es, wie wir die Erwerbslosen unterbringen können, deren auch unsere Bewegung eine ziemlich Anzahl hat.

Es muß jedem Volksgenossen immer wieder eingehämmert werden, daß er nichts Uandiges vom Ausland kaufe, daß jede Mark und jeder Pfennig, den wir für Auslandsware ausgeben, Vergeudung von Volksvermögen ist, daß wir damit ausländischen Arbeitern Verdienst geben, während unsere eigenen brotlos sind.

Die Zukunft unserer einst so gerühmten und wertvollen Sozialversicherung ist trostlos. Von ernsthaften Reformgedanken und Plänen ist wenig zu hören. Nicht einmal, daß nach dem gewaltigen Rückgang der Beitragszahler die hohen Verwaltungskosten gesenkt werden. Gerade wir in der Knappschaff haben wenig Gutes aus unserer Versicherung zu gewärtigen. Daher wird es von Tag zu Tag klarer, wie recht wir mit unserem Vorgehen hatten, den eigenen Sparsinn unserer Mitglieder zu wecken und zu fördern in unseren Werksparassen, die einzig dastehen in unseren Vaterlande.

Das schlimmste aber ist die seelische Not des Menschen, der Tag für Tag mit der Sorge um die nackte Existenz ringt und nicht weiß, was der kommende Tag bringt. Wir aber wissen trotz allem, daß die Stunde der Befreiung kommt, daß der nationale Behauptungs- und Selbsterhaltungswille über marxistischen Ungeist und internationalen Knechtgeist den Sieg davontragen wird. Nicht durch Reden und Schlagworte, sondern durch eine geistige sittliche Erneuerung von unten heraus. Es ist mit eine besondere Freude heute festzustellen, daß die Entwicklung

uns damit recht gegeben hat. Wir verlangen ganze vollwertige Menschen in jeder Beziehung als Mensch und als Arbeiter. Diejenigen, die das nicht begreifen wollten und konnten, mußten unsere Reihen verlassen, und ich habe alle Gruppen angewiesen, ohne Rücksicht sich von Mitläufern zu trennen, da wir Kämpfer brauchen, die allen Anforderungen gewachsen sind. Die Säuberungsaktion ist im verfloffenen Jahr rigoros durchgeführt worden, und das Ergebnis zeigt ein Anwachsen der Bewegung um nahezu 25%. Wo solcher Geist waltet, muß die Bewegung gesund sein, und es ist mir eine hohe Freude, heute allen Vorständen in Bezirk und Gruppen, wie auch im Hauptvorstand für die geleistete Arbeit meinen herzlichsten und wärmsten Dank auszusprechen. Jedem einzelnen danke ich hiermit für seine aufopferungsvolle und freundige Mitarbeit, allen Führern, Vertrauensleuten und Mitgliedern. Dank all unseren Mitarbeitern. Lassen wir es so halten auch für die Zukunft. Einer für alle und alle für einen, wie sie hier im Transparent es lesen können. Arbeiten wir in Einigkeit zusammen für alle Zukunft, Gemeinschaft in der Familie und im Werk, auf daß Volksgemeinschaft werde.

Wir wollen, da wir von Feinden umdroht,
Zusammenstehen in Kummer und Not.
Es führt unser Weg durch verworrenen Grund,
Wir müssen hindurch, ob die Füße auch wund.
Ob der Weg voller Dornen, voll spitzem Gestein,
Wir müssen ihn gehen, denn frei wollen wir sein!

Der nachfolgende Jahresbericht gibt Aufschluß über die Entwicklung der Bewegung und die geleistete Tätigkeit. Der Mitgliederstand erhöhte sich auf 4187 d. h. um 23%. Die Zahl der Bezirke verringerte sich um 1 auf 4. Arbeitsgruppen sind am 1. Januar 1932 35 vorhanden. Die Zahl der Betriebsräte beträgt 162. Einen weiten Raum nimmt die Bildungs- und Aufklärungsarbeit ein. Eine reiche Fülle von örtlichen und Bezirkskursen sorgte für die Verbreitung von volkswirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Kenntnissen. In 18 öffentlichen Versammlungen mit etwa 10000 Zuhörern konnten unsere Gedanken nach außen vertreten werden. In Angelegenheiten der Schule und Kirche sind nahezu 100 Kameraden tätig. Unsere Kommunalvertreter waren äußerst rege und hielten 12 Tagungen mit 800 Teilnehmern ab. Das Gebiet der Rechtsberatung und des Rechtsschutzes wurde weiter ausgebaut, letztere durch einen besonderen Vertrag gesichert. Weit über 100 Rechtsfälle konnten durch unsere dafür geschaffene Stelle erledigt werden. In den Verhandlungen

mit den Versicherungsbehörden gelang es uns, viele Tausend Mark für unsere Mitglieder sicherzustellen.

Wie im Vorjahr gelang es uns auch im Berichtsjahr, einen Werkstarif abzuschließen. Die Tätigkeit in den verschiedenen Ausschüssen war äußerst rege und es konnte überall wertvolle Arbeit geleistet werden. Wenn auch unser Ziel bei weitem noch nicht erreicht ist, so zeigt doch das verfloffene Geschäftsjahr, daß wir auf allen Gebieten vorwärtsgekommen sind. Der Redner schließt mit dem Wunsche, daß es auch im neuen Jahre vorwärts gehen möge mit Gottes Hilfe.

Der Ehrenvorsitzende, Kamerad Steindorf, dankt mit herzlichsten Worten dem 1. Vorsitzenden für seine Tätigkeit. Er habe in allzugroßer Bescheidenheit seine eigene Arbeit in das rechte Licht zu setzen vergessen. Schon diese Handlungsweise sei des Lobes wert, aber alle Mitglieder schulden der unermüdbaren Arbeitsfreudigkeit des Kam. Taubert, der sich keine Mühe verdrießen lasse, den höchsten Dank, und den wolle er als Ehrenvorsitzender hier im Namen aller Kameraden zum Ausdruck bringen.

Kamerad Wüstemann erstattete hierauf einen eingehenden Kassenbericht, der einen Umsatz v. 17252,54 RM. aufweist und mit einem Ueberschuß von reichlich 3000 RM. abschließt (einschließlich des Vorrages aus dem Vorjahre).

Im Namen des Vorstandes beantragt Kam. Steinhöcher Entlastung, die einstimmig erteilt wird.

Die Neuwahl des Vorstandes, die einstimmig vorgenommen wurde, ergab folgendes Ergebnis:

- | | |
|-----------------|-----------------|
| 1. Vorsitzender | Kam. Taubert, |
| 2. Vorsitzender | Kam. Thron, |
| Schriftführer | Kam. Schöll, |
| Kassierer | Kam. Wüstemann. |

Außerdem aus jedem Bezirk 2 Beisitzer.

Kam. Malli wird als Pressewart bestätigt. Gleichfalls die Kassenrevisoren.

Im Verschiedenen wurde noch eine Reihe wichtiger Fragen behandelt, vor allem Maßnahmen beraten, wie der Erwerbslosigkeit unserer Kameraden gesteuert werden könne. Hierzu macht Kam. Jaculy recht wertvolle Ausführungen. Der Vorstand wird sich anschließend ganz besonders mit dieser Frage beschäftigen und geeignete Schritte unternehmen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und Kam. Taubert schließt die harmonisch verlaufene Jahreshauptversammlung gegen 2 Uhr mit einem kräftigen Glückauf.

Zur Reichspräsidentenwahl.

Das Ergebnis des ersten Wahlganges hat allen Prophezeiungen, mögen sie von rechts oder links gekommen sein, unrecht gegeben. Hindenburg hat nahezu 50% aller Stimmen auf sich vereinigen können. Die Zerrissenheit und Unsicherheit im Lager der Opposition ist ihm dabei zugute gekommen. Ferner darf nicht übersehen werden, daß wertvolle Propagandamittel, wie z. B. der Rundfunk lediglich dem Hindenburgauschuß zur Verfügung standen, während alle anderen Kandidaten davon ausgeschlossen waren. Daß Thälmann kaum mehr Stimmen erzielen konnte als die KPD. bei den letzten Reichstagswahlen, hat allgemein verwundert. Die Deutschnationalen mit Duesterberg haben ihre Stimmenzahl gut behaupten können. Verhältnismäßig am besten hat Hitler abgeschnitten, der einen Stimmengewinn von etwa 5 Millionen verbuchen kann. Ob der am 10. April stattfindende zweite Wahlgang an dem Ergebnis etwas

ändern wird, erscheint äußerst zweifelhaft, wiewohl man die Werbekraft der NSDAP. nicht unterschätzen darf. Aber die Verwirrung im Lager der Opposition ist nach dem 13. März womöglich noch größer als vorher. Hitler kämpft unter der Parole „Nun erst recht“ den zweiten Wahlgang durch. Die Deutschnationalen sehen von der Aufstellung einer eigenen Kandidatur ab, von der an und für sich richtigen Erwägung ausgehend, daß eine ausgesprochene Parteikandidatur die oppositionellen Kräfte nicht auf sich zu vereinigen vermag. Soz. demokr. und Zentrum jubeln in höchsten Tönen über ihren „Erfolg“, vermögen aber nur schlecht die Angst zu verbergen, die ihnen der Stimmengewinn Hitlers und die Behauptung der Deutschnationalen eingejagt hat.

Am 24. April finden Neuwahlen in Preußen und verschiedenen andern Ländern statt. Eine kurze Ueber-

legung sagt ihnen, daß viele Millionen der jetzigen Hindenburgwähler gegen SPD. und Zentrum stimmen stimmen werden.

Die Preußenkoalition setzt sich zusammen aus diesen beiden Parteien und der Staatspartei. Es dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Koalition im neuen Preußenparlament nicht nur keine Mehrheit erhält, sondern bedeutend geschwächt und vermindert aus dem Wahlkampf

hervorgehen wird. Uns scheint diese Wahl von bedeutend größerer Wichtigkeit zu sein als der 2. Wahlgang am 10. April. Hierfür heißt es jetzt alle Kräfte bereit halten und einspannen, damit in Preußen dem Marxismus der entscheidende Schlag versetzt wird. Es ist die höchste Zeit, daß der Bruderzwist innerhalb der Opposition beendet wird und nach den vielerlei getrennten Aufmärschen endlich vereint geschlagen wird.

Ein Arbeitsloser hat das Wort.

Vor einigen Tagen hatte eine Zeche im Ruhrgebiet bei den Tarifparteien den Antrag gestellt, die Zeche solle zur Vermeidung der Stilllegung von den tariflichen Bindungen befreit werden. Wie kaum anders zu erwarten war, lehnten die Gewerkschaftsvertreter dies ab und zwar nicht aus sachlichen Gründen, sondern aus demagogischen Gesichtspunkten. Es hat den Anschein, als ob diesen Herren 6,1 Millionen Arbeitslose noch nicht genug seien. Das Prinzip, das Dogma muß aufrecht erhalten werden und wenn die ganze Wirtschaft zum Erliegen kommt.

Mit diesen Dingen beschäftigt sich ein Berliner Arbeitsloser und erhebt in einer Broschüre eine schreiende Anklage gegen das System. Diese Anklage und die anschließend erhobenen Forderungen bedeuten für uns zwar nichts Neues, aber die Art der Darstellung ist doch so zwingend, daß die Schrift weiteste Verbreitung verdient.

„Hunger, Sorgen und Hohn treiben uns zur Verzweiflung! Und wir sind ohnmächtig, dem ein Ende zu machen, so lange die Dinge in der deutschen Vaterlande nicht geändert werden. Über das, was die amtlichen Stellen, die Parteien und die Organisationen ausnobeln, um uns zu helfen und das Arbeitsproblem zu lösen, können wir Erwerbslose nur noch lachen, denn ihr seid alle zu feige, die Dinge beim rechten Namen zu nennen!

Ihr geht alle wie die Kacke um den heißen Brei herum und seid alle darauf bedacht, daß ihr mit euren Maßnahmen nur ja nicht eure Parteigenossen oder Organisationsmitglieder vor den Kopf stoßt. Ihr tut nur so, als ob ihr helfen wolltet, in Wirklichkeit ist euch unser Schicksal furchtbar gleichgültig. Die Parteibonzen sind froh, daß sie der Reichsregierung Diktaturvollmachten geben und sich das Recht der Kritik an den Regierungsmaßnahmen vorbehalten können. Das ist die Furcht vor der Verantwortung, ihr Herrschaften.

Die Gewerkschaftsbürokratie hat das Elend der Erwerbslosen auf dem Gewissen!

Die Gewerkschaftsbürokratie ist durch ihre Generalsekretäre und sonstigen Funktionäre in den politischen Parteien insolge des verrückten Wahllisten-systems so stark geworden, daß sie überall dominiert. Dieses Dominieren hat sich bis zum Terror entwickelt, da die Gewerkschaftsführer in den Parteien auf die Mitgliederzahlen pochen, die hinter ihnen stehen. Die Mitglieder verlangen aber von ihren Führern dem Versprechen gemäß immer bessere Lohnbedingungen. Je mehr ein Gewerkschaftsführer bei Lohnkämpfen herausholt, desto gefestigter ist seine Stellung. Es ist ihm furchtbar gleichgültig, ob die Wirtschaft die erhöhten Löhne mit weiteren Mechanisierungen der Betriebe und damit verbundenen Personaleinsparungen beantworten muß oder nicht. Die Gewerkschaftsbürokratie kümmert sich nur um ihre zahlenden Mitglieder und besteuert sie nach dem Einkommen. Erwerbslose werden nur eine befristete Zeit gehalten, dann sind sie vogelfrei.

Und wenn es die Erwerbslosen wagen sollten, zu anderen als den von der Gewerkschaften durchgesetzten Lohnbedingungen zu arbeiten, dann setzt der Terror ein. Die Gewerkschaften haben mit Hilfe der ihnen willfährigen Parteien die Verbindlichkeitserklärungen der Tarife erreicht und wachen eifersüchtig darüber, daß die „soziale Errungenschaft“ nicht verloren geht. Wir Arbeitslosen die wir seit Jahr und Tag hungern, pfeifen auf eure Tarife! Euer ganzes Tarifgebäude ist ein einziges Lügengebilde! Euer überspannter Organisationsstimmeln sollte alle Werttätigen zu einer willenlosen Hammelherde degradieren, die blöde hinter ihrem Verthammel herläuft!

Wir wollen unsere volle Handlungsfreiheit und unser Selbstbestimmungsrecht wieder haben und nicht länger Sklaven der Gewerkschaftsbürokratie sein!

Was gehen uns die Tarifvereinbarungen der Verbände und deren Verbindlichkeitserklärungen an! Sie versperren uns nur den Weg zur Arbeit und schützen nur die, welche noch Arbeit haben, wenn sie überhaupt noch Arbeitsmöglichkeiten lassen. Wir, die wir seit Jahr und Tag ausgestoßen sind aus dem Produktionsprozeß, sehen mit den durch die Not geschärften Blicken nur ein grauenvolles Abgleiten der Wirtschaft in den Abgrund, weil kein Mensch den Mut hat, einem offenkundigen Wahnsinnszustande ein Ende zu machen.

Was ist aus diesen Überlegungen zu schließen?

Weg mit den ungesunden Tarifbindungen, her mit der Arbeitsfreiheit für jeden einzelnen! Jawohl, ihr Herrschaften vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund, das ist die Quittung für eure Bemühungen um den famosen Kollektivismus, dieses Kruppenfabrikationsinstitutes für Führer, die nur eine willenlose Hammelherde zum Narren halten können. Einer von diesen Patentführern hat neulich im Rundfunk herausposaunt, daß die Möglichkeit für Einzelarbeitsverträge durch ein möglichst lückenloses Netz kollektiver Arbeitsvereinbarungen beseitigt werden müßte. Angeblich soll dieses System ein Schutzmittel sein gegen Lohndruck, gegen Arbeitszeitverlängerung und gegen Willkür. Hat sich was! Dieses System ist einfach eine Verklaunderung der arbeitenden Bevölkerung, durch eine größenwahnsinnig gewordene Gewerkschaftsbürokratie. Durch den vielgeschmähten militaristischen Drill der Vorkriegszeit wurden die Menschen dazu gezwungen, gegebenen Befehlen durch selbständiges Handeln Willkürlichkeit zu geben. Die Gewerkschaften fordern jedoch von ihren Mitgliedern massenegoistischen Kadavergehorsam. Der tariftreue Arbeiter wird zum Terroristen gegen den erzogen, dem es gegen den Strich geht, nach dem Motto „Wer die Arbeit kennt und sich nicht drückt“ einen systematischen Raubzug auf die privatkapitalistische Wirtschaft mit zu machen, um sie zum Zusammenbruch zu bringen und den Boden für den noch immer in den Gehirnen spukenden „Zukunftsstaat“ zu ebnen. Gerade darum pfeifen wir auf euren verlogenen Kollektivismus.

Wir Arbeitslosen haben die Nase voll von den Erfolgen eurer „kollektiven Arbeitsbeschaffung“ und kollektiven Arbeitsverteilung. Euer kollektives Arbeitsrecht, eure Arbeitsvermittlungsstellen sind Schmarren.

Seid lieber endlich vernünftig, Herrschaften, und gebt es zu, daß eure kollektive Arbeitsbeschaffung und Arbeitsregelung zu einer Pleite auf der ganzen Linie geführt hat und führen mußte, weil sie auf dem verlogenen Hintergedanken aufgebaut ist, die privatkapitalistische Wirtschaft schnellstens zum Zusammenbruch zu bringen. Wir Erwerbslosen als Opfer dieses Systems haben den Schwindel seit langer Zeit durchschaut. Wir wollen das Recht zum Einzelarbeitsvertrag wieder haben.

Wir pfeifen auf Arbeitsämter, wir pfeifen auf Wohlfahrtsunterstützungen, wir wollen arbeiten! Wir wissen, daß die übersteigerten Tarife nur ein Glied sein sollen in der Kette, mit der die privatkapitalistische Wirtschaft erdroffelt werden soll!

In den letzten 14 Jahren haben die Führer der marxistischen Parteien nicht beweisen können, daß ihre Wirtschaftsauffassung die richtigere und bessere ist. Aber sie haben ein wirtschaftliches Trümmerfeld geschaffen, auf dem wir 6 Millionen Arbeitslose als Opfer mit unseren hungernden Familien zurückgeblieben sind.

In den Richtlinien für die marxistischen Führer befindet sich von jeher der Satz, daß man die Massen erst zur Verelendung bringen müsse, um, getragen von der Wut der Verzweifelten, den letzten Stoß gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu führen. Merkt ihr etwas,

verelendete Volksgenossen? Wir sollen das Kanonenfutter sein, wenn es hart auf hart geht! Und wofür? Für etwas, das in den Gehirnen von Phantasten erst in nebelhaften Umrissen vorhanden ist und das sich da, wo die Verwirklichung versucht wurde, als eine Unmöglichkeit erwiesen hat!

Wollen wir diesen Schwindel noch länger mitmachen? Wollen wir mitschuldig sein an dem vollständigen Zusammenbruch einer Wirtschaftsordnung, die in der Vergangenheit trotz aller Mängel sich bewährt und nur vorübergehende und geringfügige Arbeitslosigkeit gekannt hat? Nein! Nein! Nein! Wir wollen Arbeit haben!

Arbeitnehmer und Arbeitgeber gehören zusammen!
Nur so ist die Wirtschaft anzufurbeln, daß sie der überwiegenden Mehrzahl der Arbeitslosen wieder Brot und Arbeit geben kann. Wir wollen wieder mit Arbeitgebern der einzelnen Betriebe direkt über die Arbeitsbedingungen verhandeln und uns nicht von zentralen bürokratischen Instanzen irgendwelcher utopischen Ziele wegen hineinsprechen lassen.

Wir sind keine Sklaven, die ihr Lebensschicksal von Spitzenorganisationen bestimmen lassen wollen! Wir sind freie Menschen in einem freien Staate und verlangen, daß das uns durch die Verfassung gewährleistete Recht auf Arbeit durch den Organisationsfimmel nicht in das Gegenteil verkehrt wird.“

(Wir Arbeitslosen — die Retter Deutschlands! Selbstverlag von G. Jakob Margella, Kleinschönebeck bei Berlin, Am Rosengarten, Ecke Schillstraße.)

Was ist mit den Werksparkassen?

Die Linkspresse, der „Vorwärts“ an der Spitze, beschäftigt sich in der letzten Zeit in auffälliger Weise mit den Werksparkassen. „Schluß mit den Werksparkassen, die Sozialdemokratie fordert ihre gezielte Beseitigung“ und was der Schlagzeilen mehr sind. Inzwischen hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Initiativgesetzentwurf eingebracht, der die Errichtung neuer Werksparkassen verbietet und sämtliche bestehenden Werksparkassen und Unternehmungen für Annahme neuer Arbeitnehmererlagen untersagt. Den Anlaß zu diesem Antrag gab eine Gläubigerversammlung des zusammengebrochenen Borzig Konzerns, in der den Sparern der Borzig Werksparkasse mitgeteilt worden sein soll, daß ihre Spargelder verloren seien. Die Spargelder wären zwar gedeckt, aber an letzter Stelle. Die Sparguthaben betragen rund 3 Millionen RM. Inzwischen mußte sich die Linkspresse selbst berichtigen und die Nachricht bringen, daß die Sparer bei der Abwicklung ihrer Forderungen voll befriedigt werden. Kleinforderungen bis zu 500,— RM werden vorweg voll ausbezahlt, die übrigen Gläubiger erhalten zunächst 20% dann 30%, den Rest aus der Verwertung von Grundstücken. Man sieht hieraus, daß die SPD-Reichstagsfraktion etwas vorzeitig gehandelt hat. Die Hast findet ihre Erklärung in der Ursache, der dem Antrag zugrunde liegt. Und die Ursache ist mit einem Wort die Angst von der „Verbürgerlichung“ des Arbeiters. Die Angst, der Arbeiter könne durch allmähliche Ansammlung eines Geldvermögens in den Werksparkassen dem Proletariat entwachsen und damit den Hegemethoden sozialistischer Agitatoren und Bonzen, die im übrigen den Wert Soldaten und anderen Vermögens für sich selbst sehr wohl zu schätzen wissen — nicht mehr zugänglich sein. Diese Herren wissen ganz genau, daß die Besitzer von irgendwelchen Werken, sei es an Geldkapitalen, Grundstücken oder Effekten, im Innern nie

mehr Sozialisten sein können, also Anhänger einer Lehre, die das Privateigentum für Diebstahl hält und abschaffen will.

Unsere Bewegung hat von vornherein den Spargedanken aufgeariffen und als erste Organisation den Sparzwang eingeführt. Er war eine epochenmachende Tat der AMB, diesen Weg als erste beschritten zu haben, wobei besonders zu betonen ist, daß die Spargelder keinen Abzug durch irgendwelche Verwaltungskosten erleiden und nicht nur restlos, sondern vermehrt durch außerordentlich hohen Zinsfuß dem Sparer verbleiben. Inzwischen sind andere Organisationen unserem richtunggebenden Beispiel gefolgt in dieser oder jener Form. Und alle unsere Sparer haben die Wohltat dieser Einrichtungen gerade in den letzten Notjahren erfahren und wir lassen an dieser segensreichen Einrichtung nicht rütteln. Oder soll die Erfüllung dieses sozialdemokratischen Wunsches eines der Preise sein, die die Regierung Brüning für die neue Unterstützung der Sozialdemokratie, also für die Tolerierung zu zahlen hat? Die der Preis scheint unangenehm klein, hat aber, wie wir alle wissen, eine ungeheure Bedeutung, denn er stößt zu dem Kern des Problems Sozialismus vor. Wir werden uns jedenfalls mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr zu setzen wissen. Der Zusammenbruch verschiedener größerer Unternehmungen in Verbindung mit der Behandlung der Werksparkassen legt uns weiterhin die Frage auf, ob für die Sparbeiträge hinreichende Sicherheit vorhanden ist. Der Fall Borzig kann uns zur Beruhigung dienen. Und bezüglich unserer eigenen Werke kann nur ein Narr Befürchtungen hegen. Aber sicher ist sicher. Und so begrüßen wir es aufrichtig, daß in der Februar Sitzung des Vorstandes des Reichsverbandes der deutschen Industrie die Werkskassenfrage eingehend behandelt worden ist. Darüber sprach eingehend Herr

Dr. Herrle. Es wurde die Notwendigkeit betont, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern, daß die Einlagen bei den Wertsparkassen im Verfolg von Zahlungsschwierigkeiten der Firma gefährdet werden. Es soll in weiteren Beratungen im kleineren Kreise über-

legt werden, welche Möglichkeiten für eine Sicherung der Einlage gegeben sind, die dem Interesse der Sparer sowohl wie der Werke zu dienen vermögen.

Wir hoffen und wünschen, daß diese Beratungen zu einem alle Teile befriedigenden Ergebnis gelangen.

Die eiserne Front!

Aufmarsch in drei Kolonnen. Reichsbannerformationen, Arbeitersportler und gewerkschaftliche Hammerschaften, das sind die drei Kolonnen, die der deutschen Republik die Rettung bringen sollen? Diese Kolonnen haben den Willen die Freiheit der Arbeiterschaft und des ganzen Volkes zu schützen. Selbst der selbige August Bebel würde bei dieser Parole dieser Wellblechgeneräle an einem Sieg zweifeln. Was hat die SPD. nicht schon alles schaffen wollen. Zuerst die Reichsbannerfront, vor deren Massenschritt das deutsche Bürgertum erzittern sollte. Aber leider haben nur die gezittert, die man bei Wind und Wetter mit den letzten paar Schuhen von einem Aufmarsch zum anderen jagte. Von Aufmarsch zu Aufmarsch wurden es weniger trotz hübscher Uniform und Zahlungserleichterungen. Also ein neues Schlagwort: „Eiserne Front“ und damit es besser anpricht, nicht etwa um das Bürgertum erzittern zu lassen, nein man fordert das Bürgertum in der liebenswertesten Art und Weise

auf, sich in den „Rüstkammern der Eisernen Front“ in Eisernen Büchern einzutragen und sein Scherflein zur Erhaltung der deutschen Republik abzuführen

Der Zeiger Volksbote umschreibt diese Aufforderung mit dem geradezu rührenden Satz: Die „eiserne Front“ wirbt um das öffentliche Bekenntnis aller Republikaner. Nun unsere Antwort, Herr Republikaner Bergholz: „Wir als republikanische deutsche Arbeiter werden nie vergessen, daß der damals republikanische SPD.-Reichstagsabgeordnete B. für die Einfuhr von 300000 t polnischer Steinkohle per Monat gestimmt hat. Sparen Sie samt Ihren SPD.-Größen Ihre Worte. Der deutsche Arbeiter trägt sich ein in die Front des deutschen Freiheitswillens und der Gleichberechtigung unter den Völkern, während wir Ihnen und den SPD.-Größen empfehlen, sich zu Rittern der polnischen Ehrenlegion unter Verleihung stillgelegter deutscher Förderleile schlagen zu lassen.“

R. M.

Weg von einer Partei der Unfähigkeit und des Betrugs. *)

Bürgermeister Dr. Bühner, der Finanzdezernent des Dresdener Rates ist aus der SPD. ausgetreten, weil wie er erklärt („Berl. Börsenztg.“, 11. März), „alle angestrebten Maßnahmen, die Finanzlage der Stadt Dresden zu sanieren, auf den hartnäckigen Widerstand der SPD. gestoßen sind. Die hemmungslose Ausgabenwirtschaft wurde fortgesetzt ohne daß man sich Bedenken über die Deckungsmittel machte. Damit geriet man mit der eigenen Reichspolitik fortgesetzt in Widerspruch. Eine solche Gemeindepolitik führt zum Ruin und zeigt gleichzeitig, daß die SPD. überhaupt nicht fähig ist, eine brauchbare Gemeindefinanzpolitik zu treiben. Gegen das Hauptübel, den Versailles Vertrag, den Youngplan und die Reparationen wagt man nicht vorzugehen und

experimentiert an peripherischen Erscheinungen der Krise herum, zu deren Lösung in der gesamten sozialistischen Partei kein Rezept zu finden ist. Für einen verantwortungsbewußten Menschen gibt es nur einen Ausweg aus dieser Wirrnis: Weg von einer Partei, die sich in unlösbare politische und wirtschaftspolitische Widersprüche verwickelt, die wegen harren Festhaltens an überholten Theorien praktische Arbeit nicht leisten kann, die einem erträumten Phantom nachläuft, an das ihre Führer nicht mehr glauben und die in unbelehrbarer Verblendung einer Entwicklung zusteuert, an deren Ende nicht, wie sie den Menschen predigt, das Wohl- ergehen aller, sondern die Armut aller steht.“

Preissenkung bei der öffentlichen und bei der Privatwirtschaft. *)

Wie wir einer Aufstellung des „Arbeitgeber“ (Nr. 4) entnehmen, hat die Preisentwicklung der einzelnen Gruppen des Lebenshaltungsindex seit 1929 folgenden Gang genommen: Es haben ab- bzw. zugenommen die Preise seit Januar 1929

	bis Januar 1931	bis Dez. 1931	bis Jan. 1932
Verkehr	+ 5,0%	+ 4,1%	+ 2,9%
Wohnung	+ 4,5%	+ 4,5%	+ 3,5%
Leuchstoffe	+ 3,1%	+ 3,1%	+ 1,6%
Bildung und Unterricht	- 1,7%	- 2,4%	- 8,6%
Geiststoffe	- 4,2%	- 2,9%	- 9,3%
Reinigung, Körperpflege	- 12,4%	- 14,5%	- 21,0%
Ernährung	- 18,6%	- 21,8%	- 24,0%
Bekleidung	- 21,3%	- 25,1%	- 28,0%

Hieraus geht klar hervor, daß in einer Zeit allgemeiner Preisentwertung, als der Kanzler immerzu die Parole eines billigeren Deutschland ausgab, nur die Privatwirtschaft die Preise senkte, während in den-

jenigen Gruppen, deren Preisbildung maßgebend von der öffentlichen Hand beeinflusst wird, die Preise erst noch immer anstiegen, um erst durch die letzte Notverordnung minimal zu fallen. Bei der Gruppe Verkehr ist noch zu beachten, daß die Ausgaben für Fahrräder, deren Preise stark zurückgegangen sind, gleichfalls unter Verkehrsaufwendungen enthalten sind, die Teuerung also erst recht durch die öffentliche Verkehrswirtschaft bedingt ist. Während also die Privatwirtschaft die Lebenshaltung des deutschen Arbeitnehmers verbilligte, erwies sich die öffentliche Wirtschaft hierzu als unfähig. Trotzdem verlangen die Gewerkschaften, allen voran der christliche Gewerkschaftsführer Imbusch, die Verstaatlichung weiterer großer Wirtschaftsgebiete, damit ja der Arbeitnehmer sich einer recht teuren Lebenshaltung erfreuen kann.

*) Entnommen der „Deutschen Wacht“, Wochenschrift der Deutschen Vereinigung Nr. 6, vom 16. März 1932.



Aus der Bewegung.

Bezirk Borna. Werksgruppe Kraft I Throna. Die Gruppe Kraft I hielt am 14. 2. 1932 4 Uhr nachmittags im Gasthaus Sichau in Serbitz ihre gut besuchte Monatsversammlung ab. Der 2. Vorsitzende Kam. Albin Wiehner gab einen eingehenden Bericht von der letzten Bezirksitzung in Borna. Kam. Richard Greulich berichtete über den Verlauf des Kurses in Klein-Wangen, was alle Kameraden sehr interessierte. Zur Aufnahme in die Werksgruppe gelangten 11 Kameraden. 1/2 6 Uhr schloß der 2. Vorsitzende nach Erledigung von Gruppenangelegenheiten die Versammlung.

Werksgruppe Kraft III Blumroda. Am 20. Febr. fand in Raupenhain die Monatsversammlung statt, die gut besucht war. Als Gäste waren der 1. Bezirksvorsitzende Kam. Haase und der 1. Vorsitzende der Gruppe Kraft I Kam. Zahn erschienen. Als Hauptthema beschäftigte die Gruppe die Stilllegung der Arbeitsstätte Kraft III am 24. Februar. Einmütig wurde beschlossen die Gruppe trotz Stilllegung des Werkes nicht aufzulösen sondern weiter bestehen zu lassen. Hieraus können andere Gruppen ersehen, welcher Geist für die WAB-Bewegung in den Kameraden steckt.

Werksgruppe Kraft I Deutzen. Die übliche Monatsversammlung wurde am 7. Februar abgehalten. Der Vorsitzende Kam. Gille begrüßt die anwesenden Kameraden, besonders den Bezirksvorsitzenden und gibt einen Bericht über das Wirken der Gruppe im vergangenem Monat. Ueber die Verhandlungen mit den Gewerbetreibenden von Deutzen/Röthigen und über die Konsumfrage gibt Kam. Pröhdorf ausführlichen Bericht. Durch systematische Kleinarbeit wird man auch in diesen Fragen das gesteckte Ziel erreichen. Nach Schluß der Tagesordnung ergreift der Bezirksvorsitzende Kam. Jaculy das Wort und spricht über die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands. Für viele Kameraden ein interessanter und aufklärender Vortrag. Die um 15 Uhr eröffnete Versammlung wurde um 18 Uhr geschlossen. In der Frauengruppe hielt Herr Barts einen Vortrag und erntete reichen Beifall.

Werksgruppe Brankohlenwerk Borna hielt am 26. Februar 1932 ihre Monatsversammlung ab. Nach Begrüßung der erschienenen Kameraden durch den 2. Vorsitzenden Kam. Müller, gab dieser einen Ueberblick über die allgemeine Lage und wies vor allem auf die kommende Reichspräsidentenwahl hin. Die internen Angelegenheiten der Gruppe wurden zur Zufriedenheit erledigt. Anschließend hielt der 1. Vorsitzende Kam. Morgenstern einen sehr interessanten gut durchgearbeiteten Vortrag „Geschichte und Leitgedanken der Gewerkschaftsbewegung“ welcher eine lebhafte Aussprache zur Folge hatte.

Werksgruppe Viktoria. Die Versammlung wurde in Borna im Sängerkreis abgehalten und eröffnete Vors. Haase gegen 5 Uhr die gutbesuchte Versammlung. Nachdem er alle Erschienenen aus herzlichste begrüßt hatte, gedachte er des Tages der Volkstrauer.

Die letzte Niederschrift wurde ohne Einwendung abgezeichnet. Hierauf gab Vors. Haase den Bericht von der letzten Bezirksitzung. Kam. Gentsch von der Werksgruppe Dora und Helene hielt sodann einen Vortrag über „Deutsche Not und deutsches Leid“. Mit der größten Aufmerksamkeit folgten alle Anwesenden seinem trefflichen Vortrag und dankte reicher Beifall dem Redner.

Die Gruppenangelegenheiten fanden glatte Erledigung. Kam. Haase machte schon jetzt auf die am 20. März in Leipzig stattfindende Jahreshauptversammlung aufmerksam, und wies auf rege Beteiligung hin. Schluß der Versammlung gegen 7 Uhr.

Werksgruppe Böhlen. Am 19. 2. 1932 fand die durch Rundschreiben anberaumte Monatsversammlung im Gasthof Friedel (Kleiner Saal) statt.

Kam. Obst eröffnet um 19⁴⁰ Uhr die Versammlung und begrüßt alle erschienenen Kameraden aufs herzlichste.

Hierauf gibt Kam. Obst folgende Tagesordnung bekannt:
1. Verlesung des Protokoll der Hauptversammlung. 2. Bericht von der letzten Bezirks-Vorstandsitzung. 3. Vortrag (Kam. Linser) „Die Aufgaben der nationalen Arbeitnehmervereinigung“. 4. Gruppenangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

1. Kam. Obst erteilt dem 2. Schriftführer Kam. Trentler das Wort zum Verlesen des Protokolls der Hauptversammlung. Da niemand gegen den Wortlaut des Protokolls etwas einzuwenden hat, erklärt es Kam. Obst als genehmigt.

2. Kam. Obst gibt Bericht über die letzte Bezirks-Vorstandsitzung. Ein eingebrachter Antrag bezw. Herabsetzung der Beiträge ist vom Bezirk abgelehnt worden. Ein Antrag der Gruppe Böhlen, zwecks der Vergütung des Reisegeldes für die Teilnehmer an den Veranstaltungen des Bezirks, ist dahin stattgegeben worden, daß bei Teilnahme an Diskussionsabenden für 3 Personen und bei Bezirks-Vorstandsitzungen für 1 Kameraden je die Hälfte des Fahrgeldes vergütet wird.

3. Kam. Obst erteilte Kam. Linser das Wort zum Vortrag; „Die Aufgaben der Nationalen Arbeiterbewegung“.

Kam. Linser streift in kurzen Umriß die Ursachen der heute so schwer um ihr Dasein ringenden Wirtschaft, und ermahnt alle Kameraden zur Mitarbeit, damit der marxistisch gewerkschaftlichen Flut ein Damm entgegen gesetzt wird, an dem sie zerschellt. Dem Schmähwort eines Crispin; Ich kenne kein Vaterland das Deutschland heißt, setzen wir das stolze Bekenntnis entgegen; Deutschland, Deutschland über alles, und im Unglück nun erst recht. Kam. Obst verliest dann ein Schreiben der Direktion wonach der Wasserzins für die Schrebergärten auf 5 RM festgelegt worden ist. Das Schreiben findet allgemeinen Beifall, und wird gemäß dem Beschluß der Vorstandsitzung stattgegeben.

Kam. Martin erläutert einige wichtige Bestimmungen, über Belegschafts- und Betriebsversammlungen. Kam. Kral gab noch einige lehrreiche Worte zu Gehör, welche Beifall fanden.

5. Kam. Schulenberg sprach über Steuerangelegenheiten und machte die Kameraden auf die Reklamationspflicht aufmerksam. Hierzu gab es eine rege Aussprache, und einige Erfolge einer Steuerreklamation kamen zu Gehör. Kam. Obst gab dann noch bekannt, daß die nächste Monatsversammlung am 18. 3. 1932 19 Uhr in Friedels Gasthof (Kleiner Saal) stattfindet. Schluß der Versammlung 21¹⁰ Uhr.

Werksgruppe Witzniz. Die Werksgruppe veranstaltete am Sonntag, den 13. März abends 8 Uhr in Saale der Börsehalle eine Gedenfeier für die um ihr Deutschtum gefallenen und kämpfenden Volksgenossen in den vom Mutterland getrennten Gebieten. Eingeleitet wurde die Feier mit dem Vargo von Händel und einigen von einem Gesangsquartett zum Vortrag gebachten Liedern. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden ergriff Herr Dr. med. W. Fischer, Leipzig, das Wort zu seiner Gedenkrede. „Der 4. März und Deutschland“. Er schilderte in zu Herzen gehenden Worten den schweren Kampf der Sudetendeutschen um ihre deutsche Heimat. Aus Selbsterleben in packenden Worten, welche Schmach und Verwältigungen diese Deutschen täglich zu ertragen haben und welcher Mut, Nationalbewußtsein, Treue und Aufopferung nötig ist, um diesen Schikanen stand zu halten. Wenn dieser deutsche Wall jenseits des Erzgebirges durch Lug und Trug von seiten unserer Feinde vernichtet ist, wird manche schwere Stunde für unsere Volksgenossen im Mittellande kommen. Da diese Gefahr in nicht allzu großer Entfernung von uns droht sollten alle innerhalb der Reichsgrenzen lebenden Deutschen regen Anteil an diesen Vorgängen nehmen. Mancher Zuhörer der sich im tiefsten Frieden wiegte wurde aufgerüttelt und ihm zum Bewußtsein das Deutschtum Kampf bedeutet. Die so leidenschaftlich und temperamentvoll vorgetragenen Worte ernteten reichen Beifall und fanden ihren Ausdruck in dem Gesang des alterproben deutschen Kampfliedes die Wacht am Rhein“.

Jahresarbeitsplan

des Bezirkes Mensehewitz-Rositz der A. M. A. für 1932!

Anschriften des Bezirksvorstandes:

Vorsitzender: Paul Freyer, Rehmisdorf / Zeitz Land.

1. Schriftführer: Erich Schüll, Wintersdorf / Altenburg

Thr.-Land, Fabrikstraße 1.

2. Schriftführer: Rudolf Burthardt, Zipsendorf, Kr. Zeitz,

Mühlstraße.

Kassierer: Martin Berg, Wintersdorf, Altenburg / Thr.-

Land, Gröbberstraße 12.

Presse-Wart: Richard Mally, Wutz, Kr. Zeitz.

Angestellten-Obm.: Herbert Kluge, Mumsdorf, Zeitz-Land, Kolonie.

1. Bezirksvertreteritzungen:

Die Sitzungen beginnen pünktlich $\frac{1}{2}$ 9 Uhr und finden in Meuselwitz, im Gesellschaftshaus „Neue Welt“ statt;

1. am 3. April
2. am 3. Juli
3. am 2. Oktober

2. Rundgebungen und Werksgruppenversammlungen:

- a) Die Bezirksrundgebung hat in den Monaten Juni oder Juli stattzufinden.
- b) Die Rundgebung soll nach Möglichkeit von Jahr zu Jahr in den verschiedenen Orten des Bezirkes stattfinden
- c) Bewerbungen zur Durchführung der Rundgebung sind bis 3. April dem Bezirks-Vorstand vorzulegen.
- d) Die Werksgruppenversammlungen haben in der zweiten Monatshälfte stattzufinden.

3. Der Organisations-Ausschuß:

tagt auf Verlangen des Bezirksvorsitzenden. Einladungen ergehen besonders.

4. Schulungs-Ausschuß:

soll im letzten Monat vor der Bezirksvertreteritzung tagen. Hier haben die Gruppenschulungswarte einen Rechenschaftsbericht über die Schulungsarbeit bei ihren Werksgruppen im vergangenen Vierteljahr zu geben. Weiter soll die Schulungsarbeit für das nächste Vierteljahr festgelegt werden.

Der Schulungswart hat dann nach Rücksprache mit dem Bezirksvorsitzenden in der Bezirksvertreteritzung die neuen Richtlinien bekannt zu geben.

5. Der Presse-Ausschuß:

arbeitet in derselben Weise wie der Schulungsausschuß. Die Berichte für das Mitteilungsblatt werden zusammen mit den Monatsmeldungen bis spätestens 3. jeden Monats an den Bezirkspressewart eingandt.

6. Der Angestellten-Ausschuß:

tagt auf besondere Einberufung hin.

Werksgruppe Herzog Ernst. Unsere am 27. Februar abgehaltene gut besuchte Monatsversammlung wurde abends 8 Uhr im Kasino durch den 1. Vors. Kam. Paul Freyer eröffnet. Er begrüßte die Mitglieder sowie Gäste. Besonders den ersten Vorsitzenden des Meuselwitzer Bezirkes Kam. Paul Freyer von den Leonhardwerken welcher uns einen Vortrag über Kriegsschuldfrage hielt und durch seine trefflichen Worte die Zuhörer bis zu Ende in Spannung hielt. Mit reichem Beifall wurde dem Redner gedankt. Die üblichen Punkte der Tagesordnung wurden zu aller Zufriedenheit erledigt. Schluß der Versammlung 23 Uhr.

Die am 28. Februar nachm. 3 Uhr angelegte Monatsversammlung fand wie immer im Gasthof Gorma statt. Kam. Baumgarten begrüßte alle Kameraden. Auf der Tagesordnung standen 1. Verlesen der letzten Niederschrift durch Schriftführer Kam. Schmidt. 2. Bezirksvorsitzender Kam. Taubert umkreiste in kurzen Zügen die gesamte wirtschaftliche und politische Lage. Anschließend erhielt Kam. Syska das Wort zu seinem Vortrag über „Sinn und Zweck der Werksgemeinschaft“, wobei die Mitglieder mit Interesse folgten. Reges Beifall dankte dem Redner. 3. Gruppenfragen. Es wurde davon Mitteilung gemacht, daß jedes Mitglied in Besitz eines Stück Landes kommen soll von ca. 200 qm was volle Anerkennung hatte. Zu Punkt 4 Verschiedenes wurde über kameradschaftlichen Umgang innerhalb der Werksgemeinschaft und der Beziehungen zur Linken kritisiert. Kam. Baumgarten dankte allen Mitglieder mit dem Wunsche, zur nächsten Versammlung ein volles Haus zu erblicken. Mit einer Tellerammlung für die Winterhilfe fand $\frac{1}{2}$ 6 Uhr die Versammlung ihren Schluß.

Werksgruppe Leonhard-Zippendorf. Die Mitgliederversammlung am 6. März war gut besucht. Nach Erledigung der Tagesordnung sprach Kam. Hüfner über Aufgaben und Ziele der Werksgemeinschaft. Kam. Mally sprach über die bevorstehende Reichspräsidentenwahl.

Bezirk Zeitz-Weißenfels. Am 1. März fand im Gasthof Ludenau die jährliche Bezirksitzung statt, zu welcher alle Werksgruppenvertreter des Bezirkes erschienen waren. Der 1. Vorsitzende Kam. Klingner heißt die Kameraden aufs herzlichste willkommen, besonders Herrn Barts, Halle und Herrn Dr. Brechtel, Zeitz, welche als Gäste anwesend sind, und gibt dann die Tagesordnung bekannt. Nach der Verlesung der letzten Niederschrift durch den Schriftführer Kam. Enke gibt Kam. Klingner ausführlich Bericht über die Bezirksvorstandssitzung vom 14. Februar zu Meuselwitz, welcher von den anwesenden Kameraden aufmerksam verfolgt und anschließend besprochen wurde, galt es doch die Vorarbeiten zur Jahreshauptversammlung der MWB. zu erledigen. Anschließend wurde zur Wahl eines 2. Vertreters des Bezirkes im Hauptvorstand der MWB. geschritten, zu welcher Kam. Neubert, Wählig vorgeschlagen und gewählt wurde. Im Bericht des Gruppenvorsitzenden wird auch wieder hervorgehoben, daß die Entwicklung der Gruppen eine gute wäre, aber es sei doch notwendig in der nächsten Zeit eine Gemeinschaftsausschüttigung des Bezirkes zu veranstalten, um die Zusammenarbeit noch reger zu gestalten. Es wird dann auf die Betriebsratschulung in unserem Bezirk hingewiesen, welche in nächster Zeit regelmäßig

in Streckau stattfinden soll. Da dieselben äußerst wichtig sind, so werden die Vorstände aufgefordert, auf die Betriebsräte ihrer Gruppen einzuwirken, damit dieselben an diesen Schulungsabenden teilnehmen. Kam. Klingner weist nochmals auf die Einladung zur Jahreshauptversammlung der MWB. hin und schließt dann die Sitzung 20³⁰ Uhr. Anschließend fand noch eine Besprechung über die Fragen der Angestellten zum RDA. statt, welche von Kam. Obersteiger Plato geleitet wurden. Die nächste Bezirksitzung findet am 13. April 5³⁰ Uhr im Versammlungslokal statt.

Werksgruppe Groitzschen. Sonntag, den 6. März fand im Gasthaus „Freier Blick“ in Kretschau unsere Monatsversammlung statt. Der 1. Vorsitzende Kam. Heinrich heißt die erschienenen Kameraden aufs herzlichste willkommen und gibt dann die Tagesordnung bekannt. Nach dem Verlesen der letzten Niederschrift durch Kam. Enke wird zur Neuaufnahme eines Kameraden geschritten, gegen welche keine Einwendungen erfolgten. Kam. Heinrich hebt hervor, daß das Bekennen zu unserer Gemeinschaft, trotz der großen Anfeindungen hoch anzuerkennen sei. Kam. Enke als Bezirkschriftführer gibt dann ausführlich Bericht über die Bezirksjahreshauptversammlung und über die letzte Bezirksitzung, welche von den anwesenden Kollegen aufmerksam verfolgt wurde. Es wird dann auf die Betriebsratschulung in Streckau hingewiesen und die Kameraden aufgefordert, reger daran teilzunehmen. Im Zeichen echten Kameradschaftsgeistes und Kameradschafts liebe wurden zwei verunglückten Kameraden unserer Werksgruppe jedem ein Betrag aus unserer Kasse zugewilligt. Außerdem soll noch Werksammlung der Belegschaft stattfinden, um noch einen Kameraden zu unterstützen, welcher ebenfalls verunglückt, aber nicht unserer Gemeinschaft angehört. Kam. Heinrich weist dann auf die bevorstehende Reichspräsidentenwahl hin. Ein jeder Kamerad müßte es sich zur Pflicht machen, seine Stimme nur einen nationalen Kandidaten zu geben. Mit der Ermahnung besonders festzustehen in der kommenden Zeit, wurde die rege verlaufene Versammlung 17¹⁵ Uhr geschlossen.

Werksgruppe Tagebau Wählig. Sonntag, den 10. Jan. 1932, nachm. 2^{1/2} Uhr fand unsere diesjährige Generalversammlung in der Kantine Tagebau Wählig statt. Nach der Begrüßung gab der Vorsitzende Kam. Neubert die Tagesordnung bekannt. Anschließend gibt der Kassierer den Kassenbericht, die Kasse wird in Ordnung befunden, dem Kassierer wird Entlastung erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab

1. Vorsitzender D. Neubert.
2. B. Hornung.
1. Schriftführer Fr. Schöbel.
1. Kassierer M. Blättner.

Um 6 Uhr schließt der 1. Vorsitzende die gut besuchte Generalversammlung mit einem kräftigen Glückauf.

Sonntag, den 7. Februar 1932, abends 8 Uhr fand unsere Monatsversammlung im Gasthof Graul-Teich statt. Der Vorsitzende eröffnete um 8 Uhr die Versammlung und heißt alle Anwesenden herzlich willkommen. Nach Erledigung der Tagesordnung hielt Kam. Neubert einen $\frac{3}{4}$ -stündigen Vortrag über den Bolschewismus. Mit Spannung folgten alle Anwesenden seinen Ausführungen und dankten mit reichem Beifall.

Am 6. März, abends 8 Uhr fand in der Kantine Tagebau Wählig unsere gut besuchte Monatsversammlung statt. Der 1. Vorsitzende Kam. Neubert begrüßte die zahlreich erschienenen Kameraden mit ihren Frauen, gibt die Tagesordnung bekannt. Nach Verlesen der letzten Niederschrift gibt der Vorsitzende einen Bericht von der am 1. März in Luckenau stattgefundenen Bezirksitzung. Leider mußte Punkt 4 der Tagesordnung „Vortrag des Kam. Mahler, „Taktobsgrube“ wegen Verhinderung ausfallen. Nach Erledigung von weiteren Gruppenangelegenheiten ging man zum gemächlichen Teil über, an welchem sich besonders die Kameraden Schmidt und Wagle durch musikalische und gesangliche Darbietungen recht rege beteiligten. Die harmonisch verlaufene Versammlung fand um $\frac{1}{2}$ 12 Uhr ihren Abschluß mit dem Deutschlandlied.

Werksgruppe Emma. Sonntag, den 6. März fand die Monatsversammlung der Gruppe im Glückauf statt. Um 3 Uhr nachmittags wurde die gut besuchte Versammlung vom Vorsitzenden unter Begrüßung der anwesenden Kameraden und Gäste (Bergassessor Degehardi und Herr Barts-Halle) eröffnet. Zu Punkt 1. Die Niederschrift der letzten Versammlung wurde verlesen und genehmigt. Zu 2. Kam. Knoblauch erstattet einen ausführlichen Bericht von der am 1. März stattgefundenen Bezirksitzung. Zu 3. Kam. Knoblauch empfiehlt die Teilnahme an den Schulungskursus der Betriebsräte am 16. März. Es erfolgt die Wahl eines Delegierten zur Jahreshauptversammlung der MWB. (Sallenstein). Weiter werden interne betriebliche Angelegenheiten in zur Erledigung gebracht. Zu 4. sprach Herr Barts-Halle über das Thema: Arbeitslosigkeit (an der Hand von Beispielen). Herr Barts verstand es in verständlicher Art den Kameraden die Ursachen und die Wirkung der Arbeitslosigkeit vor Augen zu führen. Zur Behebung der Arbeitslosigkeit kann man kein sogenanntes Patentmittel anwenden, sondern man muß nach durchführbaren Wegen und Mitteln forschen, um das Millionenheer zu verringern. Kam. Knoblauch dankte Herrn Barts für den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Weiter forderte Kam. Knoblauch die auf, am Sonntag, den 13. März, ihre Pflicht an der Wahlurne zu tun. Mit dem Deutschlandlied wurde die Versammlung geschlossen.

**Preiswert und gut tätigen Sie Ihre Einkäufe bei den Mitgliedern des Gemeinnützigen
Rabattsparevereins Lobstädt, Kieritzsch und Umgegend e. V.**

Unsere Mitglieder:

Lobstädt:
Bäckereien:
Hiller, Hermann
Kern, Erich
Schmidt, Otto
Thieme, Rudolf
Fahrradhandlungen:
Leiwelt, Robert
Fleischereien:
Herbert, Erich
Regel, Hugo

Haus- u. Küchengeräte:
Boerner, Rudolf
Kosch & Hindorf
Kolonialwaren:
Buchmann, Otto
Dauß, Max
Eisfeld, Rosa
Möschke, Ernst
Schmidt, Alfred
Stein, Maria
Wähig, Kurt

Textil u. Manufakturwaren:
Börner, Rudolf
Großhöfen:
Bäckereien:
Ritter, Ewald
Schirmer, Albin
Fleischereien:
Nichtenstein, Rudolf
Weber, Franz

Bahnhof — Kieritzsch:
Bäckereien:
Blüthner, Helmuth
Striße, Alfred
Teichert, Max
Fleischereien:
Nitzsche, Hans
Kolonialwaren:
Kreiß, Otto
Ritterbach, Ernst
Sälze, Arno

Textil u. Manufakturwaren:
Krohe, Klara
Römer, Elsa
Breunsdorf:
Kolonialwaren:
Läuter, Walter
Droßdorf:
Bäckereien:
Kochstroh, verm. A.

Verlangen Sie die „Grüne Rabattmarke“. Sie hilft Ihnen „sparen“.

Werkskantine u. Kasino Eugenschacht
Verw. Scholz

Gutgepflegte Biere der fürstlichen Brauerei Köstritz
Gute bürgerliche Küche - Versammlungslokal des B. Verein
Tagebau Petsa, Turn- und Sportverein A. K. W. Petsa, DT.
Großer staubreier Garten, herrliche Veranda.
Jeden Sonntag ab 4 Uhr Musikalische Unterhaltung
Eintritt frei. - Köstritzer Sonnenquell Glas 0,25 RM

Kolonialwaren, Landesprodukte, Mehl, Futtermittel, Düngemittel, Sämereien
Tabak - Zigarren - Zigaretten

Bernhard Möschke, Lobstädt
Am Bahnhof

„Hotel Börsenhalle“
am Reichstor. Bes.: H. Feyerabend.

Gutgepflegte Biere. Bürgerliche Küche.
Schulungs- und Versammlungslokal
der Werksguppe Witznitz der A.M.B.
Verkehrslokal aller vaterländischen Vereine.

Gasthof zur Post — Bahnhof Kieritzsch
Besitzer A. Förster.

Schulungs- und Versammlungslokal der
A. M. B. Ortsgruppe Bahnhof Kieritzsch
Großer staubreier Garten — Herrlicher großer Ballsaal
Eisenbahnverbindung nach allen Richtungen — Große Tiergehege, Löwe, Dachs usw.
Achtungsvoll D. O.

Gasthof und Tanz-Palast
Stadt Altenburg

Lobstädt (Bezirk Leipzig).
Inh.: Elisabeth v. Brühlheim Fernruf: Amt Borna 519
Verkehrslok. d. A.M.B.-Werksguppe Viktoria, Lobstädt.

Hotel „Weitener Hof“
Tel. 104 Borna Bez. Leipzig Tel. 104

Haus der Bergleute
Verkehrs- u. Schulungslokal d. Bez. Borna d. A.M.B.
Versammlungslokal der Werksguppe Braunkohlenwerke Borna und
aller vaterländischen Verbände.
Erstklassige Küche - Täglich preiswerteste Hausgerichte - Eigene Kühlanlage
Bestgepfl. Biere - Neueingerichtete Fremdenzimmer, Saal, Konferenzzimmer in
verschiedenen Größen - Kegelbahn - Autogaragen
Inhaber: Erich Bohring.

Verantwortlich für den Inhalt: J.B.: Rich. Mally, Witzsch b. Zeitz

Kolonialwaren, Delikatessen, Spirituosen
Tabak, Zigarren- u. Zigarettenhandlung

Für das Osterfest empfehle:
ff. Sultaninen, Korinthen, Mandeln, Citronat, ger. Kokos-
nuß, Schmelzmargarine, Haselnüsse, Walnüsse, Lebkuchen,
Schokoladen, Pralinen.
Zigarren in Geschenkpäckungen. Weine, Viköre, Konserven.
Ger. Spickhaale usw. zu den billigsten Preisen.
M. Sollers, Zechau i. Th.
5 Prozent in Rabattmarken Hauptstraße 40

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Kolonialwaren empfiehlt bestens
Otto Schmidt, Bäckermeister
Lobstädt, Hauptstraße 96

Gasthaus Neue Welt, Lobstädt Bez. Leipzig
Besitzer **R. Krötel**
Versammlungslokal d. Werksguppe Dora-Helene, Großzössen
Sitz zahlreicher nationaler Verbände

Kurt Wätzig, Lobstädt
Hauptstraße 85 Fernsprecher 303
empfiehlt
Kolonialwaren, Drogen und Farben :: :: Sämereien
Tabak :: Zigarren :: Zigaretten :: Weine und Liköre

Beste u. billige Bezugsquelle
für Sammelbestellungen
für
Kaffee, Tee, Kakao, Schokoladen,
Kakes, Minorka-Zwieback
Vereinszimmer!



Druck und Verlag: Ewald Schellenbeck, Halle

16. 3. 32. - 19



Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Druckerei Ewald Schellenbeck, Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

5. Jahrgang

Halle (Saale), den 21. April 1932

Nr. 4

Zu den Preußenwahlen.

Am 24. April finden die Wahlen zum preußischen Landtag statt. Der Wahl geht ein Regierungsmanöver übester Art voraus, das mit Recht als Schiebung bezeichnet worden ist.

Am 12. April ist der Antrag der Regierungsparteien (Sozialdemokratie, Zentrum und Staatspartei) auf Abänderung der Geschäftsordnungsbestimmungen über die Ministerpräsidentenwahl mit 226 Stimmen gegen 3 bei einer Stimmenthaltung angenommen worden. Die Preußische Verfassung enthält über die Bildung des Staatsministeriums nur die eine Bestimmung (Art 45), daß der Landtag ohne Aussprache den Ministerpräsidenten wählt und daß dieser die übrigen Staatsminister ernennt. Wie die Wahl im einzelnen vorzunehmen ist, welche Mehrheit bei der Wahl gilt, darüber enthält die Verfassung selbst nichts. Lediglich die Geschäftsordnung des Preußischen Landtags besagt (§ 20), daß der Landtag den Ministerpräsidenten mit verdeckten Stimmzetteln wählt (womit die sonst zulässige Wahl durch Zursowohrn kein Widerruf erfolgt — ausgeschlossen ist) und daß gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält; ergibt sich keine solche Mehrheit, so kommen die beiden Anwärter mit den höchsten Stimmzahlen in die engere Wahl, und es entscheidet bei Stimmengleichheit das Los durch die Hand des Präsidenten des Landtags.

Da eine absolute Mehrheit bisher im ersten Wahlgang regelmäßig nicht erzielt werden konnte und vielleicht auch für die Zukunft nicht zu erwarten ist, war bisher immer und wird voraussichtlich auch nach Zusammentritt des jetzt zu wählenden neuen Landtages eine Stichwahl notwendig, in der dann der Kandidat, der die meisten Stimmen erhält, Ministerpräsident wird. Bei der zu erwarteten Verschiebung der Parteistärken infolge der Landtagsneuwahl wird nun wahrscheinlich der Fall eintreten, daß bei der Stichwahl ein Mann der heutigen Oppositionsparteien mit relativer Mehrheit zum Ministerpräsidenten gewählt werden wird. Das zu verhindern ist das Ziel der Änderung der Geschäftsordnung. Sie besteht darin, daß der Ministerpräsident die absolute Mehrheit erhalten muß, daß also die Bestimmung über die Stichwahl in Wegfall kommen muß.

Der volksparteiliche Abgeordnete Stendel erklärte, daß seine politischen Freunde nicht bereit wären an diesem ausgesprochenen Schwindelmanöver mitzuwirken. Der Deutschnationale von Winterfeldt bezeichnete den Vorgang als eine unerhörte Schiebung. Es war ein klägliches Beginnen, diese offenkundigen und offensichtlichen Tatsachen abzuleugnen, wie es ein Vertreter der Regierungsparteien versuchte, der da erzählte, der Antrag

bezwecke lediglich die Geschäftsordnung in Einklang mit der Preußischen Verfassung zu bringen, die eine Mehrheit bei der Ministerpräsidentenwahl zwingend vorschreibe. 13 Jahre ist es so gegangen, d. h. nach diesen Ausführungen im Gegensatz zur preußischen Verfassung zugunsten dieser Herrschaften, die sich mit ihrer Verfassungstreue brüsten, und nun auf einmal gehts nicht mehr? Erkläret mit Graf Drinbur diesen Zwiespalt der Natur. Der wahre Grund, den zu verhehlen man sich nicht einmal große Mühe gibt, ist die Angst vor der Vergeltung, die Angst vor dem 24. April, die Angst um die Futterkrippe.

Tragisch ist die ganze Geschichte nicht zu nehmen. Denn nach Art. 29 gibt der Landtag sich seine Geschäftsordnung selber. Der neue Landtag ist nicht unbedingt an die vorigen gebunden, sondern kann sich eine neue Geschäftsordnung geben, was er nach den 24. April wohl auch tun wird.

Bezeichnend aber für den jetzt herrschenden neupreussischen Geist ist folgender Vorgang, den ein Telegraphenbüro (TU.) verbreitet hat. Der Interfraktionelle Ausschuß des preußischen Landtages hat sich inzwischen auch mit der Frage beschäftigt, ob der gegenwärtige Landtag aufzulösen ist oder ob man ihn bis zu Ablauf der Legislaturperiode, also bis zum 20. Mai noch bestehen lassen soll. Man beabsichtigt, ihn zunächst noch weiter bestehen zu lassen. Sollte aber die Dienstagssitzung zu einer Beschlunsunfähigkeit des Landtages führen, so würde man den Landtag wahrscheinlich auflösen. Das würde zur Folge haben, daß die Abgeordneten des Landtages nur bis zum Tage der Auflösung im Besitze der Abgeordnetenrechte bleiben und die Lebenszeit des neuen Landtages mit der Neuwahl beginnen würde und nicht erst nach Abschluß der (am 20. Mai ablaufenden) „alten Wahlperiode“. D. h. also: wenn Kommunisten und Mittelparteien bei der Abstimmung über die Änderung der Geschäftsordnung im Saale bleiben und dadurch die Beschlußfähigkeit herbeiführen, bleiben sie bis zum 20. Mai im Besitze der Abgeordnetenrechte, andernfalls wird der Landtag aufgelöst d. h. diese Rechte gehen mit sofortiger Wirkung verloren. Bei diesen Rechten der Abgeordneten wird man wohl an die Diäten und Kreisfahrkarten zu denken haben. Und das dieses „Entweder—Oder“ auf die kommunistischen Abgeordneten z. B. nicht ohne Einfluß blieb, konnte man voraussehen. Eine solche Machenschaft pflegt man aber im gewöhnlichen Leben als Expression zu bezeichnen. Politischen Anstand sucht man hier vergebens.

Ein weiterer Schlag erfolgte in diesen Tagen gegen die Nationalsozialisten, um sie in ihrer Propaganda für die Länderwahlen zu stören. Linksorientierte Länderregierungen, Preußen an der Spitze, haben beim Reichsinnenministerium und beim Reichspräsidenten und dem Reichsminister es durchsetzen zu können, die SA- und SS-Abteilungen der Nationalsozialisten im ganzen Reich zu verbieten. Wir haben keine Veranlassung uns zum Verteidiger der Nationalsozialisten aufzuwerfen. Wir möchten aber zu diesem Verbot grundsätzlich Stellung nehmen. Jeder Radikalismus in welcher Form er immer auftritt, erscheint uns nicht zweckdienlich, besonders wenn er in Unbesonnenheiten einzelner Untersführer zum Ausdruck kommt. Ein solcher Radikalismus aber ist durchaus erklärlich aus der augenblicklichen Zeit heraus und als Reaktion eines von der Linken betriebenen jahrelangen und behördlich vielfach geduldeten Rowdytums. Der Rotfrontkämpferbund ist zwar verboten, feiert aber in dieser oder jener Form seine Organe weiter, ohne von Reichs- oder Länderregierungen gestört zu werden. Was bedeutet denn Reichsbanner, Eiserner Front und Hammerschaften? Ihr Ziel ist den jetzigen Staat mit allen Mitteln, legalen und illegalen zum sozialistischen Klassenstaat umzuwandeln. Die Redner der Eisernen Front haben im Wahlkampf für Hindenburg immer wieder damit gedroht, daß sie sich im Falle der legalen Machtergreifung durch die Rechte mit physischer Gewalt dem durch die Verfassung garantierten Gange der Entwicklung entgegenstellen würden, die Hammerschaften haben damit gedroht, die Bevölkerung von Licht, Wasser und Gas abzuperrern. Jeder einigermaßen Eingeweihte, dazu gehört vor allem die Reichsregierung, weiß, daß das Reichsbanner eine militärische Organisation ist. Was dem einen recht ist, muß den andern billig sein. Wenn das eine verboten wird, warum nicht das andere? Die Beantwortung dieser Frage liegt sehr nahe. Bisher war die SPD. der Gefangene des Herrn Brüning. Nun dreht die SPD. den Spieß um und fordert. Fordert den Lohn für die Zuführung der 8 Millionen Stimmen an Hindenburg. So ist wohl das Verbot der Sturmabteilungen und Schutzstaffeln zu erklären.

Wir halten Verbote für wenig zweckmäßig. Alles Verbotene erhält einen doppelten, gesteigerten Reiz. Der Widerstand wird stärker geweckt und der Erfolg endet in einem verstärkten Mißerfolg. Hierfür haben wir genügende Beispiele noch aus der Vorkriegszeit. Die Sozialdemokratie weiß ja selbst ein Lied davon zu singen. Damals war es das „verruhte System“ der Vorkriegszeit, das System der „herrschenden Klasse“, „Der Junker“ und wie es sonst noch hieß. Heute haben wir die Demokratie wenigstens verfassungsmäßig festgelegt. Diese sollte sich doch vor derartigen Entgleisungen in Acht nehmen, zumindestens nicht das eine verbieten, und das andere dulden. Es ist gewiß für einen Staat und seine Macht unerträglich, in eigenem Staate noch eine andere Macht zu dulden. Aber dann verlangen wir Gerechtigkeit. Auch unsere und die verwandten Bewegungen der nationalen Arbeitnehmerschaft sind entrechtet und ihre Mitglieder zu Staatsbürgern zweiter Ordnung gemacht. Bilden nicht die Gewerkschaften einen Staat im Staate? Und tragen nicht gerade sie ein gerüttelt und geschüttelt Maß Schuld an den furchtbaren Verhältnissen? Sie sollen es übrigens gewesen sein, die bei dem Verbot einen entscheidenden Druck ausgeübt haben.

Ob das Verbot ein Ausfluß staatsmännischer Klugheit war, bezweifeln wir mit Recht. Die Empörung über das Verbot geht weit über die Kreise der NSDAP. hinaus. Es wird vielen die bisher noch schwankend waren, die Augen öffnen und ihnen zeigen, daß mit diesem Ver-

bot die gesamte nationale Rechte getroffen werden soll. Und hier ist eine wohl kaum mehr wiederkehrende Gelegenheit, die nationale Rechte, die durch manche unliebsame Ereignisse geschwächt war, von neuem und stärker als je zusammenzuschweißen in dem gemeinsamen Abwehrwillen gegen das System vom November 1918. Wird das der Fall sein, so bedeutet das Verbot einen Gewinn. Daß es ein Gewinn wird, dafür haben die Wähler am 24. April in Preußen und den anderen Ländern zu sorgen. Die Entscheidung für den einzelnen Wähler dürfte in diesem Falle nicht schwer sein.

Was hat man aus Preußen gemacht? Die Parteiherrschaft hat hier eine Domäne gefunden, die ohne Beispiel ist. Preußens Finanzen sind zerrüttet. Ausgaben über Ausgaben, die immer neue Steuern erforderlich machen. Gerade für Preußen gilt das Wort von Kulturbolschewismus. Sieben Jahre lang herrscht in Preußen ohne Unterbrechung die Weimarer Koalition. Sozialdemokraten und Zentrum haben ein Parteiregiment errichtet, das an Rücksichtslosigkeit kaum zu übertreffen ist. Am 24. April gilt es mit diesem System abzurechnen. einem System, das am besten gekennzeichnet wird, durch den Mann Brolat, diesem „Proletariatsführer“ mit über 80 000 (Achtzigtausend) Mark Jahres Einkommen. Solche Proletariatsführer gibt es in Neupreußen, in Berlin, überall wo Sozialdemokraten herrschen, in Hülle und Fülle. Schüning, der noch ein wesentliches mehr verdiente, Hafenarbeiter von Profession, dann durch die Revolution hinausgeschwemmt auf den Posten eines Generaldirektors mit weit über 100 000 (Hunderttausend) Mark Einkommen, der außerdem noch Bestechungs- und Schmiergelder von 10 000 nimmt von dem feinen Herrn Sklarek, deswegen im Sklarekprozeß befragt, ein wenig die Unwahrheit sagt (man sagt Meineid) und sich dann das Leben nimmt, nehmen muß Herr Brolat hat sich auch einstweilen von seinem Direktorsposten entfernt. Er hat einen Brief an den Berliner Aufsichtsratsvorsitzenden der Berliner Verkehrs-AG. geschrieben. Das in diesem Brief ausgesprochene Urlaubsgesuch wurde genehmigt. Direktor Brolat ist daraufhin unter angemessener Kürzung seiner Bezüge bis zur gerichtlichen Klärung beurlaubt worden.

Vielleicht läßt sich daß noch einmal feststellen, um wieviel Millionen die Brüder Sklarek im Verein mit ihren Freunden von der SPD. die Finanzen Berlins geschädigt haben. Sogar eine sozialdemokratische Zeitung schrieb, die Zeit dieser Brolats muß vorüber sein, die Partei kann auf solche Parvenus keine Rücksicht nehmen. Keine Herrschaften das, essen den sündhaft teuren Kaviar mit den Eßlöffel, tragen Seidenhemden von 80, 100 und mehr Mark, teuerste Pelze, Schlemmermahlzeiten, Sektgelage, Weiber. Was ein Arbeiter in zwei Jahren kaum verdient, verprassen diese Herrschaften an einem Abend. Es gab schon einmal vor 7 bis 8 Jahren, man vergißt so was sehr schnell (Leider oder Gottlob!) eine ähnliche Affäre, Barmat, Kutischer, Sklarz usw. Auch da bekam man einmal die Gelegenheit hinter die Kulissen des Spiels zu schauen. Auch da eine große Anzahl von Genossen bloßgestellt, die ein doppeltes Leben führten; einmal als Proletariatsführer und das andere als Proletariatsführer. Auch damals gemachte Entrüstung in der SPD., gemacht für das Volk; hat sich was geändert? Von Barmat bis Sklarek? Nichts hat sich geändert. Den Herrschaften gehts immer besser, Schlemmen und prassen immer weiter; wohl die Lage der anderen hat sich geändert, des arbeitenden Volkes, des Mittelstandes, der Bauern. Hunger, Not und Glend ist eingezogen überall. 6 Millionen ohne Arbeit. Das sind die Folgen jenes Systems.

Soll es denn in alle Ewigkeit so weiter gehen? Nein und nochmals nein. Das kann und darf nicht unser Wille sein. Wir wollen heraus aus dem Sumpf, heraus aus der Not, heraus aus der Unfreiheit. Und wir kommen nur heraus, wenn endlich ein anderes System an die Stelle des jetzigen tritt, ein System der Verantwortlichkeit, der Pflichterfüllung, der Ehrlichkeit, ein System der Vernunft. Wir haben vieles, haben alles über uns ergehen lassen. Jetzt muß Schluß gemacht werden. Es kann nicht mehr so weitergehen. So spricht jeder. Am 24. April hat es jeder in der

Hand, daß es anders wird. Auf zur Wahl, Mann für Mann, Frau für Frau. Rechnet ab mit dem Sphit m. Keine Stimme dem Sphitemparteien. Jede Stimme für die Aufbauparteien der Rechten. Das Wahlergebnis muß am 24. April ein gewaltiger Protest sein gegen das Sphitem der Unfähigkeit, ein gewaltiges Bekenntnis des nationalen Befreiungswillens, ein gewaltiger Sieg der Rechten.

Kameraden, tut Eure Pflicht. Klärt Säumige und Schwankende auf. Bringt jeden an die Wahlurne. Der Sieg muß unser sein.

Nach der Reichspräsidentenwahl.

Wie nicht anders zu erwarten war, ist Hindenburg im zweiten Wahlgang zum Reichspräsidenten gewählt worden. Er hat diesmal die absolute Mehrheit erhalten. Die Wahlbeteiligung war weniger groß als beim ersten Wahlgang. Bemerkenswert ist die starke Zunahme der Hitlerstimmen, auffallend die Abnahme der kommunistischen Stimmen. Das Stimmenverhältnis der Präsidentenwahl läßt aber keine Schlüsse zu auf den Ausfall der bevorstehenden Wahlen in den einzelnen Ländern. Diejenigen die die am 10. April für Hindenburg abgegebenen bzw. die davon auf Preußen entfallenen Stimmen als Vertrauensvotum für die Regierung Braun-Severing, für die Weimarer Koalitionsparteien ansehen möchten, werden sich eben so sehr täuschen, wie diejenigen, die die 86 Millionen Stimmen, die von den 13,4 Millionen Hitlers auf Preußen entfallen, der NSDAP. zuschreiben möchten. Landtagswahlen — das haben wir während des Wahlkampfes um den Reichspräsidenten zur Genüge gehört — sind etwas anderes als Präsidentenwahlen. Und erst recht im vorliegenden Falle.

Die Fronten — Kampf um die Reichspräsidentenschaft waren verschoben, zumindest die Sozialdemokratie stand in falscher Front, in die sie Brünnig, der die SPD. seit langem an der Kandare hat, hineingezwungen hat. Die Angst der SPD vor den kommenden Dingen ist so groß, daß sie alles, aber auch alles, zu schlucken bereit ist, wenn dadurch nur der Sieg der Opposition hinausgezögert wird. Vom Panzerkreuzer angefangen über die verschiedensten Notverordnungen, die sie, ständen sie in Opposition und hätten damit volle Entschluß und Handlungsfreiheit, als unsozial und reaktionär, als Verrat an der Arbeiterklasse hingestellt und bekämpft hätten bis zum karerlichen Generalfeldmarschall. Wir erinnern uns der Schmähworte und Beschimpfungen, die sie vor 7 Jahren gegen den Kandidaten der vereinten Rechten richteten, gegen denselben Feldmarschall, den sie heute als den Ihren erkoren haben.

Er ist nicht der Ihre. Hindenburg ist — er hat nie ein Hehl daraus gemacht — der Vertreter des konservativen und monarchistischen Gedankens. Hindenburg, der wie kaum einer vor ihm, Volk und Vaterland in beispielloser Selbstaufopferung die Treue hält, konnte und kann sich selbst nicht untreu werden. Wie jedes Volk und besonders das deutsche, und dieses in besonders schmerzlichem Maße seine Tragik hat, so erfüllt sich das Tragische bei jedem Menschen und ganz besonders bei Hindenburg. Er, der als junger Offizier als Zeuge an der Wiege des Deutschen Reiches in Versailles stand, mußte, selbst im Mittelpunkt der Ereignisse stehend, den November 1918 erleben und alles Schreckliche, was ihm folgte. Er, der vor 7 Jahren von dem hoffnungsfrohen nationalen Deutschland auf den Schild erhoben wurde, mußte es sich gefallen lassen, von Sozialdemokraten gewählt zu werden, die im Grunde genommen seine Gegner sind, die aus einer ganz anderen Welt kommen, einer

der seinen diametral entgegengesetzte Weltanschauung besitzen, während viele seiner einstigen Wähler, wiederum eine tragische Verkettung der Umstände, ihm den Rücken wandten. Die große Not, die vielleicht ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat, hat vielen den Kopf verwirrt und läßt sie nicht mehr zu einem klaren Urteile mehr vordringen. Der heiße Wunsch und das leidenschaftliche Verlangen, endlich Herr zu werden über die unfählichen Schwierigkeiten, endlich einen Ausweg zu finden aus der materiellen, geistigen und seelischen Not, endlich frei zu werden von den drückenden Fesseln, die ein übermühtiger Feind uns auferlegt hat, verleitet viele und nicht die schlechtesten deutschen Menschen, Irrlichtern nachzujagen, nach dem rettenden Strohalm zu greifen, der doch keine Rettung zu bringen vermag. Und über all dem leidenschaftlichen Tun, daß oft genug in einem unnützen und vergeblichen Vertun der besten Kräfte besteht, werden die echten Notwendigkeiten übersehen. Man redet sich mehr und mehr auseinander, es sind nicht bloß mehr Gegensätze, es entwickeln sich, haben sich entwickelt Feindschaften, die alle Bande, auch die der Familie, zu zerreißen drohen. Alle sind erfüllt vom guten Willen, Volk und Vaterland zu nützen, aber der gute Wille allein genügt nicht, weder beim verantwortlichen Staatsmann, noch beim unverantwortlichen einzelnen Menschen oder einzelnen Menschengruppen. Dazwischen diejenigen, die den guten Willen, der auf die Allgemeinheit, auf die Nation gerichtet ist, nicht besitzen, die nur ihr nacktes Eigeninteresse kennen und verfolgen, die aus der Zweitracht des Volkes einen Nutzen ziehen und sie mit Eifer und Willen noch schüren, vielfach nicht selbst, sondern, was noch viel schlimmer, weil weniger leicht erkennbar und greifbar, durch Agenten, durch Subjekte. Jede Not aus Drangzeit kennt solche zur Genüge. Angeber, Spitzel, Treiber, Prediger neuer Ideen, in vielerlei Gewand tauchen diese Menschen auf und bieten ihre Tränklein an nach dem Goetherezept: In vielen Worten wenig Klarheit, viel Irrtum und ein wenig Wahrheit, so wird der beste Trank gebraut. Der ruhige und besonnene, der bodenständige Mensch nimmt den Trank nicht, wohl aber der jugendliche, der noch keine Erfahrung besitzt, und der Entwurzelte, aus seiner Bahn geworfene, der den Boden unter den Füßen verloren hat und wieder Halt sucht. Und der Leidenschaftersfüllte, der heiß begehrende, dem alles zu langsam geht, der Stürmer und Dränger. Jede Zeit drückt den Menschen ihren besonderen Stempel auf. Die Unsere ist erfüllt vom Suchen nach Wahrheit, ringt um Neugestaltung und Formung. Ein gewaltiger Gärungsprozeß fällt in eine Zeit größter Weltspannung. Jede Zeit aber findet ihre Erfüllung. Auch die unsere. Falsch aber wäre es, zu warten, bis sich die Dinge von selbst klären. Wir müssen mitwirken. Um aber das zu können muß das Ziel klar vor unseren Augen stehen. Und das Ziel heißt: Außere und innere Befreiung. Frei von Versailles und seinen Folgen, frei von innerer Bevor-

mundung und Zwang, Freiheit der Nation, Freiheit der Arbeit und der Wirtschaft. Auf dieses Ziel kann sich die Mehrheit des Volkes einigen. Der Kampf um die Reichspräsidentenschaft ist zu Ende. Jetzt gilt es, neue Fronten zu bilden. Vor allem die gemeinsame Front

aller derer, die sich dies gemeinsame Ziel gesetzt haben. Jetzt ist keine Zeit mehr zum Reden und sich gegenseitige Vorhaltungen zu machen. Handelt endlich und bildet die geschlossene Abwehrfront des nationalen Willens.

Sozialpolitik und Sozialversicherung.

Ueber dieses Thema wird heute viel geschrieben und noch viel mehr geredet. Insbesondere ist es die Sozialversicherung, die im Brennpunkt der wirtschaftspolitischen Erörterung steht. Schon allein daraus könnte mancher schließen, daß auf dem Gebiet der Sozialversicherung irgendetwas nicht in Ordnung ist. Gewöhnlich ist es doch so. Um so begrüßenswerter wäre dann eine leidenschaftslose, sachliche Aussprache. Solange aber jeder, der in bester Absicht Reformvorschlüsse macht, von vornherein als „Sozialreaktionär“ abgetan wird, solange wird eine etwa notwendige Reform nicht durchgeführt werden können.

Es scheint sehr notwendig, zunächst eine kurze Begriffserklärung zu geben, umso mehr, als selbst Kreise, von denen man das nicht erwarten sollte, die Begriffe „Sozialpolitik“ und „Sozialversicherung“ absichtlich oder unabsichtlich verwechseln. Sozialpolitik ist aber nicht gleich Sozialversicherung und Sozialversicherung ist noch lange nicht Sozialpolitik.

Der tiefere Sinn, Zweck und Zielrichtung jeder Sozialpolitik muß sein, Mißstände und Krankheitsercheinungen am Volkskörper wennmöglichst zu verhüten und die sozialen Spannungen auszugleichen. Die Sozialversicherung ist aber nur ein System, mit dem das Ziel der Sozialpolitik erreicht werden soll. Daraus ergibt sich einseitig, daß derjenige, der das System für falsch hält und kritisiert, noch lange nicht Gegner der Sozialpolitik ist. Ja, wenn das System seinen Zweck wirklich nicht erfüllt, sogar ein weitsichtigerer Sozialpolitiker ist, als derjenige, der trotz aller Mängel am alten System festhält.

Will man also heute in dem Streit über die Sozialversicherung ein klares Bild erhalten, dann braucht man nur die Frage zu beantworten: Hat unser bestehendes System der Sozialversicherung das Ziel, das ihm der Sozialpolitiker gesetzt hat und immer stecken muß, erreicht, oder ist es ihm wenigstens etwas näher gekommen? Wenn nicht, weshalb nicht?

Es unterliegt doch wohl keinem Zweifel, daß die Mißstände und Krankheitsercheinungen am Volkskörper nicht zurückgegangen sind, sondern größer geworden sind. Eine „verheißungsvolle“ Erscheinung, wenn man daran denkt, daß die Lage der einzelnen Versicherungsträger immer verhängnisvoller wird, weil die nötigen Mittel nicht aufgebracht und bereitgestellt werden können. Die einzige Ausnahme war bisher die Angestelltenversicherung, aber auch bei diesem Versicherungszweig macht sich nunmehr der Einnahmerückgang und die Ausgabensteigerung bedenklich bemerkbar.

An diesem Zustand in der Sozialversicherung ist aber nicht etwa der aufgeblähte Verwaltungsapparat und die rühmlichst bekannte sozialistische Mißwirtschaft in der Verwaltung der Versicherungsträger allein schuld. Mit der Beseitigung dieser augenscheinlichen Mängel und Mißstände wäre wohl manches zu erreichen, aber noch keine Gesundung unserer Sozialversicherung, weil die Wurzel des Übels tiefer liegt.

Die deutsche Sozialpolitik und mit ihr die Sozialversicherung wurden zielbewußt in den Dienst einer

politischen Idee gestellt. Es ist nur bedauerlich, daß es heute noch so viele gibt, ganz besonders in nationalen Arbeiter- und Angestelltenkreisen, die das nicht merken oder nicht merken wollen. Unsere heutige Sozialpolitik ist planmäßige Enteignung von unten nach oben, durch Verhinderung jeder Sparmöglichkeit. Kein Geringerer unter den Sozialisten als Eduard Heimann hat das in seinem Buch „Soziale Theorie des Kapitalismus“ sehr deutlich und verständlich genug zum Ausdruck gebracht, als er sagt: „Endlich bricht die Einsicht durch, daß Sozialpolitik Sozialisierung ist, und zwar **Sozialisierung von unten her**, aus der Sphäre des einzelnen Arbeiters aufsteigend und allmählich bis in das Herz der Eigentumsfrage vorstoßend, während die alte zentralistische Sozialisierungstheorie vom Eigentum her, also von oben nach unten, die kapitalistische Ordnung aufrollen wollte.“

Leider hat er nur darin nicht recht, daß sich die Einsicht in diese Dinge durchbricht. Muß es denn erst zur völligen Proletarisierung des ganzen deutschen Volkes kommen? Dann ist allerdings nur noch ein Schritt zum Sozialismus, was aber dahinter steht, kann sich jeder selbst ausdenken.

Hieraus erklärt sich die völlige Verkennung der Aufgaben der Sozialpolitik, die zum anderen Teil für das Veragen unserer Sozialversicherung verantwortlich gemacht werden muß. Anstatt Mißstände zu verhüten greift die Sozialversicherung erst ein, wenn die Mißstände und Schäden bereits vorhanden sind. Sie greift erst ein, wenn der Arbeiter oder Angestellte arbeitslos geworden ist. Aufgabe der Sozialpolitik muß aber sein, Krankheitsercheinungen am Volkskörper zu verhüten, die Arbeitslosigkeit also zu verhindern.

Damit wären wir bei dem Grundirrtum angelangt, der begangen wurde und den man nur begreifen kann, wenn man an die politische Zielsetzung der führenden Kreise in der Sozialversicherung, an das Bestreben dieser Kreise, den Sozialismus herbeizuführen, denkt. Wenn man die Arbeitslosigkeit verhindern wollte, aber auch, wenn man die katastrophale finanzielle Lage der Sozialversicherungsträger vermeiden wollte, dann mußte man in erster Linie eine Wirtschaftspolitik, insbesondere Finanzpolitik, treiben, die unsere Wirtschaft gesund erhielten. Man kann doch nicht einerseits die Zuflüsse zu einer Quelle immer mehr verstopfen, andererseits aber erwarten, daß die Quelle immer mehr Wasser spendet.

Mag es auch immer wieder heißen, das Reich, die Länder oder die Gemeinden stellen die fehlenden Mittel zur Verfügung, die öffentliche Hand kann nun mal erst dann über Mittel verfügen, wenn sie von der Wirtschaft aufgebracht werden können und aufgebracht worden sind. Je gesünder aber die Wirtschaft, desto leichter wird sie Mittel für die soziale Fürsorge bereitstellen können, desto kleiner wird aber auch der Kreis der Unterstützungsbedürftigen, und damit die Unterstützungssumme selbst sein. Und je schlechter es der Wirtschaft geht, desto geringer ist die Möglichkeit, Mittel für soziale Zwecke aufzubringen, desto größer ist aber der Kreis der

Unterstützungsbedürftigen und damit die Unterstützungssumme, die aufgebracht werden sollte.

Die unblödsichtige Verbundenheit der sozialen Fürsorge mit der Wirtschaft, der Sozialpolitik mit der Wirtschaftspolitik wurde aber mißachtet. Man trieb Sozialpolitik um ihrer selbst willen. Die Loslösung der Sozialpolitik von der Wirtschaftspolitik muß der sozialen Fürsorge zum Verhängnis werden. Wenn hier nicht bald Abhilfe geschaffen wird, dann ist der Zeitpunkt nicht mehr allzu fern, wo unser Sozialversicherungssystem völlig versagen

muß, weil die Wirtschaft die Mittel nicht mehr aufbringen kann.

Das ist und bleibt die große Gefahr über die die schönsten Reden über das bestehende System nicht hinwegtäuschen können. Es muß Hand angelegt werden, um gerade den tieferen Sinn und den Zweck der Sozialpolitik erfüllen zu können. Aber rasch, ehe dem deutschen Volke, insbesondere der Arbeitnehmerschaft eine Katastrophe den lebendigen Beweis dafür liefert, wo die weit-sichtigeren Sozialpolitiker stehen.

Arbeitsbeschaffung.

Die Gewerkschaften haben erkannt, daß sie mal wieder etwas unternehmen müssen. Die Reihen der Anhänger klären sich mehr und mehr. SDS-Rufe erschallen. Es muß etwas geschehen. Also Krisenkongreß in großer Aufmachung im Reichstag. Eine kleine Enttäuschung: Brünning fehlt. Ist er zu klug, sich persönlich die Rechnung für geleistete Wahlhilfe überreichen zu lassen? Man hört manches auf dem Kongreß, was vor 5, 10 Jahren beachtet und befolgt, sicherlich die ungeheure Steigerung der Krise vermieden hätte: „Die sozialistischen Parteien aller Länder haben seit zehn Jahren den wirtschaftlichen Anflug der Reparationen bekämpft; aber dieser Anflug wurde von den kapitalistischen Regierungen der Siegerländer solange betrieben, bis das Vertrauen zwischen den Völkern und das Finanzsystem der Welt vollständig zusammenbrachen. Auf den Anflug der Reparationspolitik ließ man, als der weltwirtschaftliche Zusammenbruch kam, den Wahnsinn der handelspolitischen Abiperrung folgen, mit dem die Völker sich gegenseitig ruinieren

(Vorwärts Nr. 172 v. 13. 4. 32.) „Hier wird eine historisch feststehende Tatsache in das genaue Gegenteil zu verwandeln versucht. Oder ist es wiederum erforderlich, die Herren von der SPD. und die Sozialistenkongresse von Hamburg, 1923, von Marseille 1925 zu erinnern und an einen Antrag eines Herrn Victor Berger aus Wisconsin in U. S. A., der die Streichung der Reparationen verlangte und damit gegen die deutschen Genossen nicht durchdrang?

Aber das ist ein bekannter und beliebter Trick dieser Herrschaften sich um die Verantwortung zu drücken und zu schreien, haltet den Dieb. Nur ist die Methode zu sehr abgenutzt und man glaubt ihnen nicht mehr, am wenigsten die Arbeiterschaft. Natürlich ist das System des Kapitalismus schuld. Das ist der schwarze Mann, mit dem man Kinder graulen macht. Und nun soll das Reich helfen, d. h. man lehnt jede Verantwortung für sich ab und schiebt sie dem Reich zu. So einfach liegen die Dinge aber nicht und es ist an der Zeit wieder einmal auf die Zusammenhänge hinzuweisen um den Finger an die Wunde zu legen.

Solange dem Margismus, wie bisher in den letzten 13 Jahren das Hauptbestimmungsrecht in der deutschen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik eingeräumt bleibt, solange dessen verherende Einflüsse auf die Selbstkosten-Gestaltung und die Substanz der Wirtschaft wirksam bleiben können, solange wird es keine Krisenüberwindung und keine erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geben.

Eine wahre Inflation von Arbeitsbeschaffungsprogrammen, teilweise ein wirres Sammelsurium von utopischen Thesen und hohlen Phrasen, ist über den deutschen

Wähler in den letzten Wochen hereingebrochen. Die freien Gewerkschaften, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Afa-Bund, die Sozialdemokratische Partei, die Kommunistische Partei, die Christlichen Gewerkschaften und noch manche andere politische Gruppe glaubten, ein vielversprechendes Betätigungsfeld gefunden zu haben, dessen Beackerung mit den zum Ueberdruß bekannten Methoden reiche Ernte bringen soll. Daß solche und ähnliche Methoden, seit 13 Jahren auf die deutsche Wirtschaft angewandt, mit zu den Hauptursachen für die „Bereifung“ und die Erstarrung der Wirtschaft, für das Ansteigen der Arbeitslosigkeit bis auf mehr als 6 Millionen, für das ganze wirtschaftliche und kulturelle Unglück der deutschen Nation gehören, ist nachgerade Erkenntnis immer breiterer Kreise geworden.

Aber auch der Bericht des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates über die „Hebung der Produktion, insbesondere durch Arbeitsbeschaffung“ und das dem Reichsabinett durch das Reichsarbeitsministerium zugegangene Arbeitsbeschaffungsprogramm erscheinen bei ihrer Ueberrtragung in die Praxis weitgehend zum Scheitern verurteilt, weil es auf Grund der bekannten finanzwirtschaftlichen Konstellation nicht möglich ist, das Finanzierungsproblem einer befriedigenden Lösung zuzuführen. Im übrigen hat es sich ja schon in den letzten Jahren mehrfach als unmöglich gezeigt, das Ziel der Krisenüberwindung, der Wirtschaftsankurbelung und der Arbeitsbeschaffung mit unorganischen Mitteln und künstlichen Eingriffen, mit Arbeitszeitverkürzung, mit dem Hineinpumpen von einigen Hundert Millionen in verschiedene Wirtschaftszweige usw., zu erreichen. Alle bisher zur Anwendung gebrachten Verfahren haben nur vorübergehend Erleichterungen bringen können und sich schließlich doch als Palliativ-mitteln und Versuche am untauglichen Objekt erwiesen.

Es ist klar, daß für Staat und Wirtschaft ein Umfang der Arbeitslosigkeit, wie ihn Deutschland in den letzten zwölf Monaten verzeichnete, mit seinen finanziellen, sittlichen und psychologischen Belastungen nicht mehr lange durchgehalten werden kann. Die Entlastung ist, wie ja bekannterweise auch der Reichskanzler und der Reichsarbeitsminister mehrfach zugegeben haben, unlösbar verbunden mit der Ueberwindung der deutschen Selbstkostenkrise. Margistische Wirtschaftsthesen, Tribute, Kapitalmangel, die Unmöglichkeit der Kapitalneubildung, uferlose Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Hand und damit Fehlleitung von Kapital dorthin, wo es unfruchtbar blieb, also Arbeitskräfte freisetzte und zur Produktionsversteuerung führte, sowie Ueberpannung der Steuern und Abgaben, haben, verstärkt durch den Einfluß der Weltwirtschaftskrise, eine Absatz- und Selbstkostenkrise herbeigeführt, die sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft

nur durch die Senkung der Produktionskosten mit nachfolgender Preisverteilung überwunden werden kann.

Zur Sicherung der Produktionskraft eines Volkes ist es erforderlich, daß der gesamte Produktionsapparat ständig in seiner vollen Leistungsfähigkeit erhalten wird. Es ist daher unerlässlich, von dem Ertrag der Volkswirtschaft einen ausreichenden Teil hierzu zu verwenden. Wird das gesamte Volkseinkommen dem Verbrauch zugeführt, so bedeutet das schon bei stationierter Bevölkerung zunehmenden Verfall des Produktionsapparates und entsprechenden Rückgang, erst recht, wenn es gilt, für Arbeitslose oder neue Erwerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Kein anderer als Karl Marx hat 1847 auf dem Brüsseler Freihandelskongreß erklärt: „Wenn das Kapital stationär bleibt, wird die Industrie nicht stationär bleiben, sondern zurückgehen. Und in diesem Fall wird der Arbeiter das erste Opfer sein. Die günstigste Bedingung für den Arbeiter ist das Anwachsen des Kapitals“. Kapital kann aber nur gebildet werden, wenn der Wirtschaft eine Rente bleibt, die über den Konsum hinaus Rücklagen ermöglicht. Von einer Rente oder Rentabilität der Wirtschaft ist heute aber nicht mehr die Rede. Nach dem letzten Vierteljahresheft (Nr. 4) des Instituts für Konjunkturforschung droht die bereits auf den Nullpunkt gesunkene Investitionstätigkeit sich noch weiter zu vermindern. Die Verlustabschnitte von Krupp, Vereinigten Stahlwerken, der AEG, und vielen anderen großen Unternehmen sprechen in dieser Hinsicht Bände.

Das Unternehmereinkommen hat bis 1929 um 11,7 Milliarden Mark abgenommen, das Arbeitseinkommen dagegen um genau 11 Milliarden zugenommen. Parallel damit ist aber die Kapitalbildung, die nach Selzerich 1913 (in Kaufkraft 1928) rund 13 Milliarden ausmachte, auf den Nullpunkt herabgesunken. Eine Entwicklung, die bestätigt, daß ein Wachsen des Arbeitseinkommens keineswegs mit entsprechender Zunahme, ein Fallen des Unternehmereinkommens dagegen mit entsprechender Abnahme der Kapitalbildung Schritt hält.

Recht lehrreich sind auch die Ziffern für die Lasten. Sie betragen im heutigen Gebiet abgerundet in Kaufkraft 1928 im Jahre 1913: Öffentliche Verwaltung 9,8 Milliarden Mark, Soziallasten 1,65 Milliarden Mark, im Jahre 1927: 17,2 und 3,7 Milliarden Mark, 1929: 21,6 und 5,74 Milliarden Mark. Sie sind somit bis 1929 um insgesamt fast 16 Milliarden Mark beinahe auf das Dreifache gestiegen, prozentual von 14,5 auf 36,4% des Gesamtertrages, wobei sich allein die persönlichen Ausgaben und die Ausgaben für Neubauten usw. gegenüber 1913 auf fast das Doppelte erhöht haben. Unwidersprochen sind noch in den letzten Jahren 58.000 Beamte allein mit der Bearbeitung von Wohnungsangelegenheiten beschäftigt gewesen. Der Wirtschaftsprüfer Dr. Eicke machte sich erst kürzlich anheißig, allein in Gelsenkirchen-Buer 380 städtische Beamte einzulösen. Berücksichtigt man darüber hinaus die ungeheueren Fehlleitungen der Nachkriegszeit allein im Bauwesen der öffentlichen Hand, so ist zweierlei ohne weiteres abzulesen: Einerseits die Tatsache, daß sich die Ausgaben der öffentlichen Verwaltung sehr wohl noch beträchtlich verringern lassen, andererseits, daß die hierdurch erzielbare Ersparnisse ohne Rest dem Arbeitseinkommen zugute kommt.

Nach der Lage der Dinge kann füglich nicht bezweifelt werden, daß die deutsche Wirtschaft nur noch dann zu retten ist, wenn wieder eine ausreichende Kapitalbildung ermöglicht wird. Die Wirtschaft muß wieder rentabel werden und neues Betriebskapital

zur Wiederingangsetzung der stillliegenden Teile bilden können.

Fast völliger Misachtung begegnet in den Arbeitsbeschaffungsprogrammen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates und des Reichsarbeitsministeriums die Tatsache, daß die Strukturwandlungen der deutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft es als fast aussichtslos erscheinen lassen, die vorhandenen Arbeitslosen in wünschenswertem Umfange jemals wieder in den Produktionsprozeß und das Getriebe der Industriewirtschaft einschalten zu können. Während in den Industriegebieten und Großstädten die Zahl der freigesetzten Arbeitskräfte unverhältnismäßig stark angewachsen ist, sind große Gebiete des flachen Landes, insbesondere Ostelbiens, als Folgeerscheinung des früheren industriellen Aufschwungs und der wirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung weitgehend verödet. Die Problemstellung der inneren Kolonisation, welche schon die brandenburgischen Kurfürsten und die ersten preussischen Könige zu erfolgreichen Siedlern werden ließ, die Veränderungen im wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands in der Gegenwart sowie die staatspolitische Pflicht zur Behebung der materiellen und seelischen Not des Millionenheeres der Arbeitslosen, um deren Leben wieder Inhalt zu geben und ihre einfachsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen, es erhärtet aufs neue die

Notwendigkeit der Rückfiedelung aufs Land; eine Forderung, die von namhaften Wissenschaftlern schon seit langem immer wieder vertreten wird.

Neben der großen unmittelbaren Bedeutung der ländlichen Siedlung für die Arbeitslosenfrage liegt die elementare Notwendigkeit einer solchen Bewegung in der national- und bevölkerungspolitischen Bedeutung für die östlichen Gebiete eines „Volkes ohne Raum“, dessen Volkstum im Osten neue Kraft, dessen Wirtschaft im Osten neues Leben und dessen abbröckelnden Grenzen im Osten neuer Halt gegeben würde.

Eine gewisse Erleichterung kann auch der landwirtschaftliche Nebenerwerb für den Industriearbeiter bringen, der dadurch „krisenfest“ würde. Das ist in manchen Industriegebieten besonders auch in der Braunkohlenindustrie schon der Fall. Und gar mancher hat sich damit recht gut über Wasser gehalten. Aber man sollte nicht allzuviel davon erhoffen. Ebenso wie von der vielgepriesenen Stadtrandfiedelung. Wenn auch zugegeben werden soll, daß darin durchaus ein gesunder Gedanke liegt, der gerade unsere Bestrebungen „Heraus aus dem Proletariat, hin zu Eigentum und Besitz“ durchaus entgegenkommt. Aber etwas Großzügiges gegen die Erwerbslosigkeit stellt dieses Experiment wohl nicht dar, und die Gefahr der Kapitalfehlleitung der öffentlichen Hand ist wieder zu befürchten. Aber wir sind durchaus der Meinung, daß auch die geringste Entlastung des Arbeitsmarktes eine Hilfe bedeutet.

Schließlich die Arbeitsdienstplicht. Viel Für und Wider. Der Raum reicht leider nicht aus, dieses Problem umfassend zu behandeln, so daß wir uns vorbehalten, in der nächsten Nummer darauf zurückzukommen.

Eines steht fest. Wenn alle Vorkläge der politischen Hinter- und Nebengedanken entkleidet werden, wenn alle Berufenen nur von dem Willen befeelt sind, wirkliche Hilfe zu leisten, um des Volkes, um der Gemeinschaft willen, und alle persönlichen selbstsüchtigen und partei- oder gruppensüchtigen Interessen zurückstellen, dann dürfte es nicht unmöglich sein, in gemeinsamer Arbeit die Not zu lindern und schließlich über sie Herr zu werden.

Aus der Bewegung.

Bezirk Feig-Weitzenfels. Die Bezirksitzung fand am 13. April in Lützenau statt. Als Gäste waren der Bunde vorstehende Kam. Taubert und Herr Barts Halle erschienen. Nach Verlesen der Niederschrift und Vereinnahmung der Beiträge, wurde in die große Aussprache über die Jahreshauptversammlung eingetreten, an der sich fast alle Vorstände rege beteiligten. Besonders eindrucksvoll waren die grundsätzlichen Ausführungen des Bundesvorstehenden zu unserer Bewegung, zur Erwerbslosenfrage und zur Angestelltenfrage. Der Schulungsplan wurde neu geregelt. Die Ankosten für die Teilnehmer werden in Zukunft vom Bezirk übernommen. Der nächste Betriebsratabend findet am 27. 4. 17⁰⁰ Uhr in Streckau statt. Der Rednerabend am 4. 5. 17⁰⁰ Uhr in Lützenau. Nachdem noch verschiedene Angelegenheiten über Beitragswesen, Monatsversammlungen und Rednervertreter besprochen war, wurde die Versammlung um 20 Uhr vom Vorsitzenden Kam. Klingner geschlossen.

Werksgruppe Hohenzollernhall. Am 3. April fand die Gründung der neuen Werksgruppe der AMB. auf Hohenzollernhall statt. Die Kameraden von Mählich mit ihrem rührigen Vorsitzenden Kam. Neubert hatten sich um das Zustandekommen der Gruppe bemüht. Kam. Neubert eröffnete die gutbesuchte Versammlung und hieß alle herzlich willkommen. Er wies einleitend auf die große Bedeutung des Zusammenschlusses hin und erteilte dann das Wort Herrn Barts. Dieser nahm in grundsätzlichen Ausführungen Stellung zu den Gewerkschaften und wies nach, das nicht Gewerkschaft sondern Werksgemeinschaft das Ziel sein müsse, das zu verwirklichen sich die AMB. gesetzt habe. Er zeigte an den Grundgedanken der AMB., wie sie in jedem Mitgliedsbuche zu lesen sind, daß die AMB. sich in sozialer, beruflicher und wirtschaftlicher Förderung von keinem Kerbände übertreffen lasse und forderte schließlich auf, sich auch hier zusammenzuschließen und der AMB. beizutreten. Nach einigen erläuternden Auskünften wurde die Gründung vollzogen und ein vorläufiger Vorstand gewählt mit Kam. Schmidt als Vorsitzenden. Die nächste Versammlung findet am 17. April statt.

Werksgruppe Köpfen. Die Monatsversammlung fand am 12. März 1932 mit folgender Tagesordnung statt: 1. Verlesen der Mitglieder. 2. Verlesen der letzten Niederschrift. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben. 3. Einnahme der Beiträge. 4. Gruppenangelegenheiten und Verschiedenes. Sämtliche Punkte wurden zur Zufriedenheit der Mitglieder erledigt. Einmütig wurde noch beschlossen, daß 2 Delegierte an der Jahreshauptversammlung der AMB. in Leipzig teilnehmen.

Bezirk Meuselwitz. Am 3. 4. fand in Meuselwitz die erste jahresplanmäßige Bezirksitzung statt. Sämtliche Gruppen waren vertreten. Der vorliegende Jahresarbeitsplan wurde in allen seinen Punkten nochmals durchgesprochen. In 3stündiger sachlicher Arbeit wurde manches erprießliche für den Bezirk und die AMB. geleistet. Der Vors. Kam. Paul Freyer forderte die Kameraden auf durch pünktliche und richtige Erledigung der erforderlichen Schriftstücke ihm die Führung des Bezirkes im des Jahresplanes zu erleichtern. Nächste Bezirksversammlung: Sonntag, den 3. Juli 1932 vorm. 1/2 9 Uhr Neue Welt, Meuselwitz.

Der Bezirk Meuselwitz-Rositz veranstaltet am 31. 7. 1932 eine Bezirkskundgebung und zwar ist der Veranstalter die Gruppe Rositzer Braunkohlenwerke. Diese Gruppe mit den Kam. Taubert im Meuselwitz-Rositzer Revier den ersten Angriff auf Gegner wagte. AMB.-Kameraden! Es ist unsere Pflicht an diesem Tage durch unser Erscheinen erneut an der ersten Einbruchsstelle ein starkes Bekenntnis für unsere Idee abzulegen. Wir sind es Kam. Taubert schuldig. Darum auf am 31. 7. 1932 nach Rositz zur Bezirkskundgebung des Bez. Meuselwitz-Rositz.

Rednerabende des Bezirkes Meuselwitz-Rositz.

Am 25. April in Meuselwitz.

Am 29. April in Rositz.

Der Bezirkschulungswart wird gebeten die Folge der Rednerabende an den Bezirkspressewart mitzuteilen.

Pressewart des Bez. Meuselwitz-Rositz. Am Sonnabend, den 23. 4. 32. findet in Meuselwitz Neue Welt abend 7 Uhr

Pressewartsetzung des Bezirkes statt. Pressmaterial des letzten Vierteljahres ist mitzubringen. Das Erscheinen aller betreffenden Kameraden ist dringend notwendig.

Mit Glückauf
Bez. Pressewart.

Bezirk Borna. Werksgruppe Throna Kraft 1. Die Gruppe Throna hielt am 3. 4. 1932 nachm. 4 Uhr im Gasthof Serbiz ihre Monatsversammlung ab. Als Gäste waren Herren der Grube, Herr Studienrat Barts, Halle, sowie Herr Schöne, Borna erschienen. Nach Erledigung verschiedener Punkte, erhielt Herr Barts das Wort zu näheren Ausführungen über die Mißstände innerhalb der Reichsnappschafft. Reicher Beifall lohnte den Vortrag. Sodann referierte Herr Schöne über die „Lichterfelder“ Krankenkasse, die weit bessere Leistungen bietet als die Knappschafft. Der Vors. Kam. Zahn dankt beiden Rednern für die Ausführungen und schließt 6⁰⁰ Uhr die Versammlung.

Werksgruppe Regis-Breitingen. Im „Ratsstetter“ Regis fand am 3. April die Mitgliederversammlung statt. Besuch der Versammlung sehr gut, als Gast war Herr Barts, Halle erschienen. Nach einem eingehenden Bericht über die Jahreshauptversammlung der AMB. in Leipzig, hielt Herr Barts einen Vortrag über „Allgemeine Notlage und Arbeitslosenfrage“. Starke Beifall erntete der Redner über die interessantesten Aufklärungen. Die übrige Tagesordnung fand im Verlauf der Versammlung ihre glatte Erledigung.

Werksgruppe Böhlen. Am 18. März fand in „Gasthof Friedel“ die gutbesuchte Monatsversammlung statt. Nach der üblichen Begrüßung durch den Vors. Kam. Obst, gibt derselbe Bericht über die letzte Bezirksitzung in Borna. Anschließend hält der Bez. Pressewart Schubert einen Vortrag über die „Deutsche Not“, der sehr beifällig aufgenommen wurde. Nach lebhafter Diskussion konnte Kam. Schubert dann das Schlusswort sprechen. Die weitere Tagesordnung brachte lebhaftes Ausprache über die Konsumfrage, Krankenunterstützung innerhalb der Gruppe, Beitragszahlung säumiger Mitglieder, Siedlungsfrage, zu denen die Kameraden Finger, Masche Fiebich, Linser Dehler sprachen. Mit dem Antrag, das nächste Mal im Bahnhofshof die Versammlung abzuhalten, fand die Versammlung ihr Ende.

Werksgruppe Viktoria. Die Märzversammlung fand am 23. März im Gasthof „Stadt Altenben“, Lobkühdt statt. Vors. Kam. Haase eröffnete gegen 20 Uhr die von 130 Kameraden besuchte Versammlung und begrüßte die erschienenen Kameraden mit einem herzlichen Glückauf.

Nachdem Kam. Haase einen Überblick über die zur Zeit bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse gegeben hatte, wies er darauf hin, daß es immer notwendiger wird, daß sich alle Kameraden fest zusammenschließen, da die kommende Zeit große Anforderungen an unsere Bewegung stellt. Die von der AMB. gesteckten Ziele sind nicht nur zu erreichen, wenn jedes Mitglied als Kämpfer der Bewegung sich einsetzt und wies auf rege Versammlungsbeteiligung hin, damit jedes Mitglied an gemeinsamer Arbeit mit hilft, den Gemeinschaftsgedanken durchzuführen.

Hierauf gab er ausführlichen Bericht von der Jahreshauptversammlung in Leipzig, welche wiederum gezeigt hat, daß es trotz schwerer Kämpfes vorwärts geht.

Die Gruppenangelegenheiten konnten restlos erledigt werden, und schloß sich unter Punkt Verschiedenes eine Diskussion an, betreffs Siedlungsmiete u. v. m. Schluß der Versammlung gegen 21³⁰ Uhr.

Buchdruckerei Walter Würzberger

Fernruf: Borna 179 Borna Bez. Leipzig Reichsstraße 16

empfehlte sämtliche vorkommenden

Drucksachen

für Vereine, Private und Behörden

zu kulantem Preisen.

Kolonialwaren, Landesprodukte, Mehl, Futtermittel, Düngemittel, Sämereien
Tabak - Zigarren - Zigaretten

empfiehlt

Bernhard Möschke, Lobstädt
 Am Bahnhof

Gasthaus Neue Welt, Lobstädt Bez. Leipzig
 Besitzer **R. Krötel**
 Versammlungslokal d. Werksgruppe Dora-Helene, Großzössen
 Sitz zahlreicher nationaler Verbände

Preiswert und auf tätigen Sie Ihre Einkäufe bei den Mitgliedern des Gemeinnützigen Rabattparvereins Lobstädt, Kieritzsch und Umgegend e. V.

Unsere Mitglieder:

Dort erhalten Sie die allgemein beliebte „Grüne Rabatmarkte“.

Lobstädt: Bäckereien: Hiller, Hermann Kern, Erich Schmidt, Otto Thieme, Rudolf Fahrradhandlungen: Leiwelt, Robert Fleischereien: Herbert, Erich Regel, Hugo	Haus- u. Küchengeräte: Boerner, Rudolf Rösch & Hindorf Kolonialwaren: Buchmann, Otto Dauß, Max, Eisfeld, Rosa Möschke, Ernst Schmidt, Alfred Stein, Martha Wäzig, Kurt	Textil u. Manufakturwaren: Börner, Rudolf Großzössen: Bäckereien: Ritter, Ewald Schirmer, Albin Fleischereien: Lichtenstein, Rudolf Meyer, Franz	Bahnhof - Kieritzsch: Bäckereien: Blüthner, Helmuth Strigte, Alfred Teichert, Max Fleischereien: Nitsche, Hans Kolonialwaren: Kreiß, Otto Ritterbach, Ernst Sälze, Arno	Textil u. Manufakturwaren: Krohe, Alara Römer, Elsa Breunsdorf: Kolonialwaren: Läuter, Walter Droßdorf: Bäckereien: Kochtroh, verw. A.
--	--	--	---	---

Verlangen Sie die „Grüne Rabatmarkte“. Sie hilft Ihnen „sparen“.

Werkskantine u. Kasino Eugenschacht
 Verw. Scholz

Gutgepflegte Biere der fürstlichen Brauerei Köstritz.
 Gute bürgerliche Küche - Versammlungslokal des B. Vereines
 Tagebau Petsa, Turn- und Sportverein A. K. W. Petsa, DT.
 Großer staubfreier Garten, herrliche Veranda.
 Jeden Sonntag ab 4 Uhr Musikalische Unterhaltung
 Eintritt frei. - Köstritzer Sonnenquell Glas 0,25 RM

„Hotel Börsenhalle“
 am Reichstor. Bes.: H. Feyerabend.

Gutgepflegte Biere. Bürgerliche Küche.
 Schulungs- und Versammlungslokal
 der werksgruppe Witznitz der A.M.B.

Verkehrslokal aller vaterländischen Vereine.

Gasthof zur Post - Bahnhof Kieritzsch
 Besitzer A. Förster.

Schulungs- und Versammlungslokal der
 A. M. B. Ortsgruppe Bahnhof Kieritzsch
 Großer staubfreier Garten - Herrlicher großer Ballsaal
 Eisenbahnverbindung nach allen Richtungen - Große Tiergehege, Löwe, Dachs usw.
 Achtungsvoll D. O.

Gasthof und Tanz-Palast
Stadt Altenburg

Lobstädt (Bezirk Leipzig).
 Inh.: Elisabeth v. Brühlheim Fernruf: Amt Borna 519
 Verkehrslokal d. A.M.B.-Werksgruppe Viktoria, Lobstädt.

Hotel „Wettiner Hof“
 Tel. 104 Borna Bez. Leipzig Tel. 104

Haus der Bergleute
 Verkehrs- u. Schulungslokal d. Bez. Borna d. A.M.B.
 Versammlungslokal der Werksgruppe Braunkohlenwerke Borna und
 aller vaterländischen Verbände.
 Erstklassige Küche - Täglich preiswerteste Hausgerichte - Eigene Kühlanlage
 Bestgepf. Biere - Neueingerichtete Fremdenzimmer, Saal, Konferenzzimmer in
 verschiedenen Größen - Kegelbahn - Autogaragen
Inhaber: Erich Bohring

Verantwortlich für den Inhalt: I.B.: Rich. Wallg, Witzg b. Zeitz

Kolonialwaren, Delikatessen, Spirituosen,
Tabak, Zigarren- u. Zigarettenhandlung

Für das Osterfest empfehle:
 ff. Sultaninen, Korinthen, Mandeln, Citronat, ger. Kokos-
 nuß, Schmelzmargarine, Haselnüsse, Walnüsse, Lebkuchen,
 Schokoladen, Pralinen.

Zigarren in Geschenkpackungen. Weine, Liköre, Konserven.
 Ger. Spickhaake usw. zu den billigsten Preisen.

M. Sollers, Zechau i. Th.
 5 Prozent in Rabatmarken Hauptstraße 40

Restaurant Sängersheim
BORNA, Grimmaschestr. 11

empfiehlt sich als Verkehrslokal der
 Gruppen der A.M.B. von Borna u. Umgegend

Hochachtungsvoll
ALBIN SCHRAMM.

Kurt Wätzig, Lobstädt

Hauptstraße 85 Fernsprecher 303

empfiehlt

Kolonialwaren, Drogen und Farben :: :: :: Sämereien
 Tabak :: Zigarren :: Zigaretten :: Weine und Liköre

Beste u. billige Bezugsquelle
für
Sammelbestellungen

für

Kaffee, Tee, Kakao, Schokoladen,
 Kakes, Minorka-Zwiebel

Vereinszimmer!



Druck und Verlag: Ewald Schellenbeck, Halle, Ränigstr. 71

Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Bereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Druckerei Ewald Schellenbeck, Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

5. Jahrgang

Halle (Saale), den 22. Mai 1932

Nr. 5

Voranzeige.

Bezirkstreffen in Borna

Sonntag, den 10. Juli 1932

Alle Gruppen der AMB. sind hiermit eingeladen. — Nähere Mitteilungen erfolgen an die Bezirke.

Der Bezirksvorstand.
J. A.: Haase.

Rundschau.

Am 24. April fanden die Wahlen in Preußen statt; Gerichtstag über Braun, der mit einer Verurteilung endete. Sozialdemokraten, Zentrum und „Staatspartei“ verfügten insgesamt nur über ebensoviel Mandate, nämlich 162, wie die stärkste Partei des Landtags, die Nationalsozialisten. Während die Deutschnationalen sich verhältnismäßig gut gehalten haben, sind die Mittelparteien fast ganz von der Bildfläche verschwunden. Durch Zersplitterung gerade dieser Mittelgruppen sind der nationalen Bewegung mindestens 11 Mandate verloren gegangen. Wohlgemeinte Vorschläge, diese Gruppen zu einer gemeinsamen Liste zusammenzufassen, fanden kalte Ablehnung, sodaß weit über 1/2 Million nationale Stimmen verloren gingen. Mit ihnen hätte die nationale Rechte die absolute Mehrheit erzielen können. Gewaltig sind die Verluste der Sozialdemokratie, die um 44 Mandate vermindert nur mit 93 Abgeordneten in den neuen Landtag einzieht. Der Kagenjammer, der bei ihnen herrscht, ist also durchaus zu verstehen. Vorher das Siegesgeschrei: „Kämpft und schlagt! Schlagt einmal!

Schlagt zweimal!“ Noch am Vorabend vor der Wahl schrieb ein Vorwärtsprophet: „In diesem stolzen Bewußtsein unserer Aufgabe und unserer Macht werden wir am Sonntag den Faschismus zum 3. Male schlagen!“ Das falsche Prophetentum bewährte sich auch hier: Es gab am anderen Tage furchtbare Schläge, wie sie selbst die größten Pessimisten sich nicht haben träumen lassen.

Das Volk hat entschieden gegen Sozialismus und Marxismus, hat entschieden gegen Braun und Severing, gegen das herrschende System. Hinter der Preußenregierung stehen nur noch 35 % der Wählerschaft. Da gemäß der Reichsverfassung alle Macht vom Volke ausgeht, ist es ein unmöglicher Zustand, daß diese Regierung im Amte bleibt. Dieser Meinung ist auch der „Vorwärts“, allerdings nicht für Preußen und Deutschland, sondern für Frankreich, wo die Sozialisten 17 Mandate gewonnen haben und Lardieu 29 verlor, was als großer Linkssieg in stolzer Siegesfreude verkündet wird. An dies Wahlergebnis knüpft der „Vorwärts“

in Nr. 215 vom 9. Mai 1932 Betrachtungen an, die in ihrer Anwendung auf preußisch-deutsche Verhältnisse von großem Reiz sind: „Es gibt Erfolge, die verpflichten. Ebenso wie nach dem Aufstieg der deutschen Sozialdemokratie im Mai 1926 eine Regierungsbildung ohne uns undenkbar war, wird der klare Machtzuwachs der französischen Sozialisten für sie vielleicht den Zwang zur Koalition bedeuten. Unsere französischen Freunde werden das Für und Wider dieses Problems nüchtern und ohne Illusion erwägen. Denn in diesen Zeiten der Wirtschaftskrise ist die Übernahme eines Teils der Macht und der Verantwortung gewiß alles eher denn ein lockendes Ziel. Das gestrige Wahlergebnis dürfte auch nicht ohne Einfluß auf die morgige Neuwahl des Präsidenten der Republik bleiben. Es ist an sich schon ein unglaubliches Paradox, daß noch die alte Deputiertenkammer dazu berufen wird, an dieser Wahl mitzuwirken. Etwa 75 ehemalige Abgeordnete der Tardieu-Mehrheit, die seit gestern in Wirklichkeit gar keine Abgeordneten mehr sind, sollen das Recht haben, eine der wichtigsten und verantwortungsvollsten Obliegenheiten des Parlamentarismus zu erfüllen!“

Genau so paradox ist es, daß der neue Landtag gebunden sein soll an die Geschäftsordnung, die der alte Landtag sich in seiner Angst vor den Neuwahlen gegeben hat. Dem Willen des Volkes muß Rechnung getragen werden. Und der Volkswille verlangt Abtreten der bisherigen Regierung in Preußen und Umgestaltung der Reichsregierung. Der preußische Landtag tritt am 24. Mai zusammen. Dann wird das Kabinett Braun zurücktreten und der Landtag hat einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Inzwischen bemüht sich die SPD krampfhaft, um gut Wetter bei den Kommunisten zu bitten, auf deren Haltung es wesentlich ankommt, bemüht sich ferner dem Zentrum klar zu machen, daß diese Partei unter keinen Umständen mit der nationalen Rechte zusammengehen kann. Das Zentrum hüllt sich in Schweigen und verkündet lediglich, daß es bereit ist, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die auf dem Boden der Verfassung dem Wohle des gesamten Volkes zu dienen entschlossen seien. Zwischendurch finden unter der Hand Verhandlungen statt, deren Ergebnis in den nächsten Wochen offensichtlich werden wird.

In der Reichsregierung wackelt und wankt es seit Wochen. Wirtschaftsminister Warmbold ist zurückgetreten, offensichtlich deshalb, weil er mit seinen eigenen wirtschaftspolitischen Ansichten im Gesamtkabinett Brüning nicht durchdringen konnte. Bekannt ist der Gegensatz zwischen Warmbold und Stegerwald, dessen neueste Projekte über Arbeitsbeschaffung und Arbeitszeitverkürzung im Reichswirtschaftsministerium auf schärfsten Widerstand gestoßen sind. Dieser Rücktritt beleuchtet blitzartig die ganze nur gewerkschaftlich bestimmte Einstellung des Kabinetts Brüning, das wir gerade in unserer Bewegung als das System bezeichnen, das nur einseitig sich von gewerkschaftlichen Doktrinen und Forderungen leiten läßt und die Interessen der Gesamtwirtschaft, folgedessen auch der Arbeitnehmererschaft, die ein Teil der Wirtschaft ist, außer acht läßt. Diese Art Politik ist ganz danach angetan, die deutsche Wirtschaft immer mehr in den Abgrund zu treiben.

Reichswehrminister Groener ist gleichfalls zurückgetreten, während er das Innenministerium weiter inne hat. Über die Nachfolge schweben Verhandlungen. Vielleicht und hoffentlich recht bald erleben wir den Rücktritt der

gesamten Reichsregierung und ein neues Kabinett, das dem Willen des Volkes Rechnung trägt.

Ein gewaltiges Bekenntnis zum Deutschtum erbrachten die Wahlen im Memelland. Die deutschen Parteien erzielten rund 50 000 Stimmen, während der litauische Block nur 12 000 erhielt. Not führt zur Besinnung. Die unerhörten Vorgänge in Litauen selbst und die wachsende Bedrohung durch Polen, die Danziger Vorgänge, schweißen die deutsche Bevölkerung zusammen zur Abwehr fremden Übermuts und fremder Anmaßung. Auch hier Abkehr vom Sozialismus, der mehr und mehr als das Grundübel erkannt wird.

Frankreichs Präsident ist einem Anschlag erlegen, dessen Urheber wohl in bolschewistischen Kreisen zu suchen ist. Der Wechsel in der Präsidentschaft, der inzwischen erfolgt ist, ist für uns ohne Bedeutung. Frankreichs Politik, ob mehr oder weniger links beeinflusst, wird immer diktiert sein von den Machtgelüsten des Siegers. Darüber können wir auch noch so schöne Worte nicht hinwegtäuschen. Auch nicht die deutsch-französische Verständigungsumgebung, die in diesen Tagen von der deutschen Liga für Menschenrechte in Berlin veranstaltet wurde. Es sprach der Gewerkschaftsjührer Jouhaux und feierte den verstorbenen Genossen A. Thomas, den Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, der während des Krieges französischer Munitionsminister war. Er wandte sich gegen den Nationalismus natürlich nur in anderen Ländern (Deutschland und Italien), während er für Frankreich wegen des Linkesieges Silberstreifen am politischen Horizont sah. Wir werden erst dann an diese Silberstreifen glauben, wenn die Haltung der französischen Regierung, von den Sozialisten beeinflusst, uns gegenüber eine andere sein wird. Und das wird nie der Fall sein. Für den französischen Sozialisten existiert die Internationale nur insoweit, als mit ihrer Hilfe seinem Lande Vorteile entstehen und andere Länder, speziell Deutschland, geschädigt werden. Paul Boncour hat ja das brutal ehrlich offen ausgesprochen, fast mit den gleichen Worten. Worte und Redensarten wie das ganze internationale Gefasel und Getue, um das sich der Franzose, der Engländer, jedes Volk den Teufel scheert. Nur das deutsche Volk ließ sich von den Flötentönen und Sirenenklängen einlullen, bis man ihm die Flötentöne beibrachte. Aber die Not hat auch uns die Augen geöffnet und der Wille und das Bekenntnis zum Deutschtum wächst von Wahl zu Wahl, und die Internationale verliert mehr und mehr an Boden.

Die Abrüstungskonferenz in Genf verfiert allmählich im Sande der dortigen schönen Seen. Eine Fülle von Kommissionen und Unterkommissionen, die Denkschriften über Denkschriften ausarbeiten, Material zusammenstellen, aber ihren eigentlichen Zweck verfehlen. Nur schade um das viele Geld, das dort nutzlos verthan wird. Nicht ganz nutzlos; das dortige Hotel-pp Gewerbe wird schon seine Interessen wahrnehmen.

Alarmierende Nachrichten kommen aus Japan. Der Ministerpräsident ermordet von fanatischen Nationalisten, die mit der Regelung der Verhältnisse in Schanghai unzufrieden waren. Rußland ist stark beunruhigt und befürchtet japanische Angriffe, zumindest Uebergriffe. Und eine kriegerische Verwicklung käme den Sowjets sehr ungeliegt. Denn es geht um ihre Existenz. Die Not im Lande riesengroß. Eine Niederlage in einem Kriege würde das Ende der Sowjets bestiegeln.

Nervöse Spannungen überall. In wenigen Wochen beginnt die Reparationskonferenz in Lausanne. Wollen sehen wie die sozialistisch beeinflusste französische Regierung, die dann wohl vorhanden sein wird, sich verhalten wird. Unsere Stellung steht fest: Wir können und wollen nicht mehr zahlen. Unsere Sorge ist die Erwerbslosigkeit, und die kann nur erreicht werden durch Aenderung des Systems, durch Beseitigung der gewerkschaftlichen Vorrechte und Bevormundungen. Daher gilt jetzt mehr als bisher: **Kampf**

den Gewerkschaften, Kampf dem Sozialismus. Wir müssen einen großen Propagandafeldzug eröffnen, jeden noch abseits Stehenden überzeugen und gewinnen. Die sozialistische Front ist erschüttert. Jetzt gilt es nachstossen und vorstossen. An alle Mitglieder unserer Bewegung ergeht der Ruf: Werbt und handelt. Jeder bringt ein neues Mitglied zu uns. Und in 4 Wochen haben wir uns verdoppelt. Nochmals: alle Kameraden ans Werk.

Kommunalwahlen 1932.

Von Ernst Jaculy, Gemeindevorordnetenvorsteher in Lobstädt.

Auf dem Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei am 20. September 1931 sagte der Parteiführer Hugenberg: Die Selbstverwaltung — das stolze Erbe einer früheren großen Notzeit — ist in den Tagen, als alles mit großen Worten den Freiherrn vom Stein pries, durch die Notverordnung vom 24. August 1931 abgebaut und in Preußen durch die Diktatur des Herrn Braun abgelöst worden. —

Damit hat der Führer der DNVP. nur das ausgesprochen, was alle Kommunalpolitiker täglich erleben müssen. Dem Verantwortungsbewußten steigt wohl der Gedanke auf, hat es unter diesen Umständen überhaupt noch Zweck, als Beordneter mitzuwirken, wenn er auf der anderen Seite erlebt, wie das mechanisch zentralistische System jegliche Möglichkeit zur Mitarbeit verbietet und ihn zu einer Tasagefigur herabwürdigt.

Trotz aller Schikanen und Beseitigung des organischen Wollens sollen sich alle verantwortungsbewußten Gemeindeglieder doch nicht einer weiteren, zielklaren Mitarbeit verschließen, insbesondere nicht der Aufstellung eigener Listen bei den kommenden Kommunalwahlen. Hier gilt es gerade die Vertreter des mechanisch marxistischen Systems vernichtend zu schlagen, damit über den organischen Weg von der Gemeinde über Länder zum Reich sich ein gesunder Staat entwickeln kann. Besonders sollten sich das unsere Kameraden der U. M. B. merken, da sie ja als Träger einer neuen Idee die gegebenen Propagandistiken des organischen Staates sind. Nur sie und die ihr wesensgleichen Bünde und Vereinigungen können die Träger einer richtigen Selbstverwaltung für unsere Gemeinden bilden, da alle ihre Warnungen, die sie ergehen ließen gegen das November-System, ihnen Recht gegeben haben. **Unsere klare Forderung ist, wir wollen in freien Gemeinden freie Bürger.**

Die Notverordnungen vom 26. Juli 1930, 5. Juni 1931 und 24. August 1931 markieren die Totensteine am Leidenswege vom organischen zum mechanischen Staat. — Als im September 1807 der Freiherr Karl vom Stein zur Verwaltung des preußischen Staates berufen wurde, schrieb er folgende Worte seinem König: Euer Majestät und Euer Majestät Minister können das preußische Volk nicht befreien, befreien kann sich das preußische Volk nur selbst, wenn es ein freies Volk ist. Aus dieser Erkenntnis ging Stein aus seiner Amtsstube heraus unter das Volk. Er schuf den freien Bauern auf freier Scholle und lehrte ihn, daß sein Schicksal das der Nation ist. Er machte das Handwerk frei von den polizeilichen Bevormundungen der damaligen Zeit und löste es von seinem Zwang. Und auch die Handwerker erkannten, daß die Not der Nation auch ihre Not ist. Stein gab den Gemeinden die Selbstverwaltung, er berief die Gemeindevorordneten und den mit den Gemeinden verwachsenen

Bürgermeister. Damit legte Stein das große Werk der preußisch-deutschen Befreiung auf die Schultern des lebendigen Volkes und seiner Gemeinden — und das Vaterland wurde frei und stieg empor. Bismarck setzte dieses geniale Werk fort und schuf ein Reich, einen lebendigen Organismus, in dem tausende Gemeinden und die selbständigen Länder als Organe zusammengewachsen waren. Dieser lebendige Organismus hat seine Probe glänzend bestanden. Er führte das deutsche Volk zu einer Blütezeit der Wirtschaft und Kultur. In den Kriegs- und Hungerjahren hat das Reichsgefüge gehalten und die innere Organisation lebte, als unsere Truppen die Heimat wiedersehen. —

Das große Erbe ist in den letzten Jahren langsam und unaufhaltbar — in den letzten Monaten dank der Unfähigkeit einer parteipolitischen Diktatur in schnellem Tempo — verwirtschaftet worden. Wenn dieses System nicht zu feige wäre, dann müßte es eigentlich die Gemeindevorordneten nach Hause schicken und würde dann seine Gewalt Herrschaft in der kleinsten Gemeinde erkannt werden. Wie in den Jahren vor 1809 herricht heute in der Gemeinde der Regierungskommissar als Vertreter des Systems. Die Totengräber des organischen Staates sind Erzberger, Severing, Braun und die hinter ihnen stehenden Parteien. — Als Erzberger alle großen Steuern an sich riß und die Beträge nach Berlin laute, begann das Sterben der Selbstverwaltung. Deshalb muß am Anfang des Kampfes die Beseitigung der Erzberger'schen Steuerrevolution stehen.

Der Ertrag der Schaffenskraft des Volkes, den es zum größten Teil als Steuern zum Finanzamt trägt, oder was in sonstige öffentliche Kassen wandert, fließt zunächst nach Berlin und wird dann auf Umwegen in stark vermindertem Umfange an die einzelnen Gemeinden wieder verteilt. Nicht allein der unnütze Leerlauf, der damit getrieben wird, ist als überflüssig anzusehen, sondern die Gefahr, die wir heute täglich mit erleben müssen, daß nun die Gemeinden für alle Fehler der Reichspolitik büßen müssen und umgekehrt das Reich für die Luderwirtschaft in den Gemeinden.

Als im Juli 1931 der Reichsfinanzminister Dietrich die den Gemeinden zustehenden Ueberweisungssteuern anderweitig verwendete, waren die Gemeinden in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Wie unfähig dieses mechanische System ist, zeigt sich besonders bei der Regelung der Wohlfahrtserwerbslosenfrage. Es wird hier kein Unterschied zwischen Bezirken mit großem Nothstand (Mitteldeutschland) und solchen mit geringerem (Württemberg) gemacht. Es teilte das Volk in zwei Gruppen ein; die einen wurden steuerzahlende Objekte und die anderen Rentenempfangende. Die Statistik rechnete aus, was die einen brauchten und was die anderen zu zahlen hatten. Das ganze wurde immer dadurch stimmend ge-

macht, daß man die Steuerschraube weiter andrehte. Man überlegte dabei nicht, daß einmal der Zeitpunkt kommen mußte, wo der Kreis der Zahlenden die Mittel für die Empfangenden nicht mehr aufbringen konnte. 13 Jahre lang wurde die Arbeitslosigkeit unterstützt, ohne daß man einmal daran dachte, daß die beste Arbeitslosenunterstützung die ist, indem die Arbeit unterstützt wird. Systematisch wurden die Steuerquellen zum Versiegen gebracht. Mit diesem System wurde eine Generation energieloser Massen herangezogen, der die Selbstverantwortung fremd ist. Der Mensch muß aber im Staate frei und voll Selbstverantwortung leben und handeln können, wenn er sich zum nationalen Freiheitswillen durchringen soll.

Daraus ergibt sich die klare Forderung: Weise regiert, wer wenig regiert; das heutige System hingegen steht auf dem Standpunkt, gut regiert, wer viel regiert und für alle Wechselfälle des Lebens wurde eine besondere Behörde geschaffen. An Stelle der Mitarbeit der besten und tüchtigsten Bürger — wie Stein es wollte —, traten die Parteien, die weder Selbstverantwortung noch Freiheit kannten. Das war der Tod der Selbstverwaltung. Genau wie bei der Sozialpolitik rechnete man auch hier aus, wieviel Beamte man brauchte zu diesem Verwaltungsapparat und welche Summe das schaffende Volk aufzubringen hat. Die mechanische, schematische Entlohnung dieses aufgeblähten Beamtenapparates — und das sollten besonders unsere Beamten im Interesse ihres Standes beachten — schuf eine Mißstimmung im Volk gegen die Verwaltung. Die Führer der Beamtenschaft glaubten, eine Beamten- und Gehaltspolitik in freiem Raum treiben zu können. Die Nation verlangt jedoch wenig, aber gute Beamte, die dann nach ihrer Leistung auch entsprechend besoldet werden können, denn für den Dienst am Volke ist der Beste gerade gut genug. Die schematische Entlohnung kann auch damit nicht geleugnet werden, daß man verschiedenen Parteimännern 100 000 RM.-Gehälter zahlte, oder durch Notverordnungen die Gehälter herabsetzte ohne von dem Schematismus abzugehen.

In der Steuerpolitik ging man nicht von der selbstverständlichen Voraussetzung aus, daß jeder, auch der mit kleinem Einkommen, zu den Aufgaben der Gemeinden mit beitragen muß. Da das Reich alle großen Steuern an sich gezogen hat, blieben für die Gemeinden nur die Realsteuern, Hundesteuer und einige andere kleine Steuern übrig. Das „steuerfreie Existenzminimum“, das in Bayern, Berlin, Ostpreußen oder Sachsen natürlich gleich hoch ist, zog den Kreis derer, die zu den Lasten in der Gemeinde mit beitragen mußten, immer kleiner. Die Beziehungslosigkeit der Menschen zur Gemeinschaft wurde immer größer, das System schuf in den Gemeinden zwei Grundzüge; bei den Leistungen für die Gemeinde: Drücke sich wer kann, und bei der Verteilung: Soviel wie möglich. Der schimpfliche Grundsatz von heute, daß die Mehrheit das ausgibt, was die Minderheit bezahlt, kann nur dann beseitigt werden, wenn wir eigene Steuerquellen mit eigener Verantwortung haben. Und das hätte vor allem Herr Brüning auch bei der Bürgersteuer wissen müssen.

Aus der mangelnden Verantwortung heraus wurden häufig Aufgaben in den Gemeinden mit geborgtem Gelde gelöst. Man hielt in Verkennung der Tatsachen in der Gemeinde den Bürgermeister für den Tüchtigsten, der die

meisten Kredite besorgen konnte. Ja selbst Gemeinden mit sogenannter „bürgerlicher“ Mehrheit borgten Geld zu Dingen, die man sich einfach hätte nicht leisten dürfen. Die Aufsichtsbehörden mit ihrer Genehmigungspraxis tragen auch hier ein gerütteltes Maß Schuld. Die Tragödie des Jahres 1932 ist, daß wir aus diesem Opiumrausch erwachen müssen. Wohlhabend ist nicht die Gemeinde, welche die meisten Kredite erhält oder die meisten Steuern versteht einzutreiben, sondern die, wo Handel und Wandel blüht und wo auch der kleinste Mann sein Sparkassenbuch mit einem bescheidenen Guthaben hat.

Durch die Notverordnung vom 26. Juli 1931 hat man trotz aller Warnungen den Gemeinden neue Steuerquellen gegeben, die in den gleichen, falschen Gedankengängen liegen wie bisher. Diese Notverordnungen werden die Gemeinden nicht in Ordnung bringen. Mit Notverordnungen überhaupt kommen wir nicht aus der Not heraus.

Dort, wo das System dem Volke goldene Berge versprach, auf dem Gebiete der Schule, griff auch die Notverordnung mit rauher Hand ein. Die christliche Schule, die den Wiederaufstieg durch die sittliche Erneuerung des Volkes hätte bringen können, wurde bekämpft und untergraben. Ein großer Teil der Lehreschicht schloß sich der marxistisch demokratischen Idee aus reinen Gehaltsinteressen an. Man stellte finanzielle Standesfragen in den Vordergrund und vergaß dabei häufig die hohe Aufgabe des Erziehers. Auch hier baute man in einen freien Raum hinein, ohne daß man auf die Schaffenskraft des Volkes Rücksicht nahm. Die Schulbauten haben manche Gemeinden an den Abgrund gebracht. Von dem Vorbild Pestalozzis hat man sich denkbar weit entfernt. Pestalozzi hatte der Welt gezeigt, daß man auch in großer Armut, wenn man die heilige Begeisterung zum Erzieherberuf hat, höchste geistige Leistungen vollbringen kann. Nicht die Summe des Geldes und der Bildungsmittel gewährleistet die höhere Bildung. Die Schule muß von der jetzt herrschenden, mechanisch-marxistischen Geistesauffassung befreit werden. Sie muß Vorkämpfer der idealistischen, organischen Staatsauffassung werden, ihre höchste Aufgabe darin erblickend, die Jugend in christlicher nationaler Begeisterung zu erziehen, damit das heranwachsende Geschlecht Träger der deutschen Freiheit wird.

Am Schluß dieser Betrachtung stellen wir fest: Ueberall, wo das mechanisch marxistische System sich entwickelt hat, ist das Sterben jeglicher organischer Lebensbedingungen festzustellen. Dort wo früher blühende Gemeinden waren, sind heute nur durch die Notverordnungen nicht sterbende Ruinen geblieben. In diesem System wurden die Gemeinden zum Feind der Wirtschaft. — Stein befreite zuerst die Wirtschaft und gab dann den Gemeinden die Selbstverwaltung. Er wußte genau, daß eine gesunde Wirtschaft die Grundlage für eine gesunde Gemeinde bildet. Die Befreiung des deutschen Volkes von den Sklavenketten dieses Systems ist die wichtigste Aufgabe all derer, die in freien Gemeinden freie Bürger haben wollen. Zurück zur Selbstverwaltung im Sinne des Freiherrn vom Stein! Wir wollen in freien Gemeinden als freie Bürger schaffen. Denke aber jeder daran, daß der Mensch nur soviel Freiheit hat, wie er sich selber erkämpft.

Gewerkschaften machen Belegschaft brotlos.

Eine Verhandlung vor dem Schöffengericht in Ramenz beleuchtet grell die Zustände in der Wirtschaft. Die „Sächsische Industrie“ berichtet darüber unter dem 16. 4. 32. folgendes: Im Herbst vorigen Jahres war es der Leitung der Chamottefabrik Tronberg

A.-G. gelungen, eine drohende Betriebsstilllegung durch Herinnahme von Russenaufträgen zu verhindern. Für diese Lieferungen, die einen Gewinn nicht zuließen und die der Belegschaft lediglich Beschäftigung bringen sollten, waren

außerordentlich kurze Lieferfristen festgesetzt. Trotz der Tatsache, daß viele dabei nötige Arbeiten sich nur durch angelernte Arbeitskräfte ausführen lassen, hatte die Betriebsleitung 80 Erwerbslose eingestellt und so zu ihrem Teil zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit mit beigetragen. Die Leistung von Überstunden ließ sich nicht umgehen, so daß auch der Betriebsrat seinerzeit seine Zustimmung hierzu gab.

Trotzdem setzte bald von interessierter Gewerkschaftsseite eine wüste Heze gegen die Betriebsleitung ein, die ihren besonderen Ausdruck in zwei gehässigen Artikeln in der „Volkszeitung für Oberlausitz“ fand, in denen in den schärfsten Ausdrücken gegen die Chamottefabrik Thonberg gehezt wurde. Außerdem erstattete der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Verwaltungsstelle Bauzen, am 28. September 1931 Anzeige gegen den Vorstand der Fabrik und die Staatsanwaltschaft erhob Anklage gegen den Direktor Bernhardt Otto und den Betriebsleiter Kunz wegen Vergehens gegen die Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung und der Gewerbeordnung. Den beiden wurde zur Last gelegt, die Belegschaft verbotswidrig über die gesetzliche Arbeitszeit von acht Stunden hinaus zu beschäftigen, zum Teil Sonntagsarbeit verlangt und dann an einem Sonnabend Arbeiterinnen noch nach 22 Uhr in Arbeit behalten zu haben.

Direktor Otto betonte, daß er den umfangreichen aber außerordentlich kurz befristeten Russenauftrag nach langen Verhandlungen nur angenommen habe, um der drohenden Stilllegung des Werkes aus Mangel an Aufträgen vorzubeugen. Er habe lediglich verhindern wollen, daß die Belegschaft arbeitslos werde; mit dem Auftrage sei ein Gewinn für das Unternehmen selbst nicht verbunden gewesen. Hätte er den Auftrag nicht angenommen, so wäre dieser von den Russen nach England oder der Tschechoslowakei vergeben worden. Tatsächlich sei dies dann einige Zeit später auch mit einem zweiten Russenauftrage geschehen, den er habe erhalten können, wenn er sich nicht durch die von der Gewerkschaft erstattete Anzeige und die damals noch bestehende Ungewißheit über den Ausgang des Strafverfahrens behindert gefühlt hätte, den Auftrag anzunehmen.

Direktor Otto und Betriebsleiter Kunz wiesen darauf hin, daß eine Mehrarbeit bis zu 10 Stunden täglich nach dem Manteltarifvertrage mit Genehmigung des Arbeiterrats zulässig sei und außerdem nach § 3 der Arbeitszeitverordnung an 30 Tagen eine Mehrarbeit nach Anhören des Betriebsrates von der Werksleitung ver-

langt werden könne. Die Sonntagsarbeit sei erforderlich gewesen, um das Verderben von Rohstoffen und das Mißlingen von Arbeiterzeugnissen zu verhüten und am Montag den vollen Betrieb aufnehmen zu können. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen an einem Sonnabend nach 22 Uhr habe nur eine $\frac{3}{4}$ Stunde gedauert, sei ohne Kenntnis der Betriebsleitung erfolgt und durch einen Maschinenbruch bedingt gewesen. Um die Genehmigung des Betriebsrates zur Mehrarbeit zu erhalten, war noch vor Beginn der Ausführung des Russenauftrages eine gemeinschaftliche Besprechung zwischen Werksleitung und Betriebsrat anberaumt worden. In dieser Besprechung hatte Direktor Otto dem Betriebsrat die Gründe für die Hereinnahme des Auftrages mitgeteilt und um Zustimmung zu etwa notwendig werdender Mehrarbeit ersucht.

Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die als Zeugen erschienen waren, erklärten ausnahmslos, daß sie die Ueberarbeit gern geleistet hätten, und nicht damit einverstanden gewesen wären, wenn die zehnstündige Arbeitszeit in zwei Schichten von je fünf Stunden geteilt worden wäre. Sie hätten den Mehrverdienst sehr gern mitgenommen.

Direktor Otto erklärte in diesem Zusammenhang außerdem, daß zur Erledigung des Russenauftrages bereits 80 Erwerbslose eingestellt werden konnten: eine Einstellung weiterer Arbeitskräfte sei leider technisch unmöglich gewesen.

Als Sachverständiger betonte der Direktor der Chamottewerke in Colditz, W. Hofmann, daß mit ungelerten Arbeitskräften der forcierte Betrieb, wie er in den sieben Wochen des Russenauftrages im Chamottewerk Thonberg herrschte, nicht habe aufrecht erhalten können. Die Russen seien bei der Abnahme der Ware äußerst peinlich, fast skizänös, wie er aus eigener Erfahrung wisse.

Das Urteil lautete auf Freisprechung der Angeklagten und Uebernahme der Kosten des Verfahrens aus der Staatskasse.

Hier hat ein Freispruch stattgefunden dank der über gewerkschaftliche Unvernunft erhobenen wirtschaftlichen Einsicht des Richters. Trotzdem ist ein zweiter Russenauftrag, den das Werk hat erhalten können, aber infolge der Anzeige und der daraus sich ergebenden Ungewißheit über den Ausgang des Strafverfahrens nicht annehmen konnte, nach England vergeben und somit der deutschen Wirtschaft entzogen worden. In wieviel ähnlich gelagerten Fällen mag die Wirtschaft und mit ihr die Arbeitnehmerschaft durch gewerkschaftlichen Unsinn geschädigt und brotlos gemacht worden sein.

Wie die öffentliche Hand Arbeit „beschafft“.

Aus „Deutsche Wacht“, Wochenschrift der Deutschen Vereinigung, Nr. 10 vom 16. 5. 1932.

Die Presse der roten und christlichen Gewerkschaften hat jetzt wieder einmal zum Generalangriff gegen die „bankrotte und korrupte Privatwirtschaft“ ausgeholt. Sie habe sich gänzlich unfähig erwiesen, die Wirtschaft anzukurbeln und das Volk aus der Krise herauszuführen. Dazu sei einzig und allein die öffentliche Hand imstande; sie nur könne die Arbeitsbeschaffungspläne verwirklichen, die von den Gewerkschaften verschwenderisch ausgegeben werden. Wie sich die öffentliche Hand bisher gerade auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung bewährt hat, darüber gibt die vor kurzem erschienene Denkschrift des Reichsrechnungshofes deut-

lichen Aufschluß. Aus den Feststellungen dieser Denkschrift ergibt sich, daß die Haupttätigkeit der öffentlichen Hand auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung darin bestand, neue Ämter zu gründen, die sich von den bisher zu demselben Zweck bestehenden Ämtern nur durch den höheren Personalaufwand unterschieden, im übrigen nichts taten, als den Leerlauf der öffentlichen Verwaltung um weitere Beispiele zu vermehren.

So war es mit der „Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten“, die vor drei Jahren zur Ankurbelung der Wirtschaft gegründet worden war. Sie hat bisher nichts getan, als die ihr vom Reiche überwiesenen

Gelder zu verwalten. Diese Verwaltung kostete nach den Feststellungen des Rechnungshofes nur 360 000 M. Aber es war wenigstens „eine weitere Verwaltungsstelle geschaffen“, wie es in der Denkschrift des Rechnungshofes heißt.

Dazu eine Parallele! Im Jahre 1927 bewilligte der Reichstag 10 Millionen M. für Versuche und Arbeiten zur Verbilligung des Wohnungsbaues. Zu diesem Zweck wurde die „Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungsweisen“ gegründet. Diese Gesellschaft hat in drei Jahren von den bewilligten 10 Millionen nahezu 8 Millionen M. auf eine Weise verbraucht, die nach der sehr milden Feststellung des Rechnungshofes „den vom Gesetzgeber verfolgten Zweck nicht mit besonderem Erfolge gefördert“ hat. Vor allem hat sich die Gesellschaft Personalausgaben (Gehälter, Dienstaufwand, Reisekosten usw.) in einer Höhe bewilligt, die nach den Ermittlungen des Rechnungshofes „weit über das übliche Maß hinausgingen“. Die „Forschungsstelle“ ist lang- und klanglos aufgelöst worden.

Besonders lehrreich sind die Feststellungen des Rechnungshofes über die **Ausgabenwirtschaft der Arbeitsämter**, insbesondere ihre Tätigkeit in der Arbeitsvermittlung und Berufsberatung. Beträchtliche Summen sind vom Rechnungshof beanstandet worden, die die Arbeitsämter für **Errichtung psychologischer Institute** ausgegeben haben. Wiederholt hat der Rechnungshof darauf hingewiesen, daß die Arbeitsämter, „um ihre Tätigkeit zahlenmäßig nachzuweisen, mehr tun, als nach Maßgabe der natürlichen Bedürfnisse und nach den zu erwartenden wirtschaftlichen Erfolgen notwendig ist“. Dieselbe künstliche Beschäftigung hat bekanntlich auch der Reichsparlamentarier festgestellt, der darauf hinwies, daß bei den Berliner Arbeitsämtern 27 Prozent der Angestellten zu viel seien! Aus den Ermittlungen des Rechnungshofes auf diesem Gebiet seien folgende bezeichnende Beispiele angeführt, die zeigen, daß der heutige bürokratische Arbeitsnachweis nicht nur recht teuer ist, sondern auch viel weniger leistet, als der frühere Arbeitsnachweis, der dem Staate nichts kostete.

Die **Filmvermittlungsstelle** für Filmdarsteller beim Arbeitsamt Berlin-Mitte kostet, abgesehen von den einmaligen Ausgaben für Einrichtung in Höhe von 31 675 M., jährlich rund 45 000 M., ohne daß zu einer auch nur teilweisen Deckung dieser Ausgaben die Arbeitgeber und Arbeitnehmer herangezogen worden sind; von einer Anregung des Rechnungshofes, künftig Gebühren zu erheben, ist kein Gebrauch gemacht worden. Für den „Paritätischen Engagements-Nachweis für Varieté, Zirkus und Kabarett“ (Paremma) sind in den Jahren 1929 bis 1931 aus öffentlichen Mitteln nicht weniger als 1,3 Mill. M. zur Verfügung gestellt worden. Der „**Bühnennachweis**“ (d. h. der Paritätische Stellennachweis der deutschen Bühnen) erhielt in den Jahren 1930/31 rund 367 000 M. Zu diesen beiden Einrichtungen bemerkt der Rechnungshof, daß es abzuwarten bleibe, ob sich diese paritätischen Stellennachweise vom Jahre 1933 ab aus eigenen Einnahmen erhalten könnten. Es ist ziemlich sicher, daß die zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel reiflos verloren sind; dabei lassen übereinstimmende Klagen erkennen, daß die frühere pri-

vate Vermittlung den Anforderungen viel besser Rechnung getragen hat.

Der Rechnungshof kommt in seinem Bericht zu dem Ergebnis: daß sich der „große Aufwand für die Vermittlung bisher noch nicht lohnend ausgewirkt hat“. Nach einer Berechnung von F. Christians („Soziale Zukunft“, Nr. 3, 1932) verursachte jede Vermittlung durch die Arbeitsämter einen Geschäftsaufwand von 29,35 M. Dabei hat sich, wie der Bericht feststellt, „der größte Teil der Arbeitnehmer, die wieder Arbeit bekommen haben, durch eigene Bemühung oder durch Berufsorganisationen, Fachzeitschriften, Zeitungen o. dergl. Arbeit verschafft.“

Genau wie die Ortskrankenkassenverwaltungen haben sich ferner die Arbeitsämter **Neubauten** hingestellt, die, wie der Rechnungshof betont, „zu aufwendig errichtet und ausgestattet sind“. „In der heutigen schweren Zeit“, heißt es in der genannten Denkschrift des Rechnungshofes, „müssen sich sämtliche öffentlichen Dienststellen in ihren Unterkunftsansprüchen bescheiden und sich auch mit Unterkünften zufriedengeben, die nicht alle unter anderen Verhältnissen berechtigten dienstlichen Wünsche befriedigen.“

Eine wirksame Illustration zu dieser Mahnung bildet das neueste **Verwaltungsgebäude des Arbeitsamtes Süd-Ost Berlin**. Hierüber heißt es in dem gen. Aufsatz in der „Sozialen Zukunft“: „Das Gebäude, das 6 Millionen M. gekostet haben soll, ist ein aus rotbraunen Verbblendern, Glas und Stahl errichtetes Märchenloß mit Autoauffahrt (für die Arbeitslosen?), Empfangsräumen, Lesezimmern, Bibliothek usw., zusammen 450 Räume. Peinlicherweise hat hier auch bei der Innenausstattung auf allen modernen Komfort bedachte Architekt über den Luxus den eigentlichen Zweck dieses Zweckbaues vergessen, nämlich die Warteplätze für die sich täglich hier zur Stempelkontrolle einfindenden 12 000 Arbeitslosen, so daß sich auf der Straße turbulente Szenen mit Überfallkommando, Ohnmachtsanfällen usw. ereigneten. Die Folge dieses Veräumnisses ist ein sofortiger kostspieliger Umbau und Anbau des in 140 Meter Frontbreite und fast 30 Meter Höhe ragenden Wahrzeichens deutscher Not und Arbeitslosigkeit.“

Die Rechtsparteien haben schon vor längerer Zeit im Reichstag den Antrag auf Freigabe der Arbeitsvermittlung gestellt. Tatsächlich hat sich herausgestellt, daß die Bürokratie weder Arbeit zu beschaffen noch Arbeit zu vermitteln fähig ist. Auch wenn die Beamten noch so tüchtig wären und der Apparat nach allen Seiten reformiert würde, so wäre die Reichsanstalt doch niemals imstande, den ganzen Arbeitsmarkt zu übersehen und zu erfassen. Auch diese Station auf dem Wege zum Staatssozialismus muß abgebaut und die Arbeitsvermittlung, wie das ja früher ganz gut ging, der Wirtschaft selbst, ihrer Findigkeit und Wendigkeit zurückgegeben werden.

Der **AMB-Pressewart** spricht.

Betr. die Bezirke:

Der **AMB-Pressewart** erbittet bis zum 10. Juni 1932 die Anschriften der einzelnen Bezirkspressewarts.

Adr.: **Rich. Mallg, Wuis, Zeig Land.**

Aus der Bewegung.

Bezirk Borna. Werksgruppe Braunkohlenwerk Borna. Am 24. April fand im Wettiner Hof die erste Pflichtversammlung statt. Vors. Kam. Morgenstern begrüßte die erschienenen Kameraden mit einem herzlichen „Glick-Auf“, besonders

den 1. Vors. der AMB, den Kam. Taubert und den Bezirks-schulungswart Kam. Jaculy. Ehe man in die Tagesordnung eintrat, sprach Kam. Jaculy über die politische Lage. Nach Erledigung der üblichen Punkte, erhielt Kam. Taubert das Wort zu seinem

Vortrag über „Warum Kampf dem Marxismus“. Seine Ausführungen, von Entstehung der Republik bis zum Völkerbund und Abrüstungskonferenz innen und außenpolitisch beleuchtend, ferner die finanzpolitische Lage und Sozialversicherung schildernd, schloß er mit den Worten „Und geht auch tief im Grunde, o Deutschland deine Bahn, bald schlägt auch deine Stunde, Kopf hoch, es geht voran“. Nach reger Aussprache erhielt der Redner das Schlusswort und ermahnt die Kameraden einmütig zusammen zu stehen, entweder wir werden nun jeder ein Knecht, oder alle zusammen ein freies Geschlecht. Man nimmt noch Kenntnis von der in Aussicht genommenen Bezirkskundgebung in Borna. Kam. Uhlitz berichtet kurz über die Tagung des Siedlerausschusses. Nach Erledigung einiger Werksangelegenheiten, schloß der Vors. mit einem deutschem „Glück-Auf“ die Versammlung.

Werksgruppe Dora und Helene. Die Monatsversammlung der Gruppe fand am 16. April im Gasthaus Großhöfen statt. Erschienen waren 153 Kameraden. Die Tagesordnung umfaßte nur interne Angelegenheiten der Gruppe, der sich eine reichliche Aussprache angeschlossen.

Werksgruppe Viktoria Lobstädt. Kam. Haase eröffnet gegen 8³⁰ Uhr die im „Sängerheim“ Borna am 21. April stattgefundene Monatsversammlung, begrüßt die erschienenen Kameraden sowie die Vertreter der Direktion mit einem herzlichem Glück-Auf. Kam. Haase erstattete Bericht über die letzte Bezirksvorstands-sitzung und gab bekannt, daß das diesjährige Bezirksfest in Borna in Borna stattfindet und machte es jetzt schon allen Kameraden zur Pflicht, sich restlos daran zu beteiligen um auch in Borna Zeugnis abzulegen von der Stärke unserer Bewegung.

Kam. Haase wies auf die im Herbst stattfindenden Kommunalpolitischen Wahlen hin, wo die W.B. eigene Listen aufstellen wird, um auch in den Gemeinden entscheidend mitzuarbeiten. Hierauf folgte der Vortrag vom Bezirkspressewart Kam. Schubert über „Die politische und wirtschaftliche Lage“. Mit größtem Interesse folgten alle Kameraden den trefflichen Ausführungen und dankten mit reichem Beifall. Die Gruppenangelegenheiten fanden glatte Erledigung, wovon besonders zu erwähnen sei, daß durch unsere Notstands-küche, welche von unserer Direktion und Werksgruppe gemeinschaftlich betrieben wurde, 23 000 Portionen verabreicht wurden. Nochmals richtete Kam. Haase an alle Kameraden den Appell, eingedenk der schweren Zeit in welcher wir leben, fester denn je, der Bewegung die Treue zu halten und zur gemeinsamer Mitarbeit am nationalen Gedanken.

Werksgruppe Böhlen. Am 22. März fand im Bahngasthof Böhlen unsere Mitgliederversammlung statt, die 19⁴⁵ Uhr von dem Vors. Kam. Obst eröffnet wurde, der die anwesenden Kameraden sowie den Bezirksschulungswart Jaculy begrüßt. Kam. Nitsche gibt einen kurzen Bericht über die Jahreshauptversammlung, Kam. Obst einen Bericht von der letzten Bezirks-sitzung in Borna. Als Obmann für die kommunalpolitische Vorarbeit wird Kam. Harz und zur Unterstützung desselben Kam. Denneberg bestimmt, die ihr Amt annehmen. Der anschließende Vortrag des Kam. Jaculy über „Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit“ findet sehr starken Beifall. Eine rege Diskussion setzt ein, und im Schlusswort schließt Kam. Jaculy mit den Worten „Jeder Mensch hat nur so viel Freiheit, wie er sich selber erkämpft“. In Punkte arbeitslose Kameraden gibt Kam. Obst bekannt, daß in der nächsten Zeit dieselben untergebracht werden, in Punkte Wohnungsfrage, werden voraussichtlich die 5 vorgemerkten Kameraden eine Wohnung erhalten. Nach Erledigung interner Gruppenangelegenheiten, fand die Versammlung 22⁴⁰ Uhr ihr Ende.

Werksgruppe Kraft II Deutzen. Die Monatsversammlung für Monat April fand am 17. im Gasthof Deutzen statt. Anwesend waren 41 Kameraden, sowie als Gast Kam. Körner von der Gruppe Witznig, der nach Beendigung der Tagesordnung einen interessanten Vortrag über „Die Reform der Sozialversicherung“ hielt. Vorher berichtete Kam.-Präsident (1. Vorsitzender) über die Jahreshauptversammlung in Leipzig, über die Bezirks-sitzung am 6. 4. in Borna, sowie über die neugegründete Frauengruppe, der bis jetzt 22 Kameraden-Frauen angehören (Vorsitzende Frau M. Acker-mann). Nächste Monatsversammlung 8. Mai, nächster Frauenabend (mit Vortrag) am 19. Mai.

Werksgruppe Adelheid. Die Monatsversammlung fand am 24. April statt. Als Gäste konnte der Vors. Wlach die Herren Bergasseffor Nehring, Direktor Bammel, Betriebsingenieur Schlauch und Kam. Jaculy begrüßen. Danach gab Kam. Wlach den Bericht über die Jahreshauptversammlung der W.B. in Leipzig. Der Vortrag, gehalten von Kam. Jaculy über „Die Wirtschaftskrise“, wurde beifällig aufgenommen. Die übrige Tagesordnung fand ihre glatte Erledigung.

Bezirk Meusewitz-Rositz. Der Bezirksvorstand spricht: Die Monatsmeldungen gehen rückwirkend und sind bis zum 3ten jeden Monats mit Pressebericht an Abt. R. Mally, Witz, Zeig Land, einzusenden. Die Vorsitzenden und Gruppenpressewart haben sich also in dieser Gelegenheit zu besprechen (Portoer-sparris).

Bezirkskundgebung am 31. 7. 32. in R. Rositz. Die Gruppenvorsitzenden haben in den kommenden Mitgliederversammlungen diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Massenbeteiligung ist nationale Pflicht. Der Bez.-Vors.

Werksgruppe Peitsa. Am 6. 5. 32. abends 8 Uhr hielt die Werksgruppe Tagebau-Peitsa der Arbeitnehmervereinigung im mitteldeutschen Bergbau ihre Monatsversammlung ab. Die Versammlung war gut besucht. Kam. Mally sprach in einstündiger Rede über das Thema „Der deutsche Arbeiter und seine Stellung zum Kabinett Brüning“. Der Bezirksvorsitzende Kam. Paul Freyer war ebenfalls kurze Zeit anwesend.

Werksgruppe Leonhard A.-G. Die am 17. 4. 32. stattgefundene Mitgliederversammlung war leider nicht gut besucht. Kam. Hoffmann sprach in sehr interessanten Ausführungen über seine Reise in die Kolonie Deutsch-Südwestafrika.

Nächste Mitgliederversammlung am 12. Juni abend 1/2 8 Uhr im Gasthof Witz. Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.

Werksgruppe Altenburger Kohlenwerke. Am 17. 4. vorm. fand unsere sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Der Bezirkspressewart Kam. Mally sprach in 1 1/2 Rede über die Stellung der nationalen Arbeiter zur Regierung Brüning. Reicher Beifall dankte dem Redner. Anschließend fand die auf-gesezte Tagesordnung sachliche Erledigung.

Werksgruppe Herzog-Ernst. Zur Versammlung am 9. 4. waren 43 Kameraden erschienen und der Besuch konnte als gut bezeichnet werden. Der Vors. Kam. P. Freyer eröffnet mit Worten der Begrüßung die Versammlung und hieß besonders die zahlreich erschienenen Gäste willkommen, unter ihnen unser Betriebs-leiter Herr Dipl.-Ing. Becker. Die reichhaltige Tagesordnung wurde wie folgt erledigt. Außer dem Verlesen der Niederschrift wurde vom Vors. die Berichte über den Verlauf der Bezirks-reise in Meuselwitz und den der Jahreshauptversammlung der W.B. in Leipzig. Nachdem die Eingänge verlesen waren, koanten 3 neue Kameraden aufgenommen werden und ein vierter seine Anmeldung abgeben. Dann wurde ein Vortrag des Kam. Häufurth von der Werksgruppe Peitsa über das Sanitätswesen angehört, welcher volles Versehen und Anklang bei den Versam-melten fand. Dem Redner wurde durch reichem Beifall gedankt. Unter Punkt Verschiedenes entspann sich eine ziemlich rege Aussprache, wovon das Gründen einer Frauengruppe großes Interesse erweckte. Zum Beitritt zur Gruppe hatten sich bereits über 20 Frauen eingezeichnet und da weitere Einzelzeichnungen zu erwarten sind, dürfte die Gründung in kürzester Zeit stattfinden. Gegen 1/2 11 Uhr abends mit einem Glück-Auf geschlossen.

Werksgruppe Böhrix. Unsere Monatsversammlung fand am 15. April statt und war gut besucht. Infolge reichhaltiger Tagesordnung war von einem besonderen Vortrag diesmal abgesehen worden. Dafür nahmen jedoch der Bericht und die Aussprache über die Jahreshauptversammlung der W.B. einen breiten Raum ein. Zu ebenfalls lebhaften Erörterungen gaben der Bericht über die Bezirksvertreter-Versammlung vom 3. April und die geplante Bezirkskundgebung Anlaß. Bei der Aussprache über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage gab der 1. Vors. u. a. bekannt, daß die Wiederaufnahme des Abraumbetriebes bevorstehe. Die restlichen Punkte der Tagesordnung fanden glatte Erledigung. Nächste Versammlung findet am 20. Mai statt.

Werksgruppe Rositz. Die am 17. 4. 32. stattgefundene Mitgliederversammlung war gutbesucht. Herr Barts, Halle, sprach über die Arbeitslosenfrage. Reicher Beifall dankte den gern ge-hörten Redner. In der Tagesordnung wurde unter anderen die Bezirkskundgebung von 31. 7. 32. eingehend behandelt.

Bezirk Zeitz-Weißensels.

Werksgruppe Emma-Ludena u. Am Sonntag, den 17. 4. fand die Monatsversammlung im Gasthof Glück-Auf statt. Um 3¹⁵ wurde die Versammlung vom Vors. Kam. Knoblauch unter Begrüßung der anwesenden Kameraden eröffnet. Zu Punkt 1 der Tagesordnung. Die Niederschrift der letzten Versammlung wurde verlesen und genehmigt. Zu Punkt 2. Kam. Fallenstein als Delegierter der Jahreshauptversammlung der W.B. (v. 20 3.) gibt einen ausführlichen Bericht über die Versammlung. Hierauf schließt sich eine kurze Debatte. Punkt 3. Kam. Knoblauch gibt einen Bericht von der am 13. 4. stattgefundenen Bezirks-sitzung in Ludena u. Er macht besonders wieder auf die Betriebsräte-schulung aufmerksam, und empfiehlt jeden Kameraden die Teilnahme. Weiter erwähnt er die voraussichtlich im Juli stattfindende Bezirks-kundgebung in Rositz. Punkt 4. Der Vorsitzende bemängelt den Versammlungsbesuch einzelner Kameraden, die wieder einmal an ihre Pflicht erinnert werden sollen. Ein Antrag auf Herabsetzung der Beiträge, wird nach Aussprache auf nächste Versammlung vertagt. Kam. Knoblauch mahnt die Kameraden, am 24. 4. (bei der Preußen-wahl) ihre Pflicht zu tun. Mit einem kräftigen Glück-Auf wird die gutbesuchte Versammlung um 4⁴⁵ vom Vorsitzenden geschlossen.

Werksgruppe Groitzsch. Am 22. April fand im Gasthof Freier Blick unsere Monatsversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Kam. Heinrich als 1. Vors. heißt die erschienene

Kameraden auf herzlichste willkommen und gibt dann die Tagesordnung bekannt. Im Vordergrund desselben stand der Bericht über die Jahreshauptversammlung der A.M.B. welcher von Kam. Fritsche vorgelesen wird. Auch in dieser Versammlung konnte wieder ein neuer Kam. in unseren Reihen aufgenommen werden, ein Zeichen, daß in dieser bewegten Zeit der nationale Gedanke immer mehr an Boden gewinnt. Kam. Heinrich weist in längeren Ausführungen auf die Bedeutung der Preußenwahlen hin. Als Werksgemeinschaft müssen wir dazu beitragen, daß es mit unserem Vaterlande wieder aufwärts geht. Die äußerst rege und harmonisch verlaufene Sitzung wurde mit einem fröhlichen Glück-Wuf geschlossen.

Werksgemeinschaft Köpfen. Die fällige Monatsversammlung fand am 16. 4. 1932 im Kasino statt. Punkt 8 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Versammlung und hieß alle Anwesenden herzlich willkommen. Tagesordnung: 1. Verlesen der Mitglieder. 2. Das Protokoll wird verlesen und genehmigt. 3. Der Vorsitzende erstattete einen Bericht von der Bezirksitzung am 13. 4. 1932 in Lützenau, welcher mit großem Interesse aufgenommen wurde. 4. Die Steuern werden vereinnahmt. 5. Gruppenangelegenheiten und Verschiedenes. Seitens der Mitglieder ist ein Beschluß gefaßt worden welcher lautet: Besucht ein Mitglied 10 Monate hintereinander nicht die Versammlung, so wird er aus der Gruppe ausgeschlossen. Verschiedene Mitglieder mußten gestrichen werden.

„Hotel Börsenhalle“
am Reichstor. Bes.: H. Feyerabend.



Gutgepflegte Biere. Bürgerliche Küche.
Schulungs- und Versammlungslokal
der Werksgemeinschaft Witznitz der A.M.B.

Verkehrslokal aller vaterländischen Vereine

**Kolonialwaren, Landesprodukte, Mehl, Futtermittel, Düngemittel, Sämereien
Tabak - Zigarren - Zigaretten**

empfehlen

Bernhard Möschke, Lobstädt
Am Bahnhof

Preiswert und auf tätigen Sie Ihre Einkäufe bei den Mitgliedern des Gemeinnützigen Rabattsparvereins Lobstädt, Kieritzsch und Umgegend e. V.

Unsere Mitglieder:

Dort erhalten Sie die allgemein beliebte „Grüne Rabattmarke“.

Lobstädt:	Haus- u. Küchengeräte:	Textil u. Manufakturwaren:	— Bahnhof — Kieritzsch:	Textil u. Manufakturwaren:
Bäckereien: Hiller, Hermann Kern, Erich Schmidt, Otto Thieme, Rudolf	Boerner, Rudolf Kosch & Hindorf	Börner, Rudolf	Bäckereien: Blüthner, Helmuth Stritzke, Alfred Tschert, Max	Krohe, Klara Kömer, Elsa
Fahrradhandlungen: Veitwelt, Robert	Kolonialwaren: Buchmann, Otto Dauß, Max, Eisfeld, Rosa Möschke, Ernst Schmidt, Alfred Stein, Martha Wähig, Kurt	Großzäpfen: Bäckereien: Ritter, Ewald Schirmer, Albin	Fleischereien: Nitsche, Hans	Breunsdorf: Kolonialwaren: Läuter, Walter
Fleischereien: Herbert, Erich Negel, Hugo		Fleischereien: Lichtenstein, Rudolf Meyer, Franz	Kolonialwaren: Kreiß, Otto Ritterbach, Ernst Sätze, Arno	Droßdorf: Bäckereien: Kochstroh, verw. A.

Verlangen Sie die „Grüne Rabattmarke“. Sie hilft Ihnen „sparen“.

Werkskantine u. Kasino Eugenschacht
Verw. Scholz

Gutgepflegte Biere der fürstlichen Brauerei Köstritz
Gute bürgerliche Küche - Versammlungslokal des B. Vere n
Tagebau Petsa, Turn- und Sportverein A. K. W. Petsa, DT.
Großer staubfreier Garten, herrliche Veranda.
Jeden Sonntag ab 4 Uhr Musikalische Unterhaltung
Eintritt frei. - Köstritzer Sonnenquell Glas 0,25 RM.

Restaurant Sängersheim
BORN A, Grimmaschestr asse

empfehlen sich als Verkehrslokal der
Gruppen der A.M.B. von Borna u. Umgegend

Hochachtungsvoll
ALBIN SCHRAMM.

Gasthof und Tanz-Palast
Stadt Altenburg



Lobstädt (Bezirk Leipzig).
Inh.: Elisabeth, vw. Brühlheim Fernruf: Amt Borna 519
Verkehrslok. d. A.M.B.-Werksgemeinschaft **Viktor ia**, Lobstädt.

Kurt Wätzig, Lobstädt
Hauptstraße 85 Fernsprecher 303
empfehlen

Kolonialwaren, Drogen und Farben :: :: :: Sämereien
Tabak :: Zigarren :: Zigaretten :: Weine und Liköre

Hotel „Wettiner Hof“
Tel. 104 Borna Bez. Leipzig Tel. 104

Haus der Bergleute
Verkehrs- u. Schulungslokal d. Bez. Borna d. A.M.B.
Versammlungslokal der Werksgemeinschaft Braunkohlenwerke Borna und
aller vaterländischen Verbände.
Erstklassige Küche - Täglich preiswerteste Hausgerichte - Eigene Kühlanlage
Bestgepl. Biere - Neueingerichtete Fremdenzimmer, Saal, Konferenzzimmer in
verschiedenen Größen - Kegelbahn - Autogaragen
Inhaber: Erich Bohrling.



Beste u. billige Bezugsquelle
tür Sammelbestellungen

für
Kaffee, Tee, Kakao, Schokoladen,
Kakes, Minorka-Zwiebak

Vereinszimmer!

Verantwortlich für den Inhalt: J.W.: Rich. Mally, Wütz b. Jely — Druck und Verlag: Ewald Schellenbeck, Halle, Königstr. 71



Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat, und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Buchdruckerei Robert Roske, Borna bei Leipzig, Pegauer Str. 1/3

5. Jahrgang

Halle (Saale), den 28. Juni 1932

Nr. 6

Bezirkstreffen in Borna

Sonntag, den 10. Juli 1932

Sammeln der Werksgruppen bis 10,30 Uhr auf dem Kasernenhof „Weiße Kaserne“. Die angemeldeten Werksgruppen erhalten außerdem unmittelbar nähere Anweisungen.

Wir bitten um möglichst starke Beteiligung.

Der Bezirksvorstand
J. A.: Haase.

Die Lage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Bei einem Rückblick auf die Entwicklung der Wirtschaft in Deutschland seit der Währungsstabilisierung müssen zwei Zeitabschnitte unterschieden werden: die Zeit einer Scheinkonjunkturellen Wirtschaftsbelebung in den Jahren 1924 bis 1929 und die darauffolgende, schon gegen Ende 1929 beginnende deutsche Wirtschaftskrise, die, verstärkt durch die Weltwirtschaftskrise, noch heute andauert und weiter fortzuschreiten scheint, wenn man dem Urteil des für die Feststellung berufenen Konjunktur-Forschungsinstituts nicht widersprechen will, das noch „keine Anzeichen allgemeiner Besserung“ in seinem letzten Bericht festzustellen vermag.

Mit Recht bezeichnet man die fünfjährige Periode der Wirtschaftsbelebung als eine Zeit der Scheinkonjunktur, weil der Aufschwung, an welchem natürlich auch unser Wirtschaftszweig bei einer Steigerung der Braunkohlenförderung von rund 92 Mill. t in 1924 auf rund 118 Mill. t in 1929 beteiligt war, nicht aus eigener Wirtschaftskraft, sondern fast ausschließlich mit geborgtem Geld aus dem Ausland künstlich erzeugt war. Die Jahre der Wirtschaftsbelebung sind zugleich Jahre ungeheurer Verschuldung an das Ausland. Und diese Verschuldung mußte sich einmal als ganz besondere Gefahr zeigen, weil im wesentlichen kurzfristige Kredite langfristige Verwendung gefunden hatten. Solange die ausländischen Geldgeber Vertrauen zur deutschen Wirtschaft hatten, wurde diese große Gefahr der falschen Verwendung kurzfristiger Kredite

für die Allgemeinheit nicht ersichtlich; in dem Augenblick aber, wo aus irgendwelchen Gründen die Vertrauensgrundlage gestört war, mußte ein solches Finanzgebaren verhängnisvoll für die Gesamtlage unseres Vaterlandes sich auswirken.

Wenn jetzt allgemein Klarheit darüber besteht, daß insbesondere die öffentliche Hand die ausländischen Kredite nur zu oft unzweckmäßig verwandt hat, so muß doch auf der anderen Seite festgestellt werden, daß man uns in den Jahren der Scheinkonjunktur diese Kredite geradezu aufgezwungen hat. Wenn das Ausland damals etwas mehr Zurückhaltung gewahrt hätte, so stünde es vermutlich heute trotz allem doch besser um die deutsche Wirtschaft.

Die Periode des dauernden Zuflusses von Kredit fand 1929 ihr Ende. Der ziemlich plötzlich und überraschend auftretende, durch nichts aufzuhaltende Sturz der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt, als erstes nach außen sichtbar in Erscheinung tretendes Anzeichen einer Weltwirtschaftskrise, läßt die ausländischen Kreditgeber Zurückhaltung üben, die dann noch durch politische Momente verstärkt wird. Der Zusammenbruch der Osterreichischen Credit-Anstalt am 11. Mai 1931 erschüttert vollends das Vertrauen zu Mitteleuropa und hat die ungeheuren Kreditabzüge in Deutschland zur Folge. Die Notverordnung vom 5. Juni 1931, die Bottschaft des Präsidenten Hoover vom 20. Juni 1931 mit dem Vorschlag, ein einjähriges Moratorium der Kriegs-



Schuldzahlung einzulegen, vermag Abhilfe für die immer gefährlicher werdende Lage Deutschlands nicht mehr zu bringen. Es folgen die Bankenzusammenbrüche, schließlich der Abschluß eines Stillhalteabkommens und protektionistische Maßnahmen wie Zollerhöhungen und Einfuhrverbote der Geldgeberstaaten, weil sie glauben, dem Versuch Deutschlands und der übrigen von Krediten entblößten Länder, auf dem Wege des Exports sich weiterzuhelfen, sich entgegenstemmen zu müssen.

So ist die deutsche Wirtschaft einem ungeheuren Schrumpfungszug unterlegen. „Zerrüttung aller öffentlichen Finanzen, Bankrott der Sozialversicherung, sich steigende Arbeitslosigkeit, moralische Zermürbung, Verschärfung durch den unstilligen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und den Kulturbolschewismus“, wie es in der Regierungserklärung vom 4. Juni 1932 heißt, sind das Ergebnis.

Diese Entwicklung in der allgemeinen Wirtschaft spiegelt sich deutlich in der Entwicklung des Braunkohlenbergbaues wider. Wir brauchen hierzu nur einmal die Braunkohlenförderung und die Briquetterzeugung für Deutschland und für Mitteldeutschland ins Auge zu fassen. Die Rohkohlenförderung beginnt im Jahre 1885 sehr bescheiden mit einer Jahresförderung von 15 Mill. t und steigt mit geringen Schwankungen bis zu 138 Mill. t im Jahre 1922. Dabei war der Aufstieg während der Kriegsjahre ganz besonders stark. Die Inflationszeit bringt dann den ersten bedeutenden Rückschlag auf 120 Mill. t im Jahre 1923. In der Zeit der Scheinkonjunktur, also in den Jahren 1924—1929, folgt dann wieder ein ununterbrochener Aufstieg mit einem Endwert von 173 Mill. t Braunkohlenförderung im Jahre 1929. Die Wirtschaftskrise läßt dann sowohl das Förderungsergebnis wie auch die Briquettherstellung jäh abstürzen, so daß mit Ende 1931 die Förderung in gleicher Höhe mit 1921 lag, also im Zeitraum zweier Jahre um 10 Jahre in der Entwicklung zurückgeworfen worden ist. Ebenso ungünstig liegen die Verhältnisse bei der Briquettherstellung, die im gleichen Zeitraum von fast 42 Mill. t in 1929 auf rund 32 Mill. t in 1931 zurückgegangen ist.

Zeigt schon der Vergleich der Produktionsziffern, daß die letzten drei Krisenjahre dem Braunkohlenbergbau größte Einbußen verursacht haben, so wird das tatsächliche Bild noch ungünstiger, weil die erzeugten Briquets zu einem großen Teil nicht abgesetzt werden konnten, sondern auf Stapel gingen.

Auch bei der Briquettherstellung ergibt sich das Bild des unentwegten Anwachsens bis zum Jahre 1929. Stapelbestände waren in diesem Zeitraum in nennenswertem Umfang nur im Jahre 1926 und in geringem Maße 1925 und 1927 vorhanden. Im ersten Krisenjahre 1930 wuchsen dann die Briquetstapel auf den ungeheuren Wert von 1,7 Mill. t an. Zwar gingen die Stapelbestände im Frühjahr 1931 nach einer außerordentlichen Drosselung der Briquettherstellung bis auf 0,3 Mill. t zurück, wuchsen aber rasch wieder auf 1 Mill. t im Dezember 1931 an.

Das Gegenstück zu den Produktionsrückgängen und den Stapelvorräten bilden die Feierschichten. So wurden denn in unserem Bergbaubezirk während des letzten Jahres insgesamt 1,3 Mill. Feierschichten eingelegt. Dabei hatte das Meuselwitz-Kositzer Revier am stärksten unter den Feierschichten zu leiden.

Im Zusammenhang damit seien auch die wirtschaftlichen Grundlagen des Braunkohlenbergbaues gegenüber dem Frieden einmal betrachtet. Wenn wir Löhne, Sozialversicherungsbeiträge und Steuerleistungen des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues im Jahre 1913 gleich 100 setzen, so ergibt sich für das Jahr 1931 eine Erhöhung der Gesamteueraufwendungen von 100 im Jahre 1913 auf 876 im Jahre 1931;

die Aufwendungen haben sich also mehr als verdoppelt. Die Sozialversicherungsbeiträge sind im gleichen Zeitraum von 100 auf 501,9 gestiegen; sie haben sich also verfünffacht. Die Löhne schließlich betragen 1931 im Vergleich zu 1913: 212,4; sie haben sich also mehr als verdoppelt. Bei dem Vergleich der Lohnhöhen muß freilich berücksichtigt werden, daß darin natürlich auch die gegen den Frieden vorgenommenen Arbeitszeitverfürgungen zum Ausdruck kommen. Die tatsächlichen Durchschnittslöhne je Stunde betragen 1913 40,4 Pfg., im Jahre 1931 85,8 Pfg. und im Februar 1932, also nach den Auswirkungen der Notverordnung, 72,7 Pfg. In diesen Lohnhöhen sind enthalten die Versicherungsbeiträge sowohl des Arbeitnehmers wie des Arbeitgebers und die Werte der Deputate je Stunde. Die Beiträge des Arbeitnehmers je Stunde betragen 1913 2,2 Pfg., 1931 12,5 und im Februar 1932 10,6 Pfg. Der Versicherungsbeitrag des Arbeitgebers, dazu Wert der Deputate je Stunde beliefen sich 1913 auf 3,5 Pfg., 1931 auf 16,2 Pfg. und im Februar 1932 auf 14,1 Pfg. je Stunde.

Der Vergleich dieser Entwicklung der Stundenlöhne, bezogen auf das Jahr 1913, zeigt, welchen außerordentlichen Zuwachs die Sozialversicherungsbeiträge sowohl für den Arbeitnehmer als auch für den Arbeitgeber erfahren haben, und wie sich die durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 herbeigeführte 15%ige Lohnsenkung in den Februarlöhnen auswirkte.

Wenn auch die Wirtschaftskrise den Braunkohlenbergbau scharf in Mitleidenschaft gezogen hat und auf der anderen Seite die Aufwendungen für Steuern, Sozialversicherungen und Löhne, welche für die Selbstkosten der Betriebe bestimmend sind, ganz beträchtliche Erhöhungen gegenüber dem Frieden erfahren haben, so hat doch der Braunkohlenbergbau im Vergleich zu anderen bedeutenden Zweigen der Rohstoff- und Fertigungsindustrie eine beachtenswerte Widerstandskraft in der Krisenperiode gezeigt. Die wirtschaftliche Lage des Braunkohlenbergbaues ist trotz allem nicht ganz so trostlos wie in manchen anderen Wirtschaftsgruppen. Freilich beschränkt sich die größte Widerstandskraft in der Hauptsache auf die großen Tagebauwerke mit günstigen geologischen Verhältnissen, während die kleineren Tagebaubetriebe mit ungünstigen Decken- und Flözverhältnissen und vor allem aber die Tiefbauwerke unter dem Druck der Wirtschaftsdepression ausgesprochen notleidend geworden sind.

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau hat im Gegensatz zu vielen anderen Wirtschaftszweigen keine ungeheure Expansion getrieben und sich auch von übermäßigen Rationalisierungsmaßnahmen ferngehalten. Er hat sich darauf beschränkt, seinen Produktionsapparat den Erfordernissen moderner Technik vorzichtiger Form anzupassen. Er hat sich auch nach der Stabilisierung von einer verhängnisvollen in- und ausländischen Verschuldung im allgemeinen freihalten können, hat vielmehr die an ihn herantretenden Aufgaben in weitem Maße aus eigener Kraft zu erfüllen vermocht.

Trotz alledem ist der Braunkohlenbergbau häufig böswillig von den Gewerkschaften angegriffen worden. Ernstlicher noch als diese Tatsache ist aber der Umstand zu werten, daß auch die Regierungsstellen in weitem Umfange eine geradezu befremdliche Voreingenommenheit gegen den Braunkohlenbergbau an den Tag legten und durch eine an Ausnahmezustand grenzende Gesetzgebung und Verwaltung die Wettbewerbsfähigkeit der Braunkohle zur Steinkohle in empfindlichster Weise gestört haben.

Zunächst ist der Braunkohlenbergbau schwer benachteiligt durch seine Zahlungen zur Gemeinlast der Knappschaffs-Pensionsversicherung. Die Zahlungen der ausgesprochenen Braunkohlen-Bezirksknappschaffs-Beisen-



Thüringen, Halle und Brandenburg zur Gemeinlast be-
tragen im Jahre 1930: 6,4 Millionen RM., während gleich-
zeitig die Ruhrknappschaft keinerlei Einzahlungen zur Ge-
meinlast geleistet hat. Während die genannten Braun-
kohlen-Bezirksknappschaften im Jahre 1930 aus der Gemein-
last nichts erhielten, bezog die Ruhrknappschaft 13 Mill.
RM. aus ihr.

Das Aufkommen aus der Lez Brüning be-
trag im Jahre 1930: 34,6 Millionen RM.; davon erhielten
die mitteldeutschen Knappschaften nur 1,7 Millionen RM.,
dagegen die Ruhrknappschaft 23 Millionen RM.

Durch Notverordnungsrecht sind die Untertagearbeiter
des Steinkohlenbergbaues und des bayerischen Pechkohlen-
bergbaues und auch ihre Arbeitgeber von den Beiträge
zur Arbeitslosenversicherung befreit worden,
während diese Vergünstigung dem Braunkohlenbergbau
trotz lebhaftester Vorstellungen der Arbeitgeberorganisation
bei allen in Betracht kommenden Stellen vorenthalten ist,
obwohl es den Braunkohlen-Tiefbauwerken wirtschaft-
lich mindestens ebenso schlecht geht, wie den durch die Not-
verordnung vom 5. Juni 1931 begünstigten Steinkohlen- und
Pechkohlenwerken.

Durch die Notverordnung der Regierung Papen vom
14. Juni 1932 sind in dem notverordneten Reichshaushalt
33 Millionen RM. eingesetzt worden für den Erlaß der
Arbeitslosenversicherungsbeiträge der schon bisher be-
günstigten Steinkohlenwerke. Hoffentlich werden die sofort
von Arbeitgeberseite erhobenen Forderungen, die Ver-
günstigung nun auch dem Braunkohlen-Tiefbau zugute
kommen zu lassen, von Erfolg begleitet sein.

Die empfindlichste Benachteiligung der
Braunkohle im Wettbewerb mit der Steinkohle zeigt sich
aber auf dem Gebiet des Eisenbahntarifwesens.
Mit Wirkung vom 16. Dezember 1931 sind die Kohlentarife

neu geregelt worden. In dem neuen Ausnahmetarif 6 sind
für Entfernungen bis zu 100 km Frachtsenkungen von 20 Pf.
je Tonne vorgesehen. Das ist die Entfernung, die für den
Braunkohlenbergbau im wesentlichen in Frage kommt, denn
zwei Drittel seiner Produkte werden in einer Entfernung
von 100 km vom Erzeugungsort abgesetzt. Auf Entfernungen
von 300 bis 400 km steigert sich die Frachtermäßigung aber
auf einen Betrag bis zu 3,40 RM. je Tonne. Dies aber ist
nun gerade die Entfernung, welche für den Absatz der Stein-
kohlenprodukte des Ruhrbergbaues in das ureigenste Absatz-
gebiet der Braunkohle in Frage kommt. Durch Sondertarif
für bestimmte Reviere wie Oberschlesien, Niederschlesien und
Sachsen sind aber dem Steinkohlenbergbau noch weitere
über diese Vergünstigungen hinausgehende Erleichterungen
zugebilligt worden. Nach einer Erklärung des Reichsver-
kehrsministers war es auch die ausgesprochene Absicht, durch
die neue Kohlentarifierung dem Steinkohlenbergbau auf
Kosten des Braunkohlenbergbaues eine Entlastung zuteil
werden zu lassen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß ein
ganzes System offensichtlicher und bewusster
Benachteiligung des Braunkohlenbergbaues
zugunsten der Steinkohle nicht nur die Arbeit-
geber, sondern mindestens ebenso sehr die
Arbeitnehmer benachteiligt: Die Absatzmöglich-
keiten für den Braunkohlenbergbau werden beschränkt und
für seine Arbeitnehmer sind Feierschichten die Folge;
unrentable Betriebe, die auf die Dauer nicht bestehen
können, verfallen der Stilllegung mit der Folge weiterer
Entlassungen für die Arbeitnehmer. Deshalb liegt es
auch in unserem ureigensten Interesse, von der Regierung
zu fordern, daß man unseren Wirtschaftszweig durch die
benachteiligenden Eingriffe nicht künstlich zum Erliegen
bringt.

Immer noch Nebenregierung der Gewerkschaften?

Mitte Juni hat eine Besprechung zwischen dem neuen
Reichsarbeitsminister Schäffer und den Spitzenverbänden
der Gewerkschaften aller Richtungen stattgefunden.

Wenn man dem Bericht des „Vorwärts“ (Nr. 279)
Glauben schenken darf, hat der Reichsarbeitsminister des
Kabinetts Papen bei der Eröffnung dieser Konferenz
„sein Bedürfnis zur sofortigen und dauernden
„Sühnungnahme“ mit den Monopolgewerkschaften besonders
betont. Zweifellos ist dem Reichsarbeitsminister bekannt,
daß es in Deutschland eine sehr starke Minderheit nationaler
Arbeiter und Angestellten gibt, die, selbst nach den Bestim-
mungen der Reichsverfassung in „Wirtschaftlichen Vereini-
gungen“ zusammengeschlossen, von der Bevormundung durch
die Monopolgewerkschaften nichts wissen will und seit
Jahren energisch gegen die Monopolstellung der Gewerk-
schaften im Arbeitsrecht, wie auch gegen die Bevorzugung
der Gewerkschaften durch die arbeitsrechtlichen und Sozial-
behörden, einschließlich des Reichsarbeitsministeriums, angeht.

Die nationale, wirtschaftsfriedlich eingestellte Arbeit-
nehmerschaft glaubte bei dem letzten Regierungswechsel eine
erste befreiende Tat des Kabinetts Papen darin erblicken
zu dürfen, daß man der gewerkschaftlichen Nebenregierung
in Deutschland zunächst dadurch ein Ende zu bereiten suchte,
daß der Posten des Reichsarbeitsministers zum ersten Male
nicht mit einer aus dem Gewerkschaftslager hervorgegan-
genen Persönlichkeit besetzt wurde. Daß aber schon wenige
Tage nach Amtsantritt der neue Reichsarbeitsminister
glaubte sich um ein gutes Verhältnis zu den Monopol-
gewerkschaften bemühen zu müssen und dabei die wirt-
schaftsfriedliche, wertgemeinschaftliche Arbeitnehmerbewe-
gung gleich seinen Amtsvorgängern von der Besprechung

zweifellos wichtiger sozialpolitischer Fragen ausschaltete,
mußte außerordentlich befremden. Wenn dann aber nach
programmatischen Ausführungen des Ministers über die
Frage der Lohnregelung, die mehr als bisher den beteiligten
Arbeitgebern und Arbeitnehmern überlassen werden, die
staatliche Zwangsregelung der Löhne und Gehälter nur in
Ausnahmefällen erfolgen soll, oder über die ablehnende
Saltung der jetzigen Regierung zu einer gesetzlichen Ver-
kürzung der Arbeitszeit oder über die Frage des Ausbaues
des freiwilligen Arbeitsdienstes für die Jugendlichen
— Dinge, die auch wir nur begrüßen können — zum Schluß
durch den Reichsarbeitsminister festgestellt wird, daß „sich
an dem Zusammenwirken mit den Gewerkschaften nichts
ändern sollte“ und daß „ohne die Sozialeinrichtungen
Deutschlands und ohne die Gewerkschaften auch die wirt-
schaftliche Entwicklung des Aufstieges in den zurückliegen-
den Jahren nicht denkbar gewesen wäre“, so kann man
davon nur mit größtem Erstaunen Kenntnis nehmen.

Glaubte der Reichsarbeitsminister nur mit solchen Ver-
beugungen den scharfen Angriffen der Gewerkschaftsführer
aller Richtungen begegnen zu können? Wir erinnern uns,
daß selbst der aus dem christlichen Gewerkschaftslager her-
vorgegangene frühere Reichsarbeitsminister Stegerwald
in einer lichten Stunde einmal zugegeben hat, daß „ohne
die falsche Gewerkschaftspolitik der vergan-
genen Jahre wir nicht in das heutige furcht-
bare Ausmaß sozialen Elends hineingeraten
wären“. Wir möchten annehmen, daß auch Herr Schäffer
dieser Auffassung ist.

Trotz dieses besonderen Lobes für die Gewerkschaften,
das im „Vorwärts“ natürlich in Fettdruck wiedergegeben

wird, stellt den Bericht abschließend das Organ der Sozialdemokratie dann auch höhnisch fest, daß es gar nicht darauf ankommt, ob „Herr Schäffer so gnädig sein will, die Gewerkschaften anzuerkennen“. Die entscheidende Frage sei vielmehr, „ob das deutsche Volk die sozial-reaktionäre Politik anerkennt, die Herr Schäffer zu betreiben sich entschlossen hat“. Diese Antwort der Gewerkschaften auf seine Verbeugungen vor den Gewerkschaftsführern sollte dem Herrn Reichsarbeitsminister doch zu denken geben. Die Gewerkschaften — das zeigt die gemeinsame Veröffentlichung der gewerkschaftlichen Spitzenverbänden aller Richtungen zur Finanz- und sozialpolitischen Notverordnung der Regierung Papen — wollen ihrerseits keine Zusammenarbeit. Sie kämpfen ausschließlich um die Erhaltung des bisherigen Systems, um die Vormachtstellung, die ihnen als „Nebenregierung“ in allen bisherigen Kabinetten der Nachkriegszeit eingeräumt war. Wir warnen den Minister

vor der gewerkschaftlichen Einheitsfront. Wir erinnern daran, daß schon einmal 1914 die sozialistischen Gewerkschaften befürchten mußten, kaltgestellt zu werden und dann im Reichsamt des Inneren hören durften, daß die Regierung Bethmann-Hollweg „froh sei, große Organisationen der Arbeiterklasse zu haben, auf die sich die Regierung stützen könne“. Damals hat die Regierung Bethmann-Hollweg geglaubt, die nationale, gewerkschaftsfeindliche Arbeitnehmerbewegung ausschalten zu können. Die Folgen sind dann ja auch nicht ausgeblieben. Wir warnen und fordern vom Reichsarbeitsminister, daß er endlich auch den Wünschen der nationalen wirtschaftsfriedlichen Arbeitnehmerorganisation Rechnung trägt und der kampfgewerkschaftlichen Vollmachtstellung ein Ende bereitet. **Wir wollen zusammenarbeiten!**

Der 8. Reichsbundestag des RvA.

in Essen hatte eine besondere Note entsprechend der in Deutschland herrschenden Wirtschafts- und Arbeitsnot. Am Sonnabend, dem 28. Mai, wurde in der Raupenhöhe Essen die Delegiertentagung durch den Führer der Bewegung, Wilh. Schmidt, M. d. R., eröffnet. Seinem Referat, in welchem er die Zukunftsarbeit der nationalen Arbeiterschaft, insbesondere die vom RvA. zu erstrebenden Ziele, darlegte, entnehmen wir:

Die Zukunft der deutschen Arbeiterschaft, des deutschen Volkes, unserer Kinder und Kindeskinde sei abhängig von der Arbeit. Arbeit ist Dienst am Volksganzen, niemals Selbstzweck, und darum gelte es, die Arbeit wieder lebensfähig zu gestalten. Die 40-Stunden-Woche und das Krümper-System seien abzulehnen. Gefordert wird der Werkstarif für alle Werke bis zu 300 Arbeitern auf der Grundlage des Leistungslohnes. Des weiteren wird die Einführung der Arbeitsdienstpflicht, Abbau der Sozialbeiträge und Abbau der die Produktion drosselnden Steuern gefordert. In einer besonderen Entschliesung wenden sich die antigewerkschaftlichen Arbeiter gegen die Beschäftigungssteuer als „Strafsteuer der Arbeit“ sowie gegen den Abbau der Renten der Invaliden, Witwen und Waisen, wenn sie lediglich erfolgt, um der Regierung die Fortsetzung des alten Kurses zu ermöglichen.

Den Höhepunkt der Tagung bildete die Kundgebung „Wirtschaft und Arbeit“ in der Raupenhöhe am Sonntag. Geh.-Rat Dr. Quaaß legte die Ursachen der deutschen Wirtschaftsnot treffend dar. Die Not der Wirtschaft sei nichts anderes als die Not des Vaterlandes. Arbeiter und Unternehmer gehörten im Kampf

gegen die Volksnot zusammen. Besonders wandte sich der Referent gegen den Staatssozialismus jedweder Art und sagte: die Aufgaben von Wirtschaft und Staat sind geteilt. Die Wirtschaft muß produzieren. Der Staat soll verwalten, Volk und Wirtschaft schützen.

Zu der Frage „Werksgemeinschaft, berufständische Bewegung und Wirtschaftsgemeinschaft“ führte Wilh. Schmidt aus: Der RvA. will eine Erneuerungsbewegung sein, deren Idee in Christentum und Vaterlandsiebe wurzelt. Wir sind keine „gelbe“ Bewegung. Außerdem sei es in der Praxis so, daß niemand den anderen hinter einem Busch suche, in dem er nicht selbst beheimatet ist. Der Arbeitgeber müsse Verständnis haben für die Belange der Arbeiterschaft. Nicht die Lohnfrage allein sei entscheidend für die Arbeiterschaft und für die Fortentwicklung der Wirtschaft, sondern das Verhältnis der wirtschaftenden Menschen zueinander. Notwendig sei, die Gemeinschaft der wirtschaftenden Menschen in den Zellen der Wirtschaft, d. h. in den Betrieben. Dies wird durch die Werksgemeinschaft erstrebt und erreicht. Wir wollen Arbeiter und Unternehmer an einen Tisch bringen, damit sie ihre Existenz- und Lebensgrundlagen selbst festsetzen und bestimmen sollen. Darum fordern wir den Abschluß von Werkstarifen. Eine Symbiose zwischen Werksgemeinschaft und Gewerkschaft gibt es nicht. Höher als das Kapital steht der Mensch, und vielleicht erleben wir es, daß sich alle wirkenden Kräfte von den Arbeitern bis zu den Generaldirektoren gegen Ausbeutung durch das internationale Kapital zur Wirtschaftsgemeinschaft zusammenschließen.

Deutsche Arbeitnehmer warnen vor gesetzlicher Einführung der 40-Stundenwoche.

Die „Deutsche Arbeitsgemeinschaft, Vereinigung nationaler Arbeitnehmer“ in Bochum, veröffentlicht folgende Stellungnahme zur 40-Stundenwoche:

„Seit längerer Zeit beschäftigen sich die Monopolverwerkschaften mit der Forderung der gesetzlichen Einführung der 40-Stundenwoche. Es mutet sonderbar an, mit welchen Phrasen man vom grünen Tisch aus wieder versucht, in der Arbeiterschaft neue Hoffnungen zu wecken; um so größer wird nachher die Enttäuschung sein, wenn das Experiment fehlgeschlagen ist. Die erhoffte Eingliederung neuer Kräfte in den Produktionsprozeß wird auch durch die neuen

Maßnahmen nicht eintreten, denn die geplante Arbeitszeitverkürzung wird eine Verteuerung der Produktionskosten zur Folge haben, die wiederum weitere Arbeitslosigkeit nach sich ziehen und noch größere Not in die Arbeiterschaft bringen wird.

Jeder einsichtige Arbeiter weiß aus eigener Erfahrung, daß die ‚Herabsetzung der Arbeitszeit‘ auf 40 Stunden pro Woche für die meisten Betriebe ein glatter bürokratischer Unsinn ist; aus dem einfachen Grunde, weil in allen maßgebenden Betrieben heute schon, ohne daß gesetzliche Bestimmungen dazu zwingen, tatsächlich eine kürzere Arbeits-

zeit als 40 Stunden infolge der zahlreichen Feierschichten besteht. In vielen Industriezweigen wird praktisch noch keine 30 Stunden pro Woche — geschweige denn 40 Stunden — gearbeitet. Warum also das Geschrei der Gewerkschaften nach der zwangsweisen Einführung der 40-Stundenwoche?

Eine Verwirklichung der geplanten Maßnahmen würde nicht nur die Produktion verteuern, sondern auch eine Anpassung der Arbeitszeit an den jeweiligen Auftragseingang unmöglich machen oder, da dazu erst die Genehmigung einer Behörde erforderlich wäre, unnötig erschweren. Die Wirtschaft würde also der nötigen Elastizität noch mehr beraubt werden. Ferner würde eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung zu dauernder Schädigung der Arbeiterschaft auch dadurch führen, daß ein Lohnausgleich nicht gewährt werden könnte. Gegen-

über der Vorkriegszeit ist seit der Revolution von Jahr zu Jahr die Arbeitszeit verkürzt, trotzdem aber die ungeheuer vermehrte Arbeitslosigkeit nicht vermieden worden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen also unzweideutig, daß die Arbeitszeitverkürzung kein Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit ist, sondern im Gegenteil die Zahl der Arbeitslosen nur vermehrt.

Das eine steht für uns nach alledem fest, daß diese Notverordnung eine verfehlte Maßnahme bleiben würde. Am unsere Kameraden vor weiterer Not und Arbeitslosigkeit zu schützen, warnen wir als nationale Arbeiter daher in letzter Stunde vor Experimenten und fordern die zuständigen Stellen der Reichsregierung und der Volksvertretung auf, die gesetzliche Einführung der 40-Stundenwoche abzulehnen.“

Das durchlöcherete Gewerkschaftsmonopol.

Vor wenigen Tagen hat vor dem Landesarbeitsgericht Berlin unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Sell eine Verhandlung stattgefunden, die für die gesamte nationale Arbeitnehmerschaft von größter Bedeutung ist. Es ging um die Vertretungs- und Tariffähigkeit des nationalen RDA. (Reichsbund Deutscher Angestellten-Berufsverbände). Seit seiner Gründung im Jahre 1920 hat der RDA. zielbewußt den Kampf gegen das Monopol der sozialistischen, zentrümlichen und demokratischen Gewerkschaften geführt. Jetzt hatte das Berliner Landesarbeitsgericht zu diesem Kampf ein entscheidendes Wort zu sprechen. Der Tatbestand sei kurz gekennzeichnet. Wenn der RDA. für seine Mitglieder Arbeitsgerichtsprozesse zu führen hatte, ist er immer als vertretungs- und tariffähig von den Arbeitsgerichten entweder stillschweigend anerkannt oder ausdrücklich bestätigt worden. Erst der Kammer VI des Berliner Arbeitsgerichts unter dem Vorsitz eines zur Einarbeitung überwiesenen Gerichtsassessors Herzog blieb es vorbehalten, in einem Beschluß den Vertreter des RDA. zurückzuweisen und damit zu versuchen, den RDA. zu einer nicht vertretungs- und tariffähigen Organisation zu stempeln. Das ganze Vorgehen des Herrn Herzog läßt den

starken Verdacht aufkommen, daß hier politische Beweggründe mitgesprochen haben. Selbstverständlich hat der RDA. gegen den ihn ablehnenden Gerichtsbeschluß Rechtsbeschwerde beim Landesarbeitsgericht Berlin erhoben. Die Verhandlung stand am letzten Montag an. Sie brachte die völlige Anerkennung der Tarif- und Vertretungsfähigkeit des RDA. Der Beschluß des Berliner Arbeitsgerichts wurde vom Landesarbeitsgericht aufgehoben und das Arbeitsgericht angewiesen, den Vertreter des RDA. als Prozeßbevollmächtigten zuzulassen. Diese Entscheidung des Landesarbeitsgerichts ist von großer Bedeutung. Zunächst ist damit der Versuch der Sozialdemokratie und der Zentrums-gewerkschaften zurückgewiesen, den nationalen Angestellten ihre nationale Berufsvertretung im RDA. zu zer schlagen. Aber die Angestellten-schaft hinaus aber ist diese Brechung des marxistischen Gewerkschaftsmonopols von weittragender Auswirkung. Denn endlich wird damit der Zustand erreicht, daß der deutsche Arbeiter und Angestellte es nicht mehr notwendig hat, sich einem sozialistischen, zentrümlichen oder demokratischen Gewerkschaftssekretär zu verschreiben, wenn er seine Belange vertreten sehen will.

Führer oder Bonze?

Immer wieder hat sich im Laufe der letzten Jahre nicht nur die Gewerkschaftspresse, sondern auch die rote und schwarze Parteipresse darüber aufgeregt, daß die deutsche Arbeitnehmerschaft, die sich mehr und mehr klar darüber geworden ist, daß die sogenannten Arbeiterführer wohl soziale Phrasen machten, in Wirklichkeit aber durch ihre Tätigkeit nur zur Verelendung beigetragen haben, das zwar harte aber zutreffende Wort „Bonze“ für diese roten und zentrümlichen Gewerkschaftsführer geprägt hat. Nun diese Herrschaften ihre Thronchen wackeln sehen, möchten sie neuerdings den Spieß umdrehen und so tun, als ob mit diesem Wort Bonze der Führer an sich gekennzeichnet werden könnte. So war jetzt wieder in der in Berlin erscheinenden Tageszeitung der Christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, zu lesen: „Gegen die ‚Gewerkschaftsbonzener‘ Klaffe in den letzten Jahren eine wilde Meute. Haß, Neid oder schlaue Berechnung waren die Ursache. Je einflußreicher die öffentliche Stellung des Gewerkschaftsführers war, um so heftiger tobte der Kampf gegen ihn. Bonzenwirtschaft war gleich Mißwirtschaft. Die Nationalsozialisten gehören zu den lautesten Rufnern gegen die Gewerkschaftsbonzener, zur Freude der Arbeitgeber. Das hindert die Nationalsozialisten aber nicht daran, ihre ‚Bonzen‘ sofort an die

‚Futterkrippe‘ zu bringen, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet. So wurde jetzt bei der Regierungsbildung in Oldenburg der Gauleiter der NSDAP. Köber, Ministerpräsident. Ein Gauleiter, also nach dem Sprachgebrauch vieler auch ein Bonze, wenn nicht von der Gewerkschaft, so doch von der Partei...“

Man sollte sich in den Redaktionsstuben der roten und schwarzen Presse doch wirklich nicht so dumm stellen. Der Unterschied zwischen einem Führer und einem Bonzen ist doch jedem — und gerade auch jedem denkenden Arbeiter — so geläufig, daß derartige Methoden nicht mehr verfangen. Der Führer lebt für eine Bewegung, der Bonze lebt von einer Bewegung. Der Führer macht keine Versprechungen und will nach seinen Taten von seiner Gefolgschaft beurteilt sein; der Bonze aber hat geglaubt, von den Versprechungen, die er in phrasengehwellten Programmreden in der Öffentlichkeit oder in Zahlstellenversammlungen machte, für sich auf immer die „soziale Frage“ lösen zu können. Mit dieser „Bonzenwirtschaft“ wird's nun freilich bald ganz vorbei sein. Drum versucht man jetzt noch schnell zu retten, was zu retten ist, indem man den Unterschied zwischen Führertum und Bonzenwirtschaft zu verwischen sucht.

In der Gewerkschaftsschule.

Hoffnungslosigkeit und Not haben mit der Wirtschaftskrise ihren Einzug gehalten in allen Berufsständen unseres Volkes. Wer aber mit offenen Augen durchs Land geht, der sieht, wo das uns fehlende Geld hingewandert ist, der sieht als Denkmäler des Marxismus prunkende, prächtige Bauten, die nach Moskauer Muster augenfällig kennzeichnen sollten, was die „Führer“ für die breiten Massen des Volkes „schon alles getan haben“.

Wir haben an anderer Stelle wieder einmal klarlegen müssen, was den „Bonzen“ kennzeichnet. Wie aber der „Führernachwuchs“ in der Gewerkschaftsbewegung zum Bonzentum und zur Bonzenwirtschaft erzogen wird, das möge eine kurze Schilderung zeigen, bei der wir uns im wesentlichen auf Ausführungen in sozialistischen Veröffentlichungen stützen.

Anweit Berlin, im Bernauer Forst, liegt die „Gewerkschaftsschule des ADGB“.

Die 120 angehenden Gewerkschaftssekretäre, welche dort während der Vorbereitung auf ihren Führerberuf in mehrwöchigen und mehrmonatigen Lehrgängen wohnen, sind mit einer Pracht und einem Luxus umgeben, wie wir Deutsche ihn eigentlich nur aus der Schilderung amerikanischer Milliardärklubs kennen.

Die mit Holztafelung und silbergrauem Stoff ausgelegene Aula wird von Dutzenden von Scheinwerfern indirekt beleuchtet. Im Hintergrund eine riesige Fensterfront; ein Druck auf einen Knopf und lautlos schieben sich riesige Vorhänge zu. Eine Leinwand hebt sich empor, der Lichtkegel eines Filmapparates erscheint oder je nach Wunsch ein magisch beleuchtetes Rednerpult.

Lehrsäle, Turnhallen, Eßsäle, Kaffeedielen, Rauchzimmer sind mit dem Erlesensten ausgestattet, was es gibt. Die Raumkunst allererster Architekten feiert wahre Triumphe.

Weil jedes Zimmer nach dem Süden liegen muß (!),

konnten die einzelnen Häuser natürlich nicht zusammenstehen. Man hat sich dadurch geholfen, daß man alle Räume mit einem über 100 Meter langen Gang verbunden hat, der mit kostbarem Prismenglas gedeckt ist. Natürlich ist auch ein Stadion da und in dem dazugehörigen künstlichen See hat man den Boden mit einer besonderen Masse ausgelegt, damit das Wasser immer klar bleibt.

Zur Heizung: Öl! — Kohle? Man kann doch zukünftigen Gewerkschaftsführern nicht zumuten, schwarzen Kohlenrauch zu sehen oder zu riechen! Deshalb wird mit Öl geheizt. Deshalb hat man sich aus Amerika eine besondere Ölheizanlage kommen lassen!

Von der Arbeitslosigkeit, von der Not der Bergarbeiter werden die zukünftigen Gewerkschaftssekretäre ja noch so viel zu reden haben, daß man ihnen mit solchen Fragen doch nicht schon auf der „Gewerkschaftsschule“ kommen darf.

Eine von Berlin elektrisch gesteuerte Uhr läutet die Tageseinteilung ein; aber jeden Sonnabend um 1 Uhr schaltet sie sich selbsttätig aus, um erst am Montag wieder zu erkönen. Den Glücklichen am Wochenende soll keine Stunde schlagen; sie sitzen in der Veranda, genießen die würzige Luft; Abendfrische umgibt sie; die Sonne neigt sich, hüllt den Himmel in zartes Rot, und aus dem nahen Walde tritt in der Dämmerung Wild heraus — so recht ein Abend, um romantische Gefühle zu erwecken. Da — ein Druck auf einen Knopf und, wie von Geisterhand bewegt, schiebt sich ein Vorhang lautlos vor die Fensterfront. Die Geisterhände sind Elektromotoren; die Stimmung ist zerstört, und die Welt des Materialismus hat sie wieder ...

Alles geht elektrisch. Nur acht Arbeiter brauchen Hebel und Knöpfe zu bedienen und der ganze riesige Komplex ist hell, warm, luftig und mit allem versorgt. — Ein Sieg der Maschinen über Menschenhand — in der Gewerkschaftsschule!

Bezirkstundgebung in Rositz

7. August 1932

Der Bezirk Meuselwitz-Rositz der AMB. hat seine diesjährige Bezirkstundgebung infolge der Reichstagswahlen verschieben müssen, so daß sie nun entgegen der ursprünglichen Absicht am vorstehend genannten Tage stattfindet.

Der Bezirk ladet hierdurch alle Kameraden der AMB., insbesondere aber die Werkgruppen der Nachbarbezirke zur Teilnahme herzlichst ein!

Der Bezirksvorstand
J. A.: Paul Freyer.

Aus der Bewegung.

Bezirk Zeitz-Weißenseels. In der am 25. Mai in Luckenau stattgefundenen Bezirkssitzung waren sämtliche Werkgruppen vertreten. Als Gast war Herr Barts aus Halle anwesend. Kam. Klingner als 1. Vorsitzender des Bezirks heißt die Erschienenen aufs herzlichste willkommen, besonders den 1. Vorsitzenden Kam. Weber der neugegründeten Werkgruppe Hohenzollernhall bei Hohennölsen. Kam. Klingner richtet an den-

selben die Bitte, mitzuarbeiten an dem hohen nationalen Ziele, welches wir uns gestellt haben. Es erfolgt Bekanntgabe der Tagesordnung und eingehende Besprechung der Gruppenangelegenheiten. Sodann wird auf die am folgenden Tage in Leipzig stattfindende Sitzung hingewiesen und deren Tagesordnung bekanntgegeben. Weiter werden die Kameraden aufgefordert, sich recht rege an dem Bezirkstreffen in Borna am 10. Juli zu be-

teiligen. In Punkt Bildungs- und Schulungswesen werden die einzelnen Vortragsabende festgesetzt und den Gruppen bekanntgegeben. Die nächste Bezirksstagung findet am 6. Juli statt.

Werksgruppe Tagebau Wählig. Am Sonntag, dem 10. April, abends 8 Uhr fand unsere gutbesuchte Monatsversammlung im Gasthof Graul statt. Nach der Begrüßung gab der 1. Vorsitzende die Tagesordnung bekannt, welche schnell erledigt wurde. Anschließend spricht Kam. Neubert über die Internationale. Ausgehend von den Anfängen der Arbeiterbewegung, zeichnet der Redner klar die Fehler der internationalen Einstellung der Arbeiterbewegung in Deutschland und zeigt den Zuhörern einen neuen Weg durch den berufskundigen Aufbau der nationalen Arbeiterbewegung. Die Ausführungen des Redners werden mit großem Interesse verfolgt und mit Beifall belohnt. Am 11 Uhr schließt der Vorsitzende die interessante Versammlung mit einem kräftigen Glückauf.

Am Sonntag, dem 22. Mai, abends 8 Uhr fand unsere Monatsversammlung in der Kantine Tagebau Wählig statt. Der 1. Vorsitzende begrüßt die zahlreich erschienenen Kameraden mit ihren Frauen und gibt die Tagesordnung bekannt. Nach Verlesung der letzten Niederschrift gibt der Vorsitzende Kam. Neubert einen Bericht von der Bezirksstiftung am 13. April in Rudenau. Die Teilnahme an der am 7. Aug. in Rositz stattfindenden Kundgebung wurde einstimmig beschlossen. Nach der Erledigung von weiteren Gruppenangelegenheiten ging man zum gemütlichen Teil über. Nach Tanz, Singen von Volksliedern und humoristischen Darbietungen der Kam. Schmidt, Blätner und Wahle fand die harmonisch verlaufene Versammlung um 12 Uhr ihren Abschluß mit dem Deutschlandlied.

Werksgruppe Groitzschen. Unsere fällige Monatsversammlung fand am 3. Juni statt, und zwar versuchsweise in den Räumen der Mannschaftsbaracken der Schmelzerei. Der 1. Vorsitzende Kam. Heinrich heißt die zahlreich erschienenen Kameraden herzlich willkommen und gibt die Tagesordnung bekannt. Nach Verlesen der letzten Niederschrift und Bericht über die letzte Bezirksstiftung durch den Schriftführer Kam. Enke wird über das Bezirksstreffen in Borna beraten. Dasselbe findet am 10. Juli statt und soll mit einem Ausflug der Gruppe verbunden werden. Dieser Vorschlag wurde von allen Kameraden freudig begrüßt und einstimmig angenommen. Es wird dann auf die Bildungsabende in Rudenau hingewiesen und zu allseitiger Beteiligung daran aufgefordert. Nach der Erledigung einiger innerer Angelegenheiten wird die Versammlung mit einem kräftigen Glückauf geschlossen.

Werksgruppe Jakobsgrube. Am 5. Juni hielt die Gruppe ihre gutbesuchte Versammlung ab. Der 1. Vors. Kam. Klingner begrüßt die Anwesenden sowie Herrn Barts auf herzlichste. Nach Erledigung der üblichen Tagesordnung wurde über das Bezirksstreffen in Borna gesprochen und einstimmig beschlossen, daran teilzunehmen. Hin- und Rückreise soll mit Auto erfolgen. — Herr Barts hielt einen Vortrag über „Die wirtschaftliche und politische Lage“. Zum Schluß ermahnte er die Anwesenden, bei der kommenden Reichstagswahl ihre Pflicht zu tun. Reichher Beifall dankte ihm für seine Ausführungen. Kam. Obersteiger Plato macht einige Ausführungen für die bevorstehenden Elternbeiratswahlen und weist auf die Wichtigkeit auch dieser Wahl hin. Kam. Thron gab einen Bericht von der Vorstandsstiftung in Leipzig am 26. Mai. Kam. Sorge dankte den Kameraden für die ihm während seines Aufenthalts im Krankenhaus zuteil gewordene Unterstützung.

Werksgruppe Emma-Rudenau. Am Sonntag, dem 22. Mai, fand die Monatsversammlung im Gasthaus „Glückauf“ nach vorausgegangener Vorstandsstiftung statt. Der Besuch war wieder gut. 7 Kameraden konnten in die Werksgruppe neu aufgenommen werden. Der Vorsitzende Kam. Knoblauch verpflichtete die Kameraden, treue Mitkämpfer für die Bewegung zu werden und an der Wiedererstarkung unseres geliebten Vaterlandes mitzuarbeiten. Die Beiträge wurden ab 1. Juni 1932 um wöchentlich 5 Pfg. ermäßigt. Das geplante gemütliche Beisammensein wurde fallengelassen; statt dessen soll eine rege Beteiligung an der Bezirkskundgebung in Rositz angestrebt werden.

Bezirk Borna. Werksgruppe Böhlen. Die Mitgliederversammlung fand am 20. Mai im Bahngasthof statt. Nach Begrüßung der Kameraden gibt der 1. Vorsitzende Kam. Obst die Tagesordnung bekannt; weiterhin erstattet er, nachdem das Protokoll verlesen ist, Bericht über die letzte Bezirksstiftung. Er betont vor allem das am 9. und 10. Juli stattfindende Bezirksstreffen in Borna und bittet um recht zahlreiche Beteiligung. In seinen Ausführungen über kommunalpolitische Arbeit weist Kam. Obst auf die notwendige, schon jetzt vorzunehmende Vorarbeit zu den Gemeindevahlen hin. Der Vortrag des Kam. Gentsch fand allgemeinen Beifall. Kam. Böhle erstattet Bericht über

die letzte Vertrauensmännerstiftung mit der Werkleitung. Das Gartenfest wird beschlossen und auf den 3. Juli festgesetzt. Neben dem Gartenausschuß werden noch die Kam. Prentler, Gulig, Ehrhard, Reifmann und Haase zum Festausschuß gewählt.

Werksgruppe Viktoria. Am Sonntag, dem 22. Mai, gegen 4,30 Uhr eröffnete Vorsitzender Haase die von 137 Kameraden besuchte Versammlung und begrüßte die erschienenen Kameraden, sowie die Vertreter der Direktion. In seinen einleitenden Worten tadelte er zunächst den schwachen Versammlungsbesuch und legte den Kameraden klar, daß ein aktives Arbeiten der Gruppe nur möglich ist, wenn die Versammlungen von allen Kameraden besucht werden. Die letzte Niederschrift wurde verlesen und ohne Einwendung genehmigt. Hierauf gab Kam. Haase den Bericht von der letzten Bezirksstiftung unter Hinweis darauf, daß es Pflicht eines jeden Kameraden ist, sich an dem Bezirksstreffen in Borna zu beteiligen, um zu zeigen, daß unser Kampf bisher nicht vergebens war. Herr Barts aus Halle hielt sodann einen Vortrag über das Thema „Die deutsche Not“. Er legte ausführlich klar, wie das deutsche Volk jahrelang irreführt worden ist und leider bis heute ein großer Teil des Volkes die Notwendigkeit noch nicht erkannt hat, die Stützen dieses Systems, welches das deutsche Vaterland bis an den Abgrund geführt hat, hinwegzuräumen. Trefflich hielt er vor Augen, daß uns die heranwachsende Generation berechtigt anfragen wird, ein solches System bis zum völligen Auslaugen des Vaterlandes am Ruder geduldet zu haben. Reichher Beifall dankte dem Redner.

Vielen von den neu eingetretenen Kameraden wurde durch diesen Vortrag ein Teil des Zieles der A.M.B. klargelegt. Möge er dazu beigetragen haben, aus jedem noch lauen Kameraden einen Kämpfer zu machen. Da Herr Barts uns nach seinem Vortrag verlassen mußte, trat Kam. Jaskuly als Diskussionsreferent ein und beantwortete alle an ihn gestellten Fragen der Kameraden. — Die Gruppenangelegenheiten fanden reifliche Erledigung. Zum Schluß richtete Kam. Haase nochmals an alle Kam. den Appell, die Versammlungen unbedingt zu besuchen, damit jeder Kam. Fühlung mit dem Vorstand behält und zur Erreichung des Zieles mithilft.

Bezirk Meuselwitz. Bezirkskundgebung in Rositz. Wegen der inzwischen anberaumten Reichstagswahl mußte die auf den 31. Juli 1932 festgesetzte Kundgebung des Bezirkes Meuselwitz-Rositz auf Sonntag, den 7. August 1932 verschoben werden. Es ist Pflicht, daß die Werksgruppen des Bezirkes sich vollzählig an der Veranstaltung beteiligen. Der Bezirk Meuselwitz würde sich freuen, wenn auch aus den Nachbarbezirken eine zahlreiche Beteiligung erfolgte und läßt hierdurch nochmals alle Kameraden der gesamten A.M.B. herzlich ein. Näheres wird sämtlichen Werksgruppen noch durch Rundschreiben bekanntgegeben.

Bezirksvertreterstiftung. Am Sonntag, den 3. Juli, vormittags 8,30 Uhr findet in Meuselwitz die im Jahresarbeitsplan festgelegte Bezirksvertreterstiftung statt, an welcher sämtliche Werksgruppen durch ihren Vorsitzenden vertreten sein müssen. Abgesehen davon, daß außerordentlich wichtige Angelegenheiten der Bewegung behandelt werden, sollen die Vertreter durch einen Vortrag über die außen- und innenpolitische Lage des Reiches (Redner Dr. Brechtel, Deutsche Vereinigung Zeit) unterrichtet werden. — Auf besonderen Wunsch des Bezirks-Schulungswartes werden die Schulungswarte aller Werksgruppen gebeten, an der Bezirksvertreterstiftung teilzunehmen. — Der Bezirksvertreterstiftung geht eine Sitzung der Werksgruppen-Pressewarte voraus. Der Bezirks-Pressewart erwartet, daß alle Gruppen-Pressewarte pünktlich um 7,30 Uhr im Gasthaus „Neue Welt“ in Meuselwitz zur Stelle sind.

Schulungsarbeit: Am 30. Juni abends 6,30 Uhr findet im Werkkasino der Rositzer Braunkohlenwerke der letzte Abend des vom Bezirk veranstalteten Rednerwettstreites statt. Der Bezirksvorstand erwartet, daß die von den Werksgruppen gemeldeten Redner sich an diesem Rednerwettstreit beteiligen (Schema freigestellt).

Freyer, Bezirksvorsitzender.

Werksgruppe Leonhard-A. G. Sonntag, den 12. Juni, fand die Monatsversammlung statt. Kam. Dlesch-Rositz sprach in einem einstündigen Vortrag über die deutsche Sozialversicherung. Er verstand es in trefflicher Weise, den Kameraden die geradezu trostlose Lage sämtlicher Sozialversicherungszweige zu schildern. — Nächste Mitgliederversammlung am 24. Juli, abends 7,30 Uhr im Gasthof Wutz. Vortrag: „Vor der Entscheidung“ (Redner: Dr. Brechtel-Zeit). Erscheinen ist Pflicht.

Werksguppe Bönitz. Unsere Monatsversammlung fand am 20. Mai statt. Leider ließ der Besuch zu wünschen übrig, was wahrscheinlich auf das gleichzeitige Stattfinden mehrerer Versammlungen zurückzuführen war. Die vorliegende Tagesordnung wurde glatt erledigt. Mit Interesse nahm man davon Kenntnis, daß bei der Wiederaufnahme des Abraumbetriebes unsere arbeitslosen Kameraden wieder eingestellt worden sind. — Der vorgelesene Vortrag soll in der nächsten Versammlung, die am 17. Juni stattfindet, gehalten werden. R.

Werksguppe Waltersdorf. Am 22. Mai fand unsere Mitgliederversammlung statt, welche wieder gut besucht

war. Als Gast war Herr Dipl.-Ing. Marret erschienen. Im Mittelpunkt der Versammlung stand ein Vortrag des Kam. Schellenberg über „Salzlagerstätten und Salzgewinnung“, welcher mit großem Interesse aufgenommen wurde. Nachdem noch verschiedene Gruppenfragen erledigt wurden, fand nach 2 1/2 stündiger Dauer die Versammlung ihr Ende. Sch.

Werksguppe Mineralölmühle Rositz. Unsere Monatsversammlung fand am 7. Mai im „Preußischen Hof“ in Altenburg statt. Kam. Hänisch sprach über „Werksgemeinschaftstheorie und Werksgemeinschaft in der Praxis“. Der Redner erntete reichen Beifall für seinen ausgezeichneten Vortrag. W.

„Hotel Börsenhalle“
am Reichstor. Bes.: H. Feyerabend.

Gutgepflegte Biere / Bürgerliche Küche
Schulungs- und Versammlungslokal
der Werksguppe Witznitz der A.M.B.
Verkehrslokal aller vaterländischen Vereine

Kolonialwaren, Landesprodukte, Mehl,
Futtermittel, Düngemittel, Sämereien
Tabak, Zigarren, Zigaretten

empfiehlt
Bernhard Möschke, Lobstädt
Am Bahnhof

**Preiswert und gut tätigen Sie Ihre Einkäufe bei den Mitgliedern des Gemeinnützigen
Rabattsparevereins Lobstädt, Rieritzsch und Umgegend e. V.**

Unsere Mitglieder

Dort erhalten Sie die allgemein beliebte „Grüne Rabattmarke“.

Lobstädt	Haus- u. Küchengeräte:	Textil- u. Manufakturwaren:	Bahnhof Rieritzsch:	Textil- u. Manufakturwaren:
Bäckereien: Hiller, Hermann Kern, Erich Schmidt, Otto Thieme, Rudolf Fahrradhandlung: Leiwelt, Robert Fleischereien: Herbert, Erich Regel, Hugo	Boerner, Rudolf Kosch & Hindorf Kolonialwaren: Buchmann, Otto Dauß, Max Eisfeld, Rosa Möschke, Ernst Schmidt, Alfred Stein, Martha Wägig, Kurt	Börner, Rudolf Großhöfen Bäckereien: Kitter, Ewald Schirmer, Albin Fleischereien: Lichtenstein, Rudolf Meyer, Franz	Bäckereien: Blüthner, Helmuth Strigle, Alfred Teichert, Max Fleischerei: Nischke, Hans Kolonialwaren: Kreiß, Otto Ritterbach, Ernst Sälge, Arno	Krohe, Klara Kömer, Elsa Breunsdorf Kolonialwaren: Läuter, Walter Droszdorf Bäckerei: Kocktroj, verw. A.

Verlangen Sie die „Grüne Rabattmarke“. Sie hilft Ihnen „sparen“.

Werkskantine und Kasino Eugenschacht
Verw. Scholz

Gutgepflegte Biere der fürstlichen Brauerei Köstritz / Gute
bürgerliche Küche / Versammlungslokal des V. Verein
Tagebau Petza / Turn- u. Sportverein A. K. W. Petza, D. T.
Großer staubfreier Garten, herrliche Veranda

Jeden Sonntag ab 4 Uhr Musikalische Unterhaltung
Eintritt frei / Köstritzer Sonnenquell Glas 0,25 RM.

Restaurant Sängereheim, Borna
Grimmaer Straße

empfiehlt sich als Verkehrslokal der Gruppen
der A. M. B. von Borna und Umgegend
Hochachtungsvoll Albin Schramm

**Gasthof und Tanz-Palast
Stadt Altenburg**
Lobstädt (Bezirk Leipzig)
Inh.: Elisabeth, verw. Brühlmann / Fernruf: Amt Borna 519
Verkehrsl. d. A. M. B.-Werksguppe Viktoria, Lobstädt

Kurt Wägig, Lobstädt
Hauptstraße 85 Fernsprecher 303
empfiehlt
Kolonialwaren, Drogen und Farben
Tabak / Zigarren / Zigaretten
Weine und Liköre / Sämereien

Hotel „Wettiner Hof“
Telefon 104 Borna Bez. Leipzig Telefon 104
Hans der Bergleute
Verkehrs- u. Schulungslokal des Bez. Borna der A. M. B.
Versammlungslokal der Werksguppe Brauntoblenwerke Borna und
aller vaterländischen Verbände.
Erstklassige Küche / Täglich preiswerteste Hausgerichte / Eigene Kühl-
anlage / Bestgepf. Biere / Neueingerichtete Fremdenzimmer, Saal,
Konferenzzimmer in verschiedenen Größen / Regelfahrt / Autogaragen.
Inhaber: Erich Bohring.

A. Saubmann
Borna
Bahnhofstraße
Beste und billige Bezugsquelle
für
Sammelbestellungen
für
Kaffee / Tee / Kakao / Schokoladen
Kakes / Minorka-Zwieback
Vereinszimmer

Verantwortlich für den Inhalt: J. B. Rich. Mally, Witz (Zeich.-Land) — Druck und Verlag: Robert Noske, Borna Bz. Leipzig.



Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat, und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Buchdruckerei Robert Koske, Borna bei Leipzig, Pegauer Str. 1/3

5. Jahrgang

Halle (Saale), den 27. Juli 1932

Nr. 7

Auf Grund der Notverordnung vom 20. Juli 1932 ist der Bezirk Meuselwitz gezwungen, seine für den 7. August 1932 in Aussicht genommene Rundgebung zu verschieben. Sollte die Notverordnung bis zum 1. Oktober 1932 nicht aufgehoben sein, so fällt die Rundgebung aus.

Der Bezirksvorstand
i. A. Freyer.

Bezirkstreffen der AMB. Bezirk Borna.

Das Bezirkstreffen in Borna am 10. Juli 1932 gestaltete sich zu einer gewaltigen Rundgebung, zu einem gewaltigen Bekenntnis Tausender Bergleute zum Gedanken der Werks- und Volksgemeinschaft.

Dem Treffen ging am Abend vorher eine

Führertagung

voraus, die von etwa 150 Kameraden, Führern des Bezirks und der Bezirksgruppen und der auswärtigen Bezirke und Gruppen besucht war. Der 1. Vorsitzende Kamerad Taubert und der Ehrenvorsitzende Kamerad Steindorf waren gleichfalls anwesend und ergriffen zu verschiedenen Punkten das Wort. Der Bezirksvorsitzende Kamerad Haase legte nach den einleitenden Begrüßungsworten die Tagesordnung vor und verbreitete sich in eingehenden Ausführungen über den Stand der Arbeiten im Bezirk, um dann, unterstützt von Kam. Taubert, die große Linie der A.M.B. zu skizzieren und die der Lösung harrenden Aufgaben aufzuzeichnen. In reger Aussprache wurde eine Reihe von Fragen der Lösung nähergebracht und eine Anzahl von Forderungen aufgestellt. Im Mittelpunkt der Beratungen stand das Referat des Kameraden Jaculy

Die politischen Aufgaben der AMB. und unsere Stellung zur Reichstagswahl.

Aus dem eingehenden Referat möchten wir folgende Abschnitte zur Veröffentlichung bringen:

Aus den Grundsätzen der Bewegung folgert klar die

Stellung der A.M.B. zur Politik. Wir haben 13 Jahre die Herrschaft der Gewerkschaften in Deutschland ertragen müssen. 13 Jahre hat man uns, die nationale Arbeiterbewegung, entrechtet und gepeinigt, hat uns als die Parasiten der Menschheit geschlagen und gemordet. Insbesondere wurden wir als nationale Bergarbeiter von diesem System als Menschen und Staatsbürger zweiter Klasse behandelt. Selbst die staatsfeindliche polnische Berufsvereinigung hatte mehr Recht als wir. Bis auf den heutigen Tag haben die Gewerkschaften regiert, ja selbst die neue Regierung scheint der Auffassung und den gleichen Trugschlüssen anheimzufallen, daß Arbeiterschaft gleich Gewerkschaft sei. Wir warnen die Regierung in letzter Stunde, Arbeiterschaft ist nicht Gewerkschaft, die Millionen deutscher Arbeiter, die die Gewerkschaften ablehnen, haben ein ernstes und sittliches Recht darauf, daß ihre mahnende Stimme gehört wird. 6 Millionen arbeitslose Menschen, tausende von stillstehenden Betrieben, eine vollkommen zerrüttete Landwirtschaft, Elend und Not klagen dieses mechanisch gewerkschaftliche Novemberssystem an, überall der Ruf: wir wollen euch nicht mehr, Deutschland erwache! Diesen Ruf in die Tat umzusetzen, ist unsere Aufgabe. Die Gewerkschaften als Träger des Klassenkampfes und Klassenhasses haben uns in das Elend geführt, ihnen gilt unser Kampf. Ihre Vernichtung und Beseitigung ist unsere politische Aufgabe. Überall treffen wir den Gegner; in seiner feigen, schleichenden Art hat er es verstanden, überall sich festzusetzen, so müssen wir feststellen, daß auch in die Reihen der nationalen Opposition sein schleichendes Gift einzudringen versucht. Wir erheben ernst unsere Stimme. Es geht nun einmal nicht, daß man auf der

einen Seite sich national nennt und auf der anderen Seite mit Deuten verhandelt, die internationalen Klassenkämpferischen Ideen huldigen. Wohin das führt, haben wir nachgerade genug erfahren müssen. Im Verrat deutscher Lebensinteressen und in innerer Korruption wird dann der letzte Rest von Deutschland verschwinden. Chaos und ungeahntes Leid wird über uns kommen. Ich will hier nicht im einzelnen den Leidensweg zeichnen, aber Rathenaus Worte werden dann Tatsache sein: „Man wird eines Tages durch Deutschland fahren, am Wege zerfallene Häuser und verbödete Straßen, unkrautüberwucherte Felder und hohlwangige Menschen sehen.“ Für uns gibt es in der Frage der Politik keine Halbheiten und keinen Massenwahn, wir sind nicht die Trabanten politischer Parteien. Nicht um Augenblickserfolge oder Interessenstandpunkte treiben wir Politik, sondern nur um unser Volk und Vaterland. Um Deutschland und nur um Deutschland geht unser Kampf.

Wenn ich damit die große Richtlinie unserer Politik gezeigt habe, so will ich jetzt versuchen, einen Teil der Kleinarbeit darzustellen, die notwendig ist, um das große Ziel zu erreichen, und zwar unsere

Aufgabe in der Kommunalpolitik.

Das, was wir in den Jahren seit 1918 in unseren Gemeinden an Kommunalpolitik erlebt haben, war von Selbstverantwortung und Selbstverwaltung weit entfernt. Das mechanisch marxistische System herrschte in seiner ganzen Verantwortungslosigkeit und hat unsere Gemeinden in die schwerste Not und böllige Auflösung gebracht. Trotz dieser geradezu trostlosen Lage sind wir bereit, die Verantwortung für unsere Gemeinden auch heute noch zu übernehmen; denn wir kennen in unseren Reihen nicht das, was wir mit Feigheit des Bürgertums bezeichnen oder das hinter Mehrheitsbeschlüssen Schutz suchende marxistische Verantwortungslosigkeitgefühl. Wir treten ein für die Selbstverwaltung im Sinne des Freiherrn vom Stein. Die notwendige Schulung, die das Amt des Gemeindeverordneten erfordert, wollen wir ihnen geben. In der regelmäßigen Zusammenkunft sämtlicher bürgerlicher Gemeindeverordneten eines Bezirks zum gegenseitigen Gedankenaustausch erblicken wir eine der besten Fortbildungsmöglichkeiten. Wir erheben daher die klare Forderung nach Arbeitsgemeinschaften, wie wir sie bereits mit Erfolg eingerichtet haben. Unsere Aufgabe in der Gemeinde soll sein, an Stelle des marxistischen Systems den organischen Aufbau durchzuführen. Nicht als Interessensvertreter, sondern als Verantwortungsbewusste nur an das Wohl aller denkend wollen wir unsere Entscheidung als Gemeindeverordnete fällen. Durch unsere klare wirtschaftliche Anschauung treten wir als Schützer des schaffenden Menschen auf. Nicht darin erblicken wir das Heil, daß man die Wirtschaft und ihre Glieder zu Tode steuert, sondern in vernünftiger Regelung der Gemeindefinanzen. Vor allen Dingen fordern wir Steuerhoheit für die Gemeinden. Aufgaben aber, die dem Reich zukommen, können nicht von den Gemeinden verlangt werden. Zusammenfassend ist unsere Aufgabe in der Kommunalpolitik mit folgendem Satz abgeschlossen. Wir wollen als verantwortungsbewusste Bürger dahin wirken, daß in freien Gemeinden freie Bürger wohnen. Wenn ich nun am Schluß meiner Betrachtungen zur Frage der Reichstagswahl komme, so geht die Grundauffassung der Bewegung dahin: Wir haben die Schäden der Gewerkschaftspolitik 13 Jahre durchgefostet, wir wollen die Gewerkschaften nicht mehr. Alle die Parteien, die Gewerkschaftler aufstellen, lehnen wir ab. Nur die Parteien, die unsere Gedanken als richtig anerkennen, haben unsere Unterstützung. Wir wollen nicht die Verantwortung dafür übernehmen, daß das deutsche Volk weiter unter diesem System leidet. Wir wollen frei sein. Klar ist die Front.

Für unsere alten Farben Schwarz-Weiß-Rot! Heraus aus dem Bonzen- zum Volksstaat!

Kamerad Linser = Böhlen beleuchtete alsdann unsere Stellung zur NSDAP. und wies besonders darauf hin, daß die NSDAP. in ihrer Beurteilung unserer Bewegung sich nicht vom Hörensagen leiten lassen möge, sondern sich an Hand unseres Programms und unserer Ziele, besonders aber an Hand der von uns geleisteten Arbeit unterrichten möge. Es würde sich dann herausstellen, daß unsere Bewegung gerade ein Bortrupp und Vertreter der gesunden im Nationalismus vorhandenen Ideen ist. Gegenseitiges Verständnis tue not, heute mehr denn je. Wer unsere Bewegung kennt, weiß, daß der Vorwurf, wir seien Selbe, uns nicht treffen kann. Es ist eine Infamie, daß gerade von solchen Kreisen, die selbst nicht ganz sauber sind, dieser Vorwurf erhoben wird. Wir kämpfen für das Wohl des Einzelnen und seiner Familie, für die gerechte Entlohnung im Leistungslohn, für eine gesunde Sozialpolitik. Wir fassen die Arbeit nicht als Fron und Zwang auf, sondern als Dienst an der Gemeinschaft. Nicht Klassenhaß und Klassenkampf soll die Wirtschaft zerrütten, wie es 13 Jahre lang geschehen ist, sondern gegenseitiges Verständnis und Achtung soll uns zusammenführen zu wahrer vertrauensvoller Gemeinschaft, die Höchstes erzielt. Nicht von utopischen Redensarten und internationalem Gefasel erwarten wir für uns und unser Volk und Vaterland das Heil, sondern aus nationalem, d. h. vaterländischem Denken, Fühlen und Handeln, aus Opfergeist, der alle verbindet, die deutschen Blutes sind. Deutschland wird und kann nicht untergehen, wenn wir alle uns zusammenfinden in echter Volksgemeinschaft.

Auch an diese Ausführungen schloß sich eine rege Aussprache an, die wesentlich zur Klärung der Dinge beitrug. Kamerad Haase konnte am Schluß der Tagung mit Befriedigung feststellen, daß vieles erreicht sei, daß gerade solche gemeinsamen Besprechungen und Aussprachen uns in unserer Arbeit weiterbrächten. Machtvoll klang das Deutschlandlied als Abschluß und Gelöbniß in die Sommernacht.

Weden.

Prächtigt leuchtete die Julisonne über dem festlich geschmückten Borna, begrüßte die Scharen marschierender Gruppen, Radsfahrer und Autos.

Schon frühzeitig lockte die Bergkapelle Borna mit klingendem Spiel die Bergleute aus den Federn. Und dann kamen die Gäste zu vielen Hunderten, zu Tausenden aus dem Bezirk Borna und den übrigen Bezirken der A.M.B.

In langen Zügen marschierten unter den Klängen der Bergkapellen von Regis-Breitungen, Ehrana, Deuzen, Gula und Wignitz, Großzössen und Lobstädt die einzelnen Werksgruppen ein. Am 11 Uhr setzte sich von der Kaserne aus ein Zug von über 2500 Mann in Marsch. Drei Bergkapellen und verschiedene Spielmannszüge führten die drei Marschgruppen an, in die Hunderte von Bergknappen in Paradeuniform eingegliedert waren. In vorbildlicher Marschdisziplin zogen die Kolonnen von deutschen Arbeitern durch die schwarz-weiß-rot besaggeten Straßen, lebhaft begrüßt und von Blumen überschüttet. Nicht Vereine marschierten mit ihren Fahnen, sondern eine Bewegung zog vorüber, Kampfgruppen einer neuen Zeit, nationale Männer, alle Arbeiter des Bergbaus.

Am Ehrenhain der Kunigundenkirche hielt der Zug drei Minuten. „Stillgestanden“ und entblöhten Hauptes gedanken sie der Gefallenen des großen Krieges, und unter den Klängen des Liedes vom guten Kameraden legen die Voritzenden im Haine den Vorbeerkranz mit der schwarz-weiß-roten Schleife nieder.

Um 12,30 Uhr marschierte der Zug zur

Rundgebung auf dem Marktplatz

auf, der dicht umrahmt war von Zuschauern. Nach dem Bergmannsmarsch begrüßten die Führer der Bewegung, der Bezirksvorsitzende Walter Haase, Lobstädt, und der erste Vorsitzende der A.M.B. Alfred Sauerb, Rositz, die Kameraden. In markigen Worten gaben sie der Idee ihrer Arbeitnehmervereinigung Ausdruck, das Ziel zeigend, das zu erkämpfen jetzt bereits mehr als 5000 Bergarbeiter in der mitteldeutschen Braunkohle entschlossen sind. Schonungslos rechneten sie ab mit der undeutschen, gewissenlosen und jeder nationalen Gesinnung hohnsprechenden Politik des Systems des vergangenen Jahrzehnts, der Gewerkschaften und ihrer Führerbonzen aller Farbschattierungen. Lauter Zuruf und Händeklatschen von den Kameraden wie aus den Reihen der zuhörenden Bürger brauste zu den Rednern herauf und zeigte die Einstellung der versammelten Menge. Vergeblich suchten sich rotgeschmückte langmähige „Auchdeutsche“ durch Gebläff bemerkbar zu machen, vor den strammen Ordnungsgruppen der A.M.B. hielten sie respekt-

voll Abstand. Jubelnd ertönte das Hoch auf das deutsche Vaterland und tausende Arme erhoben die Schwurhand:

„Deutschland über alles und im Unglück nun erst recht!“

In neun Gastwirtschaften der Stadt wurden die 2500 Mann und ihre Angehörigen verpflegt. Während nachmittags auf dem Festplatz am Schützenhaus die Kameraden und ihre Familien bei den Klängen der Bergkapelle Lobstädt Erholung und Unterhaltung fanden, rösteten die auswärtigen Werkgruppen bereits in ihre Heimatreviere ab. Am Abend vereinigten sich noch einmal die zusammengefrönten Bergleute in verschiedenen Gasthöfen, wo die ortsanfässigen Werkgruppen Familien- und Unterhaltungsabende abhielten.

Die gewaltige Rundgebung der Arbeitnehmervereinigung hat bewiesen, daß die nationale Arbeiterbewegung in unserem Braunkohlenbergbau eine Rolle spielt, die nicht nur für den Bergbau allein, sondern auch für unser ganzes nationalpolitisches Leben im Kohlenrevier von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Worum geht es am 31. Juli?

Das Ziel des Wahlkampfes ist die Herstellung einer entschiedenen nationalen Mehrheit im Reichstag. Wir haben zu jeder Wahl erklärt, daß es nicht unsere Aufgabe ist, für diese oder jene Partei das Wort zu ergreifen. Als wirtschaftliche Vereinigung kommen uns andere Aufgaben zu. Aber nach unseren Satzungen und Grundsätzen sind wir eine bewußt nationale und christliche Organisation, so daß der Kreis derjenigen Parteien, die für uns in Frage kommen, von vornherein begrenzt ist. Wir können keiner Partei unsere Stimme geben, die Gegnerin der christlichen Schule und Familie ist, keiner Partei, die das Heil aus internationalen Zusammenschlüssen erwartet. Dies die erste Scheidung. Klar und deutlich. Aber wir können den Kreis noch enger ziehen. Wir sind Gegner des Klassenkampfes und treten für vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Unternehmer ein. Wir erstreben den Leistungslohn und betrachten unsere Arbeit als Dienst am Volke. Wir sind Angehörige des berufständischen Aufbaus der Wirtschaft. Wir erstreben die wahre Volksgemeinschaft unter Berücksichtigung der Werte der Persönlichkeit. Wir sind keine Sozialisten, lassen uns aber in unserer sozialen Einstellung von niemand übertreffen. Familien-, Werk-, Volksgemeinschaft, das ist unsere Parole.

Klassenkampf, Kastengeist und Standesdünkel haben bei uns keinen Platz. Wir sind Gegner des Kollektivismus in der Arbeit wie in der Wirtschaft. An Stelle bisherigen übertriebenen Tarifwesens mit all seinen schweren Schäd-

lungen für den einzelnen wie für die Wirtschaft erstreben wir den Werkstarif auf der allein gerechten Grundlage des Leistungslohnes. Wir treten ein für eine grundlegende Reform der Sozialversicherungsgesetzgebung unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Einzelne in erster Linie für sich selbst zu sorgen hat, ehe der Staat eingreift. Gelegenheit dazu soll ihm der Spargedanke geben, bei uns verankert im System der Werksparcassen, für die wir volle Sicherheit beanspruchen. Wir verlangen Neuordnung des Schlichtungswesens unter Beseitigung von politischen Einflüssen. Das sind in kurzen Zügen unsere Gedankengänge und Ziele: National, christlich, sozial.

Parteien, die uns im Kampfe um diese hohen Ziele unterstützen, können auf unsere Stimme rechnen. Und alle Parteien, die Deutschlands Erneuerung ehrlich wollen, können sich getroßt auf unseren Standpunkt stellen. Eins ist Bedingung: Keiner darf am 31. Juli zurückbleiben. Es kommt mehr als bei anderen Wahlen auf jede einzelne Stimme an. Kameraden, werbt und klärt Säumige auf in der kurzen Zeit, die uns noch zur Verfügung steht!

Werbt für unsere gesunden Ideen in den nationalen Parteien und tragt durch vorbildliches Verhalten dazu bei, daß die Gegensätze überbrückt werden und Platz wird für wahre Gemeinschaft des Volkes.

In letzter Stunde die Mahnung: Keine Stimme den Linksparteien!

Wählt national!

Schwamm drüber! Oder?

„Mit dem am 9. Juli 1932 unterzeichneten Verträge von Lausanne soll das Reparationsproblem einer endgültigen Lösung zugeführt werden. Die Belastung durch den Young-Plan, die einen Gegenwert von rund 35,5 Milliarden ausmachen würde, soll durch Ausgabe von Schuldschreibungen des Deutschen Reiches im Nennbetrag von 3 Milliarden Mark abgelöst werden. Vorausgesetzt, daß der Vertrag in Kraft tritt (zu seiner Gültigkeit bedarf es der Ratifikation durch Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan), wäre ein bedeutsamer Schritt zur Vereinigung der Weltwirtschaft von den Kriegsfolgen getrennt.“

So weit der Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung. Mit anerkennens- und dankenswertem Mut hatte Italiens Außenminister Grandi auf der Lau-

sanner Konferenz das Wort gesprochen: „Schwamm drüber.“ Sind die Reparationen denn nun wirklich erledigt, oder? Die deutsche Öffentlichkeit ist sich noch durchaus nicht im Klaren über diese Frage. Seltsamerweise besteht nämlich noch ein Geheimabkommen, das sogenannte Gentlemanabkommen zwischen Frankreich und England. Nachdem man tagelang Rätsel geraten hatte um den Inhalt dieses Abkommens, hat man sich endlich entschlossen, es zu veröffentlichen. Und schon begann der Streit um die Auslegung. Während Englands Ministerpräsident Macdonald in seiner Unterhausrede betonte, die Frage der Reparationen, die seit dem Kriege zu allen wirtschaftlichen Störungen beigetragen habe, sei in Lausanne gelöst worden, er gebe der Hoffnung Ausdruck, daß das Wort Reparationen zum letzten Male ausgesprochen worden sei, und während er

weiterhin nachdrücklich erklärte: falls der Lausanner Plan mißlingen sollte, werde der Young-Plan nicht mehr in Kraft treten, sondern eine neue Konferenz einberufen werden, steht Frankreich bzw. Herriot auf dem entgegengesetzten Standpunkt und will für den Fall der Nichtratifizierung zum Young-Plan zurückkehren. Englische Meinung gegen französische Meinung. Auslegung gegen Auslegung. Uns dünkt, es kommt hierauf weniger an als auf die deutsche Meinung.

Deutschland hat nach amtlicher deutscher Darstellung vom Januar dieses Jahres bis zum 30. Juni 1930 genau 67,7 Milliarden Reichsmark geleistet, wobei bemerkt wird, daß hierin der Wert der entrissenen Gebiete und der Kolonien nicht eingerechnet ist. Diese ungeheuren Summen sind dem deutschen Volks- und Wirtschaftskörper abgepreßt wor-

den; mit welchem Ergebnis, sehen wir vor unseren Augen, erleben es tagtäglich mehr. Denn das System der Reparationen und des Versailler Vertrages hat wesentlich zur Wirtschaftskrise bei uns und in der Welt beigetragen.

67,7 Milliarden! Eine unerhörte Leistung für ein Volk, das durch die Kampfweise unserer Feinde nahezu seiner sämtlichen Hilfsmittel beraubt und ausgehungert war. Und das soll noch kein Ende haben? Ob ratifiziert wird oder nicht, Deutschland wird nicht mehr zahlen. Für Reparationen ist kein Raum mehr. Das Wort und sein Inhalt haben für uns aufgehört zu bestehen. Und keine deutsche Regierung wird es wagen können, noch irgendwelche Zahlungsverpflichtungen zu übernehmen.

Die deutsche Sozialversicherung.

Das Institut für Konjunkturforschung (Herausgeber Professor Dr. Ernst Wagemann) führt in einem seiner letzten Wochenberichte folgendes aus:

Rückgang der Einnahmen.

Je stärker die Beschäftigung sinkt, je mehr die Arbeitszeit verkürzt wird, je stärker Löhne und Gehälter gesenkt werden, kurz, je mehr das Arbeitseinkommen schrumpft, desto stärker gehen auch die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung zurück. Die einzelnen Zweige der Sozialversicherung sind im bisherigen Verlauf der Krisis davon verschieden stark betroffen worden, je nachdem, von welchen Gruppen der Arbeitnehmerschaft die Beiträge aufgebracht werden, und je nachdem, wie eng die Beitragsleistung mit den Bewegungen des Arbeitseinkommens verknüpft ist. Die Beitragseinnahmen der Angestelltenversicherung z. B. sind bis jetzt — verglichen etwa mit denen der Invalidenversicherung — verhältnismäßig wenig gesunken, weil das Einkommen der Angestellten an sich konjunkturell nicht so stark schwankt wie das Einkommen der Arbeiterschaft, besonders der Industriearbeiterschaft. Auf der anderen Seite sind (theoretisch jedenfalls) durch das Umlageverfahren, in dem die Beiträge zur Anfallversicherung bei den Berufsgenossenschaften beschafft werden, die Einnahmen überhaupt von den Schwankungen der Beschäftigung befreit.

Tatsächlich sind die Beitragseinnahmen in allen Zweigen der Sozialversicherung seit längerer oder kürzerer Zeit im Rückgang begriffen: Mit dem Arbeitseinkommen hatten auch die Beitragseinnahmen in der Krankenversicherung, Anfallversicherung und Invalidenversicherung im Jahr 1929 ihren Höhepunkt erreicht. Die Beitragseinnahmen der knappschaftlichen Pensionsversicherung waren schon von 1928 auf 1929 zurückgegangen. Nur die Angestelltenversicherung hatte 1930 noch höhere Beitragseinnahmen als 1929. **Von dem konjunkturellen Höhepunkt allein bis zum Jahr 1931 sind die Beitragseinnahmen *) gesunken:**

in der Krankenversicherung um	31,3%
in der Anfallversicherung um	9,4%
in der Invalidenversicherung um	25,0%
in der Angestelltenversicherung um	10,8%
in der knappschaftlichen Pensionsversicherung um	45,9%

In den letzten Monaten haben mit dem weiteren konjunkturellen Rückgang der Beschäftigung und dem erneuten Sinken der Löhne und Gehälter die Beitragseinnahmen weiter abgenommen.

Der Rückgang der Beitragseinnahmen wäre für die einzelnen Zweige der Sozialversicherung bei weitem nicht

so verhängnisvoll, wenn sie über Vermögen verfügen würden, die ihnen größere Zinserträge und damit von den Wirtschaftsschwankungen mehr oder weniger unabhängige Einnahmen einbringen würden. Das ist aber — von der Angestelltenversicherung abgesehen — nicht der Fall. Die Vermögen aus der Vorkriegszeit sind durch die Inflation so gut wie ganz zerstört worden. Und die wenigen Jahre des Wiederaufbaus seit 1924 reichten bei weitem nicht aus, um einen entsprechenden Vermögensstock anzusammeln. So kommt es, daß die Einnahmen aus dem Ertrag des Vermögens tatsächlich nur eine geringe Rolle spielen. In der Krankenversicherung, Anfallversicherung, Invalidenversicherung und knappschaftlichen Pensionsversicherung sind im Jahr 1931 nur 4% bis 7% der Gesamteinnahmen durch Zinsen und sonstige Einnahmen gedeckt worden. Nur die Angestelltenversicherung verfügt dank der umfangreichen Rücklagen, die sie in den letzten Jahren machen konnte, über ein verhältnismäßig großes Vermögen; sie konnte an Zinsen (und sonstigen Einnahmen) im Jahr 1931 mehr als die Hälfte dessen vereinnahmen, was die Beitragseinnahmen erbrachten.

Die Ausgaben.

Bis in das Jahr 1931 hinein war es nur den Krankenversicherungen möglich, die Ausgaben in nennenswertem Umfang zu reduzieren; bei allen übrigen Zweigen der Sozialversicherung sind die Ausgaben entweder noch gestiegen — so bei der Invalidenversicherung und der Angestelltenversicherung — oder nur wenig gesunken (so bei der Anfallversicherung und der knappschaftlichen Pensionsversicherung).

Entwicklung der Gesamtausgaben in den einzelnen Zweigen.

	Zunahme (+) oder Abnahme (—) der Gesamtausgaben in Mill. RM. in %	
Krankenversicherung	— 392,3	— 19,5
Anfallversicherung	— 10,9	— 2,5
Invalidenversicherung	+ 44,4	+ 3,0
Angestelltenversicherung	+ 38,3	+ 17,0
Knappschaftliche Pensionsversicherung	— 18,2	— 7,6

Abgesehen von der Notverordnung vom 26. Juli 1930, die die Ausgaben der Krankenkassen verminderte, haben erst die Bestimmungen der Notverordnungen vom 8. Dezember 1931 und 14. Juni 1932 für die einzelnen Zweige der Sozialversicherung Erleichterungen gebracht, die es möglich machen, die Ausgaben stärker zu senken.

Wegen der besonders hohen Konjunkturabhängigkeit der Einnahmen auf der einen Seite und aus Gründen, die im ganzen Aufbau der Versicherung, in der veränderten Altersstruktur der Bevölkerung liegen, sind **augenblicklich die Invalidenversicherung und die knappschaftliche Pensionsversicherung die am meisten gefährdeten Zweige der Sozialversicherung.**

*) Nach den vorläufigen Ausgaben für das Jahr 1931. Der Rückgang der Beitragseinnahmen der Krankenversicherung ist auch durch die 1930 erfolgte Herabsetzung der Beitragsätze bedingt.

Die Lage im einzelnen.

Krankenversicherung.

Die Mittel der Krankenversicherung werden mit Hilfe eines kurzfristigen Umlageverfahrens beschafft. Die Träger der Versicherung hatten bis 1931 das Recht, die Höhe der Beiträge und der Leistungen in weitem Rahmen nach eigenem Ermessen zu bestimmen. Von dieser Ermächtigung wurde ausgiebig Gebrauch gemacht. Durch die Erhöhung der Beitragssätze, der Grundlöhne und durch die Zunahme des Mitgliederbestands stiegen die Einnahmen der gesamten Krankenversicherung von rund 1130 Mill. Mark im Jahre 1924 auf 2322 Mill. Mark im Jahre 1929. Annähernd in gleichem Tempo haben sich die Ausgaben erhöht; sie betragen 1924 rund 1015 Mill. Mark und im Jahre 1929 2219 Mill. Mark. Zu dieser Erhöhung hat neben der Zunahme des Grundlohns und der Mitgliederzahl auch die starke Steigerung der Leistungen an die Mitglieder beigetragen. Um den finanziellen Druck auf die Versicherten und die Arbeitgeber zu mildern, wurden 1930 Sparmaßnahmen

durchgeführt und eine Herabsetzung der Beiträge ermöglicht. Die Einnahmen sanken 1930 auf 2140 Mill. Mark, die Ausgaben auf 2010 Mill. Mark, so daß in diesem Jahr immerhin noch ein Überschuß von 130 Mill. Mark erzielt werden konnte. Im Jahre 1931 wirkten sich neben der verschärften Wirtschaftskrise die Gesetzesänderungen des Jahres 1930 voll aus. Bei stark sinkender Mitgliederzahl und starkem Rückgang der Inanspruchnahme der Rassenleistungen sanken die Einnahmen auf schätzungsweise 1603 Mill. Mark, die Ausgaben auf 1618 Mill. Mark. Die einzelnen Krankenkassen sind jedoch von der Entwicklung in recht verschiedenem Maße betroffen worden; bereits Ende 1931 konnte eine beträchtliche Anzahl von Krankenkassen nur unter großen Schwierigkeiten ihre Ausgaben den Einnahmen anpassen. **Obwohl die Leistungen der Krankenversicherung seit Anfang 1932 auf die Regelleistungen beschränkt sind, hat sich die finanzielle Lage der Krankenkassen im ersten Vierteljahr 1932 weiter beträchtlich verschlechtert; bei immer mehr Krankenkassen sind die Ausgaben größer als die Einnahmen.**

(Fortsetzung folgt.)

Nationale Gewerkschaft oder Werksgemeinschaft?

Aber diese Frage versendet Adolf Bartsch, Vorsitzender des Deutschen Nationalen Arbeiterbundes Groß-Vortmund, eine „notwendige Auseinandersetzung“, der wir folgende sehr zutreffende Ausführungen entnehmen:

In Arbeitgeber- wie in Arbeitnehmerkreisen, soweit sie auf nationalem Boden stehen, gewinnt die Erkenntnis an Boden, daß eine gesunde nationale Wirtschaftspolitik nicht erreicht werden kann ohne Entspannung des Verhältnisses zwischen Arbeit und Kapital. In der Umsetzung dieses Gedankens in die Arbeitspraxis liegt der Schlüsselpunkt einer Lösung der gegenwartskrise überhaupt. Es ist uns völlig klar, daß die Wirtschaftskrise nicht nur eine Lohn- und sozialpolitische Frage ist, sondern ihre Lösung einzig und allein davon abhängt, ob sich diese beiden großen Machtgruppen im Staate, Kapital und Arbeit, wieder zu einer Gemeinschaftsarbeit zusammenfinden. Wirtschaft als Begriff läßt sich nicht vom Staat trennen, beide sind aufeinander angewiesen. Wir erkennen die notwendige Stellung des Staates als Aufsicht- und Schutzorgan gegen einen übersteigerten wirtschaftlichen Individualismus. Wir lehnen aber mit aller Schärfe den Staatseingriff zur Durchführung sozialistischer Experimente ab.

Die Regelung der Produktion, der Lohn- und Arbeitsverhältnisse muß auf dem Wege der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und der berufsständisch aufgebauten Arbeitnehmerschaft vor sich gehen. Der naturgesetzlichen Eigenart des Menschen entsprechend, als Individuum und Gemeinschaftswesen, muß das freie Spiel der Kräfte im Wirtschaftsprozeß wiederhergestellt werden, muß durch die Werksgemeinschaft eine Wirtschaftsform geschaffen werden, die dieser Notwendigkeit wirtschaftsgesetzlicher Entwicklung gerecht wird. Aber Wert und Unwert des Lohn- und der gesamten arbeitsrechtlichen Gesetzgebung läßt sich streiten. Wesentlich ist, daß der gesamte Komplex entpolitisiert wird und daß sich der Staat auf gesetzliche Maßnahmen gegen allzu starke Willkür in jeder Form, und zwar nach beiden Fronten hin, beschränkt.

Eine weitgehende Reform der Sozialpolitik halten wir vor allem im Interesse der Arbeiterschaft für notwendig, und zwar in erster Linie aus psychologischen Gründen, um eine drohende Entmoralisierung und Verantwortungslosigkeit zu verhindern. Das Selbstverantwortungsgefühl des Einzelnen gegen sich selbst und die Allgemeinheit darf durch staatliche, politisierte Schutzmaßnahmen auf keinen Fall untergraben werden, wollen wir nicht eine Generation heranziehen, der Lebenskampf und Staatsbürgerpflicht unbe-

kannte Tugenden sind. Die soziale Gesetzgebung im Zeitalter der Maschinen bleibt eine Notwendigkeit, ihr natürlicher Sinn und Endzweck ist die Entproletarisierung des Industriearbeiters, seine Wiederverwurzelung im deutschen Volkstum, Ermöglichung von Besitz und Eigentum als Abwehr gegen eine Bolschewisierung jeder Art. Wir sind uns darüber klar, daß eine solche Zielsetzung niemals durch ein politisches Parteiprogramm erreicht werden kann. Die Neuordnung von Staat und Wirtschaft wird und kann nur auf dem Wege beiderseitigen guten Willens und größter Opferbereitschaft geschaffen werden.

Wir bieten in ernster Stunde dem verantwortungsbewußten deutschen Unternehmer die Hand zu einer praktischen Arbeitsgemeinschaft, beseelt von ehrlichem Willen, mitzuarbeiten an der wirtschaftlichen Gesundung zum Wohle der Gesamtheit. Es würde für unser Volk die Katastrophe bedeuten, wenn die wachsende Masse der nationalen Arbeitnehmerschaft allmählich einer gewerkschaftlichen Ideologie verfallen würde, die, obwohl sie ein nationales Mäntelchen trägt, doch nichts anderes bedeutet als getarnter Klassenkampf. Wenn man schon auf beiden Seiten die Überzeugung hat, daß der letztere unbedingt in das Chaos führen muß, dann muß auch der letzte Funke gewerkschaftlichen Denkens aus den Köpfen der nationalen Arbeitnehmerschaft verschwinden. Kampf gegen den freien Unternehmer bedeutet auch Kampf gegen die Wirtschaft, gegen das Herz jeder völkischen und nationalen Existenz. Kämpfen wir für die Freiheit der Wirtschaft; dann wird es sich zeigen, daß der deutsche Kapitalismus die beste Garantie für Brot und Arbeit eines jeden Staatsbürgers ist. Die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit werden sich niemals ganz ausmerzen lassen, sie sind aber nicht so groß, daß sie nicht in friedlich-schiedlicher Weise geregelt und beseitigt werden könnten. In viel größerem Maße berühren sich hier gemeinschaftliche Interessen, die in freundschaftlicher Zusammenarbeit unserem Volke wieder die Weltgeltung verschaffen können, die ihm nach seinen staunenerregenden Leistungen auf allen Gebieten des menschlichen Fortschritts gebührt. Um dieses Zieles willen werden wir mit heiligem Fanatismus die Idee der Werksgemeinschaft gleich einem lodernen Flammenbrand bis in den kleinsten Betrieb hineintragen, ihr werden sich Gewerkschaft und Führeregoismus beugen müssen, nicht um der Wirtschaft und unser Willen, sondern um unseres Volkes wegen.

Aus „Deutsche Wacht“, Wochenschrift der deutschen Vereinigung e. B., Nr. 14 vom 16. 7. 1932.

Der Breslauer Ortskrankenkassenstandal.

In Breslau wurde am Freitag nach siebentägiger Verhandlungsdauer ein Korruptionsprozeß abgeschlossen, der wieder einen marxistischen Riesensandal an den Tag brachte. Es handelte sich um jahrelange Veruntreuungen bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Breslau, die vorwiegend zu Lasten des Hauptangeklagten Bartsch gehen. Dieser war 1924 im Alter von 25 Jahren (!) mit der Leitung der Abteilung Reichsversorgung der A.O.K. beauftragt worden, und da er mehr Sachkenntnisse besaß als alle seine Vorgesetzten, nützte er die Gelegenheit zum Unterschlagen weidlich aus. Die Vorstandsmitglieder, zu Parteibuchbongzen arrivierte ehemalige Schneidergesellen oder Gewerkschaftsfunktionäre, unterschrieben, wie gerichtsnotorisch festgestellt wurde, alles ungeprüft, was ihnen Bartsch vorlegte, und steckten dafür fette Spesen und Tagegelber aus den Groschen der Versicherung ein. Dank dieser Lotterwirtschaft konnte sich Bartsch unbefugte Zwendungen in Höhe von über 20 000 Mark machen, von denen er allerdings auch einen Teil an mitwissende Kumpane abtreten mußte.

Der zweite Auznießer dieses „Systems“ war der praktische Arzt Dr. Wiesner, dem seine Beziehungen zum Reichsbund der Kriegsbeschädigten eine umfangreiche Kriegsbeschädigtenpraxis eingebracht hatten, auf Grund deren er sich in fünf Jahren an 60 000 Mark Einkommen von der A.O.K. beschaffte, obwohl er für ein Drittel davon keinerlei Leistungen ausführte. Das war nur möglich durch Zusammenarbeit mit Bartsch, indem beide den Reichsfiskus in raffiniertester Weise prellten. Zustatten kam ihnen dabei

die Schleudermwirtschaft anlässlich des Neubaus eines Ortskrankenkassenpalastes, bei dem sie 4 Jahre lang jährlich rund 50 000 Mark zum Schaden des Reiches an fingierten „Aberlässen“ zu machen verstanden. Mangels jeglicher Kontrolle seitens der ebenfalls roten Revisionsabteilung gingen auch diese insgesamt 200 000 Mark den Weg der unterschlagenen Krankenkassenbeiträge. Der Schwindel kam schließlich nur deshalb an den Tag, weil Angestellte, die sich nicht genügend berücksichtigt glaubten, auszuschwätzen begannen.

In der Verhandlung ging das Gericht offensichtlich an der Verantwortlichkeit der marxistischen Vorstandsmitglieder nach Möglichkeit vorbei, wahrscheinlich um den politischen Einschlag des Prozesses in Anbetracht des schwebenden Wahlkampfes tunlichst im Hintergrund zu halten. Auch Bartsch verzichtete bezeichnenderweise auf übermäßige Bloßstellung der Bongzen, die zweifellos zu seiner Entlastung beigetragen hätte. Das Urteil gegen ihn lautete auf zwei Jahre neun Monate, gegen Dr. Wiesner auf zwei Jahre, gegen zwei weitere Angeklagte auf ein Jahr vier Monate Gefängnis. Der Strafprozeß wird noch einen Rattenschwanz von Zivilprozessen im Gefolge haben, darunter eine Regreßklage des Reiches gegen die A.O.K. Breslau. Was dabei an Entschuldigungen noch bedorft, kommt für den Wahlkampf zu spät. Die geprellten Breslauer Kassenmitglieder werden aber auch so am 31. Juli über die Systembongzen, die sich mit ihren Beitrags Groschen gemästet haben, Gericht halten.

Für unlere Mitglieder in den Betriebsvertretungen.

Wir beginnen in der heutigen Nummer mit der Veröffentlichung von wichtigen Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts (RAG.). Wir empfehlen unseren Mitgliedern der Betriebsvertretungen, diese Abschnitte auszuschneiden und zu sammeln. Rechtsabteilung der AMB.

Reichsarbeitsgerichtliche Entscheidungen zu § 96 BRG.

Dauer des Kündigungsschutzes.

1. Der Kündigungsschutz des § 96 BRG. beginnt erst mit Amtsantritt. Kündigungsschutz und Amtsjahr des Betriebsrates fallen zusammen. Keinesfalls beginnt also der Kündigungsschutz vor Ablauf des Amtsjahres des alten Betriebsrats.

RAG. 109/27 — Urteil vom 16. 5. 1928.

RAG. 163/28 — Urteil vom 24. 10. 1928.

RAG. 637/28 — Urteil vom 20. 3. 1929.

RAG. 588/28 — Urteil vom 29. 5. 1929.

RAG. 33/29 — Urteil vom 12. 6. 1929.

RAG. 433/29 — Urteil vom 12. 2. 1930.

2. Bei Einreichung nur einer Vorschlagsliste beginnt der Kündigungsschutz des § 96 BRG. erst mit der nach § 8 W.D. z. BRG. erforderlichen Bekanntmachung, daß eine Stimmabgabe nicht stattfindet und die im Wahlauschreiben benannte Anzahl von Bewerbern als gewählt gelten.

RAG. 146/28 — Urteil vom 17. 10. 1928.

RAG. 588/28 — Urteil vom 29. 5. 1929.

RAG. 435/29 — Urteil vom 22. 2. 1930.

3. Dem Bewerber im Wahlvorschlag zum Betriebsratsamt, dem der Kündigungsschutz aus § 96 BRG. mangelt, steht jedoch der Schutz aus § 95 BRG. zur Seite, wenn die Kündigung vor der Wahl ausgesprochen wurde, sofern der Nachweis erbracht werden kann, daß die Kündigung lediglich mit Rücksicht auf die Bewerbung zum Betriebsratsamt ausgesprochen worden ist.

RAG. 163/28 — Urteil vom 24. 10. 1928.

4. Sieht der Tarifvertrag Veränderungen des laufenden Arbeitsvertrages, z. B. hinsichtlich vorübergehender Beschäftigung in einer anderen Wohnklasse als der vereinbarten vor, so muß sich auch das Betriebsratsmitglied solches gefallen lassen.

RAG. 209/28 — Urteil vom 5. 12. 1928.

(Bem. Da es sich nicht um eine Aufkündigung des bestehenden Arbeitsverhältnisses handelt, ist auch eine Zustimmung nach § 96 BRG. nicht erforderlich.)

5. Soll durch Kündigung eine Änderung der Anstellungsbedingungen (Entlohnung) im Einzelarbeitsvertrag erfolgen — das Arbeitsverhältnis als solches also nicht aufgelöst werden —, so gelten die gesetzlichen Kündigungsschranken. Für Betriebsratsmitglieder ist die Zustimmung nach § 96 BRG. erforderlich.

RAG. 23/28 — Urteil vom 19. 5. 1928.

6. Der Kündigungsschutz des § 96 BRG. hat über die Person des Betriebsratsmitgliedes hinaus den Schutz des Amtes zum Ziel. Gerade deshalb soll die Gesamtheit der Amtsgenossen Stellung zur Kündigung nehmen, weil sie mit dem Dienstverhältnis nach § 39 BRG. auch die Mitgliedschaft in der Betriebsvertretung zum Erlöschen bringt. Diesem Zweck würde es widersprechen, wenn eine Betriebsvertretung, der Gruppenrat, die Kündigungszustimmung allein wirksam erteilen könnte, obwohl das Gruppenratsmitglied auch dem Betriebsrat angehört. Deshalb bedarf es zur Kündigung eines solchen Betriebsratsmitgliedes sowohl der Zustimmung des Gruppenrates wie des gesamten Betriebsrats.

RAG. 143/29 — Urteil vom 25. 9. 1929.

Reichsbannerführer Nölting für Kriegsdienstverweigerung.

Die letzte Nummer des „Anderen Deutschland“ veröffentlicht eine dieser Tage von dem sozialdemokratischen Reichsbannerführer Prof. Nölting in Frankfurt a. M. gehaltene Rede, in der Nölting ganz offen die unbedingte Kriegsdienstverweigerung propagierte, indem er in bezug auf den etwaigen Ausbruch eines Krieges u. a. wörtlich erklärte:

„Wir sagen nicht nur: Wir wollen keinen Krieg,

wir sagen positiver und deutlicher: Wir machen einfach nicht mehr mit. Wenn sie ‚Heil dir im Siegerfranz‘ singen, wir antworten mit der Marsellaise, wir rühren kein Gewehr an, setzen keinen Helm auf und drehen keine Granaten. Wir haben den Schwindel der ‚großen Zeit‘ durchschaut.“

Diese Landesverrats-Propaganda fand bei seinen Reichsbanner- und Parteigenossen einmütigen Beifall.

Aus der Bewegung.

Der Bezirkspressewart des Meuselwitzer Bezirks erinnert an die im August erstmalig fälligen Presse-Fragebogen. Ich erwarte, daß jede Gruppe pünktlich ist.

Der Bezirkspressewart
gez. Mally.

Bezirk Meuselwitz. Werksgruppe Schädegrube. Die Tätigkeit der Gruppe und ihrer Schwesterorganisation, der Frauengruppe, war in Monat Juni eine sehr rege. Am 1. Juni fand die Versammlung der Frauengruppe in der „Neuen Welt“ statt, zu der sich die Mitglieder fast vollzählig eingefunden hatten. Zu bemerken ist, daß die Arbeiten für kommende Weibnachten bereits zur Hälfte fertiggestellt sind. Der Mitgliederstand beträgt zur Zeit 38 Frauen.

Am 13. Juni hielten Vorstand und Vertrauensleute eine Versammlung ab, die sich mit wichtigen Organisationsfragen innerhalb der Werksgruppe befaßte. So wurde eingehend das Verfahren von Feierschichten besprochen, auch soll der Verteilung von Gartenland erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die Monatsversammlung fand am 18. Juni statt und war von den dienstfreien Kameraden vollzählig besucht. Herr Dr. Brechtel sprach über das Thema „Preußen und Reich“ in fesselnder, ausdrucksvoller Weise. Sein Vortrag klang mit der Mahnung aus: „Entel mögen kraftvoll walten, schwer Errungenes zu erhalten.“ Nach Erledigung der umfangreichen Tagesordnung schloß der Vorsitzende die Versammlung gegen 11 Uhr.

Werksgruppe Mineralölwerke Rositz. Am 18. Mai wurde unsere Monatsversammlung im Gasthof Rositz abgehalten. Der Besuch ließ ebenso wie bei den vorausgegangenen Versammlungen viel zu wünschen übrig. Kamerad Mled sprach über die deutsche Sozialversicherung. Der Redner erntete starken Beifall für seinen trefflichen Vortrag.

Werksgruppe Waltersdorf. Sonntag, den 26. Juni, fand unsere Monatsversammlung statt. Herr Dr. Brechtel hielt einen Vortrag über die politische Lage, dem die Worte zugrunde lagen: „Entel mögen kraftvoll walten, schwer Errungenes zu erhalten.“ Der Redner fesselte durch seine anschaulichen Ausführungen und erntete von den Anwesenden reichen Beifall. Nach einer lebhaften Aussprache über die Bezirkstreffen Borna und Rositz schloß der Vorsitzende die 2½stündige Tagung.

Bezirk Borna. Dora und Helene, Großzössen. Die Monatsversammlung fand am 28. Mai abends 7 Uhr im Gasthaus Hoffmann, Großzössen, statt. Erschienen waren 154 Kameraden, außerdem der 1. Bezirksvorsitzende Haase, Vobstädt. Während die übrigen Punkte der Tagesordnung sich glatt abwickelten, ergab sich bei den wichtigsten Punkten „Bezirkstreffen“ und „Einführung des Krümpersystems auf Dora u. Helene“ eine recht lebhafte Debatte.

Braunkohlenwerk Borna. Monatsversammlung am 5. Juni. Kamerad Gentsch, Dora u. Helene, hielt einen Vortrag: „Deutschlands Schicksalskampf“, welcher beifällig aufgenommen wurde und eine rege Aussprache auslöste. Anschließend berichtete der Vorsitzende über das kommende Bezirkstreffen in Borna und gab alle Einzelheiten bekannt. Er ermahnte die Kameraden, sich ihrer Pflicht bewußt zu sein und am 10. Juli die Interessen der A.M.B. zu vertreten.

Werksgruppe Adelheid. Die letzte Monatsversammlung fand am 5. Juni statt. Kamerad Moser, Witzitz,

sprach über „Deutschlands Schicksalskampf“. Der Vortrag sprach allgemein an. Ausgenommen in die Werksgruppe wurden drei Kameraden.

Werksgruppe Kraft 2, Deutzen. Sonntag, den 12. Juni, fand eine außerordentliche Versammlung statt. Der Grund hierfür war eine Beitragserhöhung um 20 Pfg. pro Monat und Mitglied ab 1. Juni. Die Erhöhung soll zur Finanzierung der Weihnachtsgeschenkung und der Frauengruppe, welcher seitens der Werksgruppe eine neue Nähmaschine geschenkt wurde, verwendet werden. Die Erhöhung wurde einstimmig angenommen. Ein wichtiger Punkt war weiter das Bezirkstreffen am 10. Juli in Borna, an dem sich die Gruppe geschlossen zu beteiligen beschloß. Kamerad Jafuly, Vobstädt, hielt einen sehr interessanten Vortrag „Warum Werksgemeinschaft?“ Ein Antrag, die Monatsversammlungen auf den Sonnabend zu verlegen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Werksgruppe Ramsdorf. Die Monatsversammlung am 29. Mai 1932 in der Werkskantine war gut besucht. Da auch diesmal der vorgelesene Redner nicht erschienen war, sprach Kam. Werner wieder ein und gab an Hand der geleisteten Bestimmungen und neuesten Entscheidungen der Oberversicherungsämter ausführlich Aufschluß zu der Frage: „Wie erhalte ich nach meinem Ausscheiden aus knappschaftlich versicherungspflichtigen Betrieben meine Anwartschaft bei der Pensionsversicherung?“ Rege Aussprache erfolgte. Am Bezirkstreffen in Borna am 10. Juli will man geschlossen teilnehmen. Kam. Jaebert hielt einen interessanten Vortrag: „Meine Erlebnisse in der Fremdenlegion“, der starken Beifall fand. Dann wurde über die feststehende Stilllegung des Werkes am 30. Juni 1932 gesprochen. Es soll sich nur um eine vorübergehende Stilllegung handeln. Eine Anzahl Kameraden sind schon von der Grubenverwaltung Regis übernommen worden. Der Vorstand wird nichts unerforscht lassen, um auch noch die anderen Kameraden unterzubringen.

Werksgruppe Viktoria Vobstädt. Die Juniversammlung fand in Borna im „Sängerheim“ statt. Vorf. Haase begrüßte die erschienenen Kameraden sowie Herrn Ing. Böhme als Vertreter der Direktion. Ferner wurde begrüßt der Kam. Wülfemann von der Werksgruppe Witzitz, welcher einen Vortrag „Frelve am deutschen Volk“ hielt. Unter Gruppenangelegenheiten wurde nochmals jedem Kameraden zur Pflicht gemacht, am 10. Juli am Bezirkstreffen in Borna teilzunehmen.

Bezirk Zeitz-Weißensfels. Werksgruppe Emma, Streckau. Sonntag, den 19. Juni fand unsere Monatsversammlung im Gasthof „Glückauf“ statt. Am 3.15 Uhr wurde die gutbesuchte Versammlung vom Vorsitzenden Kam. D. Knoblauch mit Begrüßung der Anwesenden eröffnet. 1. Protokoll der letzten Versammlung wird verlesen und genehmigt. 2. Kamerad Knoblauch gibt einen Bericht von der letzten Bezirkssitzung am 26. Mai, woran sich eine Aussprache schließt. 3. Feststellen der Teilnehmer zur Bezirkstundgebung in Borna am 10. Juli. Die

Fahrt nach Borna erfolgt im Autoomnibus. Fahrtkosten werden aus der Kasse bezahlt. Weiter spricht man über die Anlegung von Schrebergärten und über die Sonntag, den 26. Juni, stattfindenden Elternbeiratswahlen. Nach eingehender Aussprache wird für den 21. August eine Gründungsfeier, verbunden mit Kinderfest, einstimmig beschlossen. Näheres hierüber soll in der nächsten Versammlung festgelegt werden. Um 5,45 Uhr wird die Versammlung vom Vorsitzenden mit einem kräftigen Glückauf geschlossen.

Werkgruppe Tagebau Wählig. Sonntag, den 26. Juni, abends 8 Uhr fand unsere Monatsversammlung im

Gasthof Graul-Zeisch statt. Der 2. Vorsitzende Kam. Hornung begrüßt die Anwesenden aufs herzlichste und gibt die Tagesordnung bekannt. Nach Verlesen der letzten Niederschrift erfolgte eine ausführliche Aussprache über die Kundgebungen in Borna und Rositz. Beide Kundgebungen sollen besucht werden. Die weiteren Punkte der Tagesordnung werden zu aller Zufriedenheit erledigt. Kam. Hornung gibt bekannt, daß zur nächsten Monatsversammlung, am 17. Juli, Herr Barts-Salle über die politische Lage spricht. Mit einem kräftigen Glückauf schließt der 2. Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung um 1/2 12 Uhr.

Große Auswahl billiger Bücher aus allen Gebieten der Literatur / Alle Zeitschriften und Lieferungswerke / Musikalien / Reiseführer / Schulbücher / Jugendschriften / Moderne Leihbibliothek.

Bücherstube am Markt Robert Noske
Borna Bez. Leipzig Fernsprecher 658 u. 659

Kolonialwaren, Landesprodukte, Mehl, Futtermittel, Düngemittel, Sämereien Tabak, Zigarren, Zigaretten
empfiehlt
Bernhard Möschke, Lobstädt
Am Bahnhof

Preiswert und gut tätigen Sie Ihre Einkäufe bei den Mitgliedern des Gemeinnützigen Rabattsparvereins Lobstädt, Rieritzsch und Umgegend e. V.

Unsere Mitglieder

Dort erhalten Sie die allgemein beliebte „Grüne Rabattmarke“.

Lobstädt	Haus- u. Küchengeräte:	Textil- u. Manufakturwaren:	Bahnhof Rieritzsch:	Textil- u. Manufakturwaren:
Bäckereien: Hiller, Hermann Kern, Erich Schmidt, Otto Thieme, Rudolf Fahrradhandlung: Leiwelt, Robert Fleischereien: Herbert, Erich Regel, Hugo	Boerner, Rudolf Kosch & Hindorf Kolonialwaren: Buchmann, Otto Dauß, Max Eisfeld, Rosa Möschke, Ernst Schmidt, Alfred Stein, Martha Wählig, Kurt	Börner, Rudolf Großböfien Bäckereien: Ritter, Ewald Schirmer, Albin Fleischereien: Lichtenstein, Rudolf Meyer, Franz	Bäckereien: Blüthner, Helmuth Strigke, Alfred Teichert, Max Fleischerei: Nitsche, Hans Kolonialwaren: Kreiß, Otto Ritterbach, Ernst Sälze, Arno	Krohe, Alara Kömer, Elsa Breunsdorf Kolonialwaren: Läuter, Walter Droschdorf Bäckerei: Kochfroh, verw. A.

Verlangen Sie die „Grüne Rabattmarke“. Sie hilft Ihnen „sparen“.

Werkstantine und Kasino Eugenschacht
Verw. Sch 13

Gutgepflegte Biere der fürstlichen Brauerei Köstritz / Gute bürgerliche Küche / Versammlungslokal des V. Verein Tagebau Petsa / Turn- u. Sportverein A. K. W. Petsa, D. T.

Großer staubfreier Garten, herrliche Veranda

Jeden Sonntag ab 4 Uhr Musikalische Unterhaltung
Eintritt frei / Köstritzer Sonnenquell Glas 0,25 RM.

Restaurant Sängerheim, Borna
Grimmaer Straße

empfiehlt sich als Verkehrslokal der Gruppen der A. M. B. von Borna und Umgegend
Hochachtungsvoll Albin Schramm

**Gasthof und Tanz-Palast
Stadt Altenburg**

Lobstädt (Bezirk Leipzig)
Inh.: Ellab. verw. Bräuhelm / Fernruf: Amt Borna 519
Verkehrsl. d. A. M. B.-Werk-
gruppe V i k t o r i a, Lobstädt

Kurt Wählig, Lobstädt

Hauptstraße 85 Fernsprecher 303
empfiehlt

Kolonialwaren, Drogen und Farben
Tabak / Zigarren / Zigaretten
Weine und Liköre / Sämereien

Hotel „Wettiner Hof“

Telefon 104 Borna Bez. Leipzig Telefon 104

Haus der Vergleute

Verkehrs- u. Schulungslokal des Bez. Borna der A. M. B.
Versammlungslokal der Werkgruppe Brauntofenwerke Borna und aller vaterländischen Verbände.

Eristlaßige Küche / Täglich preiswerteste Hausgerichte / Eigene Kühl-
anlage / Bestgepf. Biere / Neueingerichtete Fremdenzimmer. Saal,
Konferenzzimmer in verschiedenen Größen / Regelfahrt / Autogaragen.
Inhaber: Erich Bohring.

A. Spitzmann
Borna
Bahnhofstraße

Beste und billige Bezugsquelle
für Sammelbestellungen

für
Kaffee / Tee / Kakao / Schokoladen
Kakes / Minorka-Zwieback

Vereinszimmer

Verantwortlich für den Inhalt: J. B. Rich, Mally, Wutz (Zeitz-Land) — Druck Robert Noske, Borna Bz. Leipzig.

Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat, und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Buchdruckerei Robert Koske, Borna bei Leipzig, Pegauer Str. 1/3

5. Jahrgang

Halle (Saale), den 27. August 1932

Nr. 8

Neue Wege zur Lohngestaltung.

Unter den Gesezrentwürfen, die zur Zeit die Reichsregierung beschäftigen, interessiert uns als berufsständische, werksgemeinschaftliche Arbeitnehmerbewegung vor allem die **Neuordnung des Tarif- und Schlichtungswesens**. Wir begrüßen es, daß nun endlich an diese Dinge herangegangen wird, und wir sind mit der gesamten, im Hauptausfluß nationaler Industriearbeiterverbände zusammengefaßten Arbeitnehmerschaft der Hoffnung, daß diese Neuordnung unseren seit Jahren vertretenen Ansprüchen und Forderungen gerecht wird.

Wie auf ein gegebenes Stichwort hin entrüstet sich die gesamte gewerkschaftlich eingestellte Presse über die Regierungspläne und schreit nach Sicherung der Errungenschaften der Revolution, Erhaltung des sozialen Volksstaates, redet von Entrechtung der Arbeiterschaft und wie die Balkenüberschriften der verschiedensten Zeitungsaufsätze lauten. Der unbefangene Leser solcher und ähnlicher Aufsätze kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als wenn deren Verfasser mit ihrem Wutgeschrei etwas ganz anderes meinen, als sie es ihren gläubigen Lesern vorzuführen belieben. Er wird den Eindruck nicht los, als wenn das ganze Geschrei vom sozialen Volksstaat, den Errungenschaften, Volksrechten usw. nur vorgetäuscht sei, um den wahren Ärger und die tiefe Enttäuschung und Angst zu verbergen, Angst um den Bestand ihrer eigenen Machtpositionen: „Wir hatten uns doch so hübsch eingerichtet in diesem Volks (= Gewerkschafts) Staat; das Reichsarbeitsministerium war in unserer Hand. Die Versicherungseinrichtungen werden von uns beherrscht, in den Arbeitsämtern haben wir zu sagen; alles das hat uns der Volksstaat gebracht, und wir lebten nicht schlecht. Die Gehälter waren angemessen (vielfach mehr unseren Ansprüchen als unseren Leistungen). Unsere Arbeitsräume hatten wir uns zwar etwas kostspielig, aber recht menschenwürdig und zweckentsprechend gestaltet; wir fühlten uns so recht wohl und hätten es noch jahrelang aushalten können bis zur Pensionierung. Wir konnten verdiente Agitatoren und Funktionäre in nette Posten bringen und waren immer so hübsch unter uns. Und nun kommt dieser Papan und Schleicher uns ins Gehege. Allerhand Maßnahmen sind schon getroffen worden, mancher hohe Parteifreund ist schon an die Luft gesetzt worden. Wer weiß, was uns noch blüht. Wir hatten doch noch so mancherlei vor...“

„Also das geht nicht, das lassen wir uns nicht gefallen: unsere Posten sind in Gefahr; doch halt! das darf man nicht sagen, also anders herum: Arbeiter, eure Errungenschaften sind in Gefahr, der Volksstaat soll angetastet werden, setzt euch zur Wehr!, protestiert! Aufmarsch! Aktion! Tat!“

Diese Notgeschreie fallen je nach mehr oder weniger links erfolgter Orientierung mehr oder weniger heftig aus. So sagt

der christliche Gewerkschaftsführer Kaiser in einem Vortrage in Köln (laut Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Nr. 14 vom 15. 7. 1932):

„Selten haben sich wohl Ereignisse so stark und tief in das Bewußtsein der Arbeiterschaft eingebohrt, wie die politischen Geschehnisse der jüngsten Zeit. Selten aber auch haben politische Ereignisse die Arbeiterschaft in so einiger klarer Haltung und Frontstellung gefunden. Jeder empfand sofort, daß es nunmehr um die Entscheidung geht, daß der Endkampf um die Führung des deutschen Staates einsetzt und daß es dabei für das Lebensrecht der Arbeiterschaft um alles geht.“

Unser Vertrauen zum Volksmann Hindenburg ist durch die Vorgänge um Brünnings Sturz schmerzlich betroffen. Es ist unsere Überzeugung, daß er im Herumwerfen des Staatsfeuers im guten Glauben, so handeln zu müssen, irrte. Seine Überlegung war wohl, auf diesem Wege den Kräften des ‚nationalen Aufbruchs‘ das Einschwenken zu positiver Staatshaltung zu ermöglichen. Schuld an dem Irrtum, dem er dabei verfallen, sind die Hintermänner jenes feudalen Herrenklubs in Berlin, von denen die neue Regierung im wesentlichen vorbereitet und geschaffen wurde. Und schuld ist die neue Regierung, die die Begriffe national und sozialreaktionär gleichsetzt.

Mit dieser neuen Regierung haben wir uns auseinanderzusetzen. Mit ihr und mit den exklusten Gruppen des alten Herrendeutshlands, die sie tragen und stützen. Und auch über die Nationalsozialisten werden wir sprechen müssen, deren politische Gesamthaltung das Dasein dieser für gesundes und aufrechtes Volksempfinden unmöglichen Feudalregierung erst ermöglichte.

Zunächst muß die politische Methode der Reaktion noch einmal festgehalten werden. Sie hat den Nationalsozialismus großgezogen und gefördert. Sie hat ihm in einer Zeit größter Wirtschafts- und Staatsnot die Mittel gegeben, um eine überwältigende Propaganda gegen das ‚System‘, d. h. gegen den Volksstaat, führen zu können. Der Nationalsozialismus ist mit Mitteln ausgerüstet worden, die man der Arbeiterschaft vom Lohn abgezogen hat. Nachdem diese hemmungslose Propaganda mit ihren gewissenlosen Versprechungen und Verheißungen das deutsche Volk bis zur Selbstzerfleischung aufgepeitscht hat, tritt die Reaktion offen hervor. Unter dem Vorwand, die entfesselten politischen Leidenschaften bändigen zu müssen, d. h. die nationalsozialistischen Kräfte nunmehr in das Volk einzugliedern, bildet sich aus Kreisen der Reaktion das Kabinett, die Regierung der ‚nationalen Konzentration‘.

Das ist der Hintergrund auf dem sich die Bildung des Kabinetts Schleicher-Papan abhebt. Aber diesen Hintergrund muß Klarheit herrschen. Und wir tun unserem Volke



einen Dienst, wenn wir auch als christliche Arbeiterschaft eine unmißverständliche klare Sprache führen.

Wir führen diese Sprache nur aus schwerem Herzen. Die Existenz unseres Volkes, seine Zukunft, seine Einheit und außenpolitische Freiheit brennt uns auf der Seele. Wir sahen den Weg zur Einheit und Freiheit schon beschritten. Wir haben Stück für Stück vom hart erkämpften Lebensraum der Arbeiterschaft zum Opfer gebracht, um diesen Weg zu erleichtern, abzukürzen. Die Verantwortung dafür, daß dieser Kampf jäh abgebrochen wurde, die Verantwortung dafür, daß die deutsche Arbeiterschaft aufstehen muß gegen die Annahmung einer deutschen Klassenregierung, trifft die Männer dieser Regierung. Trifft die Gruppen, die hinter dieser Regierung stehen, die Nationalsozialisten eingeschlossen.

Der Kampf der Regierung Schleicher—Papen und all der Gruppen, die sympathisch gegenüberstehen, gilt nicht zuletzt der in den Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeiterschaft. In diesem Kampfe sind sich die neue Regierung, die Kreise der Reaktion und auch die nationalsozialistische Partei einig. Dieser Kampf gegen die Gewerkschaften und ihren Einfluß findet ein Echo in weiteren Kreisen unseres Volkes. Es besteht die Gefahr, daß er ein verführerisches Echo auch in bürgerlichen und häuerlichen Kreisen, die einer christlichen Arbeiterschaft nahestehen, findet. Wir müssen um der Klarheit der Situation willen wissen, daß die Gewerkschaften, die nun einmal mit zum Teil harter Hand den Weg für Freiheit und Würde der Arbeiterschaft freimachen mußten, nicht gerade Liebe und Begeisterung in den anderen Schichten gefunden haben. Der für die Arbeiterschaft erkämpfte Lebensraum schmälert ja hier und da die mehr oder minder breite Lebensbasis der anderen Schichten. Auch darüber muß Klarheit bestehen. Das bedeutet vor allem, daß die künftigen Auseinandersetzungen mit den arbeiterfeindlichen Mächten nicht von den Parteien allein geführt werden können. Dieser Kampf muß auch von den Gewerkschaften geführt werden.

Um die Situation ganz zu kennzeichnen, muß noch eins gesagt werden. Die Front der Regierung gegen die Arbeiterschaft wird gestützt durch die nationalsozialistische „Arbeiter“partei. Auch das ist für unsere Beurteilung wesentlich. Der Kampf der christlichen Arbeiterschaft gilt auch in der Zukunft der Erhaltung des sozialen Volksstaates. Und hier ist eine große Gefahr gegeben.

Wir stehen vor der Entscheidung, ob die nächste Zukunft für Deutschland in dieser oder jener Form den Faschismus bringt. Was der Faschismus bedeutet, wissen wir. Er wird die Entrechtung der Arbeiterschaft bringen. Und er wird die Gefahr des Kommunismus im Gefolge haben. Die deutsche Arbeiterschaft ist die geistig reifste Arbeiterschaft der Welt. Sie läßt sich nicht entmündigen. Ich denke dabei vor allem an die große Masse der Sozialisten. Eine faschistische Herrschaft wird sie unweigerlich dem Kommunismus in die Arme treiben. Man muß weiter an die destruktiven Elemente denken, die sich im Nationalsozialismus gesammelt haben. Gerade diese hoffen auf Befriedigung ihrer Wünsche und Hoffnungen. Enttäuscht werden sie wieder dahin zurückkehren, woher sie gekommen, zum Kommunismus. Ob sich das alles in einem Jahre oder in fünf oder zehn Jahren abspielt, spielt keine Rolle. Die Gefahr ist gegeben.

Wir verlangen soziale Gerechtigkeit um der Einheit und nationalen Würde des gesamten deutschen Volkes willen. Wir kämpfen für die nationale Volksidee des deutschen Volksstaates.

Die neue Regierung möge sich auch hüten, ihre Arbeiterfeindlichkeit mit einem christlichen Mantel zu umhüllen. Christlich ist nur soziale Gerechtigkeit, nicht aber Klassenherrschaft der Besitzenden.“

Mit großem Geschick ist hier der wahre Sinn verschleiert. Vieles ist entstellt und falsch gesehen, manches wieder bieder und ehrlich dargestellt und in Einzelheiten durchaus zu unterstreichen. Was über die Nationalsozialisten gesagt ist, mögen die mit ihren christlich-national organisierten Mitgliedern, deren es ja in der nationalsozialistischen Partei und Führerschaft eine Menge gibt, ausmachen.

Uns interessiert vor allem die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit. Darin stimmen wir mit dem Verfasser durchaus überein. **Wo aber ist diese soziale Gerechtigkeit geblieben unter dem Regime der dem Verfasser nahestehenden Personen und Parteien?** Uns hat man an dieser sozialen Gerechtigkeit nicht teilnehmen lassen, uns hat man ausgeschaltet entgegen dem klaren Wortlaut der Reichsverfassung. Uns hat man entrechtet und als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt. **Der Schandparagraf 184 des Reichsknappschaftsgesetzes muß jedem gerechtdenkenden Menschen die Schamröte ins Gesicht treiben.** Und wie war es mit all den übrigen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit zu verteilenden sozialen Ämtern, als Arbeitsgerichtsbeisitzern usw. Wo war bisher diese Gerechtigkeit, nach der die Herrschaften heute schreien, die sie aber selbst immer mit Füßen getreten haben!

Unglaubliche Dinge sind vorgekommen. Bloß ein einziges Beispiel aus tausenden: In einem Betriebe (etwa 700 Arbeiter) sollen Knappschaftsältestenwahlen stattfinden. Der bisherige Älteste, über 20 Jahre gewerkschaftlich organisiert, seit mehr als 10 Jahren Ältester, genießt das Vertrauen der ganzen Belegschaft, seiner eigenen Genossen, der U.M.B., des Stahlhelm und der Anorganisierten. Durch verschiedene Eingaben an seine Partei, an die Knappschaft usw., in denen er im Interesse seiner Belegschaftskameraden auf offenkundige Mißstände hinweist und Abhilfe fordert, zieht er sich den Anwillen seiner Gewerkschaft zu und wird nicht mehr als Kandidat aufgestellt, sondern an seiner Statt ein Mann, der zwar den knappschaftlichen Dingen ahnungslos gegenübersteht, aber um so treuer organisiert ist und ein kleines Kassiererpöstchen innehat. Die Belegschaft ist empört. Eine Belegschaftsversammlung, von vielen hundert Kameraden besucht, spricht dem bisherigen Ältesten vollstes Vertrauen aus, reicht Belegschaftsliste ein und erzielt etwa 90% aller abgegebenen Stimmen, während der Gewerkschaftsmann ein Bäckerduzend Stimmen erzielt. Natürlich wurde der bisherige Älteste mit den 90% Stimmen gewählt?? Eigentlich selbstverständlich, aber in diesem Falle weit gefehlt. Wenn's den Gewerkschaften in den Kram paßt, gilt auch bei ihnen Schillers Wort: Die Mehrheit ist der Anjinn, Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen. **Die Mehrheit wurde gemäß der gewerkschaftlichen „Gerechtigkeit“ an die Wand gedrückt und der Mann mit den 25 Stimmen gewählt.** Das ist der Sinn des Paragrafen 184 des RKG. Die Belegschaft kann wollen und beschließen was sie will, entscheidend ist das Machtwort der paar gewerkschaftlichen Drahtzieher.

Und diese Herrschaften verlangen soziale Gerechtigkeit? Man weiß wirklich nicht, was man zu dieser naiven Unverschämtheit sagen soll.

Diese Dinge müssen geändert werden. **Wir verlangen und fordern Aufhebung des schmachtvollen Paragrafen 184. Wir verlangen soziale Gerechtigkeit, d. h. Gleichberechtigung mit allen übrigen Staatsbürgern.** Das Durcheinander auf dem Gebiete der Anerkennung als wirtschaftliche Vereinigung muß ein Ende haben. **Der Wille der Belegschaft muß berücksichtigt werden. Von hier aus ist auch das Tarifrecht neu zu regeln. Wir verlangen Anerkennung der Werttarife auf der Grundlage des Leistungslohnes.** Was helfen uns noch so hohe Tarife, wenn keine Arbeit da ist. **Die Bonzen haben Tarife gemacht, aber der Arbeiter hungert.** Wieviel Glend verdanken wir dem Schlagwort vom politischen

Lohn und seiner Befolgung in der Praxis! **Wirtschaft ist nicht Politik.** Die Politik hat sich aber in einer Weise der Wirtschaft bemächtigt, daß von freier Entschliebung des Unternehmers und von freier Betätigung des Arbeitnehmers keine Rede mehr sein kann. Der Staatssozialismus hat einen viel größeren Umfang angenommen als die meisten ahnen. Das staatliche Schlichtungsweisen bedeutet in Wahrheit, daß die Tarifparteien die Verantwortung von sich abwälzten und dem Staat überantworteten. Je mehr Staatsmacht die Gewerkschaften besitzen, d. h. je mehr Stimmen die Gewerkschaftsparteien erzielen, um so günstiger wird die Tarifgestaltung. Also mit dem Stimmzettel bestimmt die Frau den Lohn des Mannes, wie es auf dem Magdeburger Parteitag der SPD. unverblümt ausgesprochen wurde. Wurde die Arbeiterschaft einmal unzufrieden mit ihrer Gewerkschaft (das ist sie eigentlich immer), dann hatten die Führer immer die billige Ausrede: Nicht wir sind schuld, sondern der Staat, der von den Kapitalisten beherrscht wird.

Die Folgen solchen Tuns liegen klar vor jedermanns Augen. In Verbindung mit Versailles, Reparationen, Inflation, übertriebener Anleihepolitik, ausgearteter Sozialversicherung, in Verbindung mit ungeheuren Marktveränderungen — der asiatische Markt mit etwa zwei Fünfteln der gesamten Erdbevölkerung liegt brach — und Produktionsveränderungen — viele neue Industrieländer sind entstanden, die ihre Erzeugnisse durch hohe Zölle gegen ausländische Einfuhr zu schützen suchen — in Verbindung mit all diesen Ursachen hat die verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik eine Arbeitslosigkeit geschaffen, d. h. ein Sterben der Wirtschaft, das ohne Beispiel in der Geschichte dasteht. Diese deutsche Not hat eine riesige Krise in der Wirtschaft der ganzen Welt zur Folge gehabt. Soweit hätte es bei uns nicht zu kommen brauchen.

Aber es ist nie zu spät zum Aufbau und zur Neugestaltung der Dinge. Nur der ist verloren, der sich selbst aufgibt und keine Hoffnung mehr hat. **Voraussetzung zum Neuaufbau aber ist der Wille und dieser wieder Ausfluß einer sittlichen, d. h. verantwortungsbewußten Persönlichkeit.** Persönlichkeiten brauchen wir und nicht Maschinen. Weniger Bürokratie, desto mehr eigene Initiative! An Stelle eines auf die Spitze getriebenen Mechanismus, der alles nur schematisch, organisatorisch sieht, brauchen wir die Erkenntnis der organischen Zusammenhänge in Staat und Wirtschaft. Träger beider ist der Mensch, aber ein freier Mensch, der seine höchste Freiheit in der Selbstverantwor-

tung und Selbstbeschränkung sieht; Verantwortungsgefühl des Einzelnen und seine daraus entspringende Leistung bildet die Grundlage des Wirtschaftslebens, muß daher auch die Grundlage der Entlohnung bilden. Die heutige politische Lohngestaltung nimmt weder Rücksicht auf die Rentabilität des Werks, des Unternehmens, noch auf die Leistung des einzelnen Arbeitnehmers. Beide sind in ihrem Leistungsgrade verschieden, und auf diese Verschiedenheiten muß bei der Lohngestaltung Rücksicht genommen werden im Gegensatz zur bisherigen Lohngestaltung, die rein schematisch für ganze Wirtschaftsgebiete den Lohn diktierte. Wir sprechen dem Staat durchaus nicht das Recht ab, regulierend einzugreifen, den Einzelnen vor Auswüchsen und Mißbräuchen zu schützen; wir erinnern an die kaiserliche Botschaft des Jahres 1881, die — in den Anfängen der Industriegewerkschaft — ein Bollwerk errichtete gegen manchesterlichen Liberalismus des Auslands, speziell Englands. Diese Botschaft hatte zur Folge eine soziale Versicherungsgesetzgebung, die ihresgleichen nicht hatte in der Welt. Aber der staatliche Eingriff muß auch letzte Möglichkeit sein, nachdem die anderen Möglichkeiten erschöpft sind. Und diese sind: **freie Lohnvereinbarung des Arbeitgebers mit seiner Belegschaft, Werksvereinbarungen, Leistungslohn.** Er ist sicher, daß eine solche Lohngestaltung dazu beiträgt, die Arbeitslosigkeit herabzumindern. Die Voraussetzung der preussischen Erhebung von 1813 war die Befreiung der Bauern, die Gewerbefreiheit und die Selbstverwaltung der Städte. Nur freie Menschen, so argumentierte Stein mit Recht, werden ihre Freiheit, werden ihren Staat zu verteidigen wissen.

Je weniger Zwang in der Wirtschaft vorhanden ist, um so besser wird sie und muß sie gedeihen. Die sogenannten Errungenschaften, die soziale genannt werden, sind längst unförmig geworden, sie richten sich gegen die Arbeitnehmerschaft selbst. Heute ist man sich doch darüber klar, daß die bisherige Tariflohnpolitik dauernd die Wirtschaftstätigkeit lahmgelegt hat, die Arbeitnehmerschaft durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit in ihrer Lebenshaltung und Kaufkraft zurückgeworfen hat.

Wir fordern endlich, daß andere Wege beschritten werden, wie wir sie oben angedeutet haben. Das bisherige Gewerkschaftssystem hat es nicht verhindern können, daß sechs Millionen Erwerbslose hungern, es muß also selbstverständlich sein, daß endlich mit diesem System Schluß gemacht wird. Der Erfolg wird uns bestimmt recht geben.

Nach den Wahlen.

Oft genug ist das deutsche Volk in der letzten Zeit an die Wahlurne gegangen. Der 31. Juli sollte die letzte Entscheidung bringen, die Klärung, ob die Volksmehrheit sich für Hitler entscheidet oder nicht. Hitler hat gewaltige Erfolge errungen. Seine Partei ist bei weitem die stärkste im neuen Reichstag. Mehr als ein Drittel aller abgegebenen Stimmen konnte er erzielen. Aber nicht die Mehrheit, auch nicht mit den Deutschnationalen, die im Gegensatz zu den übrigen bisherigen bürgerlichen Parteien ihren Besitzstand an Mandaten einigermaßen behaupten konnten. Wie zu erwarten, hat die SPD. eine gehörige Schwächung erfahren, während die Kommunisten aufholen konnten. Auch das Zentrum hat offensichtlich durch den Zugang bisher staatsparteilicher Stimmen einige Mandate gewinnen können.

Nach einer kurzen Ruhepause begann das Spiel der Verhandlungen mit dem Ziel, das Wahlergebnis sich auch praktisch in der Regierungsbildung auswirken zu lassen. Der 13. August brachte die Entscheidung. Die Geschichte wird Klarheit darüber zu schaffen haben, wie es kam, daß eine Übereinstimmung zwischen der Hindenburg- und Hitlerauf-

fassung nicht erzielt werden konnte. Hitler verlangte alles oder nichts. Es waren ihm angeboten Vizekanzler, Innenministerium und preussisches Ministerpräsidium. Das aber genügte Hitler nicht, sondern er nahm die volle Staatsgewalt und die eindeutige Führung für sich und seine Partei in Anspruch. Hindenburg glaubte nach den Erfahrungen, die er mit dem Parlamentarismus gemacht hat, es vor Gott und seinem Gewissen nicht verantworten zu können, einer Partei die gesamte Macht zu übertragen, um so weniger, als die Wahl der nationalen Bewegung keine absolute Mehrheit gebracht hatte. Hindenburg wollte an dem Präsidialkabinett, also einer überparteilichen Regierung festhalten, die durch die Hereinnahme wichtiger Naziminister umgebildet werden sollte. Das aber glaubte Hitler ablehnen zu müssen.

Wir hätten es im Interesse einer endgültigen Klärung der Verhältnisse auf inner- und außerpolitischem Gebiete gerne gesehen, wenn die NSDAP. nun die Verantwortung übernommen hätte. Wir haben in diesen Blättern immer darauf hingewiesen, daß es überaus schwer ist, die Methoden parteimäßiger Agitation mit den Linien ernster und ziel-



bewußter Verantwortung in Einklang zu bringen. Hitler kann für sich die Auffassung in Anspruch nehmen, daß er eben nur allein, ungehindert durch Rücksichtnahme auf andere Parteigruppen, die Möglichkeit habe, sein Programm durchzuführen. Für eine solche Auffassung kann man durchaus Verständnis haben. Andererseits aber steht letzten Endes das Schicksal des Reiches und Volkes auf dem Spiele, und das ist mehr als das Dogma einer Partei.

Das Kabinett v. Papen bleibt nun unverändert im Amt. Wie lange, steht allerdings dahin. Wird der Reichstag zum Monatsende einberufen, dann wird sich v. Papen einer bisher noch nicht dagewesenen Opposition gegenüberfinden. Nochmals Reichstagsauflösung und Neuwahlen? Das hat ein sehr großer Teil der Wähler satt. Außerdem ist eine Entscheidung in diesem oder jenem Sinne nicht zu erwarten.

Die augenblickliche Lage läßt es immer klarer werden: Mit den Mitteln des Parlamentarismus läßt sich nicht mehr regieren, der Parlamentarismus hat abgewirtschaftet. Geslingt es v. Papen, entscheidende Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu treffen und die Wirtschaftsnot zu lindern

und einzudämmen, dann darf er des Dankes und der Anerkennung sämtlicher Volksgenossen gewiß sein. Ein umfangreiches Programm ist angekündigt, dem wir vollen Erfolg wünschen.

Von sozialdemokratischer Seite ist eine Reihe von Gesetzesanträgen vorbereitet worden, die nur den Zweck haben, Material für neue Agitation zu schaffen. Kein Gedanke, damit dem Volke helfen zu wollen. Das ist das ganze Abell der heutigen Zeit, Partei und Parteidogma über die Notwendigkeiten der Nation zu stellen. Unsicher liegt die Zukunft vor uns. Die Wahlen haben keine Klärung gebracht; der Sommer geht dem Ende entgegen und damit schwindet die Aussicht auf saisonmäßige Belebung der Wirtschaft mehr und mehr. Soll uns ein noch schlimmerer Winter beschert werden als 1931 und die vorhergehenden? Alle sind sich darin einig, daß das verhütet werden muß. Alle müssen sich deshalb auch einig sein in der Forderung: **Fort mit dem Parteigeist und dem Parteiegoismus. Über allem hat zu stehen das Vaterland und das Volk.**

Demagogische Sozialisierungsanträge.

Noch während der Wahlpropaganda zum Reichstag und gleich nach der Wahl hatte die Linkspresse höhnisch und drohend angedeutet, daß die Sozialdemokratie den Nationalsozialisten noch reichlich Gelegenheit bieten würde, der Öffentlichkeit zu beweisen, was von deren (der NSDAP.) sozialistischem Programm zu halten sei. Die SPD. hat sich bemüht, ihren Worten die Tat folgen zu lassen. Der „Vorwärts“ veröffentlicht in der Sonnabendnummer vom 20. 8. 1932 die Sozialisierungsanträge der neugewählten Reichstagsfraktion. Gefordert wird:

Verstaatlichung der Schlüsselindustrien (Bergbau, Eisen, Großchemie, Zement).

Verstaatlichung der Großbanken. Aufsichtsamt über das gesamte Bankwesen.

Enteignung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes zugunsten von Landarbeitergenossenschaften und bäuerlichen Siedlern.

Errichtung und Ausbau von Staatsmonopolen.

Errichtung eines Kartell- und Monopolamtes.

Errichtung einer zentralen Planwirtschaftsstelle.

Gleichzeitig wird in der Sonntagsausgabe (Nr. 393) vom 21. 8. 1932 hinzugefügt:

„Schon die Tatsache, daß diese Anträge die Anwendung des freigewerkschaftlichen Aktionsprogramms für den Umbau der Wirtschaft darstellen, muß sie vor dem Verdacht schützen, als ob es sich dabei um die Befriedigung eines bloßen Agitationsbedürfnisses oder etwa nur um ein parlamentarisches Manöver zur Entlarvung des Nazischeinsozialismus handelte. Die Anträge dürfen auch keineswegs

als die Plakatierung von Fernzielen angesehen werden; es sind Gegenwartsforderungen, d. h. die heute vorhandene ökonomische Situation wird als reif für sozialistische Wirtschaftsgestaltung in breiter Front angesehen.“

Schon die oben angedeutete Tatsache, daß eben die SPD. solche Anträge als reine Agitationsanträge während des Wahlkampfes und gleich nach der Wahl angekündigt hat, kennzeichnet die jetzt gestellten Anträge als reine Demagogie. Die heuchlerischen Erläuterungen des „Vorwärts“, die wir oben wiedergaben, bestätigen das mit aller Deutlichkeit.

Ferner ist dazu zu sagen, daß es bisher im Gegensatz zu der Vorwärtsäußerung die Meinung der sozialistischen „Wissenschaft“ gewesen ist, daß es natürlich ein Unsinn wäre, eine heruntergewirtschaftete Wirtschaft zu sozialisieren. Wenn nun heute der „Vorwärts“ bzw. die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich zu einer entgegengesetzten Anschauung bekennt, so beweist diese Tatsache wiederum, daß es sich bei diesen Anträgen nur um reinste Demagogie, d. h. Irreführung der Massen handelt.

Es kommt der SPD. nur darauf an, Uneinigkeit in die Reihen der Rechten zu treiben und den Versuch zu machen, die NSDAP. zu zersplittern.

Weil das Ganze nichts weiter darstellt als ein taktisches Manöver, erübrigt es sich, auf den Inhalt der Anträge einzugehen. Diese Zeilen sollen lediglich dazu beitragen, die Absichten der SPD. zu enthüllen und niedriger zu hängen. Mit solchen Machenschaften beseitigt man nicht die Wirtschaftsnot.

Verschuldung und Zinslast.

Wir entnehmen die nachstehenden Ausführungen dem neuesten Wochenbericht des **Instituts für Konjunkturforschung**. Besonders für unsere Redner werden die Zusammenstellungen recht wertvoll sein.

Die **Zinslast der deutschen öffentlichen und privaten Wirtschaft**, d. h. der Betrag, den die Wirtschaft für die Verzinsung der aufgenommenen Lang- und Kurzkredite zahlen muß, läßt sich für die Gegenwart (Mitte 1932; aufs Jahr gerechnet) auf **6,2 Milliarden Mark** schätzen. Mit diesem Betrag wird eine Verschuldung von **etwas über 90 Milliarden Mark** verzinst, die sich aus etwa **60 Milliarden Mark Langkrediten** und etwa **30 Milliarden Mark Kurzkrediten** zusammensetzt. (Zur Gesamtverschuldung ist noch der

Münzumlauß zu zählen, der einen zinslosen Kredit an das Reich darstellt.)

Von den **6,2 Milliarden Mark** Zinsen dienen etwa **3,5 Milliarden Mark der Verzinsung der Langkredite** und **2,7 Milliarden Mark der Verzinsung der Kurzkredite**.

Von der gesamten Zinslast entfallen rund **1,2 Milliarden Mark**, also **fast ein Fünftel, auf die Verzinsung von Auslandskrediten**, und zwar ungefähr je zur Hälfte auf kurzfristige und langfristige Kredite.

Die Zinslast ist gegenwärtig zwar geringer als in den letzten Jahren; die Zwangsconversion der inländischen Langkredite, die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts und die Verringerung der Zinsspanne bei den Banken haben

die aufzubringenden Zinsbeträge vermindert. Die Zinsentlastung blieb aber weit hinter der Geschäftsschrumpfung zurück, so daß die Umsatzeinheit gegenwärtig mit mehr Zinsen belastet ist als in den letzten Jahren.

Die gesamte Krediterschuldung verteilt sich auf die einzelnen Wirtschaftszweige ungefähr folgendermaßen:

Verschuldung der Wirtschaftszweige.

Schätzungen in Milliarden Mark; Stand am Jahresende

	1928	1929	1930	1931
Landwirtschaft	10,83	11,39	11,63	11,77
Hausbesitz	20,03	22,68	26,05	27,95
Öffentliche Gebietskörperschaften	16,56	19,52	22,13	22,22
Öffentliche Unternehmungen u. Zweckverbände	2,82	3,86	4,49	5,30
Handel, Verkehr, Handwerk, Industrie usw.	27,96	31,05	30,30	26,36
Zinsgesamt	78,20	88,50	94,60	93,60

Zinslast der Wirtschaftszweige.

Schätzungen in Milliarden Mark; bezogen auf die Verschuldung am Jahresende

	1928	1929	1930	1931	Mitte 1932
Landwirtschaft	0,92	0,95	0,95	1,01	0,85
Hausbesitz	1,48	1,63	1,75	1,83	1,51
Öffentliche Gebietskörperschaften	1,10	1,36	1,52	1,43	1,43
Öffentliche Unternehmungen und Zweckverbände	0,20	0,28	0,33	0,34	0,34
Handel, Verkehr, Handwerk, Industrie usw.	2,60	2,98	2,35	3,00	2,10
Zinsgesamt	6,30	7,20	6,90	7,61	6,23

Das schwierigste Problem der Zinsbelastung ist die mangelnde Anpassungsfähigkeit der Zinslast an die übrigen

Wirtschaftsvorgänge. Die Zinslast in ihrer Gesamtheit gehört zu den am wenigsten beweglichen Elementen der Wirtschaft überhaupt. Je mehr Produktion, Umsatzmengen und Preise im Ablauf der Deflationskrisis sinken, desto drückender muß die Belastung werden, die die Wirtschaft durch die Zinsen zu tragen hat.

Die Unbeweglichkeit der Zinslast ergibt sich bei den Langkrediten aus der langfristigen nominellen Festlegung von Schuldsomme und Zinssatz: Diese Unbeweglichkeit ist so lange kein Problem, solange die Schwankungen von Produktion und Preisen sich in verhältnismäßig engen Grenzen halten, wie dies etwa in den drei letzten Konjunkturzyklen der Vorkriegszeit der Fall war. Die relative Steigerung der Zinssumme für Langkredite ist bei normalen Konjunkturschwankungen nur eines der Zeichen für das Ansteigen der fixen Kosten im Konjunkturrückgang. Diese Wirkung wurde dabei in der Vorkriegszeit noch zu einem Teil dadurch ausgeglichen, daß sich die Zinsbelastung durch die Kurzkredite mit dem Rückgang der Zinssätze für diese Kredite und dem Kreditvolumen ermäßigt hat.

Anders ist es in der augenblicklichen Situation: Wir beobachten, jedenfalls bis zum Jahre 1931, nicht nur eine Steigerung der Zinslast für die Langkredite, bei sinkender Produktion zu sinkenden Preisen, sondern mit der Steigerung der Zinssätze auch eine Erhöhung der Zinslast für die Kurzkredite, obwohl das Kreditvolumen zurückgeht. Verschärft wird diese Konstellation noch dadurch, daß durch die ungewöhnlichen Formen des Schrumpfungsprozesses alle Relationen ins Widersinnige verdreht worden sind. Wenige Zahlen genügen, um diese Tatsachen deutlich erkennen zu lassen:

Wenn man als Ausdruck für die gesamte volkswirtschaftliche Produktion die Zahlen des Volkseinkommens heranzieht, dann ergibt sich folgende Relation zwischen volkswirtschaftlicher Produktionsleistung und Zinsbelastung:

Reichsarbeitsgerichtliche Entscheidungen zu § 96 BRG.

7. Die Zustimmung nach §§ 96, 97 BRG. kann auch nach der Kündigungserklärung erteilt werden, nur muß der Arbeitgeber sie ohne schuldhaftes Verzögern nachsuchen.

RTG. 280/30 — Urteil vom 6. 12. 1930.

8. Durch den unterlassenen Widerspruch eines Betriebsvertretungsmitgliedes allein wird die Kündigung noch nicht wirksam; ein Verzicht auf den Schutz aus § 96 BRG. ist unwirksam. Ein an sich statthafter Auflösungsvertrag kann in der widerspruchsfreien Entgegennahme der Kündigungserklärung noch nicht erblickt werden, zumal wenn der gekündigte Arbeitnehmer sich der Möglichkeit des Widerspruchs gar nicht bewußt ist.

RTG. 556/30 — Urteil vom 1. 4. 1931.

9. Der Kündigungsschutz aus § 96 BRG. besteht auch im Falle der Aussperrung der ganzen Belegschaft, soweit nicht gegenüber den Betriebsratsmitgliedern persönlich das Recht zur fristlosen Entlassung gegeben ist.

RTG. 505/30 — Urteil vom 14. 3. 1931.

10. Beim Sinken der Betriebsvertreterzahl unter das gesetzliche Maß bleibt der „Rumpfbetriebsrat“ bis zur Neuwahl im Amte. — Auch zur Kündigung eines allein übrigen Betriebsratsmitgliedes ist Zustimmung nach § 96 oder § 97 BRG. erforderlich.

RTG. 463/31 — Urteil vom 5. 3. 1932.

Aus den Entscheidungsgründen:

Das Landesarbeitsgericht geht mit Recht davon aus, daß die Gesamtzahl der Mitglieder des alten Betriebsrates durch die Amtsniederlegung seines fünften Mitgliedes und den Mangel von Ersatzmitgliedern unter die vorschriftsmäßige Zahl der Betriebsratsmitglieder herabgesunken ist, und daß dadurch gemäß § 42 BRG. eine Neuwahl des Be-

triebsrates erforderlich geworden ist. Das BRG. vermeidet aber in solchem Falle ein sofortiges Wegfallen der ganzen Betriebsvertretung, bestimmt vielmehr, daß der alte Betriebsrat so lange im Amte bleibt, bis der neue gebildet ist (§ 43 BRG.). Mit Recht nimmt die Rechtslehre an, daß die Amtsfortdauer des alten Betriebsrates nicht unbegrenzt ist, sondern nur während einer Zeit anhält, die bei ordnungsmäßigem Verfahren für die Durchführung einer Neuwahl erforderlich ist. Dabei wird allerdings für den Regelfall davon auszugehen sein, daß der alte Betriebsrat (Rumpfbetriebsrat) unverzüglich nach Eintritt der Notwendigkeit der Neuwahl nach § 23 Abs. 2 BRG. einen Wahlvorstand bestimmt, der dann innerhalb der vorgeschriebenen Wahlzeit (§ 23 Abs. 5 BRG.) die Neuwahl durchzuführen hat. Das Landesarbeitsgericht meint, unter besonderen Umständen könne das Amt des alten Betriebsrats auch länger dauern, und solche besonderen Umstände lägen namentlich dann vor, wenn die Vornahme der Wahl besonders erschwert sei. Dem ist beizutreten. Der Zweck der Bestimmungen der §§ 42, 43 BRG. geht erkennbar dahin, nach Möglichkeit eine betriebsratslose Zeit zu vermeiden und daher den alten Betriebsrat, auch wenn er unter die vorschriftsmäßige Zahl herabgesunken ist (unter Umständen sogar, wie hier zuletzt, auf 1 Mitglied), so lange weiterarbeiten zu lassen, bis ein neuer an seine Stelle treten kann. Mißbräuchen ist allerdings entgegenzutreten.

Wenn man das Fortbestehen der alten („Rumpf“) Betriebsvertretung überhaupt anerkennt — und dieser Schluß ergibt sich zwingend aus den Vorschriften der §§ 42 und 43 BRG. —, so dauert folgerichtig auch der Kündigungsschutz aus § 96 BRG. ebensolange fort, wie die alte Betriebsvertretung selbst.

Es begegnet keinem Bedenken, in Abereinstimmung mit dem Landesarbeitsgericht den § 97 BRG., betr. Ersatzzustimmung durch das Arbeitsgericht, für entsprechend anwendbar zu erachten.



Zinsbelastung und Volkseinkommen.

	Volkseinkommen in Mrd. Mark	Zinsbelastung in Mrd. Mark			Zinssumme in % des Volkseinkommens		
		insgesamt	durch Langkredite	durch Kurzkredite	insgesamt	durch Langkredite	durch Kurzkredite
1928	75,4	6,3	3,6	2,7	8,4	4,8	3,6
1929	76,1	7,2	4,0	3,2	9,5	5,3	4,2
1930	68—70	6,9	4,5	2,4	10,0	6,5	3,5
1931	50—60	7,6	4,8	2,8	13,8	8,7	5,1
1932	?	6,2	3,5	2,7	.	.	.

Man sieht aus diesen Zahlen, wie stark sich die Zinsbelastung der Wirtschaft, gemessen am Volkseinkommen von

1928 bis 1931, erhöht hat. Man sieht ferner, daß die Belastung durch die Zinsen für die Langkredite in diesen Jahren ziemlich gleichmäßig gestiegen ist, daß dagegen die Belastung durch die Zinsen für Kurzkredite sich 1930 ermäßigt hat, dann aber wieder stark gestiegen ist.

Im Jahre 1932 ist die Zinslast — nach dem augenblicklichen Stand — gegenüber 1931 um rund 1,4 Milliarden Mt. (= rund 18%) gesunken; vor allem hat sich die Belastung durch den Zinsdienst der Langkredite gemildert. Es ist aber fraglich, ob sich dadurch die Gesamtbelastung durch die Zinsen, gemessen am Volkseinkommen, ermäßigt hat. Denn die volkswirtschaftliche Produktionsleistung wird — soweit das jetzt schon zu übersehen ist — wahrscheinlich etwa im gleichen Verhältnis zurückgegangen sein.

Die deutsche Sozialversicherung.

(Fortsetzung.)

Anfallversicherung.

In der Anfallversicherung werden die Beiträge als Umlage nach der Lohnsumme erhoben. Die Höhe der Umlage richtet sich hauptsächlich nach den Ausgaben des abgelaufenen Jahres, die wiederum vor allem durch die Zahl der Rentenempfänger bestimmt werden. Wie bei allen Rentenversicherungen bereitet das Umlageverfahren keine Schwierigkeiten, solange die Versichertenzahl und die den Beiträgen zugrundeliegenden Löhne steigen. Das war in der Anfallversicherung bis 1929 der Fall. Obwohl der Rentenbestand von 823 000 (1925) auf 1 025 000 (1929) anstieg, Renten aus der Vorkriegszeit aufgewertet werden mußten und die Leistungen erhöht wurden, konnten die dazu notwendigen Beträge reibungslos aufgebracht werden. Denn in der gleichen Zeit stiegen die der Beitragsberechnung zugrundeliegenden Löhne noch stärker, so bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften von 16,7 Mrd. Mark auf 23 Mrd. Mark. Seit dem Jahre 1930 geht jedoch die Zahl der Versicherten — und noch stärker die Lohnsumme — zurück (bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften bis 1931 nach den vorläufigen Ergebnissen auf 16,7 Mrd. Mark). Der Rentenbestand aber steigt weiter (bis 1931 auf etwa 1 076 000). Obwohl die Leistungen herabgesetzt worden sind, dürfte 1931 ein Fehlbetrag von insgesamt 38 Mill. Mark entstanden sein. Wie in der Krankenversicherung ist auch in der Anfallversicherung die Lage der einzelnen Versicherungsträger recht unterschiedlich; einzelne Berufsgenossenschaften, wie z. B. die des Baugewerbes, haben bereits mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen, um ihre Leistungsverpflichtungen zu erfüllen.

Invalidenversicherung.

Weit bedrohlicher ist die Lage der Invalidenversicherung und der knappschaftlichen Pensionsversicherung. Vor dem Kriege wurden die Mittel der Invalidenversicherung nach dem Prämiendurchschnittsverfahren aufgebracht, d. h. es wurde für die Gesamtheit der Versicherten der jährliche Durchschnitt des Beitrags so bemessen, daß der Wert aller künftigen Beiträge samt dem Vermögen den Betrag deckte, der nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung mit Zins und Zinseszins erforderlich war, um alle künftigen Aufwendungen der Versicherungsanstalten zu bestreiten. Der Verlust des gesamten Vermögens durch die Inflation zwang dazu, zu einem — anfangs überhöhten — Umlageverfahren überzugehen. Die Beiträge waren dabei so bemessen, daß sich zunächst für eine Reihe von Jahren (etwa bis 1932/33) beträchtliche Überschüsse ergeben sollten, die zur Deckung der dann zu erwartenden — zu Anfang recht kleinen — Fehlbeträge für einen verhältnismäßig kurzen Zeitabschnitt bestimmt waren. Erst gegen Ende der 30er Jahre war nach

den Vorausberechnungen mit ungedeckten Fehlbeträgen zu rechnen. Die Vorausberechnungen haben aber mit der Möglichkeit einer Wirtschaftskrise in dem Umfang, wie sie eingetreten ist, nicht gerechnet. Sie sind infolgedessen durch die Entwicklung der letzten Jahre über den Haufen geworfen worden. Die Einnahmen, die seit 1924 in raschem Tempo bis auf 1629 Millionen Mark im Jahre 1929 gestiegen waren, sind in den Jahren 1930 und 1931 auf 1530 Millionen Mark und 1332 Millionen Mark zurückgegangen. Die Ausgaben dagegen (1924 396 Mill. Mark, 1929 1324 Mill. Mark) haben sich auch noch 1930 und 1931 erhöht (auf 1475 Mill. Mark bzw. 1520 Mill. Mark), weil naturgemäß auch in diesen Jahren die Zahl der Renten — z. Bt. 3,5 Millionen — weiter zugenommen hat. Der Einnahmehüberschuß, der 1929 noch 304 Mill. Mark betragen hatte, sank 1930 auf 55 Mill. Mark. Im Jahre 1931 ergab sich ein Fehlbetrag von 188 Mill. Mark. Zur Zeit übertreffen die monatlichen Ausgaben um etwa 30 Mill. Mark die Einnahmen.

Knappschaftliche Pensionsversicherung.

Vielleicht noch schwieriger als die Lage der Invalidenversicherung ist gegenwärtig die Lage der knappschaftlichen Pensionsversicherung. Mitgliederzahl und Rentenzahl sind zwar viel geringer; aber das Wohl und Wehe dieser Versicherung ist von der Entwicklung eines einzigen Wirtschaftszweiges — des Bergbaues — abhängig. Hier treffen Schwierigkeiten struktureller und konjunktureller Art zusammen. Der beschleunigte technische Fortschritt im Kohlenbergbau hat es mit sich gebracht, daß die Zahl der Mitglieder von 1924 an selbst bis zum Höhepunkt der Konjunktur kaum noch gestiegen war, seitdem aber außergewöhnlich scharf zurückgegangen ist. So zählte die Arbeiterpensionskasse der Reichsknappschaft am 1. Januar 1924 728 000 Mitglieder, am 1. April 1932 nur noch 432 000. In der gleichen Zeit erhöhte sich aber die Zahl der Invalidenpensionseinheiten von 123 000 auf 289 000. Mit anderen Worten: 1924 entfielen auf einen Invaliden 5,9 Mitglieder, heute sind es nur noch 1,5. In der Arbeiterpensionskasse kamen Anfang 1924 13,0 Mitglieder auf einen Invaliden, heute 1,9. Bereits 1929 mußte das Reich der knappschaftlichen Pensionsversicherung erhebliche Beträge (56 Mill. Mark) zur Aufrechterhaltung ihrer Leistungen zur Verfügung stellen. Als 1930 die Zuschüsse infolge der schwierigen Finanzlage des Reichs auf 29 Mill. Mark gekürzt wurden, ergab sich (Einnahmen einschließlich Reichszuschüsse 202 Mill. Mark, Ausgaben 240 Mill. Mark) ein Fehlbetrag von 38 Mill. Mark. Im Jahre 1931 wurden zwar die Leistungen erheblich herabgesetzt; trotzdem reichten aber die eigenen Einnahmen (129 Mill. Mark) auch nicht annähernd zur Deckung der Ausgaben

(222 Mill. Mark) aus. Nur durch einen Reichszuschuß in Höhe von 68 Mill. Mark konnte der Fehlbetrag auf 25 Mill. Mark herabgedrückt werden. Im 1. Vierteljahr 1932 blieben die Beitragseinnahmen (23 Mill. Mark) um 25 Mill. Mark hinter dem Leistungsaufwand (48 Mill. Mark) zurück. Das Reich stellte der Versicherung 18 Mill. Mark zur Verfügung.

Angestelltenversicherung.

Finanziell gesichert ist für absehbare Zeit die Lage der Angestelltenversicherung. Zwar sind auch hier die Ein-

nahmen im Jahre 1931 gesunken, während die Ausgaben — da es sich um eine verhältnismäßig junge Versicherung handelt — von Jahr zu Jahr erheblich steigen. Das Jahr 1931 schloß jedoch noch immer mit einem **Überschuß von 260 Mill. Mark** und einem Vermögen von 1,9 Milliarden Mark ab. Im 1. Vierteljahr 1932 belaufen sich die Beitragseinnahmen — zu denen noch recht erhebliche Zinseinnahmen treten — auf 77 Mill. Mark, die Rentenzahlungen auf 54 Mill. Mark.

Sozialdemokratischer Redakteur auf Grund der Notverordnung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wegen übler Nachrede in Sateinheit mit gröblichen Beschimpfungen wurde der Redakteur der sozialdemokratischen Tageszeitung „Tribüne“ in Erfurt vom Amtsgericht Berlin-Mitte zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er dem deutschnationalen Arbeiter-Reichstagsabgeordneten Wilh. Schmidt-Neudöln wahrheitswidrig und leichtfertig, wie das Urteil feststellte, die Verwendung von Reichstagsbriefbogen zu Zwecken des Reichsbundes vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine, der Spitzenorganisation der werksgemeinschaftlichen Arbeiterbewegung, vorgeworfen hatte. Die Strafe wegen des Artikels, der von Ausdrücken wie „gelbes Gefindel“, „gelbe Bonzen“, „gelbes Gesecks“,

„flauen“ usw. frozte, betrug nach der Notverordnung der Regierung Brüning vom 9. Dezember 1931 3 Monate Gefängnis. Der Privatkläger ließ durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Eberling, erklären, daß er trotz der nach Inhalt und Form unerhörten Beleidigungen, die eine fühlbare Strafe verdienten, aus Ablehnung gegen die grundsätzliche Ungerechtigkeit jener Notverordnung, die dem Richter eine Strafanpassung unmöglich macht, für den Verurteilten ein Gnadengesuch einreichen werde.

Dem Beleidigten wurde Publikationsbefugnis in der „Tribüne“ in Erfurt, dem „Vorwärts“ in Berlin und in „Arbeit und Recht“ in Berlin zuerkannt.

Aus der Bewegung.

Bezirk Borna. Werksgruppe Dora & Helene. Die Halbjahresversammlung fand am Sonntag, dem 24. Juli nachmittags 4 Uhr, im Gasthaus Hoffmann, Großzöfßen, statt. Der 1. Vorsitzende Kam. Seifert begrüßt die Anwesenden und gibt die Tagesordnung bekannt. Nach Verlesen der Niederschrift gibt er den Halbjahresbericht und der Kassierer Franz Müller den Kasfenbericht der Gruppe. Zum Bezirksstreffen am 7. 8. 1932 in Rostock beteiligen sich 50 Kameraden, welche per Rad nach dort fahren. Alle anderen Punkte der Tagesordnung wideln sich zu aller Zufriedenheit ab. Mit einem herzlichen „Glück auf“ schließt um 6 Uhr der 1. Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Werksgruppe Regis. Am 24. Juli fand die außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Zur Tagesordnung stand die Wahl des 1. Vorsitzenden. Kam. Alfred Diebe wurde einstimmig für den Vorsitz bestimmt. Außer internen Tagesordnungspunkten fand die Versammlung einen regelrechten Verlauf.

Werksgruppe Kraft & Throna. Die Werksgruppe hielt am 24. Juli ihre gut besuchte Monatsversammlung ab. Nach der Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden und nach Erledigung einiger interner Tagesordnungspunkte erhält der Kam. Jaepfer, Wigmitz, das Wort zu seinem Vortrag „Flucht aus der Fremdenlegion“. Der Vortragende schilderte die Erlebnisse und seine Flucht aus derselben. Dieser Vortrag wurde mit großem Beifall ausgenommen. Der Vorsitzende erinnert alle Kameraden an die kommende Reichstagswahl. Jeder solle zur Wahl gehen und die Partei wählen, welche ein deutsches Ziel im Auge habe.

Werksgruppe Böhlen. Die letzte Monatsversammlung fand im Bahngasthof am 15. Juli statt. Der 1. Vorsitzende Kam. Obst begrüßt die Erschienenen, gibt einen Bericht von der letzten Gemeinschafts-Ausschlußsitzung, einen Bericht von der Führertagung am 9. Juli in Borna. In Gruppenangelegenheiten ist erwähnenswert, daß laut Beschluß des erweiterten Vorstandes die Gruppenbeiträge in Zukunft durch die Vertrauensleute einkassiert werden. Für den ausgeschiedenen Kam. Dehler ist Kam. Linsler als Vertrauensobmann gewählt worden. Kam. Denneberg gab einen ausführlichen Bericht vom Gartenfest. Nach einer reichlichen Aussprache über die kommende Reichstagswahl sowie über die Arbeitslosenfrage fand die Versammlung ihr Ende.

Bezirk Zeitz-Weißenfels. Im Vereinslokal Gasthof Bahnhof Lützenau fand am 3. August unsere fällige Monatsversammlung statt. Außer Werksgruppe Wähltitz und Köpfen waren sämtliche Gruppen vertreten. Als Gast war Herr Barts, Halle, anwesend. Nach der Begrüßung der Erschienenen durch den Bezirksvorsitzenden Kam. Klingner (Jakobsgrube) erfolgt die

Bekanntgabe einer reichhaltigen Tagesordnung, welche in all ihren Punkten restlos erledigt wurde. Es wurde dabei nochmals auf den prächtigen Verlauf der Bornaer Bezirkskundgebung hingewiesen sowie auf die Ausführungen unseres Bundesvorsitzenden Kam. Taubert. Herr Barts ermahnt die Gruppenvorsitzenden, die Schulungsabende des Bezirks noch reger zu beschiden. Es wird dann die nächste Bezirksitzung auf den 2. September 17.30 Uhr festgelegt. Kam. Klingner schließt die Sitzung 20.15 Uhr.

Werksgruppe Groißchen. Am 29. Juli fand in Krehshau, Gasthof Freier Blick, unsere Monatsversammlung statt. Der 1. Vorsitzende Kam. Heinrich heißt die erschienenen Kameraden herzlich willkommen und gibt dann die Tagesordnung bekannt. Es konnte wieder zur Aufnahme von zwei neuen Kameraden geschritten werden. Die Aufnahme erfolgte einstimmig. In längeren Ausführungen gibt dann Kam. Heinrich Bericht über die politischen Vorgänge seit der Reichspräsidentenwahl und weist dann auf die Reichstagswahl hin. Die Kameraden wurden ermahnt, restlos ihre Pflicht zu erfüllen. Weiter wurde über den glänzenden Verlauf der Bezirkskundgebung in Borna gesprochen, sowie über die trefflichen Worte unseres Bundesvorsitzenden Kam. Taubert. Nach Erledigung der Tagesordnung wird die Versammlung gegen 18.15 Uhr mit einem kräftigen „Glückauf“ geschlossen.

Werksgruppe Jakobsgrube hielt am 24. Juli ihre gut besuchte Monatsversammlung ab. Nach Erledigung der allgemeinen Geschäftsordnung wurde kurz über das gut besuchte Bezirksstreffen in Borna gesprochen. Jeder, der daran teilgenommen hat, konnte nur Gutes berichten, so daß diese Kundgebung jedem noch lange im Gedächtnis bleiben wird. Herr Obersteiger Plato sprach dann über die Stilllegung unserer Bricketfabrik. Da bis zu dem am 21. August stattfindenden Kinderfest keine Versammlung weiter stattfinden wird, sollen durch Aushang alle weiteren Mitteilungen bekanntgegeben werden. Für die zur Zeit entlassenen Kameraden soll der Festbeitrag aus der Kasse gezahlt werden. Den zur Zeit zur Entlassung kommenden Kameraden teilte der Vorsitzende mit, daß sie zur Erhaltung ihrer Rechte in der MVB den Bundesbeitrag an Kam. Thron monatlich abführen müssen. Nach kurzer Aussprache über die bevorstehende Reichstagswahl schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Werksgruppe Emma, Streckau. Am Sonnabend, dem 23. Juli, fand die Monatsversammlung im Gasthof Glückauf statt. Am 20.10 Uhr wurde die gut besuchte Versammlung vom Vorsitzenden Kam. Knoblauch unter Begrüßung der anwesenden Kameraden eröffnet. Punkt 1 der Tagesordnung: Das

Protokoll der letzten Versammlung wurde verlesen und genehmigt. 2. Kam. Knoblauch gab einen Bericht von der Bezirksführung vom 6. Juli. 3. Es folgt der Bericht von der Führertagung in Borna (anlässlich der Bezirkskundgebung), weiter ein allgemeiner Bericht von der Kundgebung am Sonntag, dem 10. Juli. Hieran schließt sich eine kurze Debatte. 4. Der Vorsitzende gibt eine Einladung des Schützenvereins Streckau bekannt. Das in der vorigen Versammlung festgesetzte Kinderfest wird aus wirtschaftlichen Gründen fallen gelassen. Zu der Bezirkskundgebung in Rositz am 7. August soll wieder mit Aut omnibus nach dort gefahren werden. Eine rege Meldung der Kameraden zur Teilnahme setzt ein. Die Fahrtkosten sollen auf einstimmigen Beschluß abermals aus der Kasse bestritten werden. Nach Erledigung interner Fragen erwähnten Kam. Knoblauch sowie Kam. H. Fallenstein die am Sonntag, dem 31. Juli statt-

findende Reichstagswahl und forderten die Kameraden auf, ihre Pflicht zu tun. Kam. Knoblauch schließt die harmonisch verlaufene Versammlung um 22 Uhr mit einem kräftigen „Glückauf“.

Werksgruppe Tagebau Wählig. Sonntag, den 17. Juli abends 8 Uhr, fand unsere gut besuchte Monatsversammlung in der Kantine Tagebau Wählig statt. Der 1. Vorf. Kam. Neuhert begrüßt die zahlreich Erschienenen aufs herzlichste, im besondern Herrn Barts, Halle, welcher sich als Redner freundlichst zur Verfügung gestellt hat. Der Vortrag des Herrn Paris „Die politische Lage Deutschlands“ fand aufmerksame Zuhörer und zum Schluß seiner Ausführungen großen Beifall. Interne Gruppenangelegenheiten werden zur Zufriedenheit aller erledigt. Am 12 Uhr schließt der Vorsitzende die interessante Monatsversammlung mit einem kräftigen „Glückauf“.

Große Auswahl billiger Bücher aus allen Gebieten der Literatur / Alle Zeitschriften und Lieferungswerke / Musikalien / Reiseführer / Schulbücher / Jugendschriften / Moderne Leihbibliothek.

Bücherstube am Markt Robert Noske
Borna Bez. Leipzig Fernsprecher 658 u. 659

Kolonialwaren, Landesprodukte, Mehl, Futtermittel, Düngemittel, Sämereien Tabak, Zigarren, Zigaretten

empfehlen

Bernhard Möschke, Lobstädt
Am Bahnhof

Preiswert und gut tätigen Sie Ihre Einkäufe bei den Mitgliedern des Gemeinnützigen Rabattsparevereins Lobstädt, Kieritzsch und Umgegend e. V.

Unsere Mitglieder

Dort erhalten Sie die allgemein beliebte „Grüne Rabattmarke“.

Lobstädt	Haus- u. Küchengeräte:	Textil- u. Manufakturwaren:	Bahnhof Kieritzsch	Textil- u. Manufakturwaren:
Bäckereien: Hiller, Hermann Kern, Erich Schmidt, Otto Thieme, Rudolf Fahrradhandlung: Leiwelt, Robert Fleischereien: Herbert, Erich Regel, Hugo	Boerner, Rudolf Kosch & Hindorf Kolonialwaren: Buchmann, Otto Dauß, Max Eisfeld, Rosa Möschke, Ernst Schmidt, Alfred Stein, Martha Wählig, Kurt	Börner, Rudolf Großhöffen Bäckereien: Kitter, Ewald Schirmer, Albin Fleischereien: Lichtenstein, Rudolf Weyer, Franz	Bäckereien: Blühner, Helmuth Strizke, Alfred Leichert, Max Fleischerei: Mische, Hans Kolonialwaren: Kreiß, Otto Kitterbach, Ernst Sälze, Arno	Krohe, Klara Kömer, Elsa Breunsdorf Kolonialwaren: Lauter, Walter Großdorf Bäckerei: Kochstroß, verw. A.

Verlangen Sie die „Grüne Rabattmarke“. Sie hilft Ihnen „sparen“.

Werkstättine und Kasino Eugenschacht

Verw. Scholz

Gutgepflegte Biere der fürstlichen Brauerei Köstritz / Gute bürgerliche Küche / Versammlungslokal des V. Verein Tagebau Petsa / Turn- u. Sportverein A.K.W. Petsa, D.T.

Großer staubfreier Garten, herrliche Veranda

Jeden Sonntag ab 4 Uhr Musikalische Unterhaltung
Eintritt frei / Köstritzer Sonnenquell Glas 0,25 RM.

Restaurant Sängersheim, Borna

Grimmaer Straße

empfehlen sich als Verkehrslokal der Gruppen der A. M. V. von Borna und Umgegend

Hochachtungsvoll Albin Schramm

**Gasthof und Tanz-Palast
Stadt Altenburg**

Lobstädt (Bezirk Leipzig)

Inh.: Ellab. verw. Bräheim / Fernruf: Amt Borna 519

Verkehrsl. d. A. M. V. - Werksgruppe Viktoria, Lobstädt

Gasthof Zur Post, Bahnhof Kieritzsch

Schulungs- und Versammlungslokal der A. M. V. Ortsgruppe.

Schöner staubfreier Garten / Angenehmer Aufenthalt.

Jeden Freitag Gartenkonzert / Raubtiergehege.

Zum Besuche ihres Lokals laden freundlichst ein

Alfred Förster und Frau

Hotel „Wettiner Hof“

Telefon 104 Borna Bez. Leipzig Telefon 104

Haus der Bergleute

Verkehrs- u. Schulungslokal des Bez. Borna der A. M. V. Versammlungslokal der Werksgruppe Braunkohlenwerke Borna und aller vaterländischen Verbände.

Erstklassige Küche / Täglich preiswerteste Hausgerichte / Eigene Kuchenanlage / Verkaufst. Biere / Neueingerichtete Fremdenzimmer, Saal, Konferenzzimmer in verschiedenen Größen / Regelfahrt / Autogaragen.
Inhaber: Erich Bohring.

H. Hankmann
Borna
Bahnhofstraße

**Beste und billige Bezugsquelle
für Sammelbestellungen**

für

Kaffee / Tee / Kakao / Schokoladen
Kates / Minorka-Zwieback

Bereinszimmer

Verantwortlich für den Inhalt: J. B. Rich. Mally, Wutz (Zeig-Land) — Druck Robert Noske, Borna Bez. Leipzig.

Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat, und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Buchdruckerei Robert Roste, Borna bei Leipzig, Pegauer Str. 1/3

5. Jahrgang

Halle (Saale), den 27. September 1932

Nr. 9

Hauptauschuß der nationalen Industriearbeiter- und Berufsverbände.

In mehreren Besprechungen, die in Halle, Hannover und Berlin stattfanden, und an denen unser Vorsitzender Kamerad **L a u b e r t** maßgebend beteiligt war, ist ein außerordentlich beachtenswertes Ergebnis erzielt worden. Der bisherige bestehende Hauptauschuß nationaler Industriearbeiterverbände ist durch den Beitritt weiterer Organisationen zu dem

Hauptauschuß der nationalen Industriearbeiter- und Berufsverbände

umgebildet worden, so daß nunmehr eine geschlossene Einheitsfront innerhalb der nationalen Arbeitnehmerorganisationen geschaffen ist.

Dem Hauptauschuß gehören folgende Organisationen an:

1. Reichsbund vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine, Sitz Berlin.
2. Der Deutsche Arbeiter (Verband nationaler Arbeitnehmer Deutschlands, Sitz Essen).
3. Arbeitnehmervereinigung im mitteldeutschen Bergbau, Sitz Rostock-Borna.

4. Niederlausitzer Bergbau-Werksgemeinschaft, Sitz Senftenberg.
5. Niederlausitzer Tuchmacher-Werksgemeinschaft, Sitz Cottbus.
6. Berufsverband deutscher Reichseisenbahner, Sitz Berlin.
7. Reichsvereinigung des Personals für das Gastgewerbe, Sitz Berlin.
8. Reichsverband deutscher Klein- und Straßenbahner, Sitz Berlin.
9. Berufsverband Deutscher Buchdrucker- und Hilfsarbeiter, Sitz Berlin.

Der Hauptauschuß hat sofort seine Arbeiten aufgenommen und ist am 9. September zum Reichsarbeitsministerium gebeten worden, dem er seine Wünsche vorgetragen hat. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Hauptauschuß gelingen möge, die Interessen der in ihr vereinigten Organisationen und ihrer Mitglieder voll und ganz wahrzunehmen und ihre Ziele zu verwirklichen. An der Mitarbeit der A.M.B. soll es nicht fehlen.

Für Werkstarif und Leistungslohn.

Forderungen des Hauptauschusses nationaler Industriearbeiter und Berufsverbände.

In einer am 1. September 1932 in Hannover stattgefundenen Konferenz nahmen die Führer des Hauptauschusses Stellung zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung und den Erklärungen des Reichskanzlers. Nach eingehender Aussprache, die sich mit Fragen der Sozialpolitik, der Neuordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und der Arbeitsbeschaffung beschäftigte, wurde eine Entschlußfassung angenommen, die der Reichsregierung, der Wirtschaft und der Öffentlichkeit unterbreitet wurde und die folgenden Wortlaut hat:

Die im „Hauptauschuß nationaler Industriearbeiter- und Berufsverbände“ vertretenen Organisationen stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß allein der Gedanke der Wirtschaftsverbundenheit und die Ablehnung jeglichen Klassenkampfes in der Lage sind, die deutsche Arbeiterschaft und die deutsche Wirtschaft aus dem Zustand der gegenwärtigen Zerrüttung herauszuführen. Hierbei gehen wir von der Tatsache aus, daß die einzelnen Werke als die wahren Lebensquellen der großen deutschen Volkswirtschaft ihre Mission am Wiederaufstieg von Volk und Vaterland zu erfüllen haben. Der Hauptauschuß erblickt daher seine Aufgabe darin, im Gegensatz zu den Klassenorganisationen der

Gewerkschaften den Gedanken werksgemeinschaftlicher Neuordnung der Wirtschaft weiterhin mit Nachdruck zu vertreten und zu fördern. Er ruft die deutsche Arbeiterschaft auf, durch Bildung von Werks- und Betriebsgemeinschaften die Grundaufgabe für den Neuaufbau der deutschen Wirtschaft zu schaffen. Diese Gemeinschaften müssen getragen und geführt werden von Männern, die sich ihrer Verantwortung gegenüber ihren Arbeitskameraden wie gegenüber dem Werke und Vaterlande in gleicher Weise bewußt sind.

Wir erwarten von der deutschen Arbeiterschaft, daß sie sich mit den im Hauptauschuß vertretenen Verbänden solidarisch erklärt, ihre wirtschaftlichen, sozialen und arbeitsrechtlichen Belange auf dem Wege der Werkstarife und freiwilligen Schiedsgerichte vertritt und sich endgültig von den werksfremden Auffassungen der Gewerkschaften abwendet, die die deutsche Wirtschaft zum Ruin geführt haben.

Von der deutschen Regierung wird erwartet, daß sie den Bestrebungen der dem Hauptauschuß angeschlossenen Organisationen weitestgehende Beachtung schenkt, daß sie vor allen Dingen durch Maßnahmen zu erkennen gibt, daß auch die im Hauptauschuß vertretenen Mitglieder in wirtschaftlicher Beziehung kein „Freiwild“ darstellen, sondern

als gleichberechtigt behandelt und angesehen werden, wenn sie, was sicherlich das Natürliche wäre, diesen auf den Werksfrieden hinarbeitenden Organisationen nicht den Vorzug geben will. Jedenfalls müssen die im Hauptausschuß vertretenen Verbände verlangen, daß den arbeitsrechtlichen

Faktoren der Zukunft, dem Werkstarif und den freiwilligen Schiedsgerichten, der Vorzug gegenüber dem bestehenden Tarif- und Schlichtungswesen eingeräumt und der Schutz der Staatsorgane zuteil wird.

Hauptausschuß nationaler Industriearbeiter- und Berufsverbände zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung.

Der „Hauptausschuß nationaler Industriearbeiter- und Berufsverbände“ steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß alle Maßnahmen der Reichsregierung zu begrüßen sind, die geeignet erscheinen, die Arbeitslosigkeit, als das größte Übel in Deutschland, zu bekämpfen. Der Hauptausschuß geht dabei von dem Gesichtspunkt aus, daß der erfolgreiche Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zwei praktische Ergebnisse zeitigen muß.

Die um Arbeit ringenden Arbeitskräfte bzw. Volksgenossen müssen wieder einer regulären Erwerbsstelle zugeführt werden, um bei Millionen Volksgenossen wieder eine innere Befriedigung zu erreichen. Zum anderen müssen durch die beabsichtigte Belebung der Wirtschaft die Arbeitsplätze derjenigen Arbeiter auch weiterhin gesichert werden, die bisher noch in Arbeit standen.

Der Hauptausschuß kann sich aber der Sorge nicht erwehren, daß die grundsätzlich guten Absichten der Reichsregierung, wie schon so oft bei früheren Arbeitsbeschaffungsprogrammen, durch gewerkschaftlich-egoistische Hemmungsversuche ungünstig beeinflusst werden. Den Gewerkschaften und den hinter ihnen stehenden Parteien kommt es in erster Linie auf für sie günstige politische Auswirkungen der Regierungsmaßnahmen an, um die Arbeitsunfähigkeit der Reichsregierung nachzuweisen. Der Hauptausschuß erinnert daran, daß seinerzeit die große Vorlage des Hilfsdienstgesetzes von den Gewerkschaften in ähnlicher Weise auseinandergebrochen wurde. Dadurch wurde der Sieges- und Opferwille des deutschen Volkes gebrochen.

Weiterhin kann sich der Hauptausschuß nationaler Industriearbeiter- und Berufsverbände der Bedenken nicht erwehren, daß auch bei dem jetzigen Programm der Reichsregierung durch gewerkschaftliche und staatssozialistische Einflüsse die privatwirtschaftlichen Notwendigkeiten und Auffassungen wiederum zurückgedrängt wurden.

Der Hauptausschuß nationaler Industriearbeiter- und Berufsverbände kann nur erneut fordern:

1. Der privatwirtschaftlichen Initiative muß gegenüber staatssozialistischen und sonstigen Hemmungen weitestgehender Spielraum geschaffen werden. Die Befreiung der Produktionsstätten von den nach der Revolution eingeführten produktionshemmenden Steuern aller Art muß fortgesetzt werden.

2. Der Abbau der Sozialbeiträge muß entsprechend den zur Senkung neigenden Löhnen grundsätzlich erfolgen, da die Prozentsätze nicht mehr den Lohn- und Wertverhältnissen des Arbeitslohnes entsprechen.

3. Die beabsichtigte Tarifauflockerung muß als eine weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer zufriedenstellende Maßnahme bezeichnet werden. Sie stellt eine erneute staatssozialistische Bevormundung der Wirtschaft dar.

Um eine tatsächliche Neugestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen, fordert der Hauptausschuß nationaler Industriearbeiter- und Berufsverbände:

- a) Grundlage der Entlohnung muß der in den einzelnen Werken zwischen Werksleitungen und Werksbelegschaften, entsprechend den Existenz- und Lebensbedingungen des einzelnen Werkes, abzuschließende Werkstarif sein, der auch für die hinzutretenden neuen Arbeitskräfte Geltung haben muß.
- b) Zur Sicherung des Werkstarifs und Sicherung der Rechte der Arbeiterschaft müssen in allen Werken freiwillige Schiedsgerichte errichtet werden.
- c) Dem Werkstarif muß künftig Anerkennung im öffentlichen Recht und staatlicher Schutz zuteil werden.
- d) Vom Staat ist eine von den Arbeitnehmern und den Unternehmern unabhängige, unparteiische Spruchbehörde zu errichten, die unzweideutig den in der Verfassung verankerten Begriff „wirtschaftliche Vereinigung“ festzustellen und über die Tariffähigkeit wirtschaftlicher Vereinigungen, entsprechend der Reichsverfassung, dem Gesetz und deutschem Rechtsempfinden zu entscheiden hat.
- e) Die individuelle Arbeitsbeschaffung muß von ersterangiger Bedeutung, dagegen die paritätische Arbeitsvermittlung von untergeordneter Bedeutung werden.

Der Hauptausschuß nationaler Industriearbeiter- und Berufsverbände vertritt den Standpunkt, daß die halbamtliche Einführung der 40-Stunden-Woche nur produktionshemmend und produktionsvertuernd wirkt.

Der Hauptausschuß fordert, daß das deutsche Arbeitsrecht, welches durch verfassungswidrige Anordnungen und eine dementsprechende Praxis zu einem Gewerkschaftsrecht gestaltet worden ist, wieder zu einem produktionsfördernden, für die gesamte deutsche Arbeiterschaft sozialen Arbeitsrecht umgestaltet wird. Der Hauptausschuß nationaler Industriearbeiter- und Berufsverbände fordert, die verfassungswidrige Monopolstellung der Gewerkschaften zu beseitigen, damit allen deutschen Werken und allen deutschen Arbeitern die ihnen verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte zuteil werden.

Die Auflockerung des Tarifrechts.

Statt der „Reichsarbeitsgerichtlichen Entscheidungen“ bringen wir diesmal die für die Änderung des Tarifrechts bestimmenden Verordnungen zum Abdruck:

Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. Sept. 1932.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden vom 14. Juni 1932, Viertes Teil,

Kapitel I (Reichsgesetzbl. I S. 273, 283) und der Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932, Zweites Teil (Reichsgesetzbl. I S. 425, 428) wird hiermit verordnet:

I. Vermehrung der Arbeitnehmerzahl.

§ 1

(1) Werden in einem Betrieb oder in einer Betriebsabteilung mehr Arbeiter beschäftigt als am 15. August oder im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932, so ist der Arbeitgeber ohne Änderung des Arbeitsvertrags berechtigt, während der Dauer der Erhöhung der Arbeiterzahl, jedoch nicht für die Zeit vor dem 15. September 1932, die jeweiligen tarifvertraglichen Lohnsätze für die einunddreißigste bis vierzigste Wochenarbeitsstunde zu unterschreiten. Der § 1 Abs. 1 der Tarifvertragsverordnung findet insoweit keine Anwendung.

(2) Die hiernach zulässige Unterschreitung der tarifvertraglichen Lohnsätze beträgt während einer Vermehrung der Arbeiterzahl von

- mindestens fünf vom Hundert: zehn vom Hundert,
- mindestens zehn vom Hundert: zwanzig vom Hundert,
- mindestens fünfzehn vom Hundert: dreißig vom Hundert,
- mindestens zwanzig vom Hundert: vierzig vom Hundert,
- mindestens fünfundzwanzig vom Hundert: fünfzig vom Hundert.

Bei der Bemessung des Umfangs der Vermehrung sind die nach dem Inkrafttreten der Verordnung neueingestellten Lehrlinge und Volontäre nicht mitzuzählen.

(3) Entsprechendes gilt bei Erhöhung der Zahl der Angestellten für die Gehaltsätze.

(4) Für landwirtschaftliche Betriebe mit Ausnahme der Gartenbau- und Forstbetriebe gilt § 6.

§ 2

Die Vorschriften des § 1 gelten, vorbehaltlich des § 5, nicht für gewerbliche Betriebe, die regelmäßig nur während einer bestimmten Zeit des Jahres arbeiten oder die regelmäßig in einer bestimmten Jahreszeit außergewöhnlich verstärkt arbeiten, wenn die Zeit der Arbeit oder der verstärkten Arbeit ganz oder teilweise in die Monate September bis März fällt. Entstehen Zweifel, ob ein Gewerbebezirk von dieser Vorschrift betroffen wird, so entscheidet hierüber der Schlichter mit bindender Wirkung innerhalb seines Bezirks.

§ 3

(1) Macht der Arbeitgeber von der Berechtigung nach § 1 Gebrauch, so hat er davon der Belegschaft durch Aushang an deutlich sichtbarer Stelle des Betriebes Kenntnis zu geben und dem Schlichter Anzeige zu machen. Im Aushang und in der Anzeige sind die Zahl der am 15. August oder im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932 beschäftigten Arbeiter oder Angestellten, die vorgenommene Vermehrung ihrer Zahl und die ermäßigten Lohn- oder Gehaltsätze anzugeben. Die Ermäßigung tritt, wenn der Arbeitgeber keinen späteren Zeitpunkt festsetzt, bei Arbeitern mit Beginn des auf den Tag des Aushanges folgenden Lohnzahlungsabschnitts, bei Angestellten mit Beginn der auf den Tag des Aushanges folgenden Monatshälfte in Kraft.

(2) Tritt eine für die Bemessung der Lohn- oder Gehaltsätze wesentliche Änderung der Arbeiter- oder Angestelltenzahl ein, so ist der Aushang zu berichtigen und dem Schlichter Anzeige zu machen. Im Falle einer Erhöhung der Arbeiter- oder Angestelltenzahl gilt Abs. 1 Satz 3 entsprechend. Im Falle ihrer Verminderung tritt die Ermäßigung der Lohn- oder Gehaltsätze bei Arbeitern mit Ablauf des am Tage der Verminderung laufenden

den Lohnzahlungsabschnitts, bei Angestellten mit Ablauf der Monatshälfte ganz oder teilweise außer Kraft.

(3) Der Arbeitgeber ist verpflichtet, dem Schlichter über die für die vorgenommene Lohn- oder Gehaltsmäßigung maßgebenden betrieblichen Verhältnisse auf Verlangen Auskunft zu erteilen.

§ 4

(1) Der Schlichter kann dem Arbeitgeber die Berechtigung nach § 1 ganz oder teilweise entziehen, soweit nach seiner Überzeugung der mit der Verordnung beabsichtigte Zweck nicht erreicht wird, insbesondere soweit die Mehreinstellungen durch Verschiebung der Arbeit zwischen mehreren Betrieben oder Betriebsabteilungen bedingt sind. Das gleiche gilt, wenn der Arbeitgeber eine von ihm nach § 3 Abs. 3 verlangte Auskunft verweigert.

(2) Die Entziehung der Berechtigung ist dem Arbeitgeber schriftlich bekanntzugeben. Dabei ist der Zeitpunkt, mit dem sie wirksam wird, festzustellen.

(3) Die Entscheidung des Schlichters ist bindend. Er ist berechtigt, bei Änderung der Verhältnisse seine Entscheidung abzuändern oder aufzuheben.

§ 5

(1) Weist der Arbeitgeber nach, daß er in einem nach § 2 ausgenommenen Betrieb eine über die saisonmäßig bedingte Vermehrung der Belegschaft hinausgehende Erhöhung der Arbeiter- oder Angestelltenzahl vorgenommen hat, so kann der Schlichter ihn ermächtigen, die tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltsätze in einem den Vorschriften des § 1 entsprechenden Umfang ohne Änderung des Arbeitsvertrages zu unterschreiten. Der § 1 Abs. 1 der Tarifvertragsverordnung findet insoweit keine Anwendung.

(2) Im Falle der Ermächtigung ist der Zeitpunkt festzustellen, mit dem sie wirksam wird. Macht der Arbeitgeber von der Ermächtigung Gebrauch, so hat er davon der Belegschaft durch Aushang an deutlich sichtbarer Stelle des Betriebes Kenntnis zu geben. Dabei sind die ermäßigten Lohn- oder Gehaltsätze anzugeben. Die Ermächtigung tritt bei Arbeitern frühestens mit Beginn des auf den Tag des Aushanges folgenden Lohnzahlungsabschnitts, bei Angestellten frühestens mit Beginn der auf den Tag des Aushanges folgenden Monatshälfte in Kraft. Der § 4 Abs. 3 findet Anwendung.

§ 6

(1) Werden in einem landwirtschaftlichen Betrieb im Monatsdurchschnitt mehr Arbeiter beschäftigt als in dem entsprechenden Monat des Vorjahres, so ist der Arbeitgeber ohne Änderung des Arbeitsvertrags berechtigt, für diesen Monat, jedoch nicht für die Zeit vor dem 15. September 1932, die jeweiligen tarifvertraglichen Lohnsätze zu unterschreiten. Der § 1 Abs. 1 der Tarifvertragsverordnung findet insoweit keine Anwendung. Die Berechtigung zur Tariflohnunterschreitung erstreckt sich nicht auf Sachbezüge.

(2) Die hiernach zulässige Unterschreitung der tarifvertraglichen Lohnsätze beträgt bei einer Vermehrung der Arbeiterzahl von

- mindestens fünf vom Hundert: zwei vom Hundert,
- mindestens zehn vom Hundert: vier vom Hundert,
- mindestens fünfzehn vom Hundert: sechs vom Hundert,
- mindestens zwanzig vom Hundert: acht vom Hundert,
- mindestens fünfundzwanzig vom Hundert: zehn vom Hundert.

Bei Arbeitern, deren tarifvertragliche Sachbezüge dem Werte nach die tarifvertraglichen Lohnsätze übersteigen, verdoppeln sich die Hundertsätze der zulässigen Unterschreitung. Bei der Bemessung des Anfangs der Vermehrung sind nur Arbeiter mitzuzählen, die mehr als zwölf Arbeitstage im Monat voll beschäftigt waren.

(3) Entsprechendes gilt bei Erhöhung der Zahl der Angestellten für die Gehaltsätze.

(4) Die Vorschriften des § 3 Abs. 3 und des § 4 gelten entsprechend.

II. Erhaltung gefährdeter Betriebe.

§ 7

Gefährdet die Erfüllung der dem Arbeitgeber obliegenden tarifvertraglichen Verpflichtungen die Weiterführung eines Betriebes oder seine Wiederaufnahme infolge besonderer, diesen Betrieb betreffender, außerhalb seines Einflusses liegender Umstände, so kann der Schlichter den Arbeitgeber ermächtigen, die tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltsätze im bestimmten Umfang ohne Änderung des Arbeitsvertrags zu unterbrechen. Der § 1 Abs. 1 der Tarifvertragsverordnung findet insoweit keine Anwendung.

§ 8

(1) Den Umfang der zulässigen Unterschreitung setzt der Schlichter fest. Er darf dabei nicht über zwanzig vom Hundert der tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltsätze hinausgehen.

(2) Die Festsetzung erfolgt auf Antrag; antragsberechtigt sind der Arbeitgeber und jede Vertragspartei des Tarifvertrags.

(3) Vor der Entscheidung ist den Antragsberechtigten Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Die Entscheidung ist ihnen und, falls dem Antrage ganz oder teilweise stattgegeben wird, dem Arbeitsamt, in dessen Bezirk der Betrieb seinen Sitz hat, schriftlich bekanntzugeben.

(4) Im Falle der Ermächtigung ist der Zeitpunkt festzustellen, mit dem sie wirksam wird. Die Ermächtigung kann befristet werden. Macht der Arbeitgeber von der Ermächtigung Gebrauch, so hat er davon der Belegschaft durch Aushang an deutlich sichtbarer Stelle des Betriebs Kenntnis zu geben. Dabei sind die ermäßigten Lohn- oder Gehaltsätze anzugeben. Die Ermächtigung tritt bei Arbeitern frühestens mit Beginn des auf den Tag des Aushanges folgenden Lohnzahlungsabschnitts, bei Angestellten frühestens mit Beginn der auf den Tag des Aushanges folgenden Monatshälfte in Kraft.

(5) Die Entscheidung des Schlichters ist bindend. Er ist berechtigt, bei Änderung der Verhältnisse seine Entscheidung abzuändern oder aufzuheben.

III. Gemeinsame Vorschriften.

§ 9

Die für Betriebe geltenden Vorschriften gelten auch für Verwaltungen.

§ 10

Die nach §§ 1, 5, 6 oder 7 ermäßigten Lohn- oder Gehaltsätze gelten als tariflicher Lohn im Sinne des § 90 Abs. 2

Verordnung zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932.

Die Verordnung zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 (RGBl. I S. 433), § 13 Abs. 2 wird verordnet:

§ 1.

Als „Betriebsabteilungen“ gelten nur selbständige Betriebsteile im Sinne der Verordnung über Be-

triebsstilllegungen und Arbeitsfreudung vom 15. Oktober 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 983).

§ 11

(1) Für die Durchführung dieser Verordnung ist der Schlichter zuständig, in dessen Bezirk der Betrieb seinen Sitz hat. Er ist ermächtigt, zur Erfüllung der ihm obliegenden Aufgaben einzelne Vorsitzende der Schlichtungsausschüsse seines Bezirkes mit seiner Stellvertretung zu betrauen. Zum gleichen Zwecke kann ihm der Reichsarbeitsminister besondere Stellvertreter beigegeben.

(2) Der Schlichter und seine Stellvertreter sind bei Durchführung der Verordnung als Beauftragte des Reichsarbeitsministers tätig und an seine Weisungen gebunden.

§ 12

Die öffentlichen Behörden und die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung haben den Schlichter bei der Durchführung der Verordnung zu unterstützen. Die Reichsanstalt hat ihm die dazu erforderlichen Hilfskräfte kostenlos zur Verfügung zu stellen; wenn hierzu Neueinstellungen notwendig werden, nimmt sie der Präsident der Reichsanstalt vor. Die Reichsanstalt trägt auch die den Schlichtungsbehörden aus der Durchführung der Verordnung erwachsenden Kosten.

§ 13

(1) Die Verordnung tritt, soweit es sich um Maßnahmen zu ihrer Durchführung handelt, am Tage ihrer Verkündung, im übrigen am 15. September 1932 in Kraft. Die Vorschriften der §§ 1 bis 6 treten am 31. März 1933 außer Kraft.

(2) Der Reichsarbeitsminister ist ermächtigt, zur Durchführung und Ergänzung dieser Verordnung Rechtsverordnungen und allgemeine Verwaltungsvorschriften zu erlassen. Er kann insbesondere vorschreiben, unter welchen Voraussetzungen die Vorschriften des I. und III. Abschnitts dieser Verordnung auch auf Betriebe und Betriebsabteilungen Anwendung finden, die am 15. August oder während des Juni, Juli und August 1932 stillgelegt waren oder die nach dem 15. August 1932 gegründet worden sind.

Berlin, den 5. September 1932.

Der Reichskanzler
von Papen

Der Reichsarbeitsminister
Schäffer

Der Reichswirtschaftsminister
Warmbold

Der Reichsminister
für Ernährung und Landwirtschaft
Freiherr von Braun

trialsstilllegungen und Arbeitsfreudung vom 15. Oktober 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 983).

§ 2.

1. Bei der Bemessung des Umfangs der Vermehrung der Arbeiter oder Angestellten sind hinsichtlich der Bemessungsgrundlage wie hinsichtlich des jeweiligen Arbeitnehmerstands auch solche Arbeitnehmer mitzuzählen, die auf Grund eines planmäßigen Austauschens (Krimperhsystem) zeitweise die Arbeit aussetzen.

2. Nicht mitzuzählen sind:

- a) der Ehegatte des Arbeitgebers sowie Personen, die mit dem Arbeitgeber im ersten oder zweiten Grade verwandt oder verschwägert sind,
- b) Hausgewerbetreibende einschließlich der Heimarbeiter,
- c) Arbeitnehmer, deren Beschäftigung unständig im Sinne der Reichsversicherungsordnung § 441 ist,
- d) Arbeitnehmer, die ausschließlich oder überwiegend auf Provision, Bedienungsgeld oder ähnliche Bezüge angewiesen sind, wenn ihnen nicht ein dem Abs. 2 b entsprechender Betrag als Mindestverdienst zugesichert ist,
- e) Angestellte, deren Jahresarbeitsverdienst achttausendvierhundert Mark übersteigt,
- f) Beihilfliche und Volontäre.
3. Außerdem sind von den nach dem 5. September 1932 neu eingestellten Arbeitnehmern nicht mitzuzählen:
- a) Arbeiter oder Angestellte, die nicht mindestens vierzig Stunden in der Woche oder, falls die Arbeiter- oder Angestelltenschaft des Betriebs oder der Betriebsabteilung im Durchschnitt kürzer arbeitet, nicht mindestens während dieser Durchschnittsdauer beschäftigt werden,
- b) Arbeitnehmer, deren Lohn oder Gehalt nicht einem für gleichartige Arbeit im Betrieb geltenden Tariffuß entspricht oder, mangels eines solchen Tariffußes, nicht mindestens dem Ortslohn (Reichsversicherungsordnung § 149) gleichkommt; als Tariffuß im Sinne dieser Vorschrift gelten die im Tarifvertrag vorgesehenen Sätze unter Abzug der in der Verordnung vom 5. September 1932 oder in anderen gesetzlichen Vorschriften zugelassenen Unterschreitungen.

§ 3.

Im Falle des Krümpersystems (§ 2 Abs. 1) ist die wöchentliche Arbeitszeit der Arbeiter oder Angestellten nach ihrer durchschnittlichen Arbeitszeit unter Einrechnung der Zeit des Aussehens zu berechnen. Eine durchschnittliche Berechnung der wöchentlichen Arbeitszeit findet auch dann statt, wenn in einem Betrieb oder in einer Betriebsabteilung die Arbeit derart gestreckt wird, daß planmäßig auf die einzelnen Wochen eine verschiedene Zahl von Arbeitsstunden entfällt.

§ 4.

Grundlage für die Bemessung der Erhöhung der Arbeiter- oder Angestelltenzahl (Verordnung vom 5. September 1932, § 1 Abs. 1 und 3) ist die Zahl der am 15. August oder im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932 beschäftigten Arbeiter oder Angestellten. Hat die Arbeiterschaft oder hat die Angestelltenschaft eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung während der Monate

Juni, Juli und August 1932 im Gesamtdurchschnitt mehr als vierzig Stunden wöchentlich gearbeitet, so ist im Falle einer Verringerung der Arbeitszeit von einer erhöhten Bemessungsgrundlage auszugehen. Die Erhöhung berechnet sich nach dem Verhältnis der eingetretenen Verringerung der Wochenarbeitsstunden zur Zahl der jeweiligen Wochenarbeitsstunden. Dabei bleibt ein Herabgehen unter vierzig Wochenarbeitsstunden außer Betracht.

§ 5.

1. Hat die Arbeiterschaft oder hat die Angestelltenschaft eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung während der Monate Juni, Juli und August 1932 im Gesamtdurchschnitt nicht mehr als sechsunddreißig Stunden wöchentlich gearbeitet, so ist der Arbeitgeber berechtigt, bei der Bemessung des Umfangs der Vermehrung der Arbeiter oder Angestellten die Zahl der tatsächlich neu eingestellten Arbeiter oder Angestellten um ein Drittel erhöht anzurechnen.

2. Er darf die Zahl der neu eingestellten Arbeiter oder Angestellten um zwei Drittel erhöht anrechnen, wenn die Arbeiter- oder Angestelltenschaft während der Monate Juni, Juli und August 1932 im Gesamtdurchschnitt nicht mehr als dreißig Stunden wöchentlich, er darf die Zahl doppelt anrechnen, wenn sie nicht mehr als vierundzwanzig Stunden wöchentlich gearbeitet hat.

§ 6.

1. Übersteigt der Lohn- oder Gehaltsfuß eines Arbeitnehmers den zuständigen tarifvertraglichen Fuß, so ist die zulässige Unterschreitung von demjenigen Teilbetrag zu rechnen, der dem tarifvertraglichen Fuß entspricht.
2. Sachbezüge, Aufwandsentschädigungen, Familienzuschläge und ähnliche Vergütungen sind nicht als Lohn- oder Gehaltsfuß anzurechnen.

§ 7.

Als „Wochenarbeitsstunden“ gelten auch die an Sonn- und Feiertagen geleisteten Arbeitsstunden.

§ 8.

Für den Wert von Sachbezügen sind, soweit nicht ein Tarifvertrag etwas anderes vorschreibt, die Festsetzungen der Versicherungsbehörden nach der Reichsversicherungsordnung § 160 Abs. 2 maßgebend.

§ 9.

Die Verordnung tritt am 15. September 1932 in Kraft. Berlin, den 14. September 1932.

Der Reichsarbeitsminister.
Schäffer.

„Sozial ist, wer Arbeit schafft!“

Wir wissen seit langem, daß die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsparteien sich immer wieder allen wahren sozialen Bestrebungen widersetzen. Das war schon so bei den ersten Sozialversicherungsgesetzen der Bismarckschen Ära; das wird eingedenk des alten Bebel-Wortes daß die Wunden am sozialen Körper des deutschen Volkes offen gehalten werden müssen, immer so bleiben. Wer die darauf gerichtete Politik der Gewerkschaften und ihrer Parteien im Laufe der letzten Jahrzehnte beobachtet hat und kennt, der konnte nichts anderes erwarten, als daß dem Reformwerk der Regierung Papen in jenen Kreisen nicht nur die Anerkennung verweigert blieb, daß vielmehr ge-

rade dem sozialpolitischen Teil des Reformprogramms mit den altbekannten demagogischen Hezmethoden des Marxismus entgegengetreten wird, wie das von den sozialdemokratischen Parteien schon vor der Reichstagsauflösung eingeleitete Volksbegehren deutlich zeigt. Nun mit dem Weimarer System endlich gebrochen ist, zum erstenmal von einer nationalen Regierung im Nachkriegsdeutschland klar und eindeutig dem Sozialismus eine Abgabe unter ausdrücklichem Bekenntnis zur Privatwirtschaft erteilt wurde, mußte die alte Klapper gerührt werden. Klappern gehört zum Handwerk. Und das alleinige Handwerk der vergrößerten Gewerkschafts-„führer“ und der Führer ihrer Weimarer Koalitions-



parteien ist ja, die deutsche Arbeitnehmerschaft in klavischer Abhängigkeit zu halten und sie aufzuputtschen gegen jedweden Versuch von nationaler Seite, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der „breiten Massen“ zu bessern. So auch jetzt wieder gegenüber dem in dem neuen Verordnungs-wert vom 4. 9. 1932 festgelegten Wirtschaftsprogramm und der durch die „Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. 9. 1932“ und in der Ergänzungsverordnung vorgenommenen sozialpolitischen Teilreform der Regierung Papen mit dem abwegigen Hinweis auf die „neuen Lasten“ für den deutschen Arbeitnehmer. Ganz abgesehen davon, daß derartige Schlussfolgerungen irrig sind, glauben wir uns zu erinnern, daß die Notverordnungs-politik mit immer „neuen Lasten“ — zwar für alle Volksschichten, insbesondere aber sich auswirkend beim deutschen Arbeitnehmer, und in unabsehbarer Folge nur immer zur freilich stets erfolglosen Auffüllung der Reichskasse ausgeübt — in Angriff genommen wurde als neue Regierungsmethode von einem Gewerkschaftskanzler, dessen „harte“ und „unerträgliche“ Eingriffe in den Arbeiter- und Angestelltenhaushalt Einverständnis, Billigung und Beifall der zwar nicht zusammengeschlossenen, aber stets gemeinsam handelnden Gewerkschaften jeder Richtung und ihrer Parteien, der SPD. und des Zentrums, stets gefunden haben. Die Gewerkschaften haben am wenigsten das Recht, über „Lohnraub“ Klage zu führen. War doch gerade eine Hauptforderung ihres Rettungsprogramms die Streckung der Arbeit, wobei den bisher beschäftigten Arbeitern Opfer zugemutet wurden, ohne daß, wie im Papen-Programm vorgesehen, gleichzeitig eine Erhöhung der Gesamtlohnsumme der Arbeitnehmer erzielt worden wäre. Der „Roten Fahne“ fällt es jetzt nicht schwer, die Heuchelei der Gewerkschaften bloßzudecken, die heute, wie z. B. Sarnow im „Vorwärts“, über die „unfaßbare Angeheuerlichkeit“ des Lohnraubs zetern und noch vor kurzem ähnliche Forderungen gestellt hatten. Noch im Frühjahr d. J. hat Leipzig auf der Ausschußtagung des Intern. Gewerkschaftsbundes in Bern sein Projekt entwickelt, die Arbeitslosigkeit durch Verteilung der vorhandenen Arbeit auf mehrere Hände zu überwinden, wobei „den noch in Arbeit stehenden wahrscheinlich Opfer aufzuerlegen“ seien. Und als Ergebnis dieser Konferenz stellte die „Gewerkschaftszeitung“ (2. 4. 1932) fest, daß die Gewerkschaften „nicht davor zurückschrecken, große Verantwortung auf sich zu nehmen, auch solche, die von der Arbeiterschaft Opfer verlangen“. Wenn aber dasselbe von anderer Seite eingeführt wird, da will man nichts mehr von Verantwortung wissen. Da wird verantwortungslos gegeh! Im übrigen hatte auch die NSDAP. die gewerkschaftliche Forderung übernommen. So schrieb der „Angriff“ (14. 11. 1931):

„Es ist allerdings für die Wirtschaft und für den einzelnen Arbeiter besser, wenn mehr Arbeiter zu herabgesetzten Löhnen beschäftigt werden, die noch einen Beitrag für die Produktion zulassen und dadurch die Arbeitslosigkeit gestoppt und wirksam bekämpft werden kann.“

Die Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage des deutschen Arbeitnehmers ist abhängig von der Rettung der deutschen Wirtschaft, welcher das Reformwert der vom Reichspräsidenten gestützten Regierung Papen dienen soll. Voraussetzung dazu aber ist zuallererst die Entlastung des Arbeitsmarktes. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist mit aller Energie aufgenommen worden. Andere Wege sind nicht gangbar, wenn durch die Arbeitsbeschaffung unsere Währung nicht in Gefahr gebracht werden soll. Das zunächst zu erreichende Ziel und der von der Regierung eingeschlagene Weg wird auch von der NSDAP. anerkannt, wie das vorstehende Zitat aus dem „Angriff“ zeigt. Am so unverständlicher muß es uns sein, daß auch die Hitler-Bewegung sich eingereicht hat in die marxistisch-demokra-

tisch-zentrierte Kampffront, die mit der Kriegserklärung an Papen doch nur das bisher schärfstens bekämpfte Weimarische System des westlichen Parlamentarismus zurückzugewinnen sucht. Gerade die Beseitigung der Ruhehandelsregiererei und die äußere wie innere Befreiung des deutschen Menschen aus allen Fesseln war Inhalt und Ziel des Kampfes von Hitler und seinen Mannen im letzten Jahrzehnt. Ein nationales Präsidialkabinet, das mit Taten eine neue Ära im Leben unseres Volkes einleitet, müßte also gerade auch die vollste Unterstützung der NSDAP. finden.

Wir sind zur Mitarbeit bereit! „Sozial ist, wer Arbeit schafft!“ Das Kanzlerwort, das gewissermaßen als Leitwort über dem Reformwert steht, verpflichtet uns zur Mitarbeit und berechtigt uns zum Vertrauen. Wir brauchen nicht einmal Vorbehalte an die Vertrauensbindung zu knüpfen, denn die Regierung hat mehrfach gezeigt, daß sie nicht selbstherrlich vom grünen Tisch aus allein bestimmen will, sondern auch Änderungsvorschlägen zugänglich ist. Damit ist nicht gesagt, daß wir die bisherigen Verordnungen und die zukünftigen Ausführungsverordnungen etwa kritiklos hinnehmen. Wir sehen unsere Mitarbeit gerade in Verbesserungsvorschlägen. Wir erwarten von der Regierung Papen dann auch, daß bei der Neuordnung in Wirtschaft und Staat auf berufständischer Grundlage die einer gesunden Kritik entspringenden Forderungen in der zukünftigen Wirtschafts- und Sozialpolitik des Deutschen Reiches Berücksichtigung finden werden.

Die kollektive Regelung des Arbeitsverhältnisses, insbesondere auch in der für die Betriebe wie für den einzelnen Arbeitnehmer gleich bedeutungsvollen Lohnfrage, durch den übertriebenen Tariff schematismus im engegezogenen Rahmen des bisherigen Tarifvertragsrechts ohne jede Berücksichtigung der betrieblichen und örtlichen Verhältnisse hat auch in unseren Kreisen seit langem die Forderung nach einer grundlegenden Reform des Tarifrechts laut werden lassen. Wenn auch unsere Wünsche nach Beseitigung des Gesamtarbeitsvertrags für große Wirtschaftsgebiete und auf seine Ablösung durch den Werkarbeitsvertrag bei der vorliegenden Teilreform noch nicht Berücksichtigung gefunden haben, so bringt die Verordnung vom 5. 9. 1932 doch eine Reihe begrüßenswerter Maßnahmen, die auf eine Auflockerung des Tarifrechts abzielen, deren teilweise Härten in besonderen Fällen durch die Ergänzungsverordnung vom 14. 9. 1932 schon behoben worden sind.

Bei Mehreinstellung von Arbeitnehmern in den Fällen, die für die Gewährung der Beschäftigungsprämie in Betracht kommen, kann der Arbeitgeber ohne weiteres vom Tariff abgehen. In diesem Falle braucht für alle Beschäftigten der Tariflohn nur noch für 30 Arbeitsstunden in der Woche gewährt zu werden. Für die 31. bis 40. Wochenstunde soll folgender Lohnabschlag eintreten:

10%	bei einer Mehreinstellung von	5%
20%	„ „	10%
30%	„ „	15%
40%	„ „	20%
50%	„ „	25%

Für die 41. und die folgenden Wochenstunden muß dann wieder der volle Tariflohn gezahlt werden. Die Regierung will also damit zugleich einen Druck auf die Unternehmer ausüben zur Einführung der 40-Stunden-Woche. Außerdem kann der Schlichter den Arbeitgeber ermächtigen, die tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltsätze bis zu 20% zu unterschreiten, falls die tarifvertraglichen Verpflichtungen die Weiterführung des Betriebes oder seine Wiederaufnahme aus besonderen Gründen gefährden.

Diese letztere Bestimmung ist sehr zu begrüßen. Sie wird manchen Betrieb vor dem Tode retten und wohl auch



manchen toten Betrieb wieder zum Leben erwecken*). Da gegen halten wir die erstere für bedenklich. Zwar werden die dem Unternehmen durch die Arbeitsstreuung erwachsenden Mehrkosten durch die Lohnsenkung für die 30.—40. Stunde sowie durch die Mehreinstellungsprämie wettgemacht. Am so unerfreulicher bleibt diese Maßnahme für den bisher in Arbeit befindlichen Arbeitnehmer. Es ist zu wünschen, daß von dieser Ermächtigung der Lohnsenkung nur in den seltensten Fällen Gebrauch gemacht wird. Diese Bestimmung der Notverordnung erscheint auch der Regierung, wie sie selbst bekundet, nur tragbar unter dem Gesichtspunkt, daß dadurch der furchtbaren Arbeitslosennot gesteuert und der Gesamtheit der Arbeitnehmerschaft gedient wird. Die Regierung scheint diese Anordnung auch nicht als ein Ideal für die Dauer zu halten; jedenfalls ist das erfreulichste daran, daß diese Bestimmung bereits am 31. März nächsten Jahres wieder außer Kraft tritt.

Die Regierung hätte sich solche komplizierten Maßnahmen, die unnötig böses Blut machen und den Segnern billigen Stoff zur Agitation liefern, sparen können, wenn sie nach dem alten Rechtsgrundsatz „Einzelvertrag bricht allgemeinen Vertrag“ dem Grundsatz Geltung verschafft hätte „Werkvertrag bricht Kollektivvertrag“. Damit wäre allen, Arbeitgebern, Arbeitnehmern und der deutschen Wirtschaft am besten geholfen. Immerhin wird die von der

*) Als Erfolg der Papen-Notverordnung wurde bereits am 10. Sept. von der „Börsezeitung“ gemeldet: Die Firma Phoenix Portland-Zement und Wasserfallwerke Stein & Co. in Beckum i. W. hat den Betrieb wieder aufgenommen. Es sind zunächst rund 100 Arbeiter wieder eingestellt worden. — Die Martinwerk G.m.b.H. für chem. und metallurg. Produktion in Bergheim = Erst hat den seit August d. J. stillliegenden Betrieb mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms wieder aufgenommen und 330 Arbeiter eingestellt. — Das zu Anfang des Jahres stillgelegte Zentralfabrikationswerk der Althütte sowie der Grube Petersbach der Ver. Stahlwerke in Wilsen nimmt zum 1. Oktober die Arbeit wieder auf. Eine größere Anzahl von Arbeitern ist bereits eingestellt; weitere Einstellungen stehen bevor.

Regierung in Angriff genommene Auflockerung des Tarifrechts, insbesondere die sparsamere Handhabung der Zwangsschlichtung und Verbindlicherklärung, dazu beitragen, der Wirtschaft mehr Freiheit zurückzugeben, die sie zu ihrer Entfaltung heute in der Notzeit noch notwendiger braucht als je.

Was die durch die Neuregelung beabsichtigte „Vermehrung der Arbeitnehmerzahl“ im I. Abschnitt der VO. vom 5. 9. 1932 angeht, so bedauern wir außerordentlich, daß auch die jeden Schematismus ablehnende Regierung Papen hier wieder in den Fußtapfen ihrer Vorgängerinnen wandelnd bezüglich der zulässigen Unterschreitung der Tarifsätze zur schematischen Kollektivregelung gegriffen hat. Obwohl handelt es sich diesmal bei der Lohnföhrung nicht um eine Zwangsvorschrift im Gegensatz zur Brüning'schen Notverordnung vom 8. 12. 1931; man hätte aber erwarten sollen, daß die Regierung mit besonderer Stärke zur Berücksichtigung der betrieblichen Verhältnisse aufgefordert, damit also den Weg vorbereitet hätte, über die Erörterung der Erfordernisse und Möglichkeit von Lohnföhrungen zwischen Arbeitgeber und Betriebsvertretung zum Abschluß nicht nur von Betriebsvereinbarungen zu kommen, sondern auch die tariffähigen und tarifberechtigten Parteien zum Abschluß von Werkverträgen anzuregen.

Wir hoffen, daß dieser Hinweis auf fruchtbaren Boden fällt und durch die Regierung Papen Berücksichtigung findet spätestens bei der Regelung der Dinge für die Zeit nach dem Ablauf der Gültigkeitsdauer der in Frage kommenden Bestimmungen, also nach dem 31. März 1933.

Unsere Aufgabe aber muß es sein, überall wo bei etwaiger Anwendung der neuen Verordnungen in den Betrieben Härten sich ergeben sollten, diese durch persönliche Verhandlungen mit den Arbeitgebern auszugleichen zu suchen. Darüber hinaus aber ist es unserer Werkgruppenführer und Betriebsvertretungsmitglieder heilige Pflicht, in solchen Fällen die schematischen Bestimmungen im § 1 der Verordnung vom 5. 9. 1932 auf dem Verhandlungswege durch Betriebsvereinbarungen oder Werkverträge zu ersetzen zu suchen.

Zur innerpolitischen Lage.

Was wir in der vorigen Nummer dieser Blätter voraus sagten, daß sich der Reichstanzler v. Papen einer bisher noch nicht dagewesenen Opposition gegenüber finden würde, ist inzwischen zur Tatsache geworden und die Reichstagsauflösung ist erfolgt. Brauchte es noch eines weiteren Beweises für unsere Feststellung, daß der Parlamentarismus abgewirtschaftet habe, so ist dieser in den letzten Tagen geliefert worden. Die unerquidlichen Begleiterscheinungen bei der Reichstagsauflösung, der anschließende Notenkrieg zwischen Reichstagspräsidium und Regierung, in dem man sich gegenseitig Verfassungsbruch vorwirft, tragen nicht dazu bei, das geschwundene Ansehen des Parlamentarismus aufzuzufriichen, offenbart jedoch mit erschreckender Deutlichkeit die scheinbar unüberbrückbaren Gegensätze im deutschen Volke vor sich selbst und dem Ausland.

Das Ausland, dem die deutschen Bruderkämpfe seit Jahrhunderten zur Genüge bekannt sind, verfolgt die Vorgänge bei uns mit unerkennbarer Genugtuung. Es hat in solchen Zeiten deutschen Bruderkampfes immer glänzend verstanden, im trüben zu fischen und auf unsere Kosten sich Vorteile zu verschaffen.

Ein wichtiger Zeitartikler schrieb in diesen Tagen, daß jetzt die Volksgemeinschaft, nach der man so oft gerufen habe, zustande gekommen sei: Freu vereint in der Opposition gegen die Regierung Papen fanden sich Nationalsozialisten, Zentrum, Sozialdemokraten und Kommunisten, mit anderen

Worten, fast neun Zehntel des Volkes hätten sich hier zusammengefunden.

Fürwahr eine sonderbare Genossenschaft. Was sie eint, ist der Haß gegen Papen und sein Programm. Wir müssen gestehen, daß ein solcher Beweggrund uns am wenigsten tragfähig erscheint für eine Gemeinschaft. Aus Haß wurde immer nur Zerstörung und Vernichtung geboren.

Das Zentrum kann es Papen nicht vergeffen, daß er, einst einer der Seinen, seinen Brüning gestürzt hat. Es findet sich ferner mit der Sozialdemokratie, die ja lange genug die Schlepenträgerin des Zentrums war und Brüning's Politik bis zur Selbstaufgabe toleriert hat, zusammen im Kampf des Parlamentarismus gegen die Staatsautorität; Erhaltung des Parlamentarismus, der nebenbei eine höchst willkommene Angelegenheit für weiterzubringende Parteifreunde ist — Futtertruppenwirtschaft — und mit Hilfe dessen man auch sonstige Mittel, über die man ja in den letzten Wochen mancherlei Enthüllungen vernommen hat, geschickt verwenden kann. Die Kommunisten glauben bei einem Wahlkampf nur gewinnen zu können und haben wohl am ehrlichsten die Reichstagsauflösung mitbetrieben und freuen sich am meisten.

In der Wirkung mit den genannten Parteien im Bunde sind die Nationalsozialisten. Auch ihre Beweggründe scheinen leicht erkennbar zu sein. Es ist ihnen, worauf sie als stärkste Partei Anspruch erhoben, nicht gelungen, auf dem



Wege über die Staatsautorität an die Macht zu kommen, und versuchen es jetzt auf dem Wege über das Parlament. Zu diesem Zwecke ihre wochenlang geführten Verhandlungen mit dem Zentrum, worüber sich mancher, auch nationalsozialistische Wähler und Parteianghöriger gewundert hat. Wie überhaupt über die auf einmal zumindest scheinbar zutage getretene Vorliebe für den Parlamentarismus, von dem man früher nichts wissen wollte.

Was aber allgemein in Erstaunen setzen mußte und was der vaterländisch und völkisch denkende und empfindende Volksgenosse nur mit dem Gefühl der Trauer sehen konnte, das sind die mehr oder minder offenen Angriffe einzelner nationalsozialistischer Zeitungen und Führer auf die übrige

nationale Bewegung. Bis jetzt hat noch keine der bestehenden nationalen Bewegungen den vollgültigen Beweis dafür erbracht, daß sie und nur sie allein den Stein der Weisen besitzt. Alle sind von dem besten Willen beseelt und alle einig in dem heißen Bemühen, ihrem Vaterland zu helfen. Das Vaterland aber ist allen gemeinsam, und in der Liebe zu Volk und Heimat sollten sich schließlich alle zusammenfinden. Hier sollte die Kenntnis der deutschen Geschichte alle mahnen und zu der Erkenntnis zwingen, daß Bruderzwist und -kampf uns immer nur geschadet und uns um die Früchte unseres Ringens gebracht hat, daß aber Volk und Reich nur sicheren Bestand und glückliche Zukunft haben auf der Grundlage der Einigkeit.

Betriebsrisiko der Lehrlinge im Falle der endgültigen Betriebsstilllegung.

Nachstehende Ausführungen, die wir der BBZ, vom 15. 8. 1932 (Nr. 380) entnehmen, werden sicherlich das Interesse manches Familienvaters finden.

Gegenüber der Klage einiger wegen Betriebsstilllegung bzw. Konkursausbruch vorzeitig aus dem Lehrverhältnis entlassener Maurerlehrlinge auf Zahlung rückständiger Lehrlingsvergütung bzw. Anerkennung der Forderungen als Masseschuld hat das Reichsarbeitsgericht ausgesprochen, daß die Weiterbeschäftigung der Lehrlinge unter das Betriebsrisiko falle. Mangels einer vertraglichen Regelung des Betriebsrisikos und mangels eines Verschuldens des Lehrherrn hätten die Lehrlinge nach allgemeinen Grundsätzen die Betriebsgefahr zu tragen, denn der Bestand des Betriebes sei nicht nur gefährdet, sondern sogar vernichtet gewesen.

Die gegen die Anwendung der Grundsätze über dietragung der Betriebsgefahr gerichtete Revision der Kläger wies das Reichsarbeitsgericht mit folgenden Entscheidungsgründen zurück. Indem die Vertragsparteien einen auf mehrere Jahre berechneten Lehrvertrag schließen, gehen sie von der Voraussetzung aus, daß für die Dauer des Lehrvertragsverhältnisses der Betrieb des Lehrherrn besteht, so daß dem Lehrling die zu seiner Ausbildung erforderliche Unterweisung und praktische Übung zuteil werden kann. Kommt der Betrieb infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse dauernd zum Erliegen, so wird er dadurch zur Gewährung der den eigentlichen Kern des Lehrvertrages bildenden Leistung, nämlich der Ausbildung des Lehrlings, untauglich und insoweit die Erfüllung des Vertrages durch den Lehrherrn unmöglich. Wenn aber die aus

dem Lehrvertrag sich ergebende Hauptleistung des Lehrherrn dauernd unmöglich wird, kann nicht unabhängig davon der arbeitsvertragliche Vergütungsanspruch des Lehrlings bestehen bleiben. Der Lehrherr erhält, zumindest in den späteren Lehrjahren, durch die Arbeitsleistung des Lehrlings auch einen Ausgleich für die umfassende Verantwortung, die er durch die Übernahme der Ausbildung auf sich genommen hat. Es stehen infolgedessen Arbeitsleistung des Lehrlings, Lehrlingsvergütung und -ausbildung in so enger Wechselbeziehung miteinander, daß der gesamte Inhalt des Lehr- und Arbeitsvertrages zu Lasten des Arbeitgebers in unbilliger Weise verändert werden würde, sollte der Arbeitgeber gehalten sein, für eine unter Umständen noch lange Dauer der Lehrzeit die Lehrlingsvergütung zu zahlen, während er infolge Stilllegung des Betriebes außerstande ist, den Gegenwert in Gestalt der zunehmenden Arbeitsleistung des Lehrlings zu empfangen. Im vorliegenden Falle würde bei den Klägern noch die Hälfte der gesamten Lehrzeit in Betracht kommen. Unter diesen durch die endgültige Stilllegung des Betriebes veränderten Verhältnissen war es der Beklagten, die nunmehr weder Betrieb noch Ertrag hatte und sich auch vergeblich nach anderer Unterbringung der Kläger bemüht hat, nach Treu und Glauben nicht zuzumuten, noch weiterhin an den Lehrverträgen der Kläger festzuhalten. Die Behauptung, daß die schlechte Wirtschaftslage der Beklagten und damit die Stilllegung des Betriebes auf eigenes Verschulden der Beklagten zurückzuführen sei, könnte nur im Rahmen eines vorliegend nicht in Betracht kommenden Schadensersatzprozesses erörtert werden. (RWS. 40/32. — 28. Mai 1932.)

Aus der Bewegung.

Bezirk Meuselwitz.

Sonntag, den 2. Oktober früh 8,30 Uhr Bezirksführung „Neue Welt“, Meuselwitz.
Alle Gruppen müssen vertreten sein. Glückauf! Freyer.

Werksgruppe Grube Gertrud. Am Sonnabend, dem 27. August 1932, abends 8 Uhr fand im Gasthof Rostk unsere gut besuchte Monatsversammlung statt. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die Bezirksführung in Borna und die Organisationsauschussführung in Meuselwitz. Kamerad Olesch, Rostk, hielt einen Vortrag über: „Ist die deutsche Sozialversicherung ein Segen oder ein Fluch für die Arbeiterchaft?“ Mit trefflichen

Worten wußte der Redner den Anwesenden die Zustände in den Krankenkassen usw. zu schildern, woraus zu ersehen war, wo der Hebel angelegt werden muß, um wieder bessere Zustände zu schaffen. Reicher Beifall wurde Kamerad Olesch für seine Ausführungen gezollt. Alle Punkte der Tagesordnung fanden glatte Erledigung. Der Vorsitzende schloß um 11 Uhr mit einem fröhlichen Glückauf die Versammlung.

Werksgemeinschaften Tagelager. Am Sonntag, dem 24. Juli, fand unsere Monatsversammlung mit Beteiligung der beiden Schwesterngruppen „Gertrudshacht“ und „Herzog Ernst“ statt. Der Besuch war ein sehr erfreulicher, 100 Kameraden waren erschienen. Um 4,15 Uhr eröffnete der 1. Vorl. Kam. Wanner mit Begrüßungsworten die Versammlung und hieß besonders die zahlreichen Gäste aufs herzlichste willkommen. Als Gäste waren u. a. anwesend die Herren Direktor Uffe, Dipl.-Ing. Oppenberg, Betriebsführer Döbel sowie Herr Barts von der Deutschen Vereinigung. Die Erledigung der Tagesordnung erfolgte ordnungsgemäß. Kam. Groß (Gertrudshacht) erstattete Bericht über die Bezirksvertreterprüfung in Meuselwitz. Kam. Freyer „Herzog Ernst“ einen ausführlichen Bericht über die Bezirkskundgebung und Führertagung in Borna. Im Mittelpunkt des Interesses stand der Vortrag von Herrn Barts über das Thema „Die gegenwärtige Lage“. In packenden Worten wurden den Kam. alle Mängel der heutigen Zeit, vor allen der jahrelange Volksbetrug des marxistischen Systems vor Augen geführt und der Weg gezeigt, welcher aus all diesem Elend wieder herausführt. Der starke Beifall bewies, daß der beliebte Redner sich in die Herzen der Anwesenden hineingeredet hatte. Anschließend sprach Kam. Hofmann (Leonhardwerke) über seine Erlebnisse in Deutsch-Südwestafrika. In einstündigen Vortrag schilderte der Redner seine Erlebnisse sowie die Kultur und Eigenschaften dieses Tropenlandes. Reicher Beifall dankte dem Redner für seine trefflichen Ausführungen. Mit herzlichem Worten des Dankes an alle Teilnehmer und mit einem kräftigen Glückauf wurde die harmonisch verlaufene Versammlung um 7 Uhr vom 1. Vorsitzenden geschlossen.

Werksgemeinschaften Gruppe Schaebe. Zu Anfang des Monats Juli führte eine gemeinsame Abendwanderung die Mitglieder der Werks- und Frauengruppe durch das Schnaudertal den Ludaer Forst nach Hinauroda, wo ein gefelliges Beisammensein den Abend beschloß. Außer einer am 15. Juli stattgefundenen Vorstandssitzung fand noch am 16. Juli eine gemeinschaftliche Sitzung des Vorstandes mit der Werksverwaltung statt. Die Monatsversammlung am 24. Juli war gut besucht. Als Gast konnte der Bezirksvorsitzende Kam. Freyer begrüßt werden. Eine reichhaltige Tagesordnung bewies, daß die Gruppenführung bemüht ist, im Interesse der Kameraden und auch des Werkes zu arbeiten. Der in Ambacht der bevorstehenden Reichstagswahl von Kam. Traue gebotene Vortrag wird mit seiner strengen, alle abgedroschenen Schlagwörter meidenden Sachlichkeit seine Wirkung nicht verfehlt haben. Der Umtausch der Bibliotheksbücher beschloß die gut besuchte Versammlung.

Werksgemeinschaften Mineralwerke Rositz. Unsere Mitgliederversammlung am 16. Juli wurde durch den 1. Vorsitzenden um 19 Uhr eröffnet. Nachdem der 1. Schriftführer Kam. Müller die Niederschrift verlesen hatte, erteilte der Vorsitzende Kam. Paul Freyer das Wort zu seinem Vortrag über „Kriegsschuldfrage“. Redner schilderte die Entwicklung der Wirtschaft vor dem Kriege und die Ursachen des Krieges. Frankreich wollte den Krieg aus Rebanhelst, England aus Neid. Die Angst vor Deutschlands Aufstieg war größer als vor dem deutschen Heere. Der Redner beendete seinen Vortrag mit dem Worten: Kameraden, wer noch deutsch fühlt und deutsch denkt, helfe zu Deutschlands Aufstieg! — Nach einer kurzen Pause ergänzte Dr. Brechtel den trefflichen Vortrag, indem er die Reparationsfragen erläuterte und das Ergebnis der Konferenz in Lausanne bekanntgab. Die Anwesenden zollten beiden Rednern Beifall.

Bezirk Zeitz-Weißenfels. Am 2. September fand im Gasthof Luckenau die Monatsversammlung des Bezirks Zeitz-Weißenfels statt. Sämtliche dazugehörigen Werksgemeinschaften waren vertreten, als Gast war Herr Barts-Halle anwesend. Der Bezirksvorsitzende, Kam. Klingner, heißt die Erschienenen herzlich willkommen und gibt die Tagesordnung bekannt. Punkt 1 und 2, Verlesen der letzten Niederschrift und Einnahme der Beiträge, werden in gewohnter Weise erledigt. Anschließend erfolgt der Bericht der Gruppen über ihre Tätigkeit. In mehreren Gruppen konnte wiederum ein Mitgliederzuwachs verzeichnet werden. Einem Antrag der Werksgemeinschaften Wähltz, künftighin die Bezirksitzung Sonntags stattfinden zu lassen, wird stattgegeben. Demnach findet die nächste Bezirksitzung am 2. Oktober vormittags 9 Uhr in der Kantine der

Jacobsgrube statt. Die Sitzung wurde nach Erledigung der Tagesordnung 20,45 Uhr geschlossen.

Werksgemeinschaften Groitzschen. Unsere fällige Monatsversammlung fand am 11. September im Gasthof Freier Blick statt. Kam. Heinrich heißt die erschienenen Kameraden herzlich willkommen und gibt die Tagesordnung bekannt. In einer internen Aussprache der Kameraden wird darauf hingewiesen, daß wir alle darauf bedacht sein müssen, nur Kameradschaftsgeist zu pflegen im Sinne der Werksgemeinschaft. Gemeinschaft mit unsauberen Elementen, welche als Handlanger unserer Gegner dienen, gibt es nicht bei uns. Alle Kameraden pflichten den Ausführungen des 1. Vorsitzenden bei und bekennen sich erneut zu den hohen Zielen unserer Bewegung. Die rege verlaufene Sitzung wurde 17 Uhr mit einem kräftigen Glückauf geschlossen.

Bezirk Zeitz-Weißenfels. Werksgemeinschaften Emma, Streckau. Am Sonntag, dem 28. August, fand unsere Monatsversammlung im Gasthof „Glückauf“ statt. 3,15 Uhr eröffnete der 1. Vorsitzende mit begrüßenden Worten. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Kam. Knoblauch der Toten des Schiffes „Mobe“, zu deren Ehren sich die Anwesenden von den Plätzen erhoben. Nach Verlesen der letzten Niederschrift erfolgte einstimmige Aufnahme von vier neuen Kameraden und Verpflichtung derselben durch den Vorsitzenden. Es folgte der Bericht über die Bezirksitzung vom 3. August, sowie die Erledigung einiger internen Werks- und Gruppenangelegenheiten. Für das ausfallende Kinderfest sollen die Kinder zu Weihnachten entschädigt werden. Kam. Fallenstein machte am Schluß der Versammlung längere Ausführungen über die augenblickliche politische Lage. Um 6 Uhr wird die Versammlung vom Vorsitzenden mit einem kräftigen Glückauf geschlossen. Anwesend 35 Kameraden.

Werksgemeinschaften Köpfen. Unsere Monatsversammlung fand am 20. August im Kasino statt. Die Tagesordnung der um 8 Uhr vom Vorsitzenden begrüßten und eröffneten Versammlung lautete: 1. Verlesen der Mitglieder, 2. Verlesen der letzten Niederschrift, 3. Einnahme der Beiträge, 4. Aufnahme neuer Mitglieder, 5. Gruppenangelegenheiten und Verschiedenes. Sämtliche Punkte konnten zur Zufriedenheit erledigt werden. Der Vorsitzende machte auf die Schulungskurse der Deutschen Vereinigung im Winterhalbjahr 1932/33 aufmerksam und ermahnte die Kameraden, besonders die Vertrauensmänner, zu noch regerer Mitarbeit, damit die Gruppe weiterhin blühe und gedeihe. Die nächste Versammlung findet am 24. September im Kasino statt; an ihr wird der Vorsitzende der A.M.B. Kamerad Taubert teilnehmen. Die Versammlung wurde um 22 Uhr mit einem kräftigen Glückauf geschlossen.

Werksgemeinschaften Jacobsgrube. Am 20. und 21. August veranstaltete die Werksgemeinschaften Jacobsgrube innerhalb der Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Vereine ihr diesjähriges in Trebnitz so beliebt gewordene Kinderfest. Nur durch den Zusammenschluß der einzelnen Vereine war es möglich, bei der heutigen Wirtschaftslage ein so schönes Fest zu veranstalten. Auch hier bewährte sich das Wort unseres Bundesvorsitzenden Kamerad Taubert: „Im einzelnen sind wir nichts, geschlossen alles.“ Möge dieses Fest jung und alt in dieser schweren Zeit einige frohe Stunden bereiten haben. Wir danken allen denen, die sich bereitwilligst in den Dienst der guten Sache gestellt haben.

Bezirk Borna. Werksgemeinschaften Wühniz. Sonntag, den 14. August, fand nach einer größeren Pause die Monatsversammlung statt. Am den auswärtigen Kameraden entgegenzukommen, wurde die Versammlung im Gasthof Gula abgehalten. Der

Presseauschuß Borna.

Achtung!

Der Bezirk Borna hat für alle A.M.B.-Kameraden einen Lesezirkel eingerichtet. Eine Reihe aktueller Bücher, vor allen Dingen für Redner-Kameraden, sind geeignet, den Kameraden das Wissen zu bereichern. Ausgabzeit der Bücher jeden Sonntag vormittag in der Zeit von 10 bis 12 Uhr bei dem Bezirkspressewart E. Schubert, Borna, Mühlgasse 4.

Bezirkspressewart Meuselwitz-Rositz.

Sonntag, den 2. Oktober früh 8 Uhr Pressewartesitzung. Die Sitzung wird pünktlich eröffnet. Entschuldigung ist nur beim Pressewart einzureichen. Glückauf! M A L Y.

1. Vorf. begrüßt die Erschienenen, gibt einen Bericht über die nachfolgende Bezirkskundgebung und dankt allen nochmals, welche zum guten Gelingen beigetragen haben. Der Bezirksbildungs- wirt Kam. G. Jaculy war für den verhinderten Redner eingespungen und fand für seine Ausführungen „Der Weg der A.M.B.“ aufmerksame und dankbare Zuhörer. Nach Erledigung einiger Gruppenangelegenheiten dankt der Vorf. den Erschienenen und schließt die Versammlung.

Werksgruppe Braunlohlenwerk Borna. Am 30. Juli hielt die Werksgruppe ihre Monatsversammlung ab. Die gesamte Tagesordnung fand glatte Erledigung. Der 1. Vorf. wies anschließend auf die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl hin und ermahnte jeden Kameraden, mitzuarbeiten an dem Wiederaufbau Deutschlands.

Werksgruppe Viktoria. In der Monatsversammlung am 13. August in Lobstädt gab der 1. Vorf. Kam. Haase eingangs einen kurzen Bericht über die letzte Bezirksbildung, aus dem zu erkennen war, wie der ganze Bezirk der A.M.B. einmütig zusammenarbeitet. Kam. Jaeger von der Werksgruppe Wignitz hielt anschließend einen Vortrag über „Meine Erlebnisse als Fremdenlegionär“, welcher allgemein interessierte. Reicher Beifall dankte dem Redner. Unter Gruppenangelegenheiten wurden die säumigen Kameraden in punkto Beitragszahlung an ihre Pflicht erinnert. Laut Vorstandsbefehl sind 4 Kameraden aus der Gruppe ausgeschlossen worden, die dem Bezirksstreffen unentschuldig ferngeblieben waren. Ferner wurde auf das am 28. August in Lobstädt stattfindende Kinderfest hingewiesen.

Achtung! Führertagung!

Im Laufe des Oktober findet eine Führertagung statt. Die Bezirks- und Gruppenvorsitzenden erhalten in diesen Tagen eine Programmfolge. Wir bitten, sich mit den einzelnen Stoffgebieten gründlich vertraut zu machen, damit in reger Aussprache eine ersprießliche Arbeit und Stellungnahme erzielt wird. Der Vorstand.

Tafellieder — Feltzeitungen

sowie alle anderen

Uervielfältigungen

liefert preiswert

Robert Noske, Borna, Ruf 658

Kolonialwaren, Landesprodukte, Mehl, Futtermittel, Düngemittel, Sämereien, Tabak, Zigarren, Zigaretten

empfiehlt

Bernhard Möschke, Lobstädt

Am Bahnhof

Hugo Regel, Lobstädt

Hauptstraße 90b

Fernruf 517

Feine Fleisch- und Wurstwaren
ff. Aufschnitt / Eigene Rühlanlage

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei

Kolonialwaren empfiehlt bestens

Otto Schmidt, Bäckermeister

Lobstädt, Hauptstraße 96

Zigarrenspezialgeschäft von Walter Bärmann, Borna

empfiehlt sich für

Klein- und Großhandel mit Tabakwaren

Restaurant Sängenheim, Borna

Grimmaer Straße

empfiehlt sich als Verkehrslokal der Gruppen
der A. M. B. von Borna und Umgegend

Hochachtungsvoll Albin Schramm

Hotel „Wettiner Hof“

Telefon 104 Borna Bez. Leipzig Telefon 104

Haus der Bergleute

Verkehrs- u. Schulungslokal des Bez. Borna der A.M.B.
Versammlungslokal der Werksgruppe Braunlohlenwerke Borna und aller vaterländischen Verbände.

Erstklassige Küche / Täglich preiswerteste Hausgerichte / Eigene Rühl-
anlage / Bestgepf. Biere / Neueingetretete Fremdenzimmer, Saal,
Konferenzzimmer in verschiedenen Größen / Regelfahrt / Autogaragen.
Inhaber: Erich Bohring.

Gasthof Zur Post, Bahnhof Rieritzsch

Schulungs- und Versammlungslokal der A.M.B.-Ortsgruppe.

Schöner staubfreier Garten / Angenehmer Aufenthalt.

Jeden Freitag Gartenkonzert / Raubtiergehege.

Zum Besuche ihres Lokals laden freundlichst ein

Alfred Förster und Frau

Achtung!

Unsere Mitglieder kaufen und
verkehren bei unseren Inserenten
Werbt neue Inserate!

A. Hausmann
Borna
Bahnhofstraße

Beste und billige Bezugsquelle
für Sammelbestellungen

für

Kaffee / Tee / Kakao / Schokoladen
Kakes / Minorika-Zwieback

Vereinszimmer

Verantwortlich für den Inhalt: J. B. Rich, Mally, Wutz (Zeit-Land). — Druck Robert Noske, Borna Bez. Leipzig.

Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat, und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Buchdruckerei Robert Roske, Borna bei Leipzig, Pegauer Str. 1/3

5. Jahrgang

Halle (Saale), den 27. Oktober 1932

Nr. 10

Hauptauschuß nationaler Industriearbeiter- und Berufsverbände zur Arbeitsbeschaffung.

Die Maßnahmen der Reichsregierung haben im deutschen Volk, insbesondere bei den Millionen Arbeitslosen, Hoffnungen ausgelöst. Die infolge der marxistisch-gewerkschaftlichen Gewaltherrschaft ihrer Existenz beraubten und verelendeten Millionen Volksgenossen erwarten, daß durch die Maßnahmen der Reichsregierung auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet in den vor uns stehenden Wintermonaten neue Existenzmöglichkeiten geschaffen werden.

Es zeugt von einer rücksichtslosen Verantwortungslosigkeit gegenüber der Wirtschaft und insbesondere der Arbeiterschaft, wenn politische Parteien und Verbände ihre Interessen über die Interessen des Volkes stellen. Das deutsche Volk, die deutsche Wirtschaft und die deutsche Arbeiterschaft stehen vor einer entscheidungsvollen Zeitwende. Maßnahmen, die heute ergriffen werden, werden für die kommenden Jahre für Volk, Wirtschaft und Arbeiterschaft grundlegend sein. Das gesamte deutsche Volk befindet sich in einer Lage, die entschlossenes Handeln und eine heroische Tat erfordern, um Arbeit und Brot für Millionen zu schaffen.

Die Machthaber des Systems von 1918 haben sich als zu keiner Tat fähig, sondern als unfähig erwiesen. Besonders haben die marxistischen Parteien und Gewerkschaften das in sie gesetzte Vertrauen mißbraucht. Eine maß-

lose politische Verhezung hat in Deutschland die gegenseitige Achtung und das gegenseitige Vertrauen insbesondere in der Wirtschaft und in den einzelnen Werken zerrüttet. Der Hauptauschuß nationaler Industriearbeiter- und Berufsverbände richtet darum an die deutschen Unternehmer den Appell, die Zeit zum Handeln zu nutzen. Wirtschaftsführer müssen jetzt Unternehmungsgeist zeigen, Verantwortungs- und Tatwillen bekunden, indem sie die vom Hauptauschuß nationaler Industriearbeiter- und Berufsverbände vertretenen nationalwirtschaftlichen Grundsätze anerkennen und mit ihm gemeinsam den Kampf gegen Wirtschaftsverfall und Arbeitslosigkeit aufnehmen. Im Gegensatz zu dem gewerkschaftlichen Klassenkampf müssen Unternehmer und Arbeiter das Ziel anstreben, zur ehrlichen Zusammenarbeit in den einzelnen Werken, zur Betriebsverbundenheit zu gelangen.

Die national-wirtschaftliche Arbeiterschaft ist sich der Bedeutung der Zeit bewußt, sie weiß aber, daß diese Zeit in erster Linie erhöhtes Pflicht- und Verantwortungsgefühl, verstärkten Unternehmungsgeist vom deutschen Wirtschaftsführer verlangt. Nicht schwächliche Anklammerung an den lähmenden Tariffschematismus, sondern freies belebendes Arbeiterschaffen in einer freien deutschen Wirtschaft können uns retten.

Sabotage des Wirtschaftsprogramms ist Volksverrat.

Es ist in diesen Blättern des öfteren auf die Weltwirtschaftskrise im allgemeinen und die deutsche Krise im besonderen hingewiesen worden. Von berufener und noch mehr von unberufener Seite sind zahlreiche Vorschläge zur Beseitigung der Wirtschaftskrise gemacht worden. Frühere Regierungen haben versucht, durch Verordnungen und Erlasse der Not zu steuern. Es ist nicht gelungen, im Gegenteil, die wirtschaftliche Kurve ging immer weiter nach unten, die Zahl der Arbeitslosen stieg immer weiter an. Da beschritt die Regierung v. Papen einen neuen Weg mit dem Wirtschaftsprogramm vom 4. und 5. September dieses Jahres. Und es hat den Anschein, als ob diesem Programm der Erfolg nicht verlagert bleiben wird.

Bei jeder neuen Maßnahme kommt es für den Erfolg zu einem wesentlichen Teile auf die psychologische Wirkung an, die sie in den Kreisen der Mächtigsten und der Allgemeinheit erzielt. Diese psychologische Wirkung wird in stärkstem Maße beeinflusst von der Presse, die je nach ihrer Richtung zu den Maßnahmen so oder so Stellung nimmt.

Jede Maßnahme ist der Kritik ausgesetzt, und der Reichskanzler selbst hat des öfteren geäußert, daß er sich Verbesserungs- und Abänderungsvorschlägen niemals verschließen würde. Bei aller Kritik darf niemals das allen Gemeinsame übersehen werden, nämlich der doch wohl im ganzen Volke vorhandene Wunsch, die Arbeitslosigkeit zu lindern. Bei der Durchsicht der Tages- und Fachpresse der verschiedensten Richtungen, ganz besonders der sozialistischen, drängt sich jedoch dem Leser unwillkürlich der Eindruck auf, als ob manchen Kreisen solche Erleichterungen, die den Anfang der Beseitigung der Wirtschaftsnot darstellen, gar nicht erwünscht seien.

Ohne Zweifel sind Anzeichen der Belebung vorhanden. Die Konjunkturberichte, die von den verschiedensten Stellen periodisch herausgegeben werden, sind in der letzten Zeit durchaus hoffnungsvoll gestimmt. So heißt es im Vierteljahresbericht der Niederrhein-Ruhr-Kammern über das III. Vierteljahr 1932: „Auf jeden Fall will es scheinen, als ob die rückläufige Konjunktur im großen und ganzen ab-

gestoppt sei, was weitere Einbrüche in einzelnen Branchen naturgemäß nicht ausschließt. Denn nicht alle Gewerbe haben bisher reagiert. Bei einer Reihe sind Veränderungen der Lage gegenüber der vergangenen Zeit nicht feststellbar, wie es überhaupt außerordentlich schwer ist, bei dem Zusammenwirken der unendlich vielen, das Wirtschaftsleben bestimmenden Kräfte die zu erkennen, die den Charakter einer echten Wirtschaftsbelebung tragen, oder die z. B. nur spekulativer Art sind. Diese Sichtung wird dadurch noch komplizierter, daß heute die wirtschaftsaufbauenden Kräfte in ihrem Einwirken immer wieder durch Handelshemmungen der verschiedensten und ausgeflügeltsten Art gestört werden. Diese Störungen sind es z. B., die die Entwicklung des deutschen Rohlenmarktes erschweren, da überall Bestrebungen, die Kohleneinfuhr weiter zu beschränken, verspürbar sind. Aber auch noch in einer ganzen Reihe anderer Branchen treffen wir auf die immer gleiche Feststellung, daß das Ausfuhrgeschäft infolge Abspermaßnahmen fast aller Länder der Welt zurückgegangen ist und sich über die Dauer der Geltung solcher Bestimmungen wohl kaum erholen kann. Das bezieht sich auf die Großeisenindustrie genau so wie auf die Leinenbranche, auf die Papierindustrie nicht minder wie auf die Grubenholzausfuhr.

Demgegenüber rühren sich aber im Innern sehr starke Kräfte, um sich aus der Umklammerung der Depression zu lösen. Und darin unterscheidet sich dieser Berichtsabschnitt von seinen Vorgängern, daß ein Wirtschaftsauftrieb allgemeiner Natur mit einer Befestigung der Rohstoffpreise, die trotz mancher Rückschläge nicht auf den früheren Tiefstand zurückgefallen sind, zusammenläuft. Selbstverständlich bringt das dritte Vierteljahr rein saisonmäßig immer eine Belebung mit sich. Aber diesmal geht sie dem Umfang nach über das in den allerletzten Jahren beobachtete Maß hinaus.

Wichtiger für die Beurteilung der Lage ist aber die Tatsache, daß es sich auch in den nichtsaisonmäßigen Gewerben fast überall regt: so bei der Großeisenindustrie, aber auch anderwärts, z. B. den Nebenprodukten der Kohle, bei der Zinkwalzindustrie, der Nietenindustrie und Seisenindustrie. Das gesamte Ledergeschäft erhielt durch die Erhöhung der Rohstoffpreise eine Anregung. Erstmalig ist auch eine geringe Geschäftsbefebung bei der Pinsel- und Bürstenindustrie zu vermerken.

Darüber hinaus atmen zahlreiche Einzelberichte der Firmen die Hoffnung auf eine weitere Belebung im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung.

Wichtiger aber noch als solche Berichte sind nüchterne Zahlen. Der freiwillige Arbeitsdienst beschäftigte Ende September 200 000 Arbeitsdienstwillige. Inzwischen ist eine weitere Zunahme von rund 10 000 gemeldet worden.

Die Zahl der Arbeitslosen ist gleichfalls zurückgegangen. Wie der Reichskanzler in seiner Münchener Rede mitteilte, hat die Entwicklung des Arbeitsmarktes im vergangenen Monat (September) mit einer Nettoabnahme der Arbeitslosenzahl um 123 000 abgeschlossen. Im Gegensatz dazu brachte der Septembermonat des vorigen Jahres eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um 140 000 Personen. —

Inzwischen sind viele Zehntausende von weiteren Neueinstellungen gemeldet worden, wie die neu eingerichteten ständigen Rubriken in den Tageszeitungen beweisen.

Sind diese Zahlen noch nicht überwältigend, so ist doch wesentlich, daß der ansteigenden Welle der Arbeitslosigkeit ein Damm errichtet worden ist, daß einmal keine Zunahme mehr zu verzeichnen, zum andern aber eine Abnahme festzustellen ist. Es kommt nur darauf an, diese Entwicklung weiterzutreiben und mit allen Kräften zu fördern. Wer an der weiteren Senkung der Arbeitslosigkeit mitarbeitet, handelt im wahrsten Sinne des Wortes vaterländisch, wer sich

aber dagegen sträubt, verrät die Interessen des Volkes, vor allem der Arbeitnehmerschaft.

Derartige Sabotageversuche sind in der Jetztzeit am wenigsten angebracht. Wir sind uns doch darüber klar, daß es sich für unser Volk um einen Existenzkampf größten Ausmaßes handelt, und in einem solchen Kampfe ist es genau wie im Kriege das schlimmste Verbrechen, den Kämpfenden in den Rücken zu fallen. Von verschiedenen Stellen ist bereits betont worden, daß die Neueinstellungen von Arbeitnehmern bereits erheblich fortgeschritten wären, wenn nicht überall parteipolitische und gewerkschaftliche Gegenwirkungen eingesezt hätten.

Jede Störung der Durchführung der Maßnahmen der Reichsregierung bedeutet eine Verhinderung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, d. h. Sabotage am sozialen und wirtschaftlichen Gesundungswerk. Das gilt in verstärktem Maße dann, wenn diese Störungsversuche nicht Einzelerscheinungen sind, sondern Teile einer einheitlichen Aktion. Wer noch in den ersten Tagen glaubte, daß es sich bei den Streiks um Einzelfälle handelte, mußte sich sehr schnell durch die Presse der Freien Gewerkschaften, der Sozialdemokratie, der Kommunisten und der Nationalsozialisten davon überzeugen lassen, daß es nicht kleine wirtschaftliche Einzelstreiks sind, sondern zusammenhängende Streikbewegungen mit ausgesprochen politischem Charakter. In seiner Zusammenfassung über das Urteil der Gewerkschaften über die Notverordnung und die gewerkschaftspolitischen Folgerungen hat der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Sitzung des Bundesausschusses am 9. September ausgeführt, daß die Freien Gewerkschaften zum energischen Widerstand gegen den geplanten Lohnabbau und gegen die Durchbrechung der Anknüpfung der Tarifverträge entschlossen sind. In der gleichen Sitzung ist berichtet worden, daß die Gewerkschaften in einer Besprechung beim Reichsarbeitsminister keinen Zweifel darüber gelassen haben, „daß die Arbeiterschaft alle Wege beschreiten werde, um den sozialpolitischen Teil der Verordnung, insbesondere den Eingriff in den Tariflohn, zu Fall zu bringen“. Die Freien Gewerkschaften gingen dabei davon aus, daß die Verordnung vom 5. September mit der Reichsverfassung unvereinbar sei und daß daher jeder Arbeitgeber, der auf Grund der Verordnung eine Unterschreitung der Tariflöhne vornimmt, gegen die tarifliche Friedenspflicht verstößt und daher den Gewerkschaften die Berechtigung zu Gegenmaßnahmen gibt. In einer amtlichen Erklärung des Reichsarbeitsministeriums ist demgegenüber mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen worden, daß nach der Absicht der Verordnung der Arbeitgeber, der die Tariflöhne und Gehälter mit der zugelassenen Unterschreitung zahlt, damit den Tarifvertrag erfüllt, und daß daher eine Gewerkschaft, die einen gegen die Durchführung dieser Verordnung gerichteten Arbeitskampf unterstützt, ihrerseits gegen die tarifvertragliche Friedenspflicht verstößt. Die Freien Gewerkschaften haben daraufhin erneut überall die Weiterführung des Kampfes gegen die Verordnung angekündigt. Sie raten ihren Mitgliedern, in jedem Falle beim Arbeitsgericht zu klagen, da im Hinblick der Formulierung der Verordnungen und ihrer Durchführungsverordnungen sicher damit zu rechnen wäre, daß der Arbeitgeber gegen die Verordnung verstoßen hätte.

Der Zweck dieses Vorgehens der Freien Gewerkschaften liegt auf der Hand. Eine Entscheidung der Arbeitsgerichte erfolgt nicht von heute auf morgen. Selbst bei einer Sprungrevision können Wochen vergehen, bis das Reichsarbeitsgericht als letzte Instanz entschieden hat. Wenn auch uns die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts in grundsätzlicher Hinsicht nicht zweifelhaft sein kann, so wird doch durch die Streiks eine Beunruhigung derjenigen Betriebe erreicht, die dem Appell der Reichsregierung folgen und neue Arbeitskräfte einstellen. Das bedeutet anstatt der be-

abstichtigen Belegung der unternehmerischen Initiative eine neue Rührung, die, wie es bereits geschehen ist, zur Wiederentlassung der neu eingestellten Arbeitnehmer führt und das dringendste Ziel des Regierungsprogramms, die Minderung der Arbeitslosigkeit, eher ins Gegenteil verkehrt. Man hofft weiter, mit diesen Maßnahmen dahin zu wirken, daß manche Arbeitgeber eine geplante Neueinstellung erst gar nicht durchzuführen versuchen, um sich nicht der Gefahr eines Streiks und damit einer Stilllegung des Betriebes auszusetzen.

Das mit der geschilderten Einstellung gegen das Papen-Programm verfolgte Ziel ist ein mehrfaches: Einmal blüht für manche Organisationen und Parteien der Weizen besonders in Notzeiten des Volkes, weshalb die soziale Wunde eben offengehalten werden muß. Es ist aber jetzt „Gefahr im Verzuge“ (nach der Meinung jener Dunkelmänner), daß es der Regierung gelingt, die schlimmste Not zu bannen. Damit wird das Hauptziel klar, nämlich das politische. Gelingt es jenen Kreisen, die Entlastung des Arbeitsmarktes zu verhindern, so können sie damit auftrumpfen, daß das Programm der Reichsregierung versagt

hat, eben deshalb versagt hat, weil es ohne die verschiedensten Gewerkschafts- und Parteirichtungen zustande gekommen sei. Sie können es aus Gründen der gewerkschaftlichen und parteilichen Selbsterhaltung nicht zulassen, daß Papen einen Erfolg davonträgt. Das Ziel ist also kein soziales oder wirtschaftliches, sondern allein ein politisches. So wird auf den Schultern der Erwerbslosen und der Betriebe ein Kampf ausgefochten um die Partei und die Gewerkschaft.

Wir sind durchaus nicht mit allen Einzelheiten des Wirtschaftsprogramms einverstanden, aber wir betrachten es als eine Möglichkeit, die Zahl der Erwerbslosen zu senken und die Wirtschaft in Gang zu bringen. Sich ergebende Härten sind entsprechend unserem Programm durch persönliche Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu beseitigen, was in mehreren Fällen bereits zu recht beachtenswerten Ergebnissen geführt hat.

Die dringendste Aufgabe ist Beseitigung der Arbeitslosigkeit. An dieser Aufgabe mitzuwirken ist vaterländische Pflicht eines jeden, vor allem der Arbeitnehmerschaft selbst.

Regierung erhöht Arbeitslosenunterstützung. Erleichterungen in der Sozialversicherung.

Die Verordnung zur Ergänzung von sozialen Leistungen bringt an erster Stelle

eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung

für den bevorstehenden Winter. Arbeitslose, die in der Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 1. April 1933 versicherungsmäßig Unterstützung oder Krisenunterstützung nach den Bohnklassen I bis VI mit mindestens einem Familienzuschlag beziehen, erhalten zu der Unterstützung eine wöchentliche Zulage. Die Zulage beträgt, und zwar ohne Unterscheidung nach Bohn- und Ortsklassen, für je 6 Unterstützungstage bei Arbeitslosen mit einem oder zwei zuschlagsberechtigten Angehörigen 2 Reichsmark; sie erhöht sich bei drei oder vier Angehörigen auf 3 Reichsmark und bei mehr als vier Angehörigen auf 4 Reichsmark. Arbeitslose, die einer höheren Bohnklasse als VI angehören, erhalten die Zulage, wenn ihr bisheriger Unterstützungssatz den Satz der Klasse VI einschließlic der Zulage nicht erreicht; als Zulage wird in diesem Falle der Unterschiedsbetrag gewährt. Besonders wichtig ist, daß die Zulage bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit für die versicherungsmäßige Unterstützung und Krisenunterstützung außer Betracht bleibt.

Die neue Verordnung beseitigt ferner Schwierigkeiten und Härten, die sich aus der Ortsklasseneinteilung der Notverordnung vom 14. Juni ergaben. Künftig werden alle Orte, die mehr als 50 000 Einwohner haben, der sogenannten Sonderklasse oder der Ortsklasse A zugerechnet. Ferner: Bisher waren für die Arbeitslosenunterstützung die Orte der Klasse B in zwei Gruppen geteilt, je nachdem sie mehr als 10 000 Einwohner oder weniger haben. Jetzt fällt diese Teilung fort; in allen Orten der Klasse B beträgt die Unterstützung künftig so viel, wie sie bisher nur in den Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern betrug.

Die Reichsregierung war im Sommer dieses Jahres wegen der trostlosen finanziellen Lage des Versicherungsträgers zu starken Einschränkungen in der Arbeitslosenunterstützung gezwungen. Sie hat damals die harten Maßnahmen nicht vermeiden können, sie begrüßt es, daß jetzt in gewissem Umfang die Möglichkeit geboten ist, die Leistungen zu ergänzen. Durch die neuen Maßnahmen der Reichsregierung

fließen den Arbeitslosen jetzt monatlich zehn Millionen Mark mehr zu als bisher.

Die Reichsregierung beabsichtigt, in dieser Hinsicht noch mehr zu tun, sobald die finanzielle Lage es zuläßt. Die neue Verordnung enthält eine weitere Vorschrift, wonach zum Ausgleich von Härten, die sich in besonderen Fällen aus der Bemessung der Arbeitslosenunterstützung nach Ortsklassen und Gemeindegößen in der Zeit vom 31. Okt. 1932 bis zum 1. April 1933 ergeben, aus den Mitteln der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ein Betrag bis zur Höhe von 8 Millionen Reichsmark verwendet werden kann.

In der Krankenversicherung

hat die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 sämtliche Mehrleistungen beseitigt. Die Wiedergewährung war nur zulässig, wenn der höchste Beitrag bestimmte Grenzen (im allgemeinen 5 v. H. des Grundlohnes) nicht übersteigt. Die neue Verordnung läßt in beschränktem Umfang Mehrleistungen zugunsten der Angehörigen der Versicherten auch bei Überschreiten des Höchstsatzes wieder zu. Es soll gestattet sein, Krankenhauspflege für Familienangehörige oder einen Zuschuß an Stelle der Krankenhauspflege zu gewähren, ferner das Hausgeld zu erhöhen, das bei Aufnahme eines Versicherten in das Krankenhaus für seine Familie zu zahlen ist. Beitragserhöhungen dafür werden im allgemeinen nicht notwendig sein.

Die Notverordnung vom 14. Juni 1932 mindert alle

Anfallrenten,

auch die Renten für Unfälle der Gegenwart und Zukunft. Die neue Verordnung der Reichsregierung schreibt vor, daß die Renten für Unfälle, die sich nach dem 31. Dezember 1932 ereignen, nicht mehr gekürzt werden. Die Renten richten sich bei diesen Unfällen wieder lediglich nach dem Jahresarbeitsverdienst.

Ferner sieht die neue Verordnung Milderungen hinsichtlich der

Kriegsopferrenten

vor. Nach der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 bleiben von den auf die Sozialrenten anzurechnenden Ver-



forgungsbezügen 25 Mark im Monat von der Anrechnung frei, soweit es sich um Renten handelt, die vor dem 1. Jan. 1932 festgestellt sind. Diese Freigrenze soll nach der neuen Verordnung auch für die nach dem Stichtage festgestellten Renten gelten.

Schon die Notverordnung vom 14. Juni 1932 hatte in der

Rentenversicherung

für die Selbstverwaltung die Möglichkeit geschaffen werden sollte, die gesetzlichen Regelleistungen durch Mehrleistungen zu ergänzen. Zur Ausführung dieser Vorschrift trifft die neue Verordnung die nötigen Bestimmungen. Danach wird die widerrufliche Gewährung von Mehrleistungen durch die Selbstverwaltung allgemein zugelassen. Aber die Mehrleistungen bestimmt die Satzung. Sie bedarf aber der Zustimmung der Aufsichtsbehörde. Es wird auf Grund der neuen Vorschriften namentlich der Angestelltenversicherung die Erfüllung ihres Wunsches möglich sein, die Gewährung von Waisenrenten und Kinderzuschüssen über das 15. Lebensjahr hinaus fortzusetzen. Die Einführung von Mehrleistungen ist unzulässig, wenn sie die Deckung der Regelleistungen gefährdet. Die Invalidenversicherung wird daher leider an die Einführung von Mehrleistungen zur Zeit noch nicht denken können. Auch hier kann sich aber die

Lage ändern, wenn die finanziellen Unterlagen der Invalidenversicherung in Ordnung gebracht sind.

Vor Pressevertretungen gab jüngst der Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium Dr. G r i e s e r einige Erläuterungen zu den neuen Verordnungen, bei denen es sich, wie er hervorhob, nicht um eine Verordnung des Reichspräsidenten, sondern um eine Verordnung der Regierung handelt, die damit zum ersten Male von der Ermächtigung Gebrauch gemacht habe, die ihr der Reichspräsident in der Notverordnung vom 4. September erteilt hat. Der finanzielle Mehraufwand für die in den neuen Verordnungen vorgesehenen sozialen Verbesserungen werde für ein halbes Jahr auf etwa 70 Millionen Mark geschätzt. Die Reichsregierung glaube, diese sozialpolitisch notwendige Mehrausgabe auch wirtschaftlich vertreten zu können.

Mit besonderem Nachdruck wies Staatssekretär Dr. Grieser darauf hin, daß es der ausdrückliche Wunsch des Herrn Reichspräsidenten gewesen sei, daß die Kriegsofferverporgung von gewissen rechtlichen und verwaltungsmäßigen Hemmungen befreit werde. Das gelte besonders für eine liberalere Handhabung der Bestimmungen über die sogenannten Kann-Bezüge, d. h. über die Zusatzrenten, die außerordentlichen Unterstüzungen und insbesondere die Kapitalabfindung zur Abwendung von Zwangsversteigerungen von Grundstücken, die Kriegrentnern gehören.

Wahltag ist Zahhtag.

Im Wählen hat das deutsche Volk im Laufe dieses Jahres einige Übung erlangt, hat es aber auch aus den verschiedenen Wahlen etwas gelernt? Wenn man die Wahlaufrufe der einzelnen Parteien durchliest, so werden da Wunderdinge versprochen und in Aussicht gestellt, so daß es dem braven Staatsbürger recht schwer gemacht wird, aus der Fülle des vielen Guten das Beste auszuwählen. Hinterher wundert er sich, daß alles beim alten geblieben ist, ja daß es nach der Wahl noch schlechter geworden ist. Mit Versprechungen und Phrasen ist es halt nicht getan. Taten allein entscheiden. Das ist die Lehre, die jeder aus den bisherigen Wahlen ziehen kann. Parlamentarismus und Parlament haben als Hauptbestandteil des Wortes das lateinische *parlare* = sprechen (franz. *parler*). Das Parlament ist also die Stätte, wo gesprochen wird, und die Bezeichnung Schwabwude, die scherzhafterweise gebraucht wird im Hinblick auf das Parlament, bedeutet noch lange nicht die schlechteste Verdeutschung des Fremdwortes. Ohne Zweifel ist im deutschen Reichstag sehr viel geredet worden, vor allem sind viel Propagandareden gehalten worden an die Wählerschaft. Mit Reden ist die Wählerschaft bezahlt worden für ihre Wahlstätigkeit. Es sind auch Gesetze beschlossen worden; da aber eine Partei für sich niemals die Mehrheit hatte, mußten sich mehrere Parteien zusammenschließen, um gemeinsam eine Mehrheit darstellen zu können. Diesen Zusammenschlüssen, die man Koalitionen nannte, gingen immer Verhandlungen voraus mit dem Zwecke, sich gegenseitig recht kräftig übers Ohr zu hauen: Stimme mit mir in dieser Angelegenheit, dann stimme ich mit dir in jener. Man war bei diesem Kuhhandel zwar immer, wenn auch nicht immer erfolgreich, darauf bedacht, daß die Kirche im Dorfe blieb, d. h. daß die Parteien bei ihrem „Geben“ nicht allzubiel von ihren Parteiprogrammen und ihren „Grundfäzen“ preisgaben. Sonst hätten es ja die Wähler gemerkt. Aber der Kuhhandel nahm im Laufe der Jahre derartige Formen an, daß der Wähler es doch merkte.

Aber die Beredsamkeit und Aberredungskunst der Wahlredner ist so groß, daß es immer wieder gelang, einen plausibeln Grund für das Verhalten der Partei zu finden.

Und schließlich spielte man den Haupttrumpf auf, indem man den Wählern den Vorwurf machte, sie hätten nicht genug agitiert; hätten sie ihre Pflicht ganz getan, dann hätte die Partei einen viel größeren Sieg erfochten und schließlich für sich allein die Mehrheit gehabt, und dann würden auch alle Wahlversprechungen 100prozentig durchgeführt werden. So ist es Jahre hindurch gegangen, bis sich herausstellte, daß man auf diese Weise nicht weiterkomme, daß das Parlament ein Hemmnis sei für das Regieren. Also schaltete man es aus und versuchte es seit nunmehr zwei Jahren mit Notverordnungen. Solange diese so einigermaßen den Wünschen und Belangen der Anhänger des parlamentarischen Systems entsprachen, gab man sich zufrieden und duldete (toleriert) das Kabinett, das der Träger der Verordnungen war. Als aber immer mehr klar wurde, daß alle, wenn auch wohlgemeinten Verordnungen nicht zum Ziele führten, daß im Gegenteil die Not immer mehr anstieg und schließlich der Reichspräsident andere Männer ins Kabinett berief, da erhob sich großes Toben bei all denen, die nun ihre Felle fortzuschwimmen sahen. Das Reden hörte auf und es begann, was viel eher hätte geschehen müssen, das energische Handeln. Man begann das Äbel an der Wurzel zu fassen, nachdem man vorher nur Salben und Pflasterchen benützt hatte.

Unsere Stellung zum Wirtschaftsprogramm Papen ist in der letzten Nummer dieses Blattes gekennzeichnet worden. Wenn wir auch nicht mit allem restlos einverstanden sind, so erblicken wir doch in diesen Maßnahmen einen Wendepunkt, den entschiedenen Willen zum Handeln, dem ja auch bereits beachtenswerte Erfolge beschieden sind. Aber Parteien und Interessentengruppen können nun nicht mehr ihr Süppchen kochen und bekämpfen das Kabinett mit allen möglichen Mitteln. „Eine Regierung ohne Volk“, schreien sie. „Neun Zehntel des Volkes stehen in Opposition zur Regierung.“ Gemach. Es sind neun Zehntel der Volksvertreter. Der Volksteil, der die Erleichterungen verspürt, der Arbeitslose, der wieder eine Arbeitsstelle erhalten hat, denkt anders.

Die verunglückte Reichstagsitzung, die einen Mißtrauensantrag annahm, erinnert gar sehr an das Auftreten

Bismarcks im Preußenparlament vor 70 Jahren bzw. den damaligen Konflikt, über den wir an anderer Stelle dieser Nummer berichten. Damals hatte Bismarck nur 11 Stimmen hinter sich, während 308 in der Opposition waren. Hat diese gewaltige Oppositionsmehrheit recht behalten? Sie hat es nicht. Bismarck bewies hier sein echtes Führertum im Gegensatz zu den heutigen Vorstehern und Vorsitzenden, die lieber tausendmal mit den Massen irren, als einmal gegen sie recht behalten. Bismarck ließ sich nicht von der Masse treiben und schieben, sondern trat ihr als Einzelner zielbewußt entgegen, wies den Weg und ging ihn erfolgreich zu Ende. Und das ganze deutsche Volk dankte es ihm, Bismarck dem Eisernen.

Aus jener großen Zeit ragt noch wie ein Riese der Vorzeit der Reichspräsident in unsere Zeit hinein, dessen 85. Geburtstag das deutsche Volk vor einigen Wochen mit herzlicher Anteilnahme gefeiert hat. Fürwahr ein Felsen im Strudel des Meinungsstreites, der heute heftiger denn je tobt. Er ist die lebendige Verkörperung des Pflichtgefühls, des Dienstgedankens, er ist die Autorität, auf ihm beruht heute der Staat. Die Grundlagen des Staates aber wanken. Der auswärtige Ausschuß saß, während heute in Leipzig die preußische Frage und in München die süd-deutsche Frage erörtert wird, eine Kampfschließung, die der gegenwärtigen Reichsregierung Rache schwört; Minister und Ministerialdirektoren, Universitätsprofessoren und hohe Richter kämpfen mit Denkschriften und Gegendenkschriften. Ausschüsse bemühen sich, Licht in manche dunklen Vorgänge

Verfassungskonflikte.

Die Ähnlichkeit des heutigen Verfassungskonflikts mit dem vor 70 Jahren ist so auffallend, daß es sich insbesondere im Hinblick auf die Folgen, die dieser gehabt hat, verlohnt, die Erinnerung daran wieder einmal auszugraben. Es handelt sich hier wie dort um den Gegensatz zwischen dem formellen Recht des Parlaments und dem realen Recht des Staates, seine Autorität zu behaupten. Den Anlaß zum Konflikt zwischen Krone und Parlament bildete damals die Heeresreform vom Jahre 1860. Preußens Bevölkerung war seit den Freiheitskriegen von $10\frac{1}{2}$ auf 18 Millionen Menschen gestiegen. Trotzdem hatte man die Heeresstärke vom Jahre 1820 beibehalten, so daß jährlich nur 40 000 Rekruten eingestellt wurden, während nach der Bevölkerungszahl von 1860 jährlich 65 000 Mann hätten eingestellt werden müssen. Der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht war also durchbrochen, da nur noch zwei Drittel der Wehrpflichtigen eingestellt wurden. So kam es, daß bei den Mobilmachungen der letzten Jahre (1849, 1850, 1859) ältere Familienväter sich stellen mußten, während kriegstaugliche junge Leute zu Hause blieben. Das war ein unhaltbarer Zustand, der beseitigt werden mußte. Der Prinzregent und sein Mitarbeiter, der Kriegsminister v. Roon, erkannten die Notwendigkeit einer Heeresreform und arbeiteten einen Plan aus, nach dem jährlich 63 000 Mann eingestellt werden sollten. Außerdem glaubte der Prinzregent um der besseren Ausbildung willen an der dreijährigen Dienstzeit festhalten zu müssen. Dieser Plan stieß jedoch auf den Widerstand des Parlaments. Es kam zunächst zu einem Kompromiß. Das von der Regierung eingebrachte Wehrgesetz wurde angefangen des parlamentarischen Widerstandes zurückgezogen und die Kammer bewilligte die von der Regierung geforderten 9 Millionen Taler zur „einstweiligen“ Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft des Heeres.

Auch im Jahre 1861 wurden noch einmal provisorisch 7,3 Millionen Taler bewilligt. Aber dann wurde der Konflikt herbeigeführt durch die Gründung der sogenannten Deutschen Fortschrittspartei am 6. Juni 1861, deren Ziel es

zu bringen, die sich zur Zeit eines hemmungslosen Partei-regimes abgepielt haben. Während Frankreich unter Duldung Englands sich anschickte, neue Paragraphenketten um Deutschland zu schmieben, während ein so hohes nationales Gut wie die Wehrhoheit auf dem Spiele steht, zerfleischt sich das Volk in einem Wahlkampf, der an Gehässigkeit kaum zu überbieten ist. Der Zwietracht ist kein Ende. Wird damit die Not gelindert? Kommen wir damit auch nur einen Schritt weiter?

Die Reichsregierung hat ein Programm verkündet und in Kraft gesetzt, das Vinderungen schon gebracht hat und weitere zu bringen Aussicht hat. Zur Erreichung aller Ziele aber ist Vertrauen nötig. Das ist die Voraussetzung. Und diese Vertrauensbasis zu schaffen, wird Aufgabe der Zeit nach dem 6. November sein.

Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß sich doch schließlich alle wahrhaft nationalen und aufbauwilligen Kräfte zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. Wir, die wir Verständigung und Gemeinschaft auf unsere Fahne geschrieben haben, wirken in diesem Sinne und sind bemüht zusammenzuführen statt zu trennen.

Anseren Mitgliedern fällt es diesmal nicht schwer, ihre Entscheidung am 6. November zu treffen. Für uns bedeutet der Wahltag im wahrsten Sinne des Wortes Wahltag. Wir zahlen am 6. November allen denjenigen heim, die sich dem Aufstieg Deutschlands, der Befreiung von äußerer und innerer Not entgegenstemmen.

war, durch die Anwendung des Mittels des Steuerbewilligungsrechtes eine Parlamentsherrschaft in Preußen auszurichten. Sollte die Krone sich dem Willen des Parlaments fügen ohne Rücksicht auf das Wohl des Staates?

Der König war überzeugt von der nationalen Notwendigkeit der Heeresreform und wollte an den neu errichteten Regimentern festhalten. Aber bei der Neuwahl am 6. Dezember 1861 erhielt die Fortschrittspartei 109 Mandate (unter 352 Abgeordneten) und konnte mit den Liberalen die Mehrheit bilden. Vor diese Kammer brachte die Regierung das Wehrgesetz, das an der dreijährigen Dienstzeit festhielt. Das Abgeordnetenhaus verlangte Spezifikation des Stats, um zu verhindern, daß die Regierung durch Ersparnisse bei anderen Statstiteln die Heeresreform aufrechterhalten könnte. Mit Recht sah der König darin einen Eingriff in das ihm zustehende Recht der Ausführungsgewalt und appellierte an das Land durch Auflösung des Parlaments. Aber die Neuwahlen am 6. Mai 1862 brachten einen überwältigenden Sieg der Opposition. Die Fortschrittspartei stieg auf 141 Mandate, das linke Zentrum auf 101. Beide Parteien hatten also wieder die Mehrheit. Jetzt verlangte das Parlament, daß der König sich dem Willen des Volkes, der sich eben so klar und deutlich ausgesprochen hätte, fügen müsse und die Heeresreform rückgängig mache. Der König war überzeugt, daß Nachgiebigkeit gegen die überspannten Forderungen des Parlaments eine Schädigung des Staatsinteresses bedeute, und wollte daher nicht nachgeben. Am 12. September 1862 lehnte die Budgetkommission des Landtages die Kosten für die Heeresreform ab. Das war offene Kampfanfrage gegen die Krone. Damit war der Konflikt auf die Spitze getrieben.

Da kam die Rettung durch Bismarck. Am 18. September 1862 schickte Roon das berühmte Telegramm an Bismarck nach Paris: „Periculum in mora. Dépêchez-vous“ (Geseh im Verzuge. Beilen Sie sich). Bismarck, durch Roon über den Gang der Ereignisse auf dem laufenden gehalten, verstand das Telegramm und war am 20. September in

Berlin. Am 22. September 1862 fand die entscheidende Unterredung zwischen Bismarck und dem König Wilhelm in Babelsberg statt. Der König empfing Bismarck mit den Worten: „Ich will nicht regieren, wenn ich es nicht so vermag, wie ich es vor Gott, meinem Gewissen und meinen Untertanen verantworten kann. Das kann ich aber nicht, wenn ich nach dem Willen der heutigen Majorität des Landtages regieren soll, und ich finde keine Minister mehr, die bereit wären, meine Regierung zu führen, ohne sich und mich der parlamentarischen Mehrheit zu unterwerfen. Ich habe mich deshalb entschlossen, die Regierung niederzulegen.“ Der König war also bereit, vor dem Parlament zu kapitulieren, aber Bismarck blieb fest. Er erwiderte dem König, daß er bereit sei, in das Ministerium einzutreten. Er wollte sich für die Heeresreform einsetzen, auch gegen die Majorität des Landtags. Diese tapfere Antwort machte großen Eindruck auf den König. Er gewann sein Selbstvertrauen wieder und erklärte: „Dann ist es meine Pflicht, mit Ihnen die Weiterführung des Kampfes zu versuchen, und ich abdicieren nicht.“ Am nächsten Tage, am 23. Sept. 1862, wurde Bismarck zum Ministerpräsidenten ernannt.

Am gleichen Tage strich das Abgeordnetenhaus alle Ausgaben für die Heeresreform mit 308 gegen 11 Stimmen. Also nur 11 Stimmen waren damals für die Regierung. Am 12. September 1862 haben 42 Abgeordnete für die Regierung gestimmt gegenüber 513 Stimmen der Opposition. Also war zur Zeit Bismarcks die Opposition gegen die Regierung noch weit größer als heute gegen die jetzige Reichsregierung.

Aber Bismarck war fest entschlossen, den Kampf aufzunehmen gegen den Willen der Parlamentsmehrheit, um damit Preußen und Deutschland zu retten. Zunächst war Bismarck noch verständlich gestimmt. Am 30. September 1862 erschien er in der Budgetkommission und erklärte, daß die Krisis, wie sie auch enden möge, zum Wohle des Vaterlandes ausschlagen werde. Könne die Krisis mit Ehren beseitigt werden, so biete die Regierung gerne die Hand dazu. Aber die Parlamentsmehrheit, beherrscht von dem eigensinnigen Willen zur Herrschaft im Staat, schlug nicht in die dargebotene Hand ein. In derselben Sitzung wurde vielmehr eine Entschließung angenommen, die erklärte, daß es verfassungswidrig sei, wenn die Regierung eine Ausgabe verfüge, die durch einen Beschluß des Abgeordnetenhauses abgelehnt sei. Das war eine offizielle Kriegserklärung. Betragen von dem Vertrauen des Königs und von dem unerschütterlichen Pflichtgefühl gegen sein Volk und Vater-

land, nahm Bismarck den Fehdehandschuh auf, und nun folgten die Jahre des Konflikts von 1862 bis 1866. Es wurde vorläufig ohne Budget regiert. Die Neuwahlen vom 28. Oktober 1863 änderten nichts an den bisherigen Mehrheitsverhältnissen des Abgeordnetenhauses. Aber dann zeigte der große politische und militärische Erfolg des Jahres 1864 im Kampf um Schleswig-Holstein Bismarcks überragende Staatskunst. Weite Kreise gewannen Vertrauen zur Regierung. Bereits die Wahl am 3. Juli 1866, dem Tage von Königgrätz, brachte den Oppositionsparteien eine vernichtende Niederlage. Sie verloren 105 Mandate, während die Anhänger der Regierung über 100 Mandate gewannen. Als dann 1866 der große Sieg errungen war, da brach sich im Volke die Überzeugung Bahn, daß man dem gewaltigen Staatsmann nicht mehr Opposition machen dürfe. Und Bismarck selbst bot die Hand zum Frieden durch die Einbringung der Indemnitätsvorlage. Am 3. September 1866 wurde die Indemnitätsvorlage mit 230 gegen 75 Stimmen angenommen. Damit war der vierjährige Kampf zwischen Krone und Parlament beendet. Bismarck hatte der Staatsautorität zum Siege verholfen gegenüber der Herrschaft des Parlaments. Aber nur dadurch hatte er den Erfolg erreicht, daß er unerbittlich alle Bestrebungen des Parlaments nach Alleinherrschaft im Staate energisch zurückwies. Und endlich kam das Volk zur Einsicht, und seine Vertreter gaben dem unerschrockenen Staatsmann recht.

Parlamente haben oft im Verlauf der Geschichte zur Aberheblichkeit geneigt und dann das Gefühl einer gewissen Anfehlbarkeit gezeigt. Und dies Gefühl zeigt sich um so stärker, je geringer die politische Befähigung ist. Zweifellos hat das Parlament, das am 12. September 1862 nach Hause geschickt wurde, seinen politischen Befähigungsnachweis nicht erbracht. Wieder handelt es sich heute um die Frage: Soll das Parlament die Alleinherrschaft in Deutschland führen oder soll die Rücksicht auf das Wohl des Staates vorangehen? Darf ein Parlament einer Regierung in den Rücken fallen, die sich energisch bemüht, Deutschlands militärische Gleichberechtigung zu erringen, die den Fluch der Arbeitslosigkeit beseitigen will? Wir hoffen, daß die verantwortlichen Stellen in Reich und Staat sich nur leiten lassen von der Rücksicht auf das Staatsinteresse, ohne Nachgiebigkeit gegen überspannte Forderungen der Volksvertretung. Bismarck hat vorbildlich gezeigt, wie ein Parlamentskonflikt zu lösen ist. Möge sein Beispiel eine Mahnung sein für die Gegenwart.

Öffentliche Gelder für die Gewerkschaften.

Der Bericht der „Zeiger Neuesten Nachrichten“ (23. 9. 1932) über die dortige Stadtverordnetenversammlung enthält folgenden Abschnitt:

Punkt 17: **Zuschuß für das Gewerkschaftskartell.**

Die Magistratsvorlage steht bei der Stadtverordnetenversammlung zum zweiten Male zur Beratung. Gemäß dem Vorschlage der Einigungskommission hat der Magistrat beschlossen, je zur Hälfte aus dem gemeinschaftlichen Verfügungsfond der städtischen Körperschaften und dem Magistratsverfügungsfond dem Gewerkschaftskartell 1000 Mf. und den dem Kartell der freien Gewerkschaften nicht angehörenden Arbeitnehmer- und sonstigen Berufsverbänden 1000 Mf. im Rechnungsjahr 1932 als einmaligen Zuschuß zu gewähren.

Stadtverordneter Rell (KPD.) beantragt, einen Zuschuß von 500 Mf. auch an die Rechtsauskunftsstelle der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu gewähren, was mit 33 gegen 2 Stimmen abgelehnt wird. Die Magi-

stratsvorlage wird jedoch gegen die beiden Stimmen der Kommunisten angenommen.

Die Gewerkschaften erheben in allen Städten den Anspruch, daß ihre Gewerkschaftskartelle, die Stützpunkte für Klassenkampf und Volksverhehung, von der Gemeinde finanziert werden, weil sie „öffentliche Funktionen“ ausüben. Wo die Sozialisten bisher die Mehrheit hatten, ging dieser Raubzug auf die Taschen der Steuerzahler auch glatt vonstatten. Anderwärts, wo die Roten auch auf andere Parteien Rücksicht zu nehmen haben, wird das Ding so gedreht, daß den anderen Gewerkschaften gleichfalls ein Brocken hingeworfen wird, und schon ist Einstimmigkeit da, dank der Naivität der nichtsozialistischen Parteien, die immer noch die Arbeitnehmerschaft mit den Gewerkschaften gleichsetzen.

Ein besonders krasser Fall von Mißbrauch öffentlicher Gelder für Gewerkschaftszwecke wird von der „Deutschen Bergwerkszeitung“ (1. 10. 1932) berichtet. Eine Fabrik der Eisenindustrie in G. stellte eine Anzahl Arbeiter neu ein

und forderte auf Grund der Notverordnung für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunden die entsprechende Tariffenkung. Als Antwort darauf trat die Belegschaft, von den Gewerkschaften aufgehebt, in den Streik, und der sozialdemokratische Bürgermeister der Stadt verteilte an die Streikenden Gutscheine, die auf Summen von 14 bis 15 M. lauteten;

er zahlte also für die Gewerkschaften die Streikgelber. So kann man auch unter einer autoritativen Regierung erleben, daß mit öffentlichen Geldern die Aufbaupläne der Regierung sabotiert werden.

(Aus „Deutsche Wacht“, Wochenchrift der Deutschen Vereinigung Nr. 20 vom 16. 10. 1932.)

Marxistische Mißwirtschaft in der Sozialversicherung.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem man nicht von irgendwelchen Unterschlagungen, Unregelmäßigkeiten und derartigen unerfreulichen Dingen liest. Ganz besonders häufen sich solche Vorgänge in einzelnen Zweigen der Sozialversicherungseinrichtungen, besonders der Krankenkassen. Auf diese üble Zeiterscheinung weist eine jüngst erschienene Schrift hin, auf die wir hier besonders aufmerksam machen möchten. Millionen Klagen an lauter der Titel dieser von Landtagsabgeordneten Johann Engel und Fr. Eisenberg in J. F. Lehmanns Verlag, München, erschienenen Schrift. Auf 108 Seiten ist hier eine Fülle erdrückenden Materials zusammengetragen, die Antwort auf die Frage gibt: Wo sind unsere Krankenkassenbeiträge geblieben?

Im Schlußsatz heißt es: Das Sündenregister der Sozialdemokratie ist groß. Sie hat ein volles Maß von Schuld. Das Vertrauen, das Millionen der arbeitenden Menschen seit Jahrzehnten ihr entgegenbrachten, hat sie in den Jahren ihrer politischen Macht mißbraucht. Die sozialdemokratischen Führer haben sich mit wenigen Ausnahmen als unfähig gezeigt. Es wird kein Mensch der Sozialdemokratie daraus einen Vorwurf machen, daß sie Männern aus dem Arbeiter-

stande den Weg nach oben bahnte und sie in einflußreiche Stellungen brachte. Der Vorwurf wird ihr aber zu Recht gemacht, daß sie viele unfähige und unehrliche Männer in Amt und Würden brachte.

Die Verfasser dieses Buches haben die Untaten der Sozialdemokratie auf dem Gebiete der Sozialversicherung zusammengestellt, um der Öffentlichkeit den Beweis sozialdemokratischer Unfähigkeit zu führen. Wenn der Staatsanwalt diese Unfähigen und Unehrliehen bisher nicht angeklagt und der Richter sie nicht gerichtet hat, so ist doch schon der Stab über sie gebrochen worden. Die öffentliche Meinung hat das Urteil gefällt.

Sie gaben an, Volksführer zu sein und waren keine Führer.

Sie wurden gewogen und zu leicht befunden.

Ihre Zeit ist dahin.

Die sozialdemokratische Partei hat das Ansehen der deutschen Arbeiterschaft nicht gefördert, sondern geschändet. Wenn sie durch viele Jahrzehnte als Vertreterin der deutschen Arbeiterschaft galt, so kann diese in Zukunft nicht mehr sein.

Aus der Bewegung.

Pressewart. Bz. Meuselwitz-Rositz.

Wo bleiben die monatlichen Fragebogen? In Zukunft erfolgt an dieser Stelle namentliche Mahnung. Glückauf! Malh, Bezirkspressewart.

In der Nummer 1 „Unser Kampf“, Organ der NSDAP, Betriebszellen-Organisation, wird die Werksgruppenorganisation der Waltersdorf angegriffen. Wir wollen nicht untersuchen, welche Gefühle den Schreiber zu dem gehässigen Angriff veranlaßten. Wir lehnen es grundsätzlich ab, uns mit Rechtsverbänden zum Gaudium der Linken auseinanderzusetzen. Daß der Artikel von Unwahrheiten strotzt, dürften inzwischen die NSDAP-Mitglieder dem Schreiber schon erzählt haben. Richten Sie, verehrter Verfasser, Ihren Kampfesmut gegen die eigentlichen Unglücksbringer Deutschlands, die marxistischen Gewerkschaften, dann haben Sie für Ihr Blatt Stoff genug. Im übrigen müssen wir es ablehnen, uns künftig mit anonymen Schreibern auseinanderzusetzen.

Werksgruppe Waltersdorf,
i. A. Schellenberg, Pressewart.

Bezirk Meuselwitz. Werksgruppe Rositz. Die Monatsversammlung fand am 11. September im Gasthof Maul statt. In Vertretung des Vorsitzenden eröffnete Kamerad Gerhardt die Versammlung. Nach Erledigung der Tagesordnung machte Kamerad Traub über das Thema: „Ein Stündchen Geologie“. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Nächste Pflichtversammlung am 23. Oktober nachm. 3 Uhr. Erscheinen ist Pflicht.

rege Aussprache schloß sich an. Im Verlaufe des Abends konnten wieder 4 Kameraden neu aufgenommen werden. Es wurde noch auf den Deutschen Abend verwiesen, der an Stelle einer Bezirkskundgebung am 30. Oktober in Rositz stattfindet.

Werksgruppe Waltersdorf. Am 25. September fand in der Kantine Gentsch unsere Monatsversammlung statt. Die Beteiligung war wider Erwarten sehr gut. In demselben Zuge war die Sängergemeinschaft eingeladen, den erst in diesem Jahr ins Leben gerufenen Gesangsverein Haselbach bei seinem ersten öffentlichen Auftreten zu unterstützen. Mit den patriotischen Liedern „Nichte dich auf Germania!“, „Wo mag es wohl am schönsten sein“ und dem Bundeslied von Mozart nahm die Sängergemeinschaft an der Vortragsfolge teil. Sämtliche Lieder fanden bei den Sangesbrüdern reichen Beifall.

Werksgruppe Leonhard A.-G. Die am 24. September stattgefundene Pflichtversammlung beschloß im Rahmen der Tagesordnung eine Beitragsenkung von 20 Pfennig pro Monat für das Jahr 1932. Kamerad Traub von der Werksgruppe Schade sprach über das Thema: „Ein Stündchen Geologie“. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Nächste Pflichtversammlung am 23. Oktober nachm. 3 Uhr. Erscheinen ist Pflicht.

Werksgruppe Schade. Die am 1. Oktober abgehaltene Monatsversammlung war gut besucht. Aus der reichhaltigen Tagesordnung sind die ausführlichen Berichte über den „Hauptausfluß der nationalen Industrie“ und Berufs-

Werksgruppe Rositz.

An Stelle der ausgefallenen Bezirkskundgebung veranstaltet die Werksgruppe am 30. Oktober 1932 abend 7 Uhr im Gasthof Maul, Rositz, einen Deutschen Abend.

Alle U. M. B.-Kameraden sind herzlichst eingeladen.

Der Gruppenvorstand. Baumgarten.

arbeiterverbände" sowie über die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium besonders zu erwähnen. Der Vorsitzende sprach über die Einführung des zivilen Luftschutzes und seine Notwendigkeit für unser heimisches Braunkohlenrevier. Die Erledigung interner Gruppenangelegenheiten, wie Feldverteilung an die Kameraden, sowie Festlegung der ersten Vorarbeiten für die Gründungsfeier in etwa 2 Monaten, beschloßen die anregend verlaufene Versammlung. Hingewiesen sei auch an dieser Stelle, daß die Versammlungen in Zukunft pünktlicher anfangen, die Kameraden sich also im Interesse aller rechtzeitig einzufinden haben.

Die Versammlung der Frauengruppe am 7. September war ebenfalls sehr gut besucht. Eine außerwählte Tagesordnung gab Anregung zu vielseitiger Aussprache der Kameradinnen. Der Werksgruppenführer hielt einen Vortrag über die „Notverordnung zur Behebung der Wirtschaft" und erläuterte eingehend die Auswirkungen derselben. Die Besprechung der noch zu erledigenden Arbeiten für die Kinder unserer Kameraden beschloß die Versammlung.

Werksgruppe Tagebau Peiffa. Unsere Monatsversammlung fand am 23. September in der Werkschenke Eugenschacht statt; sie war wiederum gut besucht. Als Gäste waren anwesend Herr Dipl.-Ing. Oppenberg, Herr Geiger und Kamerad Hoffmann (Leonhardwerke). Die Abwicklung der reichhaltigen Tagesordnung ging flott vonstatten. Der 1. Vorsitzende gab u. a. bekannt, daß die Einheitsfront der nationalen Industriearbeiter- und Berufsverbände gebildet worden ist, und wies eingehend auf ihre Bedeutung für unsere Bewegung hin. Kamerad Hoffmann hielt den zweiten Vortrag über seine persönlichen Erlebnisse in Deutsch-Südwestafrika und erntete für seine interessanten Ausführungen starken Beifall.

Werksgruppe Böhniß-Mummsdorf. Unsere Monatsversammlung am 16. September war gut besucht. Nach Erledigung der Tagesordnung, bei der sich über den Punkt Werksparfasse eine rege Aussprache ergab, ergriff der für Kamerad Taubert eingesprungene Bezirksvorsitzende Kamerad Freyer das Wort. Er ging nach einigen grundsätzlichen Ausführungen zur berufsständischen Bewegung zu, der uns alle berührenden Notverordnung vom 4. September d. J. über. Seine Ausführungen wurden mit regem Interesse verfolgt und ergaben einen lebhaften Meinungsaustausch. Nächste Versammlung am 21. Oktober.

Werksgruppe Herzog-Ernst. Unsere Monatsversammlung am 24. September fand in Gemeinschaft mit der Frauengruppe in den Räumlichkeiten unserer Leutestube statt. — Vorsitzender Kamerad Paul Freyer eröffnete mit Begrüßungsworten die Versammlung, der eine reichhaltige Tagesordnung vorlag. Nach Aufnahme zweier neuer Mitglieder besprach man die Weihnachtsgeschenke, bezüglich deren Ausgestaltung allgemein befriedigende Beschlüsse gefaßt wurden. Der Iobes aus Klein-Wangen zurückgekehrte Kursteilnehmer Kamerad Emil Beer gab einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit und Ergebnisse sowie über Leben und Treiben in Klein-Wangen. Er sprach weiterhin in interessanter Weise über die noch in diesem Jahre in unserer Gemeinde stattfindenden Kommunalwahlen, Wert und Wichtigkeit einer im Gemeinderat vertretenen nationalen Mehrheit betonend. Nachdem dieser Redner unter reichem Beifall seine Ausführungen beendet hatte, sprach Herr Dr. Bredtel über das Thema: „Sozial ist, wer Arbeit schafft". Auch dieser Redner zog in seiner bekannnten trefflichen Weise die Zuhörer in seinen Bann und erntete mit seinem einheitsstimmigen Ausführungen reichen Beifall. — Als dann weiter wichtige Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, wurde gegen 11.15 Uhr abends mit einem „Glückauf" unsere wieder gut besuchte und verlaufene Monatsversammlung geschlossen.

Bezirk Borna. Bezirksitzung. Die Bezirksitzung fand am 28. Sept. im „Wettiner Hof" in Borna statt. Die Tagesordnung

war allen Gruppenvorsitzenden schon vorher zugegangen. Der Bezirksvorsitzende Kamerad Haase eröffnete die Sitzung, begrüßte die Erschienenen, fragte an, ob Meldungen, Fragebogen, Abrechnungen usw. mit den bezüglichen Ressortvertretern erledigt worden sind, und nimmt anschließend die Stimmungsberichte der einzelnen Gruppenvorsitzenden entgegen. Der Bezirksschulungs- und der Bezirkspressewart geben eingehend Bericht über die Tätigkeit ihrer Ressorts im verfloßenen Monat. Nach allen Berichten kann zusammengefaßt gesagt werden: die U. M. B.-Bewegung befestigt sich immer mehr, trotz Anfeindungen von verschiedenen Seiten, besonders der Marxisten. Es erfolgen längere Aussprachen über die Stellungnahme der U. M. B. zu den bedeutenden Tagesfragen.

Werksgruppe Böhlen. Am 16. September fand im Bahngasthof zu Böhlen ein Vortragsabend statt, zu dem Herr Studententat Barts als Redner zu einem Vortrag „Politische Lage" gewonnen worden war. Als Gäste waren die Herren Dir. Classen und Baurat Held erschienen. Nach der üblichen Begrüßung der Kameraden und Gäste durch den Gruppenvorsitzenden Kameraden Obst erhält Herr Barts das Wort zu seinem Vortrag. Redner geht von den Ursachen aus, die zu der heutigen politischen Lage geführt haben; er beleuchtet eingehend die politischen Parteien, skizziert näher die Bewegung der U. M. B. und ihre Aufgaben und schließt mit den Worten: „Einer für alle, alle für einen". Der Vortrag erntet starken Beifall, und der Vorsitzende dankt dem Redner für die wertvollen Ausführungen. Es findet sodann eine rege Aussprache statt. Der Abend hat wiederum gezeigt, wie stark die U. M. B. dasteht.

Werksgruppe Dora und Helene. Die Werksgruppe hielt Sonntag, den 25. September, nachm. 3 Uhr ihre Monatsversammlung im Gasthaus Hoffmann, Großzissen, ab. Infolge des schönen Wetters läßt der Besuch der Versammlung sehr zu wünschen übrig. Im Mittelpunkt der Tagesordnung steht der Vortrag des Bezirksschulungswart's Kamerad Faculy über das Thema „Wirtschaftsfragen der Gegenwart". Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Schluß der Versammlung 5 Uhr.

Werksgruppe Witzniz. Die Werksgruppe veranstaltete am 18. September im Rahmen der Monatsversammlung einen Vortragsabend mit dem Thema „Ziviler Luftschutz". Der Vortragende, Herr Hauptmann Helm (Mtenburg), machte in ausgezeichneter Weise den Anwesenden klar, warum Luftschutz nötig ist, in welchem Gefahrenbereich wir uns befinden. Der zweite Teil behandelte die Abwehrmaßnahmen und machte hauptsächlich mit der Gasmaske vertraut. Diese interessanten Ausführungen ernteten reichen Beifall, und es sei dem Redner an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt. Nach Erledigung einiger Gruppenangelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende.

Werksgruppe Viktoria. Die letzte Monatsversammlung fand am 17. September im „Sängerheim" zu Borna statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung freifte der Vorsitzende die am 12. September stattgefundene Versammlung der U. M. B. und legte dar, daß die von den Nazis beabsichtigte Betriebszellenbildung auf unserem Werk nur eine Zersplitterung für die Belegschaft bedeute und ein zielbewußtes Zusammenarbeiten verhindern würde. Die Versammlung gedachte des so früh von uns gegangenen Kameraden Nowak. Kamerad Haase gab einen Bericht von der letzten Hauptvorstandssitzung, nach der es zu begrüßen sei, daß die nationale Front der Arbeitnehmer geschlossen um ihre Anerkennung kämpft, und die ferner den § 184 des R.A.G. beseitigt wissen will. Zur Vorführung gelangten einige Filme von Herrn Denzler, Borna, die unsere Kameraden in verschiedenen Gegenden unseres Vaterlandes führten; auch zeigte ein Abschnitt Bilder von unserem letzten Kinderfest. Eine Sammlung für den verstorbenen Kameraden Nowak brachte 70 Mk.

Schulungsausschuß Borna.

Im kommenden Winterhalbjahr finden wieder regelmäßig Kursusabende für Redner statt. Tag und Stunde wird jedem Redner-Kameraden rechtzeitig mitgeteilt werden.

Werksgruppe Regis. Die Mitgliederversammlung fand am 18. September im Ratskeller Regis statt. Der Bezirksschulungswart Vaculy hielt einen Vortrag über „Wege und Ziele der U.M.B.“ Reicher Beifall lohnte ihm. Eine rege Aussprache folgte. Die internen Gruppenangelegenheiten fanden glatte Erledigung.

Werksgruppe Adelheid, Haselbach. Sonntag, den 2. Oktober fand unsere Monatsversammlung im Restaurant Hochtritt statt. Kamerad Vaculy hielt einen lehrreichen, sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die gegenwärtige Lage“. Unter Verschiedenem wird angeregt und beschlossen, in Zukunft bei jeder Versammlung eine Zellerammlung zugunsten der Weihnachtsbescherung zu veranstalten. Nach Erledigung einiger Gruppenangelegenheiten schloß Kamerad Dieze die gutverlaufene Versammlung.

Bezirk Zeiß-Weißenfels. Werksgruppe Emma. Sonntag, den 2. Oktober, fand unsere Monatsversammlung im Gasthof „Glückauf“ statt. Um 3 Uhr wurde die gutbesuchte Versammlung vom 1. Vorsitzenden unter Begrüßung der anwesenden Kameraden und Gäste (Herr Bergmeister Hahn als Vertreter des Werks und Herr Baritz von der Deutschen Vereinigung) eröffnet. Nach Befanntgabe der Tagesordnung gedachte Kamerad Knoblauch unseres allberehten Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg, der am heutigen Tage seinen 85. Geburtstag begeht. — Die letzte Niederschrift wird verlesen und genehmigt. Es erfolgt einstimmige Aufnahme von zwei neuen Kameraden und Verpflichung derselben durch den Vorsitzenden. Kamerad Fallenstein gibt einen ausführlichen Bericht von den vorausgegangenen zwei Bezirksitzungen. Danach nimmt Herr Baritz (Halle) das Wort und schildert in 1½ stündiger Rede die Reichstagsauflösung, das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen und die augenblickliche Lage; seine Ausführungen ernten den allgemeinen Beifall der Versammlung. — Die Weihnachtsfeier betreffend werden die weiteren Vorarbeiten dem Gesamtvorstand überlassen. Kamerad Fallenstein erwähnte zum Schluß die bevorstehenden Reichstagswahlen und schilderte die recht verwickelte Lage. Nach Erledigung interner Werksangelegenheiten fand um 6.30 Uhr die Versammlung mit einem kräftigen „Glückauf“ des Vorsitzenden ihr Ende.

Werksgruppe Hohenzollernhall. Am 18. September fand die Gruppenversammlung statt. Neben Erledigung der Tagesordnung wurde betont, daß die Werbetätigkeit der Mitglieder sich noch reger gestalten müsse; nur die uneigennütige Arbeit der U.M.B. kann und wird einen Ausweg aus der drückenden Lage der Gegenwart bringen. In der nächsten Versammlung werden im Anschluß an die jüngst stattgefundene Führertagung einzelne wichtige Programmpunkte besprochen werden.

Werksgruppe Tagebau Wählig. Sonntag, den 25. September, fand in der Kantine Tagebau Wählig unsere gutbesuchte Monatsversammlung statt. Vorsitzender Kamerad Neuhert eröffnet um 20.15 Uhr, begrüßt die erschienenen Kameraden mit ihren Damen sowie als Gäste den Vorsitzenden Kamerad Weher und Kamerad Müller von Hohenzollernhall und Schriftführer Kamerad Becher von der Werksgruppe Köpfen aus herzlichste und erstattet sodann Bericht von der am 2. September in Lützenau stattgefundenen Bezirksitzung sowie von der am 13. September in Leipzig stattgefundenen Vorstandssitzung. Nach reger Aussprache wurden noch einige interne Gruppenangelegenheiten erledigt. Am 22.30 Uhr schließt der Vorsitzende die Versammlung mit einem kräftigen Glückauf.

Werksgruppe Jakobshgrube. Am 25. September fand unsere Monatsversammlung statt. Die Tagesordnung wurde glatt erledigt. Der Vorsitzende Kamerad Lingner gab einen ausführlichen Bericht von der Vorstandssitzung der U.M.B. in Leipzig am 13. September und wies darauf hin, daß ein ausführlicher Bericht über das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen im Mitteilungsblatt erscheint. Die bei der Stilllegung der Brettfabrik entlassenen Kameraden sind teilweise im Schmelzereibetrieb wieder mit eingereiht. Noch Außenstehende werden bei nächster Arbeitsgelegenheit eingestellt. Vor Eingang der Tagesordnung gedachten die Anwesenden nochmals des verstorbenen Kameraden Paul Väßsch und erhoben sich in stiller

Gedenken seiner von ihren Plätzen. Die nächste Versammlung findet am 30. Oktober statt. Redner wird bestellt.

Werksgruppe Groitzschen. Die Werksgruppe der Schmelzerei Groitzschen hielt am 9. Oktober ihre Monatsversammlung ab. Der 1. Vorsitzende Kamerad Heinrich heißt die erschienenen Kameraden herzlich willkommen, als Gast besonders Herrn Dr. Niegemann. An erster Stelle der Tagesordnung stand der Bericht über die Gründung eines Hauptauschusses nationaler Industriearbeiter- und Berufsverbände, an dessen Zustandekommen unser Bundesvorsitzender Kamerad Taubert großen Anteil hatte. Der vorgesehene Vortrag von Kamerad Fallenstein (Grube Emma) mußte leider zurückgestellt werden, da der Redner aus unvorhergesehenen Gründen verhindert war, unserer Versammlung beizuwohnen. Im Punkt Reichstagswahl entspann sich eine rege Aussprache. Alle Sprecher hoben hervor, daß mit dem alten System ein für allemal aufgeräumt werden müßte, wollte man einer neuen Zeit entgegengehen. Deshalb sei die Parole am 6. November, nur national zu wählen. — Auch in diesem Jahre soll eine Weihnachtsfeier verbunden mit Kinderbescherung stattfinden. Zu diesem Zwecke wurde ein Ausschuß gebildet mit der Aufgabe, die Vorarbeiten zum Feste zu erledigen. Nach erschöpfter Tagesordnung wurde die Versammlung mit einem kräftigen Glückauf geschlossen.

Werksgruppe Köpfen. Am 24. September fand unsere gutbesuchte Monatsversammlung im Kasino statt. Nach Begrüßung besonders des ersten Vorsitzenden der U.M.B. Kamerad Taubert eröffnete Kamerad Aha die Versammlung mit Befanntgabe folgender Tagesordnung: Verlesen der Mitglieder. Verlesen der letzten Niederschrift. Einnahme der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Bericht von der Bezirksitzung in Lützenau. Verschiedenes. Vortrag des 1. Vorsitzenden der U.M.B. Kamerad Taubert über das Thema: „Warum Werksgemeinschaft?“ Nach Einnahme der Beiträge erfolgte Aufnahme von drei neuen Kameraden und ihre Verpflichung durch den Vorsitzenden. Ferner wurde Bericht über die Bezirksitzung am 2. September erstattet und verschiedene interne Werks- und Gruppenangelegenheiten erledigt. Der Vortrag des Kameraden Taubert streifte zunächst kurz Außen- und Innenpolitik; hier seien die größten Fehler gemacht worden. Redner legte jedem ans Herz, das Gehörte mit hinauszunehmen und die Abseitstehenden aufzuklären, damit wir endlich den wahren Weg zur Volksgemeinschaft erreichen, sonst finden wir deutschen Arbeiter kein besseres Dasein. Reicher Beifall lohnte dem Redner und der Vorsitzende dankte ihm im Namen der Gruppe. Alle Punkte der Tagesordnung fanden glatte Erledigung. Ein gemächliches Beisammensein beschloß die gutverlaufene Versammlung die um 22.30 Uhr mit einem kräftigen „Glückauf“ geschlossen wurde.

Bezirk Geiseltal. Werksgruppe Pfännerhall. Sonntag, den 25. September, wurde unsere Monatsversammlung abgehalten. Vorsitzender Kamerad Schick eröffnete sie mit Begrüßung der anwesenden Kameraden. Die Niederschrift der letzten Versammlung wurde verlesen und genehmigt. Es folgten Aussprache und Vorschläge über die gegenwärtige Lage. Kamerad Schick erläuterte kurz das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Kabinetts v. Papen. Zu diesem Programm nahmen die Mitglieder energisch Stellung. Bei dem jetzigen Preisaufschwung, den enormen sozialen Lasten und Abgaben könne der Arbeiter weiteren Lohnabzug nicht vertragen, denn er hat bis jetzt nur Opfer gebracht. Kamerad Sphchallst verlas den Bericht über die Hauptvorstandssitzung in Leipzig vom 13. September; hieran knüpfte sich eine kurze Aussprache. Nach Erledigung einer Wohlfahrtsangelegenheit schloß der Vorsitzende mit einem „Glückauf“ die Versammlung.

Werksgruppe Leonhard. Am 3. September fand die sehr gut besuchte Versammlung der Werksgruppe statt. Im Mittelpunkt standen die Ausführungen des Herrn Baritz (Halle) über das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung und die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage. Er gedachte ferner des auf diesen Tag fallenden Gründungsstages der Werksgruppe und sprach den Wunsch aus, daß das kommende Jahr uns bessere wirtschaftliche Zeiten bescheren möge. Anschließend wurden mehrere Gruppenangelegenheiten besprochen, vor allem die Frage der Kartoffelbelieferung; bei deren Durchführung sollen auch die arbeitslosen Kameraden berücksichtigt werden.

Presseauschuß Borna.

Mittwoch, den 9. November abends 1/8 Uhr findet im „Wettiner Hof“ Presseauschuß-Sitzung statt. Alle Pressewarten werden gebeten pünktlich zu erscheinen.

Bezirkel. Jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr Bücherumtausch bei Kamerad E. Schubert, Borna, Mühlgasse 4.

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei

Kolonialwaren empfiehlt bestens

Otto Schmidt, Bäckermeister

Lobstädt, Hauptstraße 96

Hugo Regel, Lobstädt

Hauptstraße 90b

Fernruf 517

Feine Fleisch- und Wurstwaren
ff. Aufschnitt / Eigene Rühlanlage

Restaurant Sängenheim, Borna

Grimmaer Straße

empfehlen sich als Verkehrslokal der Gruppen
der A. M. B. von Borna und Umgegend

Hochachtungsvoll **Albin Schramm**

Große Auswahl billiger Bücher aus allen
Gebieten der Literatur / Alle Zeitschriften
und Lieferungswerke / Musikalien /
Reiseführer / Schulbücher / Jugendschriften /
Moderne Leihbibliothek.

Bücherstube am Markt Robert Noske
Borna Bez. Leipzig Fernsprecher 658 u. 659

Kolonialwaren, Landesprodukte, Mehl,
Futtermittel, Düngemittel, Sämereien
Tabak, Zigarren, Zigaretten

empfehlen

Bernhard Möschke, Lobstädt

Am Bahnhof

Gasthof und Tanz-Palast Stadt Altenburg

Lobstädt (Bezirk Leipzig)

Inh.: Ellab. v. Brühl / Fernruf: Amt Borna 519

Verkehrsl. d. A. M. B.-Werks-
gruppe **Victoria**, Lobstädt

Gasthof Hoffmann, Großzößen

Versammlungs- und Verkehrslokal der A. M. B.-Gruppe
Dora & Helene / Angenehmer Ballsaal / Jeden Freitag Kino
Zum Besuch ladet freundlichst ein **R. Hoffmann**

Zigarrenspezialgeschäft von Walter Bärmann, Borna

empfehlen sich für

Klein- und Großhandel mit Tabakwaren

H. Spitzmann
Borna
Schubstraße

Beste und billige Bezugsquelle
für **Sammelbestellungen**

Kaffee / Tee / Kakao / Schokoladen
Kakes / Minorka-Zwieback

Vereinszimmer

Hotel „Wettiner Hof“

Telefon 104 Borna Bez. Leipzig Telefon 104

Haus der Bergleute

Verkehrs- u. Schulungslokal des Bez. Borna der A. M. B.
Versammlungslokal der Werksgruppe Braunkohlenwerke Borna und
aller vaterländischen Verbände.

Erstklassige Küche / Täglich preiswerteste Hausgerichte / Eigene Rühl-
anlage / Bestgepfl. Biere / Neueingerichtete Fremdenzimmer, Saal,
Konferenzzimmer in verschiedenen Größen / Regelbahn / Autogaragen.
Inhaber: **Erich Bohring**.

Gasthof Zur Post, Bahnhof Kieritzsch

Schulungs- und Versammlungslokal der A. M. B.-Ortsgruppe.
Schöner staubfreier Garten / Angenehmer Aufenthalt.

Jeden Freitag Gartenkonzert / Raubtiergehege.

Zum Besuche ihres Lokals laden freundlichst ein
Alfred Förster und Frau

Rudolf Thieme, Bäckermeister

Lobstädt i. Sa., Hauptstraße 92

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Spezialitäten: Diverse Torten, Kaffeeschüsseln, Windbeutel,
Kuchen, Legebüch, Karlsbader Zwieback, Makronen und sämtliche
Bäckwaren. Reines Roggen- und Vollkornbrot.

Bestellungen werden prompt frei Haus zugesandt

Verantwortlich für den Inhalt: J. B. Mich. Mally, Wutz (Zeig-Land). — Druck Robert Noske, Borna Bez. Leipzig.

Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat, und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Buchdruckerei Robert Noske, Borna bei Leipzig, Pegauer Str. 1/3

5. Jahrgang

Halle (Saale), den 27. November 1932

Nr. 11

Klare Fronten!

Die Vertreter der im „Hauptausschuß nationaler Industriearbeiter- und Berufsverbände“ vereinigten nationalwirtschaftlichen Arbeitnehmer-Organisationen stellen fest, daß durch die Bildung des Hauptausschusses ein weitgehender und einheitlicher Zusammenschluß der vorhandenen und maßgebenden wirtschaftlichen Verbände der antigewerkschaftlichen Arbeiter der gesamten Industrie, des Bergbaues, des Verkehrs, des graphischen und des Gastgewerbes erfolgt ist.

Die im Hauptausschuß vereinigten nationalen Industriearbeiter- und Berufsverbände erstreben eine neue Wirtschaftsordnung auf der Grundlage einer ehrlichen und gleichberechtigten Zusammenarbeit von Unternehmern und Arbeitern in den einzelnen Werken, sie lehnen Organisationsformen ab, in welchen nicht die Erhaltung des einzelnen Werkes und die Förderung des sozialen Aufstiegs der Arbeiterschaft im Vordergrund stehen, sondern Organisationsinteressen. Aus dieser grundsätzlichen Einstellung verneinen die Vertreter der nationalen Industriearbeiter- und Berufsverbände die Möglichkeit, daß mit den Gewerkschaften eine Ankurbelung der Wirtschaft und eine erfolgversprechende Arbeitsbeschaffung durchzuführen ist. Der Neubau unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens ist nur möglich mit Kräften, welche sich nicht in überalterten und erstarrten Formen wie die Gewerkschaften bewegen.

Abzulehnen ist besonders jeder Versuch politischer Par-

teien und Verbände, aus organisations-egoistischen Gründen die Politik in die einzelnen Werke hineinzutragen; diese Bestrebungen stellen einen Mißbrauch der nationalen Arbeiterbewegung dar, sie führen zu einer weiteren Aufspaltung der Wirtschaft und insbesondere der aufbauwilligen, wertvollen nationalen Arbeiterkräfte.

Die Verbände des Hauptausschusses werden allen Nichtarbeiterkreisen, welche verneinen, durch eine Tätigkeit dargezeichneter Art die sich in wachsendem Maße vollziehende Einigung der nationalen Arbeiterschaft glauben stören zu können, schärfste Ablehnung zuwenden. Der Hauptausschuß nationaler Industriearbeiter- und Berufsverbände erstrebt als stärkste Vertretung der nationalwirtschaftlichen Arbeiterkampfverbände eine Zusammenarbeit mit allen verantwortungsbewußten Kräften der Wirtschaft. Er erhebt die Forderung, um das soziale Elend, verschuldet durch die marxistisch-gewerkschaftlichen Klassenkampforganisationen, zu überwinden, auf Zusammenarbeit von Unternehmer, Werksleitung und Werksbelegschaft aus der Erkenntnis, daß der Aufstieg unserer Gesamtwirtschaft nur möglich ist, wenn durch Werksverbundenheit aller Werksangehörigen jedes einzelne Werk zur Lebensquelle der Wirtschaftsankurbelung und Arbeitsbeschaffung wird.

Hauptausschuß nationaler Industriearbeiter- und Berufsverbände.

Beginnende Auflockerung der Tariffstarre.

In einem Schreiben an den Vorsitzenden des Hauptausschusses nationaler Industriearbeiter- und Berufsverbände hat der Reichsarbeitsminister zur Frage der Tariffähigkeit in einer für die Wirtschaft und darüber hinaus für die gesamte Öffentlichkeit außerordentlich beachtlichen Weise Stellung genommen. Der Reichsarbeitsminister teilt in seinem Schreiben mit, daß er, nachdem er den nationalen Arbeiter- und Berufsverbänden Gelegenheit gegeben habe, ihre Wünsche vorzutragen, in einer Besprechung mit den Vertretern der Länderregierungen darauf hinweisen ließ, daß er keine Bedenken trage, daß sich Verwaltungsbehörden bei der Beurteilung der Tariffähigkeit der genannten Verbände der Auffassung anschließen, die in der höchstgerichtlichen Rechtsprechung zugunsten dieser Verbände zum Ausdruck gekommen ist. Besonderer Beachtung bedarf es, daß der Reichsarbeitsminister von dieser Erklärung auch dem Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Kenntnis gegeben hat.

Durch diese Erklärung des Reichsarbeitsministers hat sich für die nationalwirtschaftliche Arbeitnehmerschaft und

ihre Verbände eine neue Lage ergeben. Die Erklärung selbst ist als ein erster, wenn auch nur beginnender Versuch zu bezeichnen, das nach 14jähriger Monopolherrschaft der Gewerkschaften erstarrte Prinzip der Lohngestaltung über das Tarif- und Schlichtungswesen aufzulockern. Entscheidend für die Arbeitsbeschaffung und Neubelebung der deutschen Wirtschaft wird es aber sein, ob dieser Schritt auch zur Auflockerung der seit 14 Jahren bestehenden gewerkschaftlichen Zwangsbewirtschaftung der Sozialversicherungen und besonders des Arbeitsvermittlungswesens führt. Es ist ein mehr als unerträglich zu nennender Zustand, daß verantwortungsbewußte und aufbauwillige Kräfte der Wirtschaft wie der Arbeiterschaft selbst heute noch durch gerichtliche Klagen und Klageandrohungen an das gewerkschaftlich-marxistisch eingeschnürte Arbeitsnachweiswesen gefesselt bleiben sollen. Für die deutsche Wirtschaft und Arbeiterschaft ist die Auflockerung der marxistisch-gewerkschaftlichen Zwangswirtschaft auf allen Gebieten der Wirtschaft eine Schicksalsfrage, denn nur durch Freiheit, Arbeit und Recht kann eine Wirtschaftsbelebung eintreten.

Zur Lage.

Das Wahlergebnis hat wohl niemand Überraschungen gebracht. Die Wahlbeteiligung war etwas geringer als sonst. Es hat lediglich einige kleine Verschiebungen gegeben. Die Sozialdemokraten haben ihre Verluste von 722 000 Stimmen an die Kommunisten abgeben müssen, die etwa 692 000 Stimmen aufholen konnten. Die Gesamtstimmenzahl der beiden marxistischen Parteien ist also etwa die gleiche geblieben, ihre Mandatszahl um 1 geringer. Die Nationalsozialisten haben nahezu 2 000 000 Stimmen verloren, wovon die Deutschnationalen etwa die Hälfte gewannen. Zentrum und Bayr. Volkspartei haben nicht unbedeutende Verluste erlitten. Größere Verschiebungen sind jedenfalls nicht eingetreten. Wohl ist die Möglichkeit, Koalitionsmehrheiten zu bilden, nach der Wahl noch geringer als vorher. Erfreulicherweise konnte die nationalwirtschaftliche, werkgemeinschaftliche Arbeiterbewegung zu den bisherigen noch einige Mandate hinzuergewinnen.

Der Staatsgerichtshof hat vor einigen Wochen endlich das Urteil in dem Länderprozeß gegen die Reichsregierung gefällt. Es war eine Staatsnotwendigkeit, die Preußenregierung zu beseitigen. Jetzt wird sie durch die Weipziger Juristen wieder in ihr Amt eingesetzt. Sie kann zwar nicht ihre Beschlüsse ausführen, aber es gibt in der Tat eine Nebenregierung in Preußen, die wohl alles versuchen wird, um die Unruhe zu vergrößern und Maßnahmen zu beschließen, die sich mit dem neuen Kurs in Preußen nicht mehr vereinbaren lassen. Die alte Regierung hat das Recht, das Land Preußen im Reichsrat und vor dem Landtag zu vertreten. Die Exekutive ist ihr allerdings genommen, sie verbleibt beim Reichskommissar, bis eine arbeitsfähige Regierung gebildet ist. Jedenfalls war durch das Urteil des Staatsgerichtshofs eine Unsicherheit geschaffen, die mit der Staatsraison unvereinbar ist.

Diese Unsicherheit wird beseitigt durch einen Erlaß des Reichspräsidenten. In der amtlichen Mitteilung heißt es, daß die Verhandlungen zwischen der Regierung Braun und den Kommissaren des Reichs über die praktische Durchführung der in dem Urteile zum Ausdruck gebrachten Gewaltenteilung in Preußen nicht zu einer Einigung geführt hätten. Das preußische Staatsministerium glaubte zur Wahrnehmung der ihm im Urteil des Staatsgerichtshofs vorbehaltenen Befugnisse zur Vertretung des Landes Preußen Rechte in Anspruch nehmen zu sollen, die einen ordnungsmäßigen Ablauf der Dienstgeschäfte in den preußischen Ministerien und eine einheitliche Führung der Exekutive in Preußen in Frage stellen würden. Die daraus entstehenden Schwierigkeiten stellen eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dar. Der Herr Reichspräsident hat sich deshalb entschlossen, auf Grund des Artikels 48, 2 der Reichsverfassung die danach nötigen Maßnahmen zu treffen. Er hat nachstehenden Erlaß am heutigen Tage (18. November) dem Herrn Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen und mit einem besonderen Begleitschreiben dem preußischen Ministerpräsidenten zugestellt. Es folgt der Erlaß, der endlich Ordnung in Preußen schafft und die Regierung Braun in ihre Schranken zurückweist.

Die Besprechungen, die der Reichskanzler v. Papen im Auftrage des Reichspräsidenten mit den Parteiführern zur Erzielung einer möglichst breiten nationalen Konzen-

tration gepflogen hat, haben zu keinem Ergebnis geführt. In dieser Lage glaubte die Reichsregierung im besten väterländischen Interesse zu handeln, wenn sie den ihr am 1. Juni erteilten Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurücklegte. Der Reichspräsident nahm den Rücktritt der Reichsregierung entgegen und beauftragte das Kabinett mit der Weiterführung der Geschäfte. Inzwischen haben die Verhandlungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern begonnen. Als diese Zeilen geschrieben wurden, stand das Ergebnis noch nicht fest und es ist müßig, sich in Vermutungen zu ergehen. Eines aber muß unter allen Umständen erreicht werden: die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte in einer Regierung, die möglichst unabhängig von den Parteien ist. Das ist um so notwendiger, als im marxistischen Lager starke Kräfte am Werke sind, die beiden feindlichen Brüder zusammenzuführen.

Am 14. November sprach Paul Löbe in Wien als Vertreter der deutschen Sozialdemokraten und sagte laut „Vorwärts“ Nr. 538 vom 14. November: „In der Reichsdeutschen Arbeiterschaft lebt eine tiefe Sehnsucht nach der Einheitsaktion, und jeder unserer Redner, der ihr Ausdruck gibt, ist der stürmischen Zustimmung der Volksmasse sicher. Wenn sie trotz unserer Bereitwilligkeit bisher nicht zustande kam, so müssen wir das der Tatsache zuschreiben, daß die andere Seite einer außerhalb des Landes gelegenen Oberregierung gehorcht. Es braucht bei uns nur ein sozialdemokratischer Bürgermeister mit kommunistischen Stimmen gewählt zu werden, dann sind die betreffenden Kommunisten des Landels sicher. Je mehr aber auch bei uns die sozialdemokratischen Volksrechte bedroht erscheinen, je mehr sich das Bürgertum in der feudalen und faschistischen Reaktion sammelt, um so unwiderstehlicher wird der Wille zur Einheit auch im deutschen Proletariat werden.“ Und der österreichische Vertreter Otto Bauer wurde noch deutlicher, als er nach „Vorwärts“ Nr. 539 vom 15. November ausführte: „In allen Ländern aktuell ist die Frage der Einheitsfront des Proletariats. Ich möchte vor allem eines aus der Debatte ausschließen: Einheitsfrontmandat sind kein Weg zur Einheitsfront. Es gibt nach meiner festen Überzeugung nur einen Weg zur Einheitsfront des Proletariats im internationalen Maßstab, das sind direkte Verhandlungen zwischen der Sozialistischen Arbeiterinternationale und der Komintern. (Stürmischer Beifall.) Nur von Internationale zu Internationale, nur zwischen Zürich und Moskau kann die Einheitsfront begründet werden.“

In Genf, das wie die ganze Schweiz von der schweren Depression kaum oder nur wenig berührt worden ist, ist es in diesen Tagen zu folgenschweren Zusammenstößen gekommen. Dabei ist es besonders bemerkenswert, daß hier Sozialisten und Kommunisten Hand in Hand bewaffnet gegen das Militär vorgegangen sind, was sicherlich kein Zufall ist, sondern von langer Hand von den sowjetrussischen Drahtziehern vorbereitet zu sein scheint. Der Bolschewismus hält seine Zeit für gekommen und legt Feuerbrände an Europa, das durch das System Versailles in ohnmächtige Zerrissenheit gebracht ist. Ein Grund mehr für das nationaldenkende deutsche Volk, endlich den Bruderkampf zu beenden und zur Einigkeit zu gelangen. Die Zeit verlangt es gebieterisch.

Ist der Tiefstand in der Wirtschaft erreicht?

Es ist ein großes Unglück für Deutschland, besonders für seine Wirtschaft und in ihr wiederum für die Arbeitnehmer, daß die politische Agitation wirtschaftliche Zusammenhänge und Vorgänge verfälscht und entstellt um der

selbstflüchtigen Ziele der Partei willen. Aus den Reden und Veröffentlichungen der verschiedensten Parteien und ihrer Presse klingt meist sogar unverbürgt der Wunsch heraus, es möge der Regierung nicht gelingen, auch nur den ge-

ringsten Erfolg ihres Wirtschaftsprogramms zu erleben. Wäre das doch der Fall, dann würde sich ja das Ansinige und Fehlerhafte der eigenen Agitation herausstellen, und die Partei würde Schaden erleiden. Partei und immer wieder nur Partei. Wohin das geführt hat, darüber besteht ja heute keine Unklarheit mehr. Es ist eine Verlogenheit sondergleichen, wenn z. B. die Linkspresse wider besseres Wissen ihren Lesern verschweigt, was die Späzen vom Dache pfeifen, daß nämlich die der Regierung v. P a p e n vorhergehende Regierung Brüning Notverordnungen sozialpolitischer Art vorbereitet hatte, die über das Maß der Verordnung vom 4. und 5. September weit hinausgingen. Wäre es dahin gekommen, dann hätte die SPD. auch das geschluckt und auch ihren Mitgliedern unter irgendeinem Vorwande schmacht gemacht, wie sie das ja die ganze Tolerierungszeit hindurch mit rechten Sulenspiegelchen und Münchhauslieden verstanden hat. Die Tolerierungspolitik hat die SPD. 728 000 Stimmen gekostet, von denen die Kommunisten nur 690 000 geerbt haben. An dem großschlächtigen Antwortbrief der SPD. auf die Einladung v. P a p e n s hin erkennt man die wilde Freude darüber, nun endlich von der Tolerierung befreit zu sein und wieder die Stellung der Opposition bezogen zu haben. Nun kann man sich wieder radikal gebärden. Diese Agitation aber verstehen die Kommunisten besser, die gar nichts zu verlieren haben, „sie haben eine Welt zu gewinnen“. Aus dieser Erwägung heraus kann man vielleicht die Anbiederungsversuche des Herrn R ö b e und des österreichischen Genossen Otto B a u e r verstehen, über die wir an anderer Stelle berichten.

Uns kann es gleich sein, wer Deutschland und seine Wirtschaft rettet, uns ist die Hauptsache, daß die Rettung erfolgt. Papens Anfurbelegung hat ohne Zweifel Anfangserfolge errungen, denen voraussichtlich weitere gefolgt wären. Das Institut für Konjunkturforschung berichtet Ende Oktober:

Seit einigen Monaten schon traten immer mehr Anzeichen dafür auf, daß die deutsche Wirtschaft dem konjunkturellen Tiefpunkt der Beschäftigung sehr nahe sei. Noch bis August konnte man zwar nicht eindeutig feststellen, daß die Beschäftigung konjunkturell überhaupt nicht mehr zurückgehe; doch hatte sich bis zu dieser Zeit das Tempo des Rückgangs ganz erheblich verlangsamt. Im September nun scheint nach allem, was bisher darüber bekannt ist, ein **absoluter Stillstand im Beschäftigungsrückgang eingetreten zu sein.**

Nach einem Vergleich der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden und der Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter nach der Gewerchaftsstatistik mit den Ergebnissen der Industrieberichterstattung fährt der Wochenbericht des genannten Instituts fort:

So wird man denn in der Tat **in der Entwicklung der Beschäftigung von August auf September die ersten Anzeichen einer konjunkturellen Besserung** erblicken dürfen, die auf zwei Ursachenkomplexe zurückgeht: einmal auf die Anregungen, die der Produktionswirtschaft von der größeren Widerstandskraft der Rohstoffmärkte zuteil geworden sind, und zweitens auf die Wirkungen der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932, die am 15. September in Kraft getreten ist. Selbstverständlich ist es unmöglich, die tatsächlich eingetretene Besserung der Beschäftigung jeder einzelnen dieser Ursachen zahlenmäßig zuzurechnen. Eines nur spricht dafür, daß die rein konjunkturellen Kräfte außerordentlich stark am Werke waren: sowohl die Statistik der Gewerkschaften wie die Angaben der Industrieberichterstattung sagen übereinstimmend aus, daß die Arbeitszeit zugenommen hat. Zunehmende Arbeitszeit — oder, was das gleiche bedeutet: abnehmende Zahl der Kurzarbeiter — ist

aber erfahrungsgemäß das erste Zeichen einer konjunkturellen Besserung der Beschäftigung. Denn die Betriebe gehen — unter normalen Bedingungen — zunächst dazu über, die vorhandenen Arbeitskräfte länger zu beschäftigen, bevor sie neue Arbeitskräfte einstellen, weil in vielen Fällen die Kosten mit zunehmender Arbeitszeit relativ sinken.

Die Rundfunkrede des Ministers Schäffer am 19. Oktober brachte weitere recht beachtenswerte Angaben:

„Die Arbeitslosenziffer ist die schmerzlichste aller Zahlen. Sie liegt auch jetzt noch über dem Stand vom Oktober 1931. Für die Beurteilung der Gegenwart und für die Vorhersage der nächsten Zukunft kommt es aber weniger auf den Abstand zwischen der Zahlenreihe von heute und der des Jahres 1931 an, bezeichnend ist vielmehr die Richtung, nach der sich die beiden Zahlenreihen bewegen. Im August und September dieses Jahres ist die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen um rund 300 000 — in der zweiten Septemberhälfte allein um 163 000 — Personen zurückgegangen, während sie in den gleichen Monaten 1931 um 360 000 gestiegen ist.

Bei dem Abstieg von der Höhe des letzten Winters bis jetzt hat sich das Heer der Arbeitslosen stark und fast ohne Unterbrechung — im ganzen um 1 030 000 Mann verringert.

Im vorigen Jahr war der Unterschied zwischen dem Scheitelpunkt im Winter und dem sommerlichen Tief nur 636 000 Mann. Gewiß, es gibt auch eine unsichtbare Arbeitslosigkeit: wie groß aber diese ist, kann niemand mit Sicherheit feststellen, wohl auch nicht das Institut für Konjunkturforschung.

Wenn auch für die erste Oktoberhälfte dieses Jahres abschließende Zahlen noch nicht bekannt sind: die vorläufigen Meldungen sprechen, wie es scheint, gegen eine Erhöhung der Arbeitslosenziffer in diesem Zeitabschnitt. Anders das Bild aus der ersten Oktoberhälfte 1931: damals ist die Arbeitslosenziffer um 130 000 in die Höhe gegangen. Die Tendenz ist unverkennbar: die zwei Zahlenreihen der Arbeitslosen in den Jahren 1931 und 1932 nähern sich einander, ihre Entfernung wird immer geringer, sie suchen den gemeinsamen Schnittpunkt.

Für die beginnende Genesung der Wirtschaft gibt es noch ein anderes Anzeichen, nämlich die Beschäftigtenziffer.

Diese hat sich im Juli und August auf der gleichen Ebene gehalten; sie ist im September, wenn auch endgültige Zahlen noch nicht vorliegen, gestiegen. Auch die Statistik, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund für seine Mitglieder führt, beweist, daß die Zahl der Beschäftigten in September zugenommen hat, und zwar dort in einem Ausmaße, das einen allgemeinen Schluß zuläßt.“

Ein ganz besonders sicheres Beweismoment für die gezeitigten Erfolge der beginnenden Belebung aber liefert die Tatsache, die von allen Trägern der Versicherungseinrichtungen gemeldet wird, daß nämlich die Beitragseinnahmen in wenn auch noch langsamem aber stetigem Maße gestiegen sind. Diese Steigerungen machten ja auch erst eine Erhöhung der sozialen Leistungen möglich, die, wenn auch in kleinen Maße, aber doch der Wirtschaftsbelebung gefolgt ist. Daß eine wirtschaftliche Belebung sich anbahnt, zeigt sich ferner in der Absatzsteigerung der Steinkohle, die arbeitsmäßige Wagengestellung wächst. Rückgängig ist die Zahl der Vergleichsverfahren und der eröffneten Konkurse; die Kreditfähigkeit ist im Steigen begriffen. Der Geldumlauf wächst, und die Zinsen sind im dauernden Sinken begriffen.

Wenn auch zugegeben werden soll, daß wir eine sogenannte verdeckte Arbeitslosigkeit haben, so kann andererseits nicht bestritten werden, daß wir auch verdeckte Arbeit in Form von Schwarzarbeit haben.

Erwähnt muß noch werden, daß der freiwillige Arbeitsdienst Mitte November eine Viertelmillion beschäftigte.

Schließlich ist entgegen allen Voraussagen eine Erhöhung der Ausfuhr um 37,9 Millionen im Oktober gegenüber dem Vormonat festzustellen, womit ein Ausfuhrüberschuß von 84 Millionen erzielt ist. An und für sich ein recht geringer Überschuß im Vergleich mit früheren Jahren, aber es ist doch eine Steigerung der Ausfuhr festzustellen. Be-

merienstweilweise konnte der Absatz deutscher Ware nach fast allen Absatzgebieten gesteigert werden. Gewiß noch lange kein Anlaß, um befriedigt zu sein, aber die Latwine des Niedergangs ist zum Stillstand gekommen. Besserungszeichen sind da. Und wir wollen nur wünschen, daß keine neuen Experimente die Belebung wieder zunichte machen.

Lohnabbau-Notverordnung rechtsgültig.

Urteil des Reichsarbeitsgerichts.

Leipzig, 12. November

In der heutigen Revisionsverhandlung im arbeitsrechtlichen Streit wegen des Lohnabbaus im Alexanderwerk in Remscheid hatte das Reichsarbeitsgericht über die Rechtsgültigkeit der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 zu befinden. Diese Verordnung war von gewerkschaftlicher Seite aus als verfassungswidrig bezeichnet worden. Man stützte sich im wesentlichen auf die Auffassung, daß keine ausreichende Ermächtigung zu ihrem Erlaß vorgelegen habe und daß der durch sie erfolgte Einbruch in den Grundsatz der Anabdingbarkeit des Tarifrechts auch außerhalb des durch sie umrissenen Aufgabenkreises liege, „zur Erhaltung der sozialen Fürsorge und zur Erleichterung von Wirtschaft und Finanzen, Zusazeinrichtungen zu vereinfachen und zu verbilligen“.

Mit dem Arbeitsgericht Remscheid hat das Reichsarbeitsgericht die Rechtsgültigkeit der Notverordnung vom 5. September grundsätzlich bejaht, wenigstens soweit die hier in Frage stehenden Teile in Betracht kommen.

In den Entscheidungsgründen

wurde ausgeführt: Ein Verstoß gegen die Verfassungsgrundsätze liegt nicht vor. Der Artikel 165 der Reichsverfassung ist zwar die verfassungsmäßige Garantie für die Wirksamkeit von Tarifvereinbarungen mit ihren wesentlichen Normenwirkungen, insbesondere der Anabdingbarkeit gegeben. Aber das Wesen und die Bedeutung der Anabdingbarkeit liegt wesentlich darin, daß der Kollektivwille dem Einzelvertragswillen vorgeht. Am diesen Grundsatz handelt es sich hier aber schon um deswillen nicht, weil hier der

Gegensatz zwischen Kollektivwirkung und Einzelvertrag nicht in Frage steht. Eingriffe in die Vertragsfreiheit der Tarifparteien sind nach der Verfassung gesetlich, oder wie das hier im Wege der Notverordnung geschehen ist, an sich zulässig. Im vorliegenden Fall ist die Anzulässigkeit des erfolgten Eingriffs zu verneinen, weil Artikel 165 der Reichsverfassung nur die Rechtsinstitution des Tarifvertrages mit seinen typischen Normenwirkungen schützen will, während die Regelung der Einzelheiten Sache des Gesetzgebers ist. Am etwas anderes als um eine Regelung von Einzelheiten handelt es sich aber bei der Verordnung vom 5. September 1932 nicht. Am Wesen der Anabdingbarkeit wird durch ihre Vorschriften nichts geändert.

Nach der weiteren Feststellung, daß ebensowenig ein Verstoß gegen Artikel 102 der Reichsverfassung mit seinem Grundsatz der richterlichen Anabdingbarkeit vorliege, legte der Vorsitzende dar, daß die fragliche Notverordnung ihre Ermächtigungsgrundlage in den Notverordnungen vom 4. September 1932 und 14. Juni 1932 habe, und daß diese Ermächtigungen nicht überschritten worden sei.

In der Sache selbst gelangte das Reichsarbeitsgericht zur Aufhebung des angefochtenen Urteils des Arbeitsgerichts Remscheid vom 5. Oktober d. J., weil nach Lage der Dinge mit der Lohnkürzung nicht, wie die Vorinstanz annahm, erst bis zum 1. Oktober gewartet zu werden brauchte. Eine sofortige Lohnkürzung war vielmehr vom 26. September ab zulässig.

Das Arbeitsgericht Remscheid wird in seiner neuen Verhandlung auch noch zu prüfen haben, ob eine beharrliche Arbeitsverweigerung auf seiten der streikenden Arbeitnehmer vorgelegen hat.

Bekennnis zur Selbstverwaltung.

Auf der Tagung der preußischen Landgemeinden machte Reichsminister Prof. Dr. Popitz, der kommissarische Verwalter der Finanzen Preußens, sehr bemerkenswerte Ausführungen zu dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung, das nicht nur für die private Wirtschaft bestimmt sei, sondern das in seinem weiteren Wirken auch das Fundament schaffen soll für das Leben der Gemeinden.

„Es ist auf das äußerste zu bedauern, wenn die Erkenntnis zu fehlen scheint, daß Maßnahmen der Regierung, mag man mit ihnen einverstanden sein oder im einzelnen Besseres wissen, auf eine geistige Einstellung vielfach stoßen, die diese Maßnahmen jeder Wirkungsmöglichkeit berauben, eine geistige Einstellung, die nur in der Kritik zu bestehen scheint, die den Pessimismus um des Pessimismus willen predigt, die Verneinung um der Verneinung willen, die so weit geht, nicht hören zu wollen, daß es doch gewisse Ansätze der Besserung — noch nicht entscheidende — gibt, daß gewisse Wirkungen bereits beginnen einzutreten,

eine Einstellung, die oft so weit geht, selbst das maßgebende Zahlenmaterial einfach beiseite zu legen, oder zu verkleinern, oder es schlechtweg nicht glauben zu wollen. In der ehrenvollen und einflußreichen Stellung, in der Sie sich draußen

im Lande befinden, würden Sie dem Vaterlande, gleichgültig wie seine Regierung ausieht, einen außerordentlichen Dienst erweisen, wenn Sie diesem Geist entgegen-treten.

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung richtet sich zunächst an ene Kräfte, die mit entscheidend sind für den Wiederaufbau in der Privatwirtschaft. Aber Sie werden fragen: Was geschieht für die öffentliche Wirtschaft? Die erliegt unter der Last der Wohlfahrtserverserwerbslosen! Auch in dieser Beziehung kann ich doch auf Maßnahmen verweisen, die Ihnen zeigen, daß man weiß, wie es um Sie bestellt ist, und versucht, Ihnen zu helfen.

In der vorigen Woche hat die Reichsregierung beschlossen, die Zuschüsse, die den Gemeinden für die Wohlfahrtserverserwerbslosenfürsorge gegeben werden, in den Wintermonaten wesentlich zu vermehren. Gleichzeitig ist der Beschluß zustande gekommen, den Abfluß der in der Krisenunterstützung Befindlichen zu der Wohlfahrtspflege abzustoppen. Diese wichtige Maßnahme beseitigt eine Anberechenbarkeit, die bisher für die Finanzen der Gemeinden bestand.

Ich behaupte nicht, daß diese Maßnahmen ausreichen. Sie können nichts anderes als ein Anfang sein. Es muß ein

umfassender Plan aufgestellt werden. Seien Sie versichert, daß daran gearbeitet wird, und zwar mit größter Beschleunigung.“

In seinen weiteren Ausführungen legte er ein mutiges Bekenntnis zum Gedanken der Selbstverwaltung ab, das gerade uns im Hinblick auf den unheilvollen Zentralismus der Vergangenheit mit Befriedigung erfüllt.

„Sie wissen, daß ich nicht glaube, man könnte die großen Fragen des Staates zentralistisch regeln, ohne sich ständig bewußt zu sein der engen Verflechtung jeder einzelnen Staatsmaßnahme mit dem täglichen Betriebe des Lebens. Sie werden mir also das Bekenntnis glauben, mit dem ich schließen möchte, das Bekenntnis zur Selbstverwaltung. In

einer Zeit, in der der Mechanismus der politischen Organisation nur mit Reibungen und mit Schwierigkeiten arbeitet, ist es gut, sich an das Wort Lorenz v. Steins zu erinnern, daß nur das Volk wahrhaft frei ist, das eine entwicklungs-fähige, arbeitskräftige Selbstverwaltung besitzt. Unter Selbstverwaltung verstehe ich dabei das, was auch Sie darunter verstehen:

Die dezentrale Ausführung aller Aufgaben des Staates unter Ergänzung in eigener freier Willensbildung, soweit es die Mittel gestatten, eine Selbstverwaltung, die sich aber auf der anderen Seite auch nicht fühlt als der einzige und etwa isolierte Träger des öffentlichen Lebens, sondern die sich bewußt ist der Einheit mit Staat und Reich.“

Gelbe Betriebsräte für Lohnabbau.

Die „Bergbau-Industrie“ Nr. 46 vom 12. November 1932 brachte unter obigem Titel einen Erguß, wonach gelbe Betriebsräte der Arbeitszeitverminderung von 8 auf 6 Stunden und somit einer 25 prozentigen Lohnkürzung zugestimmt hätten, um mehr Arbeiter einzustellen. Wir könnten verschiedene Fälle aufzählen, wo freigewerkschaftliche Betriebsräte das gleiche getan haben, allerdings mit dem Hintergedanken, ihren kreuzlahmen Verbänden wieder zahlende Mitglieder zuzufügen. Nun schreibt die „Bergbau-Industrie“, daß sie sich immer für vollen Lohnausgleich eingesetzt hätte bzw. einsetzen werde. Also für 6 Stunden 8 stündigen Lohn! Ihr schädigen Heuchler! Wer hat den

Bergarbeitern die 8½-Stunden-Schicht auf 8 Stunden ver-führt? Kumpel, hast du da etwas von Lohnausgleich ge-merkt! 5000 Neueinstellungen wollten die Hampelmänner damals erzielen! Ging mit diesem Schildbürgerstreich nicht die Bereitschaftszulage usw. verloren? Also ab 1. Dezem-ber 1932 die Probe aufs Exempel: In den sozialdemokra-tischen Konsums und Druckereien, insbesondere der „Berg-bau-Industrie“, 6-Stunden-Schicht, Mehreinstellung, bei 8 stündigem Lohn. Eine alte Forderung der Bergbauindustrie und sonstigen Freigewerkschaften werde zur Tat. Es lebe der Federhalter- und Werbepremienverband der Bergbau-industrie!

Reichsarbeitsgerichtliche Entscheidungen zu § 96 BRG.

11. Bei der Entscheidung über die Zustimmung der Betriebsvertretung zur Kündigung eines ihrer Mitglieder muß dessen Ersatzmann zugezogen werden.

Aus den Gründen des Beschlusses des Reichsarbeits-gerichts vom 5. Dezember 1931 — RAG. R. B. 82/1931.

Die Zahl der Mitglieder einer Betriebsvertretung ist durch die §§ 15 ff. BRG. gesetzlich vorgeschrieben. Scheidet ein Mitglied aus, so tritt nach § 40 BRG. ein Ersatzmitglied nach den Bestimmungen der Wahlordnung ein. Dies gilt nach derselben Gesetzesvorschrift auch für das Eintreten der Ersatzmitglieder als Stellvertreter für zeitweilig verhinderte Mitglieder. — Vorliegend war der Antragsteller, da in der Sitzung vom 29. Juni 1931 über seine eigene Angelegenheit (nämlich über die Zustimmung zu der ihm gegenüber ge-schehenen Kündigung) entschieden werden sollte, an der Mit-wirkung „zeitweilig verhindert“, und es war daher nach § 40 BRG. an seiner Stelle der ihm auf der Wahlvorschlagsliste folgende Ersatzmann zur Teilnahme an der Beschlussfassung zu laden. Das hat das Reichsgericht bereits in der arbeits-rechtlichen Entscheidung vom 4. Februar 1927 ausgesprochen. An dieser Entscheidung ist entgegen den in der Literatur wegen vermeintlicher Überspannung des Begriffs der zeit-weiligen Verhinderung teilweise geäußerte Bedenken fest-zuhalten (vgl. auch RAG. Urteil vom 14. November 1928 RAG. 181/28). Zwar wird nicht durch jede augenblickliche Behinderung eines ordentlichen Mitgliedes (z. B. nicht durch ein plötzliches Anwohlsein) die Voraussetzung einer „zeit-weiligen Verhinderung“ im Sinne des § 40 BRG. erfüllt. Aber andererseits geht es nicht an, den Begriff allzu eng zu fassen, sondern bei einer von vornherein feststehenden rechtlichen oder tatsächlichen Verhinderung muß, auch wenn es sich nur um eine Sitzung handelt, durch Ladung eines Ersatzmannes für die richtige Zusammensetzung der Be-

triebsvertretung Vorsorge getroffen werden. Gerade im Falle der Zustimmung zur Kündigung, wie er hier vorliegt, liegt dieses Erfordernis auch durchaus im Aufbau der Be-triebsverfassung begründet. Denn wenn beispielsweise die Richtung, der der Bekündigte angehört, in der Betriebs-vertretung nur durch ihn allein dargestellt wird, oder wenn sämtlichen ihr angehörigen Betriebsvertretungsmitgliedern gekündigt ist, würde es unbillig sein und den Zwecken des Betriebsrätegesetzes widersprechen, wenn zur Prüfung der Frage der Zustimmung nur die anderen Richtungen ange-hörenden Mitglieder der Betriebsvertretung zur Beratung und Entscheidung zugezogen würden.

Fristlose Entlassung wegen Rauchens im Bergwerksbetrieb auf Grund § 65 Ziff. 1 der Allgemeinen Bergpolizeiordnung für den Oberbergamtsbezirk Halle vom 26. Febr. 1927.

Aus dem Urteil des Arbeitsgerichts Eßterwerda vom 23. August 1932 — A. G. 124/32.

In einem Braunkohlenbergwerk der Niederlausitz wurde ein als Weichensteller beschäftigter Arbeiter fristlos entlassen, weil er während der Frühstückspause in den Aufenthaltsräumen der Belegschaft geraucht hatte. Der Arbeiter hielt die fristlose Entlassung für ungerechtfertigt, weil er nicht während der eigentlichen Arbeitszeit in den Mannschaftsaufenthaltsräumen geraucht habe, weil dies nie verboten worden sei, und weil er nur an diesem Tage, an dem es stark geregnet habe, in einem mit einem eisernen Ofen versehenen Raum geraucht habe, so daß Brandgefahr nicht vorhanden gewesen sei. Das Werk hielt die Ent-lassung aufrecht unter Hinweis darauf, daß die fristlose Ent-lassung nach § 65 Ziff. 1 der Allgemeinen Bergpolizei-ordnung für den Oberbergamtsbezirk Halle (Saale) vom 26. Februar 1927 gerechtfertigt sei. Sie hat ferner auf ihre verschiedenen Anschläge verwiesen, in denen das Rauchen ausdrücklich untersagt war. Der Entlassene rief das Arbeits-gericht an. Die Klage wurde aber abgewiesen. (Fortf. folgt.)

Streikbruch- und Spizelvereine im Braunkohlenbergbau!

Unter obigem Titel bringt die Nr. 46 vom 12. November 1932 der „Bergbau-Industrie“ einen längeren Artikel über den A.M.B.-Bezirk Borna. Einem armfeligen Schreiber hat ein günstiger Wind eine Dienstanweisung der „Gelben“ auf den Tisch geweht. In ihrem Schred konstruiert die rote Meute Streikbruch und Spizelarbeit der Gelben! Nun wohl-an, ihr großen Schweiger. Das hat die A.M.B. doch bestimmt nicht notwendig, denn niemand scheut einen Streik

mehr als die freien Gewerkschaften. Diese traurigen Gesellen zu bespizeln, hieße ihnen zuviel Ehre erweisen; sie sind durch ihre Taten gerichtet. Ein wohlverdienter nationaler Trit ist für diese Phrasenhelden und ihre Kafeien die beste Antwort. Im übrigen scheint sich das rote Lager erst jetzt von der Juli-Rundgebung der A.M.B. Borna erholt und die Sprache wiedererlangt zu haben.

Aus der Bewegung.

Pressewarten Bez. Meuselwitz.

Die Gruppenpressewarten nehmen an der am 1. Dezember, abends 7 Uhr, in der „Neuen Welt“, Meuselwitz stattfindenden Organisationsauschuss- und Pressewartentagung teil. Erscheinen ist dringende Pflicht. Glückauf! Mally, Bezirkspressewart.

Bezirk Zeitz-Weißfels. Am 2. Oktober fand im neuen Versammlungslokal Kantine Jacobsgrube die Monatsversammlung unserer Bezirke statt. Außer Bollert waren sämtliche Werksgruppen vertreten, Herr Barts, Halle, war als Gast anwesend. Kam. Klingner gibt nach der Begrüßung die Tagesordnung bekannt. Von dieser interessierte besonders Punkt 3, Bericht über die Vorstandssitzung der A.M.B. vom 13. September, von Kam. Neubert (Werksgruppe Wählich) ausführlich erstattet. Dabei wurden besonders hervorgehoben die Einigungsverhandlungen und der Zusammenschluß der nationalen Industriearbeiter- und Berufsverbände. Der Bericht zeigte, daß die A.M.B. ihren Zielen immer näher kommt. Herr Barts beleuchtete in kurzen Worten die Führertagung in Kleinwangen und gab gleichzeitig den dort beschlossenen Lehrplan bekannt. Nachdem man noch über die kommenden Betriebsratswahlen gesprochen hatte, wurde die Sitzung geschlossen. — Kam. Klingner erwähnte die Werksgruppenvertreter, alles daran zu setzen, den Zielen der Werksgemeinschaft zum Siege zu verhelfen. — Die nächste Bezirksitzung findet am 13. November vorm. 9 Uhr in der Kantine Jacobsgrube statt.

Werksgruppe Jacobsgrube. Am 13. November fand unsere gut besuchte Monatsversammlung statt. Nach Erledigung der üblichen Punkte wurde über die am 2. Weihnachtstagsfeierabend stattfindende Weihnachtsfeier mit Bescherung Beschlus gefaßt. Aus wirtschaftlichen Gründen soll von einer größeren Veranstaltung abgesehen werden. Kam. Thron gab ausführlichen Bericht über die Führertagung in Kleinwangen, welcher mit großem Interesse entgegengenommen wurde. Eine rege Aussprache schloß sich an. Der Vorsitzende wies auf die in nächster Zeit stattfindenden Bildungsabende hin, deren Zeitpunkte noch durch Ausschlag bekanntgegeben werden.

Werksgruppe Köpfen. Am 20. Oktober abends 7 Uhr fand im Kasino eine Vorstandssitzung mit anschließender Monatsversammlung statt. Nach der üblichen Begrüßung wurden sämtliche Punkte der Tagesordnung zu allgemeiner Zufriedenheit erledigt. Ferner konnten wir wieder ein neues Mitglied aufnehmen und verpflichten. Kam. Rabe erstattete Bericht von der Führertagung, welcher mit großem Interesse aufgenommen wurde. Der Vorsitzende schloß mit Dank für den zahlreichen Besuch. Alle Anwesenden blieben noch in kameradschaftlicher Unterhaltung einige Stunden beisammen.

Werksgruppe Tagebau Wählich. Die Monatsversammlung mußte wegen besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen ausfallen.

Werksgruppe Hohenzollernhall. Die am 22. Oktober abgehaltene Versammlung unserer Werksgruppe wurde vom 1. Vorsitzenden gegen 20 Uhr mit einigen Begrüßungsworten eröffnet. Alsdann gab er die Tagesordnung bekannt, welche u. a. Bericht über die Hauptvorstandssitzung in Leipzig und Bericht über den Führerkursus in Kleinwangen umschließt. Die ersten Punkte der Tagesordnung fanden schnelle Erledigung. Der Bericht von der Hauptvorstandssitzung in Leipzig, besonders die Einigung aller nationalen Arbeitnehmerverbände, wurden

von den Kameraden gutgeheißen. Über den Führerkursus in Kleinwangen berichtet der 1. Vorsitzende in Form eines Vortrages. Dieser Vortrag dauerte fast 1 Stunde, und die rege Aussprache über verschiedene Punkte zeigte die Anteilnahme der Kameraden an den Ausführungen. Es konnte wieder ein Kamerad in der Werksgruppe aufgenommen werden. Nachdem noch verschiedene kleine Anfragen erledigt sind, endet die gut besuchte Versammlung gegen 22 30 Uhr.

Bezirk Geiseltal. Werksgruppe Michel-Besta. Am 16. Oktober 1932 fand im Kasino der Gewerkschaft Michel-Besta unsere Monatsversammlung statt, welcher eine Vorstandssitzung vorangegangen war. Der 1. Vorsitzende Kam. Reuscher eröffnete die Versammlung, begrüßte die zahlreich anwesenden Kameraden mit „Glück auf“ und gab die Tagesordnung bekannt. Nachdem diese genehmigt und die Niederschrift der letzten Monatsversammlung verlesen war, erstattete Kam. Reuscher ausführlichen Bericht über die in Kleinwangen abgehaltene Führertagung, schilderte die dort geleistete gute Arbeit, worauf sich alle Kameraden aufs neue zu den hohen Zielen unserer Bewegung bekamen. Kam. Reuscher schilderte alsdann den Übergang der Gewerkschaft Michel-Besta zur 6-Stunden-Schicht und erklärte, daß die Gewerkschaft Michel-Besta es sich zur Aufgabe gemacht habe, mitzuwirken an der Behebung unserer tief darniederliegenden Wirtschaft. Durch diese Maßnahme wird es ermöglicht, einen großen Teil der erwerbslosen Kameraden des Schwesterwerkes Leonhardt in den Gemüß eines durch eigene produktive Arbeit verdienten Lohnes zu bringen. Die Gewerkschaft Michel-Besta führe die 6 stündige Arbeitszeit ein ohne Kürzung des Stundenlohn und erklärte sich bereit, die soziale Not ihrer Belegschaftsmitglieder weitgehend zu lindern. In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß wir alle darauf bedacht sein müssen, nur Kameradschaftsgeist zu pflegen im Sinne der Werksgemeinschaft. Gemeinsam mit unsauberen Elementen, welche als Handlanger unserer Gegner dienen, dulden wir bei uns nicht. Nach Erledigung einiger Gruppenangelegenheiten schließt der Vorsitzende mit Dank an die Erschienenen die harmonisch verlaufene Versammlung um 22 Uhr.

Bezirk Meuselwitz. Werksgruppe Böhniß-Munsdorf. Unsere Monatsversammlung am 21. Oktober war gut besucht. Die vorliegende Tagesordnung, in der die Aussprachen zu den erstatteten Berichten über die Bezirksvertreter-Versammlung und Organisationsauschusssitzung einen breiten Raum einnahmen, wurde glatt erledigt. Im Anschluß hieran wurde dem Kam. Jaculy von der Werksgruppe Dora und Helene das Wort erteilt zu seinem Vortrag „Was wir wollen!“ Der Redner gibt nach einem Überblick über die gegenwärtige Lage die Gründe an, die zur Entstehung der werksgemeinschaftlichen Bewegung führten. In scharfen Worten geißelt er die Klassenkampfparteien und die ebenso eingestellten Gewerkschaften und führt dann den Kameraden Zweck und Ziel unserer A.M.B. vor Augen. Zum Schluß mahnt er alle Kameraden, bei den kommenden Wahlen mit den Systemparteien abzurechnen und seine Stimme nur den Männern zu geben die uns verantwortungsfreudig aus dem

Bez. Meuselwitz.

Am 1. Dezember, abends 7 Uhr, „Neue Welt“, Meuselwitz

Organisationsauschussitzung.

Alle Gruppen müssen vertreten sein.

Glückauf! Freyer, Bez.-Vors.

heutigen Abend herausführen wollen. Die Ausführungen Kam. Jaculy finden lebhaften Beifall und alle anwesenden Kameraden und Gäste wissen ihm Dank für seine von Liebe zu Volk und Vaterland getragenen Worte. — Unsere nächste Monatsversammlung findet am 18. November statt; in ihr soll auch über die Auszahlung der Spargelder für Weihnachten beschlossen werden.

Werksgruppe Waltersdorf. Am 23. Oktober fand unter starker Beteiligung unsere Monatsversammlung statt, stand doch ein Vortrag „Die politische Lage“, gehalten von Herrn Dr. Brechtel, auf der Tagesordnung. Redner führte aus, daß Deutschland für das vom Westen des Kontinents übernommene demokratische System nicht geeignet ist; denn in 13 Jahren haben wir 14 verschiedene Regierungen verbraucht, die immer nur durch die Günst der Parteien kamen und gingen. Wir stehen der jetzigen Regierung sympathisch gegenüber, weil sie keine Parteienregierung ist. Die Kameraden folgten gespannt den Ausführungen, vor allem im letzten Drittel, als durch die Aussprache eines Kameraden der Vortrag auf ein rein politisches Gleis geschoben wurde. Der Kamerad glaubte die NSDAP. angegriffen, erwies aber seiner Partei damit keinen guten Dienst. — Nachdem die Organisations- und Gruppenfragen erledigt waren, sprach Kam. Kierig noch einige Worte über den freiwilligen Arbeitsdienst und das hier in Waltersdorf vom Stahlhelm aufgezogene Arbeitslager, in welchem junge Leute aller politischen Richtungen tätig sind.

Werksgruppe Grube Gertrud. Unsere Monatsversammlung fand am 22. Oktober abends 8 Uhr im Kasino Gertrud statt. Der Vorsitzende Kam. Jakob Groß eröffnete die Versammlung mit begrüßenden Worten. Die Tagesordnung bestand aus 7 Punkten. Im Mittelpunkt der Versammlung stand ein Vortrag vom Kam. Pajig über „Luftschub“. Redner behandelte im 1. Teil den „zivilen Luftschub“. Der 2. Teil „industrieller Luftschub“, wird später folgen. In leichtverständlichen Worten schilderte Vortragender die drohenden Gefahren, aber auch die Schutzmaßnahmen, die bei richtiger Anwendung und Besonnenheit die Bevölkerung vor allzu großen Verlusten bewahren. Der fast einstündige Vortrag fand bei allen Anwesenden gutes Verständnis; hoffentlich läßt der Redner bald den 2. Teil folgen. Der Vorsitzende dankte Kam. Pajig für seine lehrreichen Ausführungen. Interne Gruppenangelegenheiten wurden zur Zufriedenheit aller erledigt. Für die geplante Weihnachtsfeier mit Kinderbescherung wurde ein Festausschuß gewählt. — Die Novemberversammlung findet Sonnabend, den 26. November, abends 1/8 Uhr im Kasino Gertrud statt.

Werksgruppe Herzog-Ernst. Am 22. Oktober abends 7.30 Uhr fand unsere Monatsversammlung statt. Anwesend waren 48 Kameraden. Eine reichhaltige Tagesordnung fand ihre Erledigung. Nach Verlesen der letzten Niederschrift wurden die zahlreichen Eingänge verlesen. Dann berichtete Kam. Freyer über den Verlauf der am 18. Oktober stattgefundenen Organisationsauschussitzung und anschließend wu den endgültige Beschlüsse gefaßt über das Ausgestalten unserer Weihnachtsfeier. Kam. Freyer besprach weiter die auf der Führertagung in Kleinwangen behandelten wirtschaftspolitischen Tagesfragen und ging sodann über zu seinem Vortrage über „Das Wirtschaftsprogramm der NSDAP.“ Als Gegenstück dazu behandelte Redner eingehend das Wirtschaftsprogramm der Regierung v. Papen. Die Ausführungen unseres Vorsitzenden fanden in allen Punkten Anklang.

Werksgruppe Altenburger Kohlenwerke. Am 23. Oktober stattgefundenen Monatsversammlung war von 32 Kameraden besucht. Der Vorsitzende berichtete über die Führertagung in Kleinwangen und verlas die neuen Richtlinien für die Bezirksarbeit. Anschließend hielt Kam. Traue von Gr.-Schade einen Vortrag über „Ein Stündchen Geologie“, der allseitig großes Interesse fand. Zum Schluß erläuterte der

Vorsitzende das Regierungsprogramm Papen und zeigte die in Außen- und Innenpolitik ergriffenen Maßnahmen sowie die auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiete schon erzielten Fortschritte auf. — Weiterhin beschloß man, Anfang Dezember ein Weihnachtsbergmügen abzuhalten. Nach vierstündiger Dauer wurde die sehr anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Werksgruppe Tagebau Petta. Die Werksgruppe hielt am 28. Oktober ihre gut besuchte Monatsversammlung im Kasino Eugenschacht ab. Sie wurde 8.30 Uhr vom Vorsitzenden mit herzlichen Begrüßungsworten eröffnet. Als Gast war Herr Geiger anwesend. Der Vorsitzende gab ausführlichen Bericht über die Bezirksvertreteritzung und die Organisationsauschussitzung, welche beide in Meuselwitz stattfanden. Anschließend wurde eine Aussprache über die Notverordnung vom 5. September über Krümperhystem und dergleichen herbeigeführt. Ein Kamerad wurde neu aufgenommen und verpflichtet. Nach Erledigung interner Gruppenangelegenheiten erhielt Kam. Hafführer das Wort zu seinem Vortrag über „Zivilen Gaschub“. Den interessantesten und lehrreichen Ausführungen wurde mit größtem Interesse gefolgt und dem Vortragenden durch reichen Beifall gedankt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kameraden auf, sich recht zahlreich am deutschen Abend der Gruppe Rositz am 30. Oktober zu beteiligen.

Werksgruppe Mineralölwerke Rositz. Unsere Monatsversammlung fand am 23. Oktober 19 Uhr statt. Nach Verlesen der Niederschrift wurde Kam. Jaculy vom Bezirk Borna das Wort zu seinem Vortrag „Aufgaben und Ziele der MVB“ erteilt. Redner erinnerte an die Versprechungen der Sozialdemokratie, die 1918 gemacht worden sind, und führte den Zuhörern den Weg vor Augen, der uns in Not und Elend gebracht hat. Redner wies darauf hin, daß wir unser Ziel und eine bessere Zeit nur erreichen werden durch Verständigung und Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Redner erinnert an die Notzeit von 1808, wo alle Stände zugrunde gerichtet wurden, und wie Freiherr vom Stein es verstanden hat, den Weg zum Wiederaufstieg der Wirtschaft ohne Notverordnungen zu bahnen. Nicht unerwähnt ließ Redner die heutige Wirtschaftslage im allgemeinen, Kommunal- und Betriebsräte-wahlen, Sozialversicherung und Zwangsparafasse. Dem Vortrage schloß sich eine lebhaft ausgeführte Aussprache an. Der Redner erntete für seinen Vortrag. — Jetzt kommen wieder die langen Winterabende, an denen viel gelesen wird. Unsern Kameraden steht eine große Zahl Bücher leihweise zur Verfügung, es sind auch wieder einige neue Bücher eingetroffen. Wir bitten die Kameraden, reichlich Gebrauch von unserer Bücherei zu machen. Es wird empfohlen die Redner- und Betriebsräte-Schulungsabende besser zu besuchen. Interessenten erhalten beim Schulungswart Kam. Hänisch darüber Auskunft. — Die rückständigen und fälligen Beiträge sind der Jahresabrechnung wegen bis spätestens 20. Dezember an die Vertrauensmänner oder an Kassentwart Kam. Hänisch abzuführen. — Wir wünschen allen MVB-Kameraden im voraus ein frohes und gesundes Weihnachtsfest.

Werksgruppe Leonhard (A.G.). Die am 23. Oktober im Gasthof Wutz stattgefundenen Versammlung erhielt eine besondere Note durch den Vortrag des Kam. Schöll, welcher nach Erledigung der Tagesordnung in einem einstündigen Vortrag über deutsche Geschichte sprach. Kam. Schöll verstand es, an Hand der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands den Kameraden begreiflich zu machen, daß immer und immer wieder die Uneinigkeit der deutschen Stämme den Niedergang Deutschlands verursacht hat. Es ist nur zu empfehlen, auch innerhalb anderer Werksgruppen auf geschichtliche Vorträge Wert zu legen. — Nächste Mitgliederversammlung am 27. November nachm. 15 Uhr im Gasthof Wutz. Tagesordnung betrifft unter anderem Weihnachtsfeier. Vortrag Dr. Brechtel: „Zur Lage“.

Die von mir in der Versammlung vom 11. September 1932 im Gasthof Lobstädt getätigte Beleidigung des
Herrn Jaculy
nehme ich mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und warne vor ihrer Weiterverbreitung.
gez. Georg Pfeiffer, Böhlen.

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei

Kolonialwaren empfiehlt bestens
Otto Schmidt, Bäckermeister
Lobstädt, Hauptstraße 96

Hugo Regel, Lobstädt

Hauptstraße 90b — — — Fernruf 517

Feine Fleisch- und Wurstwaren
ff. Aufschnitt / Eigene Rühlanlage

Restaurant Sängersheim, Borna

Grimmaer Straße

empfehlte sich als Verkehrslokal der Gruppen
der A. M. B. von Borna und Umgegend
Hochachtungsvoll Albin Schramm

Tafellieder — Feltzeitungen

sowie alle anderen

Uervielfältigungen

liefert preiswert

Robert Noske, Borna, Ruf 658

Kolonialwaren, Landesprodukte, Mehl,
Futtermittel, Düngemittel, Sämereien
Tabak, Zigarren, Zigaretten

empfehlte

Bernhard Möschke, Lobstädt
Am Bahnhof

Gasthof und Tanz-Palast Stadt Altenburg

Lobstädt (Bezirk Leipzig)

Inh.: Ellab. v. Brühl / Fernruf: Amt Borna 519

Verkehrsl. d. A. M. B.-Werks-
gruppe **Victoria**, Lobstädt

Gasthof Hoffmann, Großzöfßen

Versammlungs- und Verkehrslokal der A. M. B.-Gruppe
Dora & Heine / Angenehmer Ballsaal / Jeden Freitag Kino
Zum Besuch ladet freundlichst ein **R. Hoffmann**

Zigarrenspezialgeschäft von Walter Bärmann, Borna

empfehlte sich für

Klein- und Großhandel mit Tabakwaren



Beste und billigste Bezugsquelle für
Weihnachtsbescherungen
u. Sammelbestellungen zu Fabrikpreisen
Honigtuchen / Lebkuchen / Tafel-
schokoladen / Pralinen / Kakao
Lieferant vieler Werksgemeinschaften
Fordern Sie bitte Preisliste u. Muster franko

Deutscher, kauf deutsche Ware!

Gasthof Zur Post, Bahnhof Kieritzsch

Schulungs- und Versammlungslokal der A. M. B.-Ortsgruppe.
Schöner staubfreier Garten / Angenehmer Aufenthalt.
Jeden Freitag Gartenkonzert / Raubtiergehege.
Zum Besuche ihres Lokals ladet freundlichst ein
Alfred Förster und Frau

Rudolf Thieme, Bäckermeister

Lobstädt i. Sa., Hauptstraße 92

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Spezialitäten: Diverse Torten, Kaffeeschüsseln, Windbeutel,
Kuchen, Teegebäck, Karlsbader Zwieback, Makronen und sämtliche
Bäckwaren. Reines Roggen- und Vollkornbrot.

Bestellungen werden prompt frei Haus zugesandt

Verantwortlich für den Inhalt: J. B. Rich. Mally, Wutz (Zeit-Land). — Druck Robert Noske, Borna Wz. Leipzig.

Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens
aber einmal im Monat, und wird
den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten
an die Buchdruckerei Robert Noske,
Borna bei Leipzig, Pegauer Str. 1/3

5. Jahrgang

Halle (Saale), den 27. Dezember 1932

Nr. 12

Wir wünschen allen unseren Mitgliedern und Freunden
ein frohes neues Jahr.

Mit diesen Wünschen verbinden wir unseren Dank für die treue und unermüdliche
Mitarbeit im verflossenen Jahre und die Bitte, daß auch im neuen Jahre jeder
an seinem Platze seine Pflicht voll und ganz erfüllen möge.

Wir sind überzeugt, daß es im neuen Jahre endlich wieder aufwärts gehen wird
mit unserem armen Volke.

Wir grüßen alle Kameraden mit einem herzlichen Glückauf!

Der Hauptvorstand

i. A. Taubert.

Zur Lage.

Nach wochenlangen vergeblichen Verhandlungen ist
General von Schleicher mit der Regierungsbildung be-
traut worden. Aber Herrn von Schleicher, der sich selbst den
sozialen General nennt, sich ein klares Bild zu verschaffen,
hält außerordentlich schwer. Wir haben in unserer letzten
Betrachtung vor Experimenten gewarnt. Die **Wirtschaft und
das Volk brauchen Ruhe**. Die immerwährende Anruhe
schafft bestimmt keine neue Arbeit, keine Besserung. Das
Parlament sicher auch nicht. Wir brauchen einen stetigen
Kurs, kein Regieren im Zickzack. Dazu braucht es starke Per-
sönlichkeiten. Aber das nicht allein. Herr von Schleicher ist
sicher eine starke Persönlichkeit. Ob er aber die wirtschaft-
lichen und sozialen Zusammenhänge immer richtig sieht?
Das ist unsere Sorge.

Wenn der neue Kanzler in seiner Rundfunkrede sagt,
es sige sich schlecht auf der Spitze der Bajonette, so können
wir ihm darin nur beipflichten. Zur Zeit aber sind wir der
Meinung, daß man die Bajonette noch nicht ent-
behren kann. Solange die KPD. mehr oder weniger offen
in Bürgerkriegsmethoden macht, solange eine machthungrige
Elite immer wieder versucht, lediglich zugunsten dieser
Elite an die Macht zu kommen, um eine gemeinschafts-
schädigende Interessentenpolitik zu treiben, solange die un-
geheure wirtschaftliche und politische Not anhält, solange
müssen auch Notmaßnahmen herhalten, solange muß man
also auf den Bajonetten sitzen bleiben“, um bei dem übrigens

recht schlechten Vergleich zu bleiben, der einer aufge-
frischten Vorwärtskarikatur entnommen ist.

Das Programm des Kanzlers besteht nur aus einem
einzigsten Punkt, **Arbeit schaffen**. Hierzu ist ein besonderer
Kommissar für Arbeitsbeschaffung ernannt worden, Herr
Dr. Gereke. Es soll eine Lösung geschaffen werden, die
jede **Inflation** ausschließt. Wir wollen hoffen und wünschen,
daß der neuernannte Reichskommissar das immer vor Augen
hat.

Einen breiten Raum in dem Programm nimmt die
Siedlungsfrage ein. Durchaus erfreulich, wiewohl wir der
Meinung sind, daß man von dieser Seite keine Wunderdinge
zu erwarten hat. Aber man soll nichts unversucht lassen,
was Besserung der Lage verspricht. Zudem ist das Problem
gerade der **Offsiedlung** in weitestem Maße auch ein poli-
tisches Problem.

Wenn der Kanzler in seiner Rede bekennt, er sei weder
Anhänger des **Kapitalismus** noch des **Sozialismus**, so
scheint uns der Gegensatz nicht ganz richtig gesehen zu sein.
Vielleicht ist gemeint **Privatwirtschaft** und **Sozialismus**.
Kapitalistisch ist schließlich jede Wirtschaftsform. Aber ge-
rade diese Äußerung stimmt uns etwas bedenklich beson-
ders im Hinblick auf frühere Äußerungen des Kanzlers, als
er noch Wehrminister war. Er sprach damals von über-
lebten Wirtschaftsformen und unhaltbaren
Besitzverhältnissen. Was uns weiter bedenklich

stimmt, sind die ohne Zweifel vorhandenen, sagen wir einmal, engen Beziehungen des Kanzlers zu den Gewerkschaften, und zwar nicht nur zu den Stegerwaldschen, sogenannten Christlichnationalen, sondern auch zu den freien, also zum ADB, dessen Vorsitzender, Herr Leipart, ja die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit Schleicher betont hat.

Die seitens der SPD. angekündigte schärfste Opposition gegen die neue Regierung hat sich als Theaterdonner herausgestellt. Noch am 2. Dezember schrieb der „Vorwärts“ (Nr. 568): „Das Kabinett Schleicher ist ein umgebildetes Kabinett Papen. Der Reichswehrminister dieses Kabinetts wird Kanzler. Auch sonst werden nur einige leichte personelle Veränderungen vorgenommen. Ganz selbstverständlich wird dieses Kabinett aufs allerschwerste an dem Mißtrauen weitertragen, das die Regierung Papen auf sich geladen hat. Ganz selbstverständlich wird die Sozialdemokratie den allerschärfsten Kampf weiterführen gegen jeden, der den verhängnisvollen Papen-Kurs fortzusetzen gedenkt. Ganz selbstverständlich ändert sich an ihrer grundsätzlichen Stellung nicht das allergeringste.“

Trotzdem kann gesagt werden, daß der Sturz Papens im Kampfe gegen das herrschende System einen ermutigenden Anfangserfolg darstellt. Die sogenannte „autoritäre Staatsführung“ ist vor aller Welt so kompromittiert, daß kein Hund mehr ein Stück Brot von ihr nimmt. Sie ist durch die vierzehntägige alles durcheinandermühlende Regierungskrise bis in ihre Grundfesten erschüttert.

Nun ist Papen erledigt. Der Hauptverantwortliche heißt nicht mehr Papen, sondern Schleicher. Die Regierungskrise ist bis auf weiteres beendet, die Staatskrise dauert fort und die Wirtschaftskrise, ihr vulkanischer Untergrund, besteht weiter. Die Sozialdemokratie kämpft weiter gegen die Feinde der Arbeiterklasse, die feudale und die faschistische Reaktion, die noch immer stark und gefährlich, aber in ihren Hauptstellungen erschüttert sind.“

Wesentlich gemäßigter schreibt R. Breitscheid am nächsten Tage („Vorwärts“ Nr. 569 vom 3. Dez. 1932):

„Nun bedeutet die Beseitigung Papens nicht die Rückkehr zu den Zuständen, die dem Sinn und Geist der Weimarer Verfassung entsprächen. Ein „Präsidialkabinett“ wird durch ein anderes abgelöst. An die Spitze des neuen soll Herr von Schleicher treten, und wenn wir einen Mann mit großer Genugtuung scheiden sehen, so heißt das nicht, daß wir den andern mit Befriedigung begrüßen.“

Möglicherweise ist Herr von Schleicher geschickter und weniger unbekümmert als sein Vorgänger. Möglicherweise stützt er sich weniger auf den Glauben an seine göttliche Mission und rechnet mehr mit den Realitäten des Diesseits. Das kann ihn sogar veranlassen, gewissen Forderungen der Arbeiterschaft ein geneigteres Ohr zu leihen und es wird ihn wahrscheinlich zu einem Verzicht auf die wilden Verfassungspläne bestimmen, zu deren Befürwortern sich im alten Kabinett namentlich der Freiherr von Gahl gemacht hat. Aber der größere Tatsachensinn und die bessere Anpassungsfähigkeit des Generals sind für uns kein Grund, zu ihm und seiner Regierung prinzipiell eine andere Stellung einzunehmen als zu der des verflorenen Kavalleriemajors.

Seine Politik wird von der unsrigen durch eine gewaltige Kluft geschieden sein. Die Wege, auf denen er, wie man vernimmt, zu einer Gesundung der Wirtschaft und zu einer Einschränkung der Arbeitslosigkeit gelangen will, sind nicht unsere Wege. Seine gelegentlichen Verbeugungen vor dem Gedanken der Verstaatlichung gewisser Industrien haben mit unserem demokratischen Sozialismus nichts zu tun. Seine Absicht, Herrn Bracht zum Innenminister zu

machen, kann weder für die Gestaltung der Dinge im Reich noch für die des Verhältnisses zwischen dem Reich und Preußen irgendwelche Hoffnungen erwecken. Seine bekannten Rüstungspläne vertragen sich nicht mit unseren Auffassungen von Wehr- und auswärtiger Politik und schließlich — auch er bezieht seine Machtvollkommenheiten nicht von der Volksvertretung, sondern vom Reichspräsidenten.

Für uns gibt es also nichts anderes als das Verharren in der Opposition. Nur von dieser Linie aus sind wir in der Lage, unsere politischen Ansichten und Absichten klar herauszuarbeiten und dem Volke verständlich zu machen. Nur mit der Front gegen die Präsidialregierung können wir mit Aussicht auf Erfolg die Wiederbelebung des demokratischen Willens in den heute dem Diktaturgerede zum Opfer gefallenem Arbeitermassen in Angriff nehmen.

Die autoritäre Staatsführung hat einen schweren Stoß erlitten. Aufgabe der sozialdemokratischen Politik ist es, die Voraussetzungen für die völlige Vertreibung dieses Spuks zu schaffen und damit die Bahn für den Staat des arbeitenden Volkes zu bereiten.“

Was mag sich zwischen dem 2. und 3. Dezember hinter den Kulissen alles ereignet haben? Und was wurde schließlich? Alle die Parteien, die dem Kanzler schärfste und allerschärfste Opposition ansagten, haben ihm, was zwar noch nicht viel, aber immerhin etwas ist, eine Atempause gegönnt, was im Vergleich zu dem früheren Verhalten dieser Parteien — man denke daran, daß man Papen nicht mal die Möglichkeit ließ, vor dem Reichstag sein Programm zu verkünden — allerhand ist. Der Preis dafür war allerdings nicht klein: Amnestie — Zurückziehung eines Teils der Papenschen Notverordnung — Vertretung des Reichspräsidenten. Immerhin! Der „Vorwärts“ Nr. 574 vom 6. Dez. 1932 meint dazu: „Es mag sein, daß die Regierung Schleicher von dem Trümmerhaufen, den die Regierung Papen hinterlassen hat, einige Scherben wegräumen wird, es mag sein, daß sie sich bemühen wird, einige Explosionsherde der Papenschen Notverordnungs- und Sondergerichtspolitik zu beseitigen. Für die Sozialdemokratische Partei wird das kein Grund sein, ihr Mißtrauen aufzugeben.“

Herr von Schleicher mag sich auf weitere Forderungen gefaßt machen. Wenn man der SPD. und den Gewerkschaften den Finger reicht, wollen sie gleich die ganze Hand und mehr haben. Ein Paktieren mit diesen Kreisen ist völlig zwecklos. Wenn Herr von Schleicher sich das selbst sagen würde, würde ihn das vor unausbleiblichen Enttäuschungen bewahren. Niemand, auch der neue Kanzler nicht, kann es allen recht machen, am wenigsten den Gewerkschaften und den Linken. Die sind unersättlich. Ihre ewigen Forderungen hängen wie ein Damoklesschwert über der Regierung. Die Annahme der Amnestie durch den Reichsrat hat Herrn von Schleicher eine weitere Galgenfrist verschafft. Das diesjährige Weihnachtsfest steht ausnahmsweise mal nicht im Zeichen einer Regierungskrise. Wir haben also einige Tage Ruhe. Aber es ist die Ruhe vor dem Sturm. Hier hilft nur rücksichtsloses, zielbewußtes Handeln, ohne rechts und links zu schauen. Für eine solch zielklare Politik hat das Volk Verständnis, wenn es auch murr. Schließlich sieht es doch ein, daß keine andere Rettung möglich war.

Unsere Hoffnungen sind auf das Neue Jahr gerichtet. Dunkel liegt es vor uns. Wird 1933 den Umschwung und die Besserung bringen? Wir haben trotz allem Vertrauen auf den im Grunde gesunden Sinn des deutschen Volkes, das unter der Führung einer starken Persönlichkeit alles zu leisten befähigt ist.



Deutschland gleichberechtigt!

Die Schwierigkeiten im Innern haben den Blick der deutschen Öffentlichkeit von den Ereignissen in Genf abgelenkt, und es dürfte an der Zeit sein, sich dem dortigen „Kulissenpiel“ wieder einmal zuzuwenden. Was bei diesem Spiel herausgekommen ist, bei diesen verschiedenen Besprechungen der einzelnen Mächte, scheint nicht viel zu sein, sonst hätte man der Welt wohl irgendeine Erklärung vorgelegt. Eines steht jedenfalls fest: Das Beharren Deutschlands bei seiner Weigerung, sich so lange nicht an der Abrüstungskonferenz zu beteiligen, bis die deutsche Gleichberechtigung klargestellt sei und von niemand mehr bestritten werde, hat den Beweis erbracht, daß die sogenannte Abrüstungskonferenz ohne Deutschland zu keinem praktischen Ergebnis kommen kann. Für uns steht die Frage der Gleichberechtigung obenan. Der Reichsaußenminister hatte im August ein diesbezügliches Memorandum an die Mächte gesandt, worauf England und Frankreich ablehnend erwiderten und auf Genf verwiesen. Hierauf aber ließ sich Deutschland nicht ein. Darauf tauchten neue Pläne auf von Seiten Englands und Frankreichs. Der französische Plan sieht in erster Linie Sicherheit vor. In komplizierter Form wird hier ein System aufgezeigt, daß einmal alle Staaten der Welt, dann die Völkerbundsstaaten und schließlich die europäischen Staaten außer England umfaßt. Diesen Sicherheitsvorschlagen ist ein höchst unvollkommener Abrüstungsplan angefügt, der die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung unerwähnt läßt. Das Material an schweren Waffen, das nach diesem Plan künftig verboten sein soll, soll aber in diesen Ländern aufbewahrt werden, während es Deutschland restlos zerstört hat. Sollte die Gleichberechtigung irgendwie anerkannt werden, so müsse sie von politischen Bedingungen abhängig gemacht werden, deren Erfüllung für Deutschland aber von vornherein als unmöglich bezeichnet werden muß. Dies hat auch die englische Regierung erkannt; denn der englische Abrüstungsplan steht außer einer gemeinsamen Erklärung der europäischen Mächte, keinesfalls zur Lösung von Konflikten zur Gewalt zu schreiten, keinerlei Bedingungen hinsichtlich der Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung vor. Er macht nur gewisse Vorbehalte hinsichtlich der praktischen Durchführung der Gleichberechtigung. So standen die Dinge Anfang Dezember. Die Franzosen beharrten dabei, sich auf Verhandlungen über Gleichberechtigung nur einzulassen, wenn diese gleichzeitig mit der Sicherheit erfolge. Aber diese Verbindung von Gleichberechtigung mit Sicherheit war und ist für Deutschland untragbar. Aus dieser Erwägung heraus gab der deutsche Außenminister von Neurath in der Fünfmächtebesprechung die Erklärung ab, daß er zunächst eine befriedigende Aufklärung über folgende zwei Punkte haben müßte:

1. Soll die Gleichberechtigung in dem kommenden Abrüstungsabkommen in jedem Punkte praktische Anwendung finden und soll sie infolgedessen den Ausgangspunkt für die künftigen Verhandlungen der Abrüstungskonferenz hinsichtlich der entwaffneten Staaten bilden?

2. Schließt die Formulierung in der französischen Formel „das System, das Sicherheit für alle Nationen schaffen würde“, auch dasjenige Element der Sicherheit in sich, das in einer allgemeinen Abrüstung liegt, wie dies auf einer früheren Vollversammlung des Völkerbundes anerkannt worden ist?

In seinen weiteren Ausführungen wies von Neurath darauf hin, daß, falls die Beantwortung dieser Frage

nicht positiv ausfalle, die Teilnahme Deutschlands an der Abrüstungskonferenz keinen Sinn habe, da Deutschland sonst ja nicht wüßte, ob die gefundenen Lösungen auf Deutschland Anwendung finden. Die Verhandlungen schienen damit auf dem toten Punkt angelangt zu sein. Aber Macdonald gab die Hoffnung nicht auf und versuchte in einer weiteren Sitzung eine neue allgemeine Formel aufzustellen, auf der die Mächte sich einigen könnten. Dies ist schließlich auch gelungen.

Deutschlands Gleichberechtigung ist anerkannt.

Die Erklärung der fünf Mächte hat folgenden Wortlaut:

1. Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, Frankreichs und Italiens haben erklärt, daß einer der Grundsätze, die die Konferenz leiten sollen, darin bestehen muß, Deutschland und den anderen durch Vertrag abgerüsteten Staaten die Gleichberechtigung zu gewähren in einem System, das allen Nationen Sicherheit bietet, und daß dieser Grundsatz in dem Abkommen, das die Beschlüsse der Abrüstungskonferenz enthält, verkörpert werden soll.

Diese Erklärung schließt in sich, daß die Rüstungsbeschränkungen für alle Staaten in dem in Aussicht genommenen Abrüstungsabkommen enthalten sein müssen. Es besteht Einigkeit darüber, daß die Art und Weise der Anwendung dieser Gleichberechtigung auf der Konferenz erörtert werden soll.

2. Auf der Grundlage dieser Erklärung hat Deutschland seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, an der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen.

3. Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, Frankreichs, Deutschlands und Italiens sind bereit, gemeinsam mit allen anderen europäischen Staaten feierlich noch einmal zu bestätigen, daß sie unter keinen Umständen versuchen werden, gegenwärtige oder künftige Streitfragen zwischen den Unterzeichnern mit Gewalt zu lösen. Dies soll einer näheren Erörterung der Frage der Sicherheit nicht vorgreifen.

4. Die Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches, Frankreichs, Deutschlands und Italiens erklären, daß sie entschlossen sind, auf der Konferenz gemeinsam mit den anderen dort vertretenen Staaten darauf hinzuwirken, daß unverzüglich ein Abkommen ausgearbeitet wird, das eine wesentliche Herabsetzung und eine Begrenzung der Rüstungen herbeiführt und gleichzeitig eine künftige Revision zum Zwecke der weiteren Herabsetzung vorsieht.

Damit ist ein für uns außerordentlich wichtiger Abschnitt der Abrüstungskonferenz beendet, und zwar in einer für uns erfolgreichen Weise. Es liegt keine Veranlassung vor, diesen Erfolg nun zu feiern oder sich allzu viel davon zu versprechen. Auf der anderen Seite aber darf er auch nicht unterschätzt werden, Deutschland wird sich nunmehr an den weiteren Verhandlungen der Abrüstungskonferenz beteiligen. Führen diese Verhandlungen zu einem Ergebnis, so kann es uns recht sein, tun sie es nicht, so hat Deutschland freie Hand. Es hat sich bei den ganzen bisherigen Verhandlungen herausgestellt, daß manches zu erreichen ist, wenn Deutschland fest bleibt. Wieviel mehr könnte es erreichen, wenn es einig wäre und dem Ausland den entschlossenen Willen einer geeinten Nation entgegensetzen könnte!

Die Gewerkschaften in der Krise.

Wie die Sozialdemokratische Partei durch die arbeiterfeindliche Politik der letzten Jahre die Quittung ihrer Wähler in Gestalt von immer weiter zurückgehenden Stimmen erhalten hat, so macht sich dieser Schwund auch bei den Zahlen der Gewerkschaftsmitglieder mehr und mehr bemerkbar. Und zwar sind es nicht nur die freien, sondern auch alle übrigen Gewerkschaften, die darüber zu klagen haben. Manche von ihnen sind bereits in eine recht bedrängte finanzielle Lage geraten, so daß ein bedenkliches Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben entstand. Dies zu beheben, diente der seit Jahren begonnene Abbau der Leistungen. In rigorosster Weise sind die verschiedensten Leistungen, die, was den meisten Mitgliedern durchaus nicht bekannt war, im übrigen nur Kannleistungen waren, auf die das Mitglied also keinen rechtlichen Anspruch hatte, obwohl die Herren Vertreter es immer so hingestellt hatten, abgebaut worden. So wurde der Krankengeldzuschuß, das Sterbegeld, die Invaliden- und Erwerbslosenunterstützung weitgehend gekürzt bzw. gestrichen. Die in der letzten Zeit erscheinenden Geschäftsberichte können diese Dinge nicht länger verschweigen und ergeben in ihrer geschäftsmäßigen Mächtigkeit ein klares Bild von dem katastrophalen Mitgliederchwund. Betrug dieser im Jahre 1930 erst 4,7%, so ist er auf 12,3% im Jahre 1931 gestiegen, d. h. die Mitgliederzahlen gehen rapide zurück. Während der Metallarbeiterverband, der größte freigewerkschaftliche Verband, 1921 etwa 1 625 000 Mitglieder zählte, ist die Zahl 1931 auf 827 000 zurückgegangen. Manche Verbände haben heute kaum noch die Mitgliederzahl von 1913.

Diese Rückentwicklung hat im Jahre 1932 so große Fortschritte gemacht, daß ohne Übertreibung gesagt werden kann, daß heute kaum noch ein Sechstel der betriebsständigen Arbeiter in Gewerkschaften organisiert ist. Während die Gesamteinnahmen 1929 noch 250 Millionen Mark betragen, so machen sie 1931 nur noch 184 Millionen Mark aus. Dabei stiegen die Ausgaben auf 216 Millionen Mark, obwohl die Unterstützungsausgaben um 14 Millionen Mark gekürzt wurden. Auch die sogenannten christlich nationalen Gewerkschaften verloren von ihrem 1920/22 fast 1,1 Millionen betragenden Mitgliederbestand im Jahre 1931 etwa die Hälfte: Sie gingen auf 578 000 zurück. Auch hier bei den einzelnen Verbänden das gleiche Bild. Beim Zentralverband christ-

licher Bauarbeiter waren die Ausgaben doppelt so hoch als die Einnahmen. Daß die gewerkschaftlichen Nebeneinrichtungen wie Versicherungsgesellschaften, Konsumvereine, Baugenossenschaften eine entsprechende rückläufige Entwicklung genommen haben, liegt auf der Hand. Bei dem sozialistischen Zentralverband der Konsumgenossenschaften beträgt der Umsatzrückgang im Warenvertrieb 25—30% gegenüber dem Vorjahre.

Daß die Gewerkschaften trotzdem den Mund immer noch recht voll nehmen, nimmt bei ihrer bekannnten Einstellung nicht weiter wunder. Ihre Haupt- und Spezialmethode bestand seit je darin. Aber diese Methoden ziehen nicht mehr. Die Arbeiterschaft ist zu sehr enttäuscht worden, um weiter diesen Lockungen nachzugeben. Deshalb holt man die alten Ladehüter in neuer Fassung wieder hervor und hält dem Arbeiter den Köder Sozialisierung, Nationalisierung vor. Daß das ein Vorteil wäre, bestreiten wir nicht, fragt sich nur für wen. Wie immer bisher wird der Nutzen der Bonze sein, der sich dann in die leitenden Stellungen als „unentbehrlich“ hineinsetzen würde. Die Lage des einzelnen Arbeiters wird statt gebessert zu werden noch viel schlimmer werden, als sie es je gewesen ist. Wenn nur die Hälfte von dem wahr ist, was die aus Rußland Zurückgekehrten über die entsetzlichen Zustände dort berichten, so muß es in Sowjetrußland geradezu fürchterlich sein. Dafür bedanken wir uns allerdings und sehen nicht ein, weshalb wir den Bonzen zuliebe diesen Gefallen tun sollten.

Die Rettung kann von da niemals kommen. Sie beruht allein auf der vertrauensvollen Gemeinschaftsarbeit im Betrieb, im Berufe und in der Wirtschaft. An Stelle von Klassenhaß und Klassenkampf muß die Verbundenheit, das verantwortungsbewußte Hand-in-Hand-Arbeiten, an Stelle von internationalem Gesäsel die nationale Gemeinschaft treten. Wir nationalen Arbeitnehmer haben uns unter dieser Parole zusammengeschlossen. Unser Ruf gilt all denen, die noch nicht verzweifelt sind, denen, die noch ein Vaterland kennen, das Deutschland heißt; die Launen und Zögernden, die Irregeleiteten gilt es zu überzeugen. Wenn jeder A.M.B.-Kamerad es sich zur Pflicht macht, im kommenden Monat auch nur ein neues Mitglied zu werben, so sind wir in 4 Wochen doppelt so stark. Habt den Willen zur Tat und es wird uns sicher gelingen, unsere Ziele zu verwirklichen.

Sozialisierung.

Schlagworte regieren die Massen. Und die Massen wollen immer wieder Schlagworte hören, um eine Hoffnung zu nähren, wenn auch nur für kurze Zeit. Denn gar bald reißt die graue Wirklichkeit den Schleier weg, und es bleibt nichts übrig als ein leerer Begriff, ein Wahngebilde. Dann versucht man es mit der Prägung eines neuen Schlagworts in der sicheren Hoffnung, daß die Menschen nichts von dieser Falschmünzerei merken. Rattenfängermethoden, auf die aber immer wieder Dumme hereinfallen. Mit der Sozialisierung fing es an. Als man sich damit die Finger verbrannt hatte, die Melodie abgeleiert war und nicht mehr zog, da erfand ein besonderer Pfliffikus die Wirtschaftsdemokratie. Ja das war was Rechtes. Aber auch dieser Schlagler wurde zum Gassenhauer und im ewigen Wechsel versiel man wieder auf die Sozialisierung, diesmal auf Nationalisierung frisiert — darauf werden sicherlich auch die $\dagger\dagger$ Nationalisten hereinfallen. So erscheint eine alte Sache wieder im neuen Gewande. Zweck der Abung? Verschleierung der eigenen Unfähigkeit, Dummengang, Demagogie. Daß die Genossen selbst darüber nicht anders denken, dafür gibts der Beispiele und Zeugen genug. Wir begnügen uns heute damit, einige aufzuzählen:

Wissell, sozialdemokratischer Abgeordneter, zeitweilig Reichswirtschaftsminister, später Reichsarbeitsminister, vor der Sozialisierungskommission im Jahre 1920:

„Wir können überhaupt auf Jahrzehnte hinaus eine Vollsozialisierung auf keinem Gebiete unseres Wirtschaftslebens durchführen. Welches ist denn das Ziel jeder Sozialisierung? Werden wir uns doch bitte darüber zunächst einmal klar! Das Ziel ist doch die Schaffung eines Wirtschaftszustandes, in dem keine Arbeitskraft verkauft, kein Lohn bezahlt und daher kein Profit gemacht wird. Ja, glaubt jemand, daß dieses Ziel irgendeiner Sozialisierung in absehbarer Zeit zu verwirklichen ist? Ich glaube, da wird keiner von Ihnen ja sagen können...“

„Es mag vielleicht für einen Sozialisten schmerzlich sein, erkennen zu müssen, daß wir das letzte Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftsführung heute noch nicht erreichen können; aber man muß eben mit den gegebenen Tatsachen rechnen und muß nun versuchen, das zu tun, was irgend getan werden kann... Es ist eine sicherlich nicht gewollte, aber ganz offenbar vorhandene Täuschung, wenn man den Arbeiter glauben macht, daß... eine Vollsozialisierung durchführbar sei. Eine Vollsozialisierung

können wir überhaupt gar nicht durchführen; dazu sind die wirtschaftl. Verhältnisse in keiner Weise die gegebenen.“

Zuvor hatte Wißell schon auf der Nationalversammlung in Weimar im März 1919 den Staat als ungeeigneten Wirtschaftsträger anerkennen müssen:

„Der Staat ist kein geeigneter Träger der Wirtschaft; er soll und kann die oberste Aufsicht führen, der oberste Sachverwalter der Gesamtheit sein, Interessengegenstände mit Weisheit und Gerechtigkeit ausgleichen. Aber er soll mit seinen starren Formen, mit seinen ehrlichen, aber oft auch täppischen Manieren nicht in das feine System von Andern und Überchen eingreifen, das dem Volkskörper die nahrunggebenden Säfte zuführt. Das geschäftliche Handeln soll er im Rahmen der im Interesse des Volksganzen gebotenen Notwendigkeiten denen überlassen, die vermöge ihrer Zugehörigkeit zu dem betreffenden Wirtschaftszweige Verständnis für die Bedürfnisse desselben besitzen, und bei denen auch das Gefühl der Verantwortlichkeit für das Gedeihen dieses Wirtschaftslebens durch die Verbindung mit den eigenen Interessen geschärft ist.“

Der sozialdemokratische Abgeordnete Hilferding erklärte ebenfalls vor der Sozialisierungskommission im Jahre 1920

„Es ist nicht möglich, mit einem Schlage etwa sämtliche Wirtschaftszweige zu sozialisieren, aus Gründen, die ich hier nicht auszuführen brauche. Das Tempo der Sozialisierung hängt schließlich dann ab von den gegebenen politischen Machtverhältnissen ...“

Und wer glaubt, daß die Staatsbetriebe anderen Preisgesetzen unterliegen, der möge Hilferdings wörtliche Äußerung vernehmen:

„Wenn wir hier von dem Gedanken ausgehen und ihn wiederholt betont haben, daß auch für eine sozialisierte Industrie die Weltmarktverhältnisse und die allgemeinen kapitalistischen Preisgesetze geltend bleiben, so haben wir das durchaus nicht auf irgendeinen bestimmten

Fall bezogen, daß etwa das Ausland konkurrenzfähiger sei als das Inland, sondern wir wollten damit nur sagen, daß auch z. B. in einer sozialisierten Kohlenindustrie die Preisbestimmung nicht irgendwie willkürlich sein kann, sondern daß auch in dieser sozialisierten Kohlenwirtschaft die Preisfestsetzung diktiert ist durch die weltwirtschaftlichen Verhältnisse, durch die allgemeinen Preisgesetze des Kapitalismus ...“

Selbst der unabhängige Sozialdemokrat Bernstein muß schon im Jahre 1919 einsehen:

„Man lasse sich nicht durch das Schlagwort Sozialisierung in trügerische Sicherheit wiegen. Die Sozialisierung ist kein Arcanum, das einem geschwächten Körper die sofortige Gesundheit wiedergibt, und sie ist auch nicht überall anwendbar ...“

Rautsch sieht vor der Sozialisierungskommission 1920 „die Einführung des Sozialismus als ein Experiment“ an.

Derselbe Sebering, der heute seinen Namen unter die Reichstagsanträge der Sozialdemokratie zur Verstaatlichung der Schlüsselindustrien gesetzt hat, sagte im Jahre 1920:

„Wäre ich heute Wirtschaftsdiktator, würde ich es mir sehr überlegen, ob ich den Bergbau sozialisieren würde. Wie Post und Eisenbahn gezeigt haben, ist Sozialisierung nur möglich, wenn die Rentabilität sichergestellt ist. Heute bedeutet Sozialisierung keine Erleichterung für unser Wirtschaftsleben, sondern unsere Volksgenossen müssen mit neuen Steuern belastet werden, um die Zuschüsse zu der Rentabilität der Betriebe zu geben.“

Daß diese sozialdemokratischen Führer von ihren damaligen Warnungen nichts wissen wollen, ist gewiß erstaunlich, aber doch wieder nicht überraschend, wenn man weiß, daß die Sozialdemokratie mangels anderer Ziele die Massen mit dem Sozialisierungsgerede zu betäuben sucht. Jetzt gilt wieder die unbedenkliche Demagogie, weil man an der Regierungsverantwortung nicht beteiligt ist.

Reichsarbeitsgerichtliche Entscheidungen zu § 96 ArbGG.

(Fortsetzung aus Nr. 11.)

Aus den im „Werkverein“, dem Organ der „Niederlausitzer Bergbau-Werksgemeinschaft“, veröffentlichten Entscheidungsgründen sei das Folgende wiedergegeben, weil die Entscheidung auch für unsere Kameraden von Bedeutung ist:

Im § 65 der Allgemeinen Bergpolizeiverordnung für den Bezirk des Oberbergamts Halle ist auf Kohlenbergwerken das Rauchen verboten, soweit nicht der Bergrevierbeamte Ausnahmen gestattet. Wenn Ziff. 2 des § 65 der Allgemeinen Bergpolizeiverordnung das Rauchen im übrigen nur in den Arbeitspausen erlaubt, so können sich die Worte „im übrigen“ selbstverständlich sinngemäß nur auf andere als Kohlenbergwerke, z. B. Erz- und Kalibergwerke, beziehen. Da eine Ausnahme von dem Bergrevierbeamten nicht gestattet worden ist, ist im Betriebe der Beklagten das Rauchen schlechthin verboten. Wenn der Kläger also, wie er selbst zugibt, geraucht hat, so stellt dies einen Grund zur fristlosen Entlassung dar, da er eine sicherheitspolizeiliche Vorschrift im Sinne des § 82 ArbGG. übertreten hat. Die Beklagte hat, worauf es im übrigen nicht ankommt, auch wiederholt auf das Rauchverbot und die Folge der fristlosen Entlassung bei Zuwiderhandlungen hingewiesen. Der Kläger kann sich auch nicht darauf berufen, daß in dem gegebenen Falle eine Gefahr nicht bestanden habe, weil an diesem Tage starker Regen gefallen sei. Es kann die Entscheidung darüber nicht in die Hand der Arbeitnehmer gelegt werden, ob eine Gefahr bestand oder nicht. Es kommt aber darauf auch deshalb nicht an, weil das Rauchen schlechthin verboten war. Deshalb ist die Entlassung des Klägers zu Recht erfolgt.

Zur Frage der Tariffähigkeit. — Was ist eine prozeßfähige wirtschaftliche Vereinigung? § 10 ArbGG.; § 1 EVO.

Aus dem Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 24. September 1932 — RAG. 166/32.

Unter einer prozeßfähigen wirtschaftlichen Vereinigung im Sinne des § 10 ArbGG. ist eine Vereinigung zu verstehen, die Tariffähigkeit besitzt.

Wesentliches Erfordernis der Tariffähigkeit einer wirtschaftlichen Vereinigung (Werkverein) ist es, daß die Vereinigung die tatsächliche (auch finanzielle) Unabhängigkeit sowie die volle Selbständigkeit gegenüber dem anderen Teile besitzt. Dazu gehört nicht nur, daß die Vereinigung rein äußerlich frei und ungebunden dasteht, sondern auch die innere Selbständigkeit und Unabhängigkeit von der Gegenseite besitzt, die es ihr ermöglicht, ihre eigenen Interessen gegenüber der Arbeitgeberseite und zwar nötigenfalls auch gegen deren Willen, durchzusetzen.

Für die Frage, ob eine Vereinigung (Werkverein) ihrem Wesen und ihrem Verhalten nach die Gewähr für Selbständigkeit und Unabhängigkeit bietet, damit also als tariffähig anzuerkennen ist, kann nicht allein die rechtliche Möglichkeit des Arbeitgeberes, die Mitglieder der Vereinigung durch Kündigung aus dem Betriebe zu entfernen, maßgebend sein, es kommt vielmehr wesentlich auch darauf an, ob nach den bestehenden tatsächlichen Verhältnissen ein solcher Schritt des Arbeitgebers überhaupt zu erwarten ist.

Die Geringfügigkeit des Vermögensbestandes eines Werkvereins allein vermag die Verneinung seiner Tariffähigkeit nicht zu rechtfertigen; sie schließt nicht aus, daß die Arbeitnehmervereinigung, zumal in einem lebenswichtigen Betriebe, die Interessen ihrer Mitglieder dem Arbeitgeber gegenüber trotzdem in wirksamer Weise zu vertreten vermag. Die Entscheidung wird von den tatsächlichen Verhältnissen des besondern Falles abhängen, insbesondere wird das bisherige Verhalten der Parteien zueinander in Betracht zu ziehen sein.

Sicherstellung geordneter Finanzgebarung in den Gemeinden und Gemeindeverbänden.

Unter dieser Überschrift macht Ministerialdirektor Dr. C u r é n vom preußischen Ministerium des Innern recht beachtenswerte Ausführungen im „Heimatdienst“ Nr. 22, denen wir folgendes entnehmen.

In der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherheit von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931 wurde die Beteiligung der Bezirksfürsorgeverbände (Stadt- und Landkreise) an den neu ausgeworfenen Zuschüssen des Reichs zu den Ausgaben für die Wohlfahrtserwerbslosen u. a. von der sachungsmäßigen Sicherstellung einer regelmäßigen Prüfung der Haushaltsrechnungen durch eine geeignete unabhängige Stelle und von der sachungsmäßigen Sicherstellung einer Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse abhängig gemacht. Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden vom 14. Juni 1932 erweiterte diese Voraussetzungen für die Beteiligung an den gleichzeitig erhöhten Dotationen, indem sie die sachungsmäßige Feststellung einer Haushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung forderte. Die formale und verwaltungsmäßige Sicherstellung einer geordneten und sparsamen Finanzgebarung ist eine Forderung, die unabhängig von der Frage einer Beteiligung an Reichs- und Staatsdotationen gegenüber allen Gemeinden und Gemeindeverbänden erhoben werden muß, und zwar auch in deren eigenem Interesse, weil dies eine wesentliche Voraussetzung für die Wiederherstellung des öffentlichen Vertrauens in die Finanzwirtschaft der Kommunalverbände bildet. In dieser Erkenntnis hat die kommissarische preußische Staatsregierung im Anschluß an jene reichsrechtlichen Normen und in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden unter dem 2. November 1932 zwei für alle preußischen Gemeinden und Gemeindeverbände geltende Verordnungen erlassen, nämlich die Verordnung über die Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gemeindefinanzverordnung — Gesetzsammlung S. 341 — und die Verordnung über die Aufstellung von Stellenplänen in Gemeinden und Gemeindeverbänden — Gesetzsammlung S. 347). Der wesentliche Inhalt dieser beiden Verordnungen ist über den Rahmen des speziell preußischen Rechts hinaus von allgemeinem Interesse.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Gemeindefinanzverordnung die Tendenz, zu erreichen, daß die für ein geordnetes Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen erforderlichen Beschlüsse unter klarer Herausstellung der Verantwortung von den Gemeindeorganen selbst gefaßt und dadurch die in den letzten Jahren so oft notwendig gewordenen unmittelbaren oder mittelbaren Eingriffe der Aufsichtsbehörden auf die Fälle beschränkt werden können, in denen die Selbstverwaltung in allen ihren Instanzen, also restlos, versagt. Diese Tendenz findet ihren besten Ausdruck darin, daß im Zusammenhang mit den Vorschriften über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen eine Vorschrift der Preußischen Sparverordnung vom 12. September 1931 (Gesetzsammlung S. 179) geändert worden ist, durch die die Verwaltungsorgane der Gemeinden und Gemeindeverbände berechtigt wurden, alle Maßnahmen zu treffen, die zum Ausgleich der Haushalte der Gemeinden (Gemeindeverbände) erforderlich seien. Diese Vorschrift bedeutete eine völlige Ausschaltung der Vertretungskörperschaften (Stadtverordnetenversammlungen, Kreistage, Provinziallandtage usw.) in den diesbezüglichen Angelegenheiten. Nunmehr sind die Vertretungskörperschaften wieder an die erste Stelle gesetzt. Die Verwaltungsorgane dürfen an Stelle der Vertretungskörperschaft erst beschließen, wenn diese

einen zur Sicherung einer geordneten und sparsamen Haushaltsführung notwendigen Beschluß nicht innerhalb der von dem Gemeindevorstande zu stellenden Frist faßt. Die Gemeindevertretung wird also in jedem einzelnen Falle vor die Frage gestellt, ob sie wahre Selbstverwaltung durch Übernahme der Selbstverantwortung betätigen oder sich um sie drücken will. Um das bei Versagen der Vertretungskörperschaft eingreifende Ersatzbeschlußrecht möglichst lange im Rahmen der Selbstverwaltungssphäre zu halten, geht die Befugnis zur Ersatzbeschlußfassung in den Fällen, in denen auch ein aus mehreren Personen bestehender Gemeindevorstand (oder der Kreis- oder Provinzialausschuß usw.) versagt, nicht sofort auf die Aufsichtsbehörde, sondern zunächst auf den Vorsitzenden des kollegialen Organs, also den Bürgermeister (Oberbürgermeister) bzw. den Landrat oder — bei Provinzialverbänden nach ausdrücklicher Vorschrift — auf den Landeshauptmann, über, und erst wenn auch dieser sich zu dem notwendigen Beschlüsse nicht aufrufen kann, muß die Aufsichtsbehörde das Ohrige tun.

In entsprechender Weise ist das sogenannte Widerspruchsrecht bei Aufstellung, Feststellung und Ausführung des Haushaltsplanes geregelt worden. Die Aufstellung des Entwurfs zum Haushaltsplan erfolgt durch den Gemeindevorstand (Kreis- oder Provinzialausschuß). Er darf nur solche Ausgaben aufnehmen, die für die Aufrechterhaltung der Verwaltung sowie zur Erfüllung der rechtlichen Verpflichtungen und der Aufgaben der Gemeinde notwendig sind. Handelt es sich um einen kollegialen Gemeindevorstand, so kann der Vorsitzende gegen Beschlüsse, durch die gegen seine Stimme Ausgaben eingesetzt oder Ausgabenansätze und Einnahmeschätzungen erhöht werden, Widerspruch erheben, soweit er infolge dieser Beschlüsse den Ausgleich des Haushaltsplanes nicht mehr für gesichert hält. Der Widerspruch hat die Wirkung, daß der Ansat der Ausgaben oder die Erhöhung von Ausgabeansätzen und Einnahmeschätzungen unterbleibt. Wegen die Erhöhung von Ausgabeansätzen und Einnahmeschätzungen sowie die Einstellung neuer Ausgaben bei Festsetzung des Haushaltsplanes durch die Vertretungskörperschaft kann der Gemeindevorstand unter der gleichen Voraussetzung und mit der gleichen Wirkung Widerspruch erheben; macht er von diesem Rechte keinen Gebrauch, dann geht das Recht auf den Vorsitzenden des Gemeindevorstandes über, so daß auch hier ein Eingreifen der Aufsichtsbehörde in die letzte Linie gestellt ist. Entsprechendes gilt für Beschlüsse, die nach Feststellung des Haushaltsplanes den Haushaltsausgleich gefährden. In diesem Zusammenhang ist auch die Vorschrift von besonderer Bedeutung, daß bei der Beratung und nach Feststellung des Haushalts Anträge, die zu einer Mehrausgabe oder Mindereinnahme führen würden, in der Vertretungskörperschaft und im kollegialen Gemeindevorstande nur erörtert werden dürfen, wenn ihnen gleichzeitig ein Vorschlag über die Deckung der dadurch entstehenden Mehrausgaben oder Mindereinnahmen beigelegt ist, der nach dem geltenden Reichs- und Landesrecht rechtlich zulässig ist und eine wirkliche Deckung enthält. Dadurch werden rein agitatorische Anträge im Keime erstickt. Das alles gilt entsprechend für die Gemeindeverbände.

Die Publizität der gemeindlichen Finanzgebarung wird dadurch erhöht, daß der Entwurf des Haushaltsplanes wahlberechtigten Angehörigen der Gemeinde (des Gemeindeverbandes) auf Verlangen in Abschrift gegen Erstattung der Kosten zu überlassen ist. Größere Sparsamkeit wird insbesondere auch dadurch sichergestellt, daß überplanmäßige und außerplan-

mäßige Ausgaben sowie Haushaltsvorgriffe grundsätzlich der vorherigen Zustimmung der Vertretungskörperschaft bedürfen. Die Beamten der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes sind für diese Vorschriften außer acht lassende Zahlungsanweisungen und Maßnahmen schadensersatzpflichtig, ähnlich wie es hinsichtlich der Reichsbeamten in der Reichshaushaltsordnung vorgeschrieben ist. Wenn sich im Laufe des Rechnungsjahres zeigt, daß der im Haushaltsplan vorgesehene Ausgleich in erheblichem Umfange nicht verwirklicht werden kann, dann darf nicht unbeirrt und planlos weitergewirtschaftet werden, sondern dann sind unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung des Haushalts (in erster Linie durch etwa noch mögliche Ausgabenreduzierung und nötigenfalls durch die Aufstellung eines formalen Nachtragsetats) zu ergreifen.

Eine sachlichere Erledigung gemeindlicher Geschäfte er-möglichen Vorschriften, nach denen die Beschlussfassung für bestimmte Geschäftszweige oder die Erledigung einzelner Geschäfte und die Beschlussfassung über Angelegenheiten von Betrieben auf nichtöffentlich tagende Gremien übertragen werden kann.

Die Kassen der Gemeinden und Gemeindeverbände müssen monatlich mindestens einmal ordentlich und jährlich mindestens zweimal unermüdet geprüft werden. Jede Gemeinde und jeder Gemeindeverband muß Mitglied eines überörtlichen Prüfungsverbandes sein. Die überörtliche Prüfung ist eine Ordnungsprüfung (regelmäßige Prüfung des Haushalts-, Kassen- und Rech-

nungswesens) und eine Wirtschaftsprüfung (Prüfung der Verwaltung, der Unternehmungen und Betriebe auf ihre Wirtschaftlichkeit und auf die Zweckmäßigkeit der Organisation).

In Gemeinden und Gemeindeverbänden, in denen hauptamtliche besoldete Beamte und Angestellte angestellt sind, ist von dem Gemeindevorstand ein Stellenplan zu entwerfen und nach Anhörung der Vertretungskörperschaft festzustellen, nach dessen tatsächlichem Bedarf die Besoldungsmittel in den Haushaltsplan einzufügen sind. Diesen Stellenplan darf die Vertretungskörperschaft nicht ändern, so daß bessere Gewähr gegen eine Abersezung des gemeindlichen Beamtenapparats aus rein parteipolitischen Erwägungen gegeben ist. Um auch diesbezüglich die Aufwendungen auf das Unerläßlichste zu beschränken, kann die Aufsichtsbehörde mit Zustimmung der Beschlussbehörde in den Fällen, in denen im Stellenplan eine hinreichende Vermittlung der Stellenzahl nicht vorgesehen ist, weitere Stellen als künftig wegfallend bezeichnen; diese Stellen dürfen dann im Falle des Freiwerdens nicht wieder besetzt werden.

Das nähere Studium der beiden Verordnungen wird jedem Unbefangenen zeigen, daß sie geeignet sind, die Wiederholung von Fehlern der gemeindlichen Finanzgebarung, wie sie in der Vergangenheit zu bedauern waren, so gut wie auszuschließen, zugleich aber im Interesse einer wirklichen Selbstverwaltung die Selbstverantwortung zu stärken und damit den wahren Interessen der Selbstverwaltung im höchsten Maße zu dienen.

Vom Wesen der Demokratie.

Vor 15 Jahren, also im Kriegsjahr 1917, erschien im Verlage der Deutschen Vereinigung eine Schrift, die berechtigtes Aufsehen erregte: **Deutschland auf dem Wege zur Demokratie.**

Karl Josef Mündel behandelt darin das Grundsätzliche über Freiheit und Autorität, Gleichheit und Gerechtigkeit. In einem besonderem Abschnitt werden die Wirkungen des demokratischen Systems behandelt, und wenn man das heute durchliest und mit den bei uns herrschenden Zuständen vergleicht, so muß man gestehen, daß der Verfasser, der ja den meisten unserer Leser bekannt ist, die Dinge damals nicht übertrieben dargestellt, sondern in seherischem Ahnen ein Bild gezeichnet hat, das leider der heutigen Wirklichkeit in vielem gleicht. Einige wenige Stellen mögen das dartun.

Da in der Demokratie oberster Grundsatz die Volkssouveränität ist, nach der es keine Gewalt im Staate gibt, außer vom Volke und durch das Volk, ist die Gewaltentrennung ein innerer Widerspruch zu ihr. Es ist deshalb ganz folgerichtig, wenn die Parteihäupter, die sich unter dem Deckmantel der Volkssouveränität der Herrschaft im Staate zu bemächtigen verstehen, auch keine unabhängige obrigkeitliche und richterliche Gewalt anerkennen. Die Beamten und Richter werden in der Demokratie entweder vom Volke direkt oder von den Parteiführern ernannt. Ob die einzelnen Organe direkt oder indirekt gewählt sind, sie zeigen alle dasselbe Gesicht, das der Mehrheitspartei. Die gerade herrschende Partei macht die Gesetze, regiert das Land und sitzt zu Gericht. Die Demokratie ist stets Parteiherrschaft, dadurch Bedrohung eines Teiles auf Kosten der Gesamtheit. Demokratie führt immer zur Korruption. „Die Neigung zur Korruption“, schreibt Spahn, „oder nüchterner ausgedrückt, die Neigung, aus der Politik einen Erwerb zu machen, ist von je in den Demokratien vorhanden gewesen. Die Schwäche der Staatseinrichtungen im demokratischen Staatswesen gibt der Ausnutzung des Staates zu Zwecken der Bereicherung ganz von selbst freie Bahn.“

Ein politisches System, das gut sein soll, muß von selbst, gleichsam automatisch, den Tüchtigsten nach oben, den rechten Mann an die rechte Stelle befördern. Nur so besteht die Möglichkeit, daß der Staat gut geleitet wird. Das aber ist in der Demokratie nicht der Fall. Die Demokratie ist die Herrschaft der Unfähigkeit. Wir haben gesehen, daß der demokratische Grundsatz nicht lautet: Der Tüchtigste voran, sondern: Jeder ist gleich tüchtig! Wer ein Amt hat, hat auch den Verstand. Das Amt soll reihum gehen, damit möglichst viele in den Genuß des Gehaltes kommen. Rotation in Office nennt das der Amerikaner. Selbstverständlich kommen nur die Mitglieder der Partei daran. Berufskennntnisse sind für die Erlangung eines Amtes oft mehr schädlich als nützlich. So sind in der Schweiz Schriftsetzer zu Erziehungsdirektoren, Hypothekensbewahrer und Elementarlehrer zu Richtern im Wettbewerb mit Pädagogen bzw. Juristen ernannt worden.

Ein unfähiger Mensch, der auf einen Posten geschoben ist, den er nicht ausfüllen kann, muß vor allem darauf sehen, seine Unkenntnis und Unfähigkeit zu verbergen. Dies erreicht er am besten, indem er viel und schön redet, wozu solche Leute ein besonderes Geschick haben, und möglichst wenig tut, denn dadurch würde er am ehesten seine Unbrauchbarkeit verraten. Er wird deshalb alle schweren Aufgaben von sich abwälzen, sich als unzuständig erklären, die Verantwortung ablehnen, nichts tun. So geschieht es in der Demokratie. Die Demokratie, die eine Herrschaft der Unfähigkeit ist, ist das System der Unverantwortlichkeit — Le culte de l'incompétence nannte der Franzose Faguet das Buch, das er 1910 über sie schrieb — und der Untätigkeit. Hierzu schreibt Professor Martin Spahn in der genannten Schrift „Deutsche Lebensfragen“: „Das Gefühl der Verantwortung, dessen Stärke für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit eines Staatswesens entscheidend ist, pflegt in demselben Verhältnis zu schwinden, in dem die Demokratisierung eines großen Staates fortschreitet.“



Es ist die ungeheuerlichste aller Weltklagen, daß in der Demokratie alle gleiche Rechte hätten und schlechthin „das Volk“ regiere. Nie und nirgends war das so. Es ist das ja auch ganz unmöglich, da, wo mehrere beisammen sind, die Mehrheit entscheidet, die Minderheit also, wenn nicht noch, wie in der Monarchie, eine von der Mehrheit unabhängige Gewalt besteht, völlig rechtlos ist. Das letztere ist in der Demokratie der Fall, in der die Mehrheitspartei unum-

schränkt regiert. Wir haben aber ferner gesehen, daß in Wirklichkeit die Leitung des Staates in allen Demokratien zu allen Zeiten in den Händen einiger weniger Parteiführer liegt, während das Volk mit Schlagworten und Schmeicheleien abgefüllt wird. Wenn also ein Volk vom monarchischen System zur parlamentarischen Demokratie hinüberwechselt, so wird es damit nicht Selbstherr, es wechselt nur seinen Herrn.

Aus der Bewegung.

Jahreshauptversammlung

des

Bezirks Meuselwitz-Rositz

am 15. Januar 1933 vorm. 8 1/2 Uhr „Neue Welt“, Meuselwitz. Die Gruppenvorsitzenden, -presse- und -schulungswarte werden gebeten, vollzählig zu erscheinen.

Mit Glückauf für 1933!
Freyer, Bez.-Vorsf.

Bezirk Meuselwitz. Werksgruppe Altenburger Kohlenwerk. Die Versammlung am 27. November war von 30 Kameraden besucht. In längerer Ausführungen nahm der Vorsitzende zu den bevorstehenden Thüringer Kreis- und Gemeinderatswahlen Stellung. An mehreren Beispielen aus unserer näheren Umgebung beleuchtete er vor allem die Regiebetriebe der Städte, die fast restlos Zuschußbetriebe seien. Außerdem sind die hohen Anlagelosten zu verzeichnen, während auf der andern Seite die Steuern der Gewerbebetriebe aus Privathand fehlen. Hier liegt die Ursache der ungerechten Bürgersteuer. Weiter sprach der Vorsitzende über den freiwilligen Arbeitsdienst. Beide Themen regten eine ausgiebige Aussprache an. Nach vierstündiger Dauer wurde die Versammlung geschlossen.

Werksgruppe Leonhardt A.-G. Sonntag, den 8. Januar 1933, Generalversammlung abend 18 Uhr. Erscheinen ist Pflicht! 20 Uhr Weihnachtsfeier mit Frauen. Herzlichen Weihnachts- und Neujahrsgruß!

Werksgruppe Waltersdorf. Am 20. November fand unsere Mitgliederversammlung statt, in der Kam. Mühl, Witig, über das Betriebsrätegesetz sprach. Der Redner führte unter anderem aus, wie es die S.V.D. verstanden hat, obwohl sie erst gegen das Gesetz war, es zu einem gewerkschaftlichen und politischen Machtinstrument zu machen. Es ist deshalb nötig, daß die Mitglieder immer mehr mit diesem Gesetz bekannt gemacht werden. — Der Bezirksvorsitzende übermittelte Wünsche des Bezirksvorstands: Die Gruppe solle weiter im Sinne der A.M.B. wirken und werben. — Unsere Jahreshauptversammlung findet am 22. Januar statt.

Werksgruppe Herzog Ernst. Nach vorausgegangener Vorstandssitzung fand am 19. November unsere letzte diesjährige Monatsversammlung statt, welcher eine reichhaltige Tagesordnung zugrunde lag. — Nachdem die einzelnen Punkte der Tagesordnung zur Zufriedenheit aller erledigt waren, hielt unser Betriebsführer, Kam. Br. Schneider, einen alle interessierenden Vortrag über „Fliegerschuh im Mitteldeutschen Braunkohlen-Industriegebiet“. Der reiche Beifall und die anschließende längere Aussprache bekundete das rege Interesse der Zuhörer an diesem aktuellen Thema. — Nach Erledigung mehrerer wichtiger Gruppenangelegenheiten wurde mit Zustimmung der Versammlung unsere nächste Jahreshauptversammlung auf den 15. Januar 1933 festgelegt. Mit „Glückauf“ wurde 1/2 10 Uhr abends die Versammlung geschlossen.

Bezirk Geiseltal. Werksgruppe Beuna. Einen Auftakt für das neue Jahr bildete unsere letzte diesjährige Mitgliederversammlung. Neben der Ausgestaltung unserer Weihnachtsfeier kamen Fragen der Organisation zur Aussprache. Unter anderem beschloß man: Allmonatlich eine Mitgliederversammlung mit belehrenden und unterhaltenden Vorträgen. Intenivere Zühlungnahme mit dem öffentlichen Leben. Arbeitsteilung im Vertrauensmännerapparat. Jahreshauptversammlung im Januar.

Werksgruppe Leonhardt. Am 10. Dezember fand im Gasthaus „Deutsche Eiche“ die Mitgliederversammlung statt. Kam. Schlegel begrüßte die zahlreich erschienenen Kameraden und erläuterte ihnen die Bedeutung von Rechtsberatung und Rechtsschutz bei der A.M.B. Interne Gruppenangelegenheiten wurden zur Befriedigung der Versammlung erledigt. Bezirksvorsitzender Kam. Quersfurt, der von der Bezirksvorstandssitzung in Krumpa kommend an der Versammlung teilnahm, wurde vom Vorsitzenden herzlich begrüßt. Unter Punkt Verschiedenes machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß ab Januar Bildungskurse stattfinden, und zwar Arbeitsrechtlicher Kursus in Großkohna, Vorträge usw. in Bernsdorf. Er bat die Mitglieder, recht regen Gebrauch von diesen so wichtigen Bildungsabenden zu machen. Bezirksvorsf. Kam. Quersfurt schilderte Sinn und Zweck dieser Bildungsabende und wünschte rege Beteiligung an ihnen. Schriftführer Kam. Zippel gab noch eine Neuordnung der Knappschaff bekannt, wonach die Knappschaff wieder Sterbegebelder für die Familienangehörigen bezahlt. Die Jahreshauptversammlung findet im Januar statt. Am 10,30 Uhr schloß der Vorsitzende die gut gelungene Versammlung mit einem „Glückauf!“.

Werksgruppe Pfännerhall. Am 20. November fand in der Kantine Bachmann die gutbesuchte Monatsversammlung statt. Es wurde bekanntgegeben, daß am 18. Dezember im Gasthaus „Deutsche Eiche“ die Weihnachtsfeier mit Bescherung stattfindet. Ein eingegangener Antrag wurde dem Vorstand zur Erledigung gegeben. Dann sprach Kam. Schick über Wege und Ziele der A.M.B. Der Vortrag fand guten Anklang. Nach Erledigung einiger Gruppenangelegenheiten wurde die Versammlung gegen 11 Uhr geschlossen.

Bezirk Zeitz-Weißenfels. Am 13. November fand in der Kantine Jacobsgrube die Bezirksitzung statt. Sie wurde durch den 1. Vorsitzenden Kam. Klingner nach kurzer Begrüßung der anwesenden Gruppenvertreter 9,30 Uhr eröffnet. Hauptgegenstand der Tagesordnung war der Bericht von Kam. Thron über die Führertagung in Klein-Wangen; einzelne Punkte desselben führten zu reger Aussprache. Herr Bartsch, Halle, welcher als Gast anwesend war, ergänzte diese Ausführungen in einzigem. Nach Erledigung verschiedener Anfragen wurde die Sitzung 12,30 Uhr geschlossen. Die nächste Bezirksitzung wird auf den 4. Dezember festgesetzt.

Werksgruppe Groitzschen. Am 20. November fand im Gasthof „Freier Blick“, Kreischa, die Monatsversammlung der Gruppe Groitzschen statt, welche gut besucht war. Kam. Heinrich heißt die erschienenen Kameraden herzlich willkommen, besonders Kam. Schuberger aus dem Bornaer Bezirk. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt man der Toten mit Erheben von den Plätzen. 4 Kameraden werden einstimmig in unsere Werksgruppe aufgenommen. Der Vorsitzende heißt dieselben willkommen und verpflichtet sie für unsere Ideen. Anschließend erfolgen Besprechungen über die diesjährige Weib-

Der U.M.B.-Pressewart spricht:

Die Bezirkspressewarte der U.M.B. bitte ich, die Jahresberichte über die Bezirkspressearbeit des verflossenen Jahres bis zum 31. 1. 1933 an meine Adresse: R. Mally Wuis (Zeitz-Land) zu richten. Die Gruppenpressewarte haben an die Bezirkspressewarte entsprechend zu berichten.

Mit Glückauf für das Kampffahr 1933!
Mally, Pressewart.

nachtsfeier der Gruppe, welche am 18. Dezember im Gasthof Döschwitz stattfindet. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildet der Vortrag des Kam. Schubert, Borna, über die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage. In allgemeinerständlichen Worten schildert der Redner den Auf- und Niedergang unseres deutschen Vaterlandes mit seinem drohenden Verhängnis, dem Marxismus. An Hand von Beispielen wird der Weg gezeigt, welcher zu einer Gefundung unserer Lage führt. — Den Ausführungen folgt reicher Beifall sowie eine rege Aussprache. Kam. Heinrich dankt im Namen der Versammlung dem Redner. Nach Erledigung einer inneren Angelegenheit wird die lehrreich verlaufene Versammlung mit einem kräftigen „Glückauf“ geschlossen.

Werkgruppe Jakobsgrube. Am 11. Dezember fand unsere gut besuchte Versammlung statt. Der Vorsitzende hieß Herrn Obersteiger Schmerbach als jetzigen Betriebsführer der Jakobsgrube herzlich willkommen, zugleich gedachte er mit Worten des Dankes des durch seine plötzliche Verletzung von uns gegangenen Herrn Obersteiger Plato. Im Anschluß an die übliche Tagesordnung gab der Vorsitzende Bericht von der Bezirksführertagung in Leipzig. — Zur bevorstehenden Weihnachtsfeier wurden noch einige Anordnungen getroffen. Die Jahreshauptversammlung wurde auf den 15. Januar 1933 festgesetzt. Nach Erledigung verschiedener Gruppen- und Werksangelegenheiten wünschte der Vorsitzende Kam. Klingner allen ein frohes, gesundes Weihnachtsfest.

Werkgruppe Emma, Streckau. Am Sonntag, den 27. November, fand unsere Monatsversammlung im „Glückauf“ statt. Sie wurde um 3.15 Uhr nachmittags unter Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden eröffnet. Die Tagesordnung: Kam. Fallenstein gab einen ausführlichen Bericht von der Bezirksführung vom 13. November. — Kam. Knoblauch berichtete kurz über die Führertagung in Kl.-Wangen. — Aber die Aufnahme der Kameraden von Grube Bollert erfolgte eine rege Aussprache. — Eine Anzahl Anfragen betr. Werks- und Gruppenangelegenheiten finden glatte Erledigung. — Am 6.15 Uhr schloß der Vorsitzende die gutbesuchte, interessant verlaufene Versammlung mit einem kräftigen „Glückauf“. Anwesend waren 45 Kameraden.

Werkgruppe Bollert. In der am 3. Dezember stattgefundenen Versammlung wurde beschlossen, daß die Werkgruppe ihre Verwaltung weiterführt und nicht an die Werkgruppe Jakobsgrube angeschlossen wird, um dadurch die noch abseits stehenden Kameraden unserer Bewegung zugänglich zu machen.

Werkgruppe Rössen. Am 19. November fand im Kasino eine Vorstandssitzung mit anschließender Monatsversammlung statt. Der Vorsitzende Kam. Kabe erstattete Bericht über die Bezirksführung in Lützenau. Wiederum konnte ein neues Mitglied in die Gruppe aufgenommen werden und wurde verpflichtet. Der Vorsitzende benutzte die Gelegenheit, noch einmal auf die Ziele unserer Bewegung aufmerksam zu machen. Verschiedene Gruppenangelegenheiten konnten alsdann erledigt werden. Wegen der finanziellen Lage wurde beschlossen, von einer Weihnachtsfeier in diesem Jahre Abstand zu nehmen. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils fand noch ein gemütliches Beisammensein statt.

Werkgruppe Tagebau Wählig. Am 20. November 1932 fand unsere Monatsversammlung in der Kantine Tagebau Wählig statt. Der Vorsitzende Kam. Neubert begrüßte alle Anwesenden aufs herzlichste. Mit kurzen Worten gedenkt er, am Totensonntag, der gefallenen Kameraden, und die Versammelten ehren deren Gedächtnis durch Erheben von den Plätzen. —

Nach Erledigung der inneren Gruppenangelegenheiten erstattet Kam. Neubert Bericht von der letzten Bezirksführung in Lützenau und der Führertagung in Kl.-Wangen. Nach reger Aussprache schloß um 23 Uhr der Vorj. die Versammlung mit einem kräftigen „Glückauf“.

Bezirk Borna. Werkgruppe Dora u. Helene. Zu der am 20. November im Gasthaus Hoffmann in Großhäßfen abgehaltenen Versammlung waren 250 Mitglieder erschienen. Infolge der wirtschaftlichen Notlage sieht man in diesem Jahre von einer Weihnachtsbescherung ab; an ihrer Stelle soll jedoch jedes Mitglied einen Wertbon in Höhe von 2 Mark erhalten, gegen den Waren bei den Rabattsparvereinen Lobstädt, Kieritzsch und Borna einzutauschen sind. Der Wirtschaftsberein „Schlegel und Eisen“ nimmt die Bons ebenfalls in Zahlung. Die beim W r f befindlichen Spargelder der Mitglieder werden ausbezahlt. Ab 1. Dezember ist die Notkuche wieder eröffnet worden und es können aus ihr bedürftige Belegschaftsmitglieder Essen erhalten.

Werkgruppe Borna A.-G. Am 20. November fand im Hotel „Wettiner Hof“, Borna, die fällige Monatsversammlung statt, die von 60 Kameraden besucht war. Nach Ehrung und stillem Gedenken der durch Tod von uns geschiedenen Kameraden sowie der im Weltkrieg gefallenen deutschen Heldenöhne gab Vorj. Kam. Morgenstern einen kurzen Bericht über die leztthin stattgefundenen Wahlen und stellte mit Bedauern fest, daß viele unserer Kameraden von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht hatten. Nach Erledigung der geschäftlichen Eingänge vom Bezirk erhielt Kam. Wüstemann, Wühntzer Werkgruppe, das Wort zu seinem Vortrag „Friedel am deutschen Volke“. In volkstümlicher Weise vertrat der Redner die Kam. an seine Ausführungen zu fesseln, und reicher Beifall lohnten seine vortrefflichen Worte. Wir schließen uns der Schlussmahnung des Redners an: „Ein jeder muß mitbelfen am Aufbau für das Wohl unseres deutschen Vaterlandes!“

Werkgruppe Regis. Unsere November-Monatsversammlung fand am 30. im „Ratskeller“ Regis statt. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand der Vortrag des Bez. Vorj. Kam. Haase, Lobstädt: „Führertagung in Klein-Wangen.“ In ausgezeichnete Weise konnte uns der Redner die zu der Führertagung gefassten Beschlüsse erklären. Unsere Bewegung steht über den Parteien. Redner weist die unbegründeten Einwürfe der U.S.D.A.B. gebührend zurück und bedauert, daß eine nationale Partei sich zu einer derartigen Heße gegen die U.M.B. hinreißt läßt.

Werkgruppe Adelheid. Die November-Monatsversammlung fand am 27. im Gasthof Busch statt. Der Bez.-Vorj. Kam. Haase hielt einen Vortrag: „Leistungslohn, Werkspartafse und Gemeinschaftsauschuß“, der bei allen Kameraden gut ansprach. Die Weihnachtsfeier der Gruppe findet am 18. Dezember im Restaurant Hochtritt statt.

Der Bürgerbund hielt am 27. November einen Wohltätigkeitsabend ab, welcher sehr gut besucht war. Die Stahlhelmkapelle von Altenburg verschönernte den Abend. Herr Regierungsrat Gert h hielt einen Vortrag über „Aufgaben eines Gemeinderats“, ebenfalls der Bezirksvorsitzende der U.M.B. Kam. Haase über „Gemeindepolitik und Kulturfragen“. Beide Vorträge fanden vollen Anklang. Ein stimmungsvolles Sängchen, mit Musik- und Gesangsbeilagen, beschloß den Abend.

Werkgruppe Lobstädt. Die November-Versammlung wurde am 12. in Borna im „Sängerheim“ abgehalten. Der Vorj. gab einen Bericht über die letzte Bezirksführung und Kam. Schubert einen solchen über die Arbeit des Presseauschusses. Letzterer führte in seinem Bericht aus, daß die

Linkspreße schon zu genau weiß, daß ihr in der A.M.B. ein Gegner von Bedeutung droht, daher der dauernde Kampf gegen die A.M.B. Kam. H a s e sprach dann über die Führertagung in Klein-Wangen und gab die Einstellung der A.M.B. zu Leistungslohn und Werksparkasse bekannt. Unter Punkt Gruppenangelegenheiten wurden Beiträge, Weihnachtsfeier, Schubbestellungen, Kochküche sowie der Kirchgang am Totensonntag besprochen.

Werksgruppe Kraft I Throna. Am Mittwoch, den 16. November, fand unsere Monatsversammlung statt, die erfreulicherweise von vier Fünftel aller Mitglieder besucht war. Zu Ehren des verstorbenen Kam. A. Köhler erhob man sich von den Pläßen. Kam. Jaculy hielt einen Vortrag über „Gemeindevahlen“ und zeigte an Beispielen, daß durch die Parteiwirtschaft in der Nachkriegszeit die Kommunen in schwerste Wirtschaftsnöte gebracht worden sind. Er wies deutlich den Weg, der gegangen werden muß, um aus diesem Chaos wieder herauszukommen. Eine kurze Aussprache über den Vortrag beendete die Versammlung.

Werksgruppe Böhlen. Im Bahngasthof Böhlen fand am 21. Oktober Mitgliederversammlung statt. Kam. Obft

erstattet Bericht von der letzten Führertagung in Klein-Wangen, woran sich eine rege Aussprache schloß. Des weiteren befaßte man sich eingehender mit den Vorarbeiten zu den kommenden sächsischen Gemeinderatswahlen. Über den Bau einer Rand siedlung im Frühjahr gibt Kam. H a r z nähere Bescheid.

Bericht von der Totengedenkfeier der Ortsgruppe Bhf. Kierisch. Am Totensonntag veranstaltete die A.M.B.-Gruppe Bhf. Kierisch zusammen mit dem Männerchor und dem Turnverein 1880 am Vormittag einen Kirchgang mit Kranzniederlegung an der Ehrentafel der Gefallenen. Am Abend fand im „Gasthof zur Post“ eine Ehrenfeier statt, woran die bezeichneten Vereine und die Bergkapelle Borna mitwirkten. Trotz der Notlage war der Besuch gut. Die Bergkapelle hatte eine dem Ernst des Tages entsprechende erwählte Vortragsfolge. Die Turner stellten einige Gruppenbilder, und der Männerchor wartete mit einigen Liedern auf. Herr Pfarrer G r a u p n e r, Rahnsdorf, hielt die Gedenkrede. Der Bornaer Bez.-Vor. der A.M.B. Kam. H a s e umriß in seinem Schlußwort die hohen Ziele der A.M.B. und dankte allen Anwesenden für ihre Beteiligung an der erhabenen Feier, deren Reingewinn an Hilfsbedürftige der Mitwirkenden kommen wird.

Restaurant Sängerheim, Borna

Grimmaer Straße

empfehltsich als Verkehrslokal der Gruppen der A. M. B. von Borna und Umgegend

Hochachtungsvoll Albin Schramm



Beste und billigste Bezugsquelle für
Weihnachtsbescherungen

u. Sammelbestellungen zu Fabrikpreisen

Sonigtuchen / Lebtuchen / Tafel-

schokoladen / Pralinen / Kaffee-

Lieferant vieler Werksgemeinschaften

fordern Sie bitte Preisliste u. Muster franko

Kolonialwaren, Landesprodukte, Mehl,
Futtermittel, Düngemittel, Sämereien
Tabak, Zigarren, Zigaretten

empfehlts

Bernhard Möschke, Lobstädt

Am Bahnhof

Gasthof Hoffmann, Großzössen

Versammlungs- und Verkehrslokal der A.M.B.-Gruppe

Dora & Helene / Angenehmer Ballsaal / jeden Freitag Kino

Zum Besuch ladet freundlichst ein **R. Hoffmann**

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei

Kolonialwaren empfehlts bestens

Otto Schmidt, Bäckermeister

Lobstädt, Hauptstraße 96

Gasthof Zur Post, Bahnhof Kierisch

Schulungs- und Versammlungslokal der A.M.B.-Ortsgruppe.

Soener staubfreier Garten / Angenehmer Aufenthalt.

Jeden Freitag Gartenkonzert / Raubtiergehege.

Zum Besuche ihres Lokals laden freundlichst ein

Alfred Förster und Frau

Hugo Regel, Lobstädt

Hauptstraße 90 b

Fernruf 517

Feine Fleisch- und Wurstwaren
ff. Aufschnitt / Eigene Rühlanlage

Große Auswahl billiger Bücher aus allen
Gebieten der Literatur / Alle Zeitschriften
und Lieferungswerke / Musikalien /
Reiseführer / Schulbücher / Jugend-
schriften / Moderne Leihbibliothek.

Bücherstube am Markt Robert Noske
Borna Bez. Leipzig Fernsprecher 658 u. 659

Gasthof und Tanz-Palast Stadt Altenburg

Lobstädt (Bezirk Leipzig)

Inb.: Elisabeth. verw. Brubel / Fernruf: Amt Borna 519

**Verkehrslok. d. A.M.B.-Werks-
gruppe Viktoria, Lobstädt**

Rudolf Thieme, Bäckermeister

Lobstädt i. Sa., Hauptstraße 92

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Spezialitäten: Diverse Torten, Kaffeeschuffeln, Windbeutel,
Kuchen, Teegebäck, Karlsbader Zwieback, Makronen und samtlliche
Bäckwaren. Reines Roggen- und Vollkornbrot.

Bestellungen werden prompt frei Haus zugesandt

Verantwortlich für den Inhalt: Rich. Mally, Weiß (Leiz-Land). — Druck Robert Noske, Borna Bez. Leipzig.

Va 382. ^l _v

4^o

(416, 1931/33)

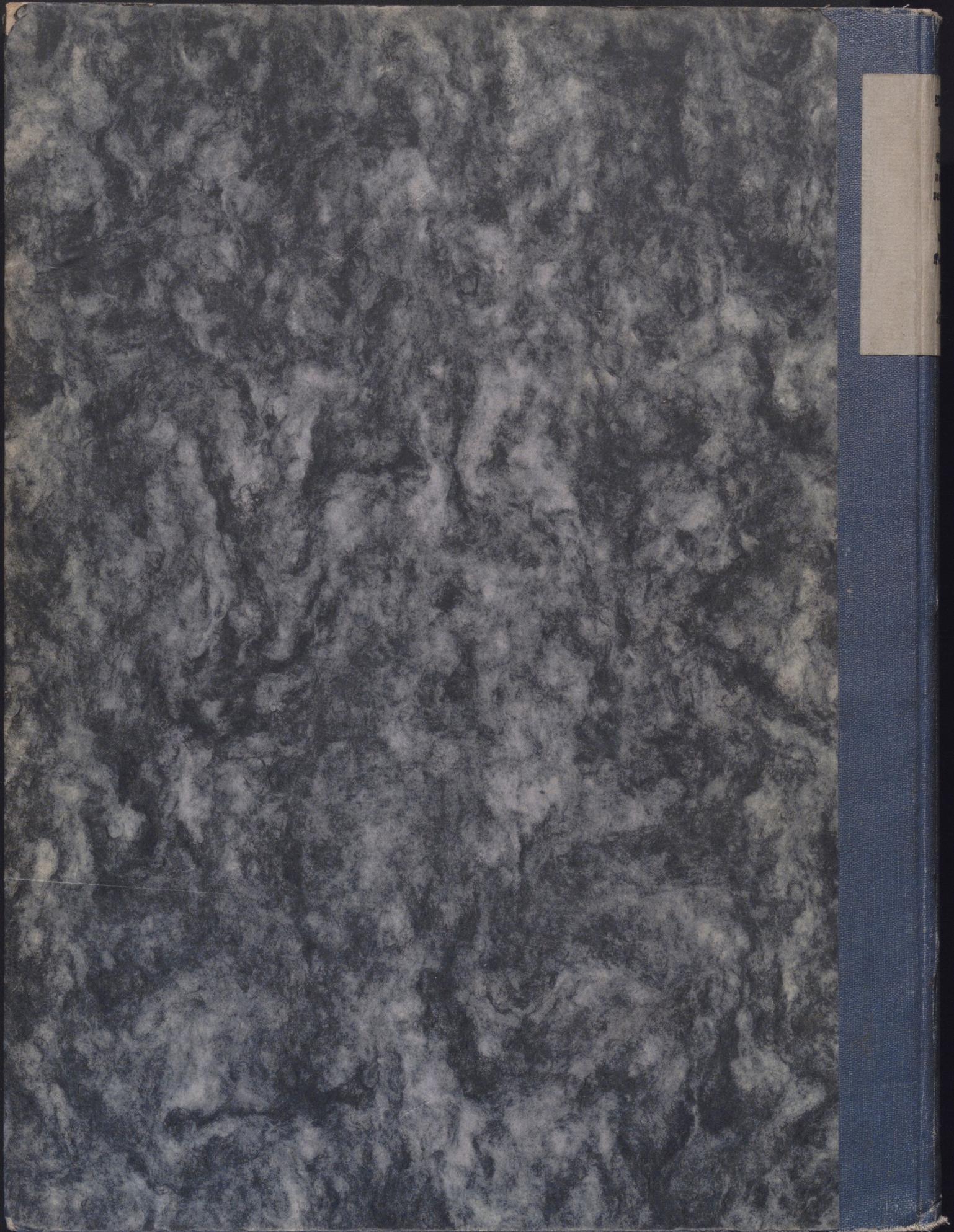
Zeitung

ULB Halle
009 060 650 3



With Price
Bibliothek
Halle, E. G. Buchh. 4





Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Bereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Druckerei Ewald Schellenbeck, Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

5. Jahrgang	Halle (Saale), den 24. Januar 1932	Nr. 1
-------------	------------------------------------	-------

Schluß mit den Tributzahlungen!

Kurz vor Weihnachten ist im Tributausschuß zu Basel ein Gutachten zustande gekommen in Form eines Kompromisses. Kompromisse sind immer Verlegenheitsprodukte, so auch das Baseler Gutachten. Es gibt in 3 Kapiteln zunächst einen Ueberblick über die gegenwärtige Lage, befaßt sich dann mit den Ursachen, ferner mit den Maßnahmen der deutschen Regierung, um im letzten Kapitel zu folgenden Schlußfolgerungen zu gelangen: „Es steht fest, daß Deutschland den aufschiebbaren Teil der Jahresraten nach Ablauf des Hooverjahres nicht zu transferieren vermag. Der Ausschuß weist indessen auf die beispiellose Schwere der Krise hin, deren Ausmaß unzweifelhaft die „verhältnismäßig kurze Depression“ übersteigt, die der neue Plan ins Auge faßt. Der neue Plan ging von der ständigen Ausdehnung des Welt Handels aus, innerhalb deren die Reparationszahlungen ein Faktor von abnehmender Bedeutung werden würden. Tatsächlich ist das Gegenteil eingetreten. Nicht nur ist der Umfang des Welthandels zusammengeschrumpft, sondern das außerordentliche Fallen des Goldpreises hat die tatsächlichen Reparationsraten, wie alle in

Der einzige Schritt von Dauer, der das Vertrauen wieder herstellen kann, ist die Anpassung aller zwischenstaatlichen Schulden (Reparationen und andere Kriegsschulden) an die gegenwärtig zerrüttete Lage der Welt. Endlich sind Schritte notwendig, um den energischen Maßnahmen, mit denen die deutsche Regierung die Stabilität ihrer Währung verteidigt, dauernde Wirkung zu sichern. Der Ausschuß richtet an die Regierungen den Apell, ohne Verzug zu Entscheidungen zu kommen und damit neue Hoffnung auf eine Besserung der schweren Krise zu erwecken, die gleichermaßen auf allen lastet.“



erhöht. In diesem Maße die Lösung der Welt ändern, das nur Das Problem in viel weiterem Lage allein ge- im August eine wochen. Die Er-waltige Dimen- zieht, werden die weiterer Kata- des wirtschaft- umgekehrt wird rt. Bei diesem Regierungen die wirklichen Lage legen behandelt m Ausschuß von on einem Land lang erschüttert, hürfen. Die Ber unerträglichen ein Gläubiger- t als Schuldner zu tragen.

Unter dem starken Druck der französischen Gruppe, die sogar mit einer Sprengung der Verhandlungen drohte, hat das Gutachten nicht ausgesprochen, daß die Tribute die Hauptursache des deutschen Problems und damit auch des Weltproblems sind. Er hat ferner nicht, jedenfalls nicht direkt, festgestellt, daß die Weiterleitung auch der ungeschützten Annullitäten eine Unmöglichkeit bedeutet. Festgestellt ist jedenfalls durch das Baseler Gutachten, daß der Young-Plan schwer erschüttert ist. Es ist daher unerfindlich, wie Herr Breitscheid in einer „Berichtigung“ zugeben konnte, daß er für den Fall, daß bei der Lausanner Konferenz die von Deutschland geforderte Endlösung nicht erreicht würde, vor der Zerreißung des Young-Plans gewarnt habe.“ (Vorwärts Br. 25 vom 16. 1. 32.)

Der holländische Wirtschaftsführer und ehemalige Minister Colijn machte in dem Baseler Ausschuß Aus-führungen, die besonders hervorgehoben zu werden verdienen. Er führte aus, daß die Reparationen nicht nur für die Schuldner, sondern auch für die Gläubiger mehr Schaden als Nutzen gestiftet haben, und ihre Fortsetzung für die Welt eine Katastrophe bedeuten würde.

Frankreich paßt das natürlich durchaus nicht; es beharrt auf seinem intransigenten Standpunkt, der in den Worten gipfelt: Deutschland muß vernichtet werden. Daher müsse der Young-Plan in Geltung bleiben. Ja es erdreistet sich, uns wieder mit Sanftionsmaßnahmen zu drohen, falls Deutschland sich für unfähig erkläre, den ungeschützten Teil der Tribute zu zahlen.

Deutschland ist in diesem Falle die gebührende Antwort nicht schuldig geblieben. Nachdem schon zur Jahres-wende die dem Reichskanzler nahestehende „Germania“ geschrieben hatte: „Deutschlands Standpunkt für die Konferenz von Lausanne ist denkbar einfach durch die Macht der Tatsachen diktiert: Deutsche Zahlungen in irgend einer Form sind ausgeschlossen und das Verschwin-

